

# POLITISCHE STUDIEN

**364**

---

**Politische Studien-Zeitgespräch**  
mit dem Politikwissenschaftler Werner  
Link zur Neuordnung der Weltpolitik

**Johannes Michael Schnarrer**  
Werteverschiebungen angesichts  
des europäischen Umbruchs: Wenn  
alte Präferenzen in neue Systeme  
einzubauen sind!

**Wilfried Weber**  
Menschenwürde und Arbeitswelt

**Friedrich-Wilhelm Schlomann**  
Nordkorea vor dem Scheideweg

**Schwerpunktthema:**  
**Sozialdemokra-  
tisierung Europas?**

mit Beiträgen von

**Gerd Langguth, Gustav Matschl,  
Peter M. Schmidhuber, Roland Sturm  
und Joachim Wuermeling**

 **Hanns  
Seidel  
Stiftung eV**

---

Atwerb-Verlag KG



# POLITISCHE STUDIEN

**364**

---

**Politische Studien-Zeitgespräch**  
mit dem Politikwissenschaftler Werner  
Link zur Neuordnung der Weltpolitik

**Johannes Michael Schnarrer**  
Werteverschiebungen angesichts  
des europäischen Umbruchs: Wenn  
alte Präferenzen in neue Systeme  
einzubauen sind!

**Wilfried Weber**  
Menschenwürde und Arbeitswelt

**Friedrich-Wilhelm Schlomann**  
Nordkorea vor dem Scheideweg

Schwerpunktthema:  
**Sozialdemokra-  
tisierung Europas?**

mit Beiträgen von

**Gerd Langguth, Gustav Matschl,  
Peter M. Schmidhuber, Roland Sturm  
und Joachim Wuermeling**

 **Hanns  
Seidel  
Stiftung eV**

---

Atwerb-Verlag KG



**Herausgeber:**

Hanns-Seidel-Stiftung e.V.  
Vorsitzender: Alfred Bayer, Staatssekretär a.D.  
Hauptgeschäftsführer: Manfred Baumgärtel  
Verantwortlich für Publikationen, Presse- und  
Öffentlichkeitsarbeit: Burkhard Haneke

**Redaktion:**

Dr. Reinhard C. Meier-Walser (Chefredakteur)  
Paula Bodensteiner (Redakteurin)  
Verena Hausner (Redakteurin)  
Irene Krampfl (Redaktionssekretärin)

**Anschrift:**

Redaktion POLITISCHE STUDIEN  
Hanns-Seidel-Stiftung e.V.  
Lazarettstraße 33  
80636 München  
Telefon 089/1258-260/261  
Telefax 089/1258-469  
Internet: <http://www.hss.de>  
e-mail: [krampfl@hss.de](mailto:krampfl@hss.de)

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung und Verbreitung sowie der Übersetzung, vorbehalten.

Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes

Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung der Redaktion reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden. Redaktionelle Zuschriften werden ausschließlich an die Redaktion erbeten.

Die Beiträge in diesem Heft geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder; die Autoren tragen für ihre Texte die volle Verantwortung. Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn ihnen ein Rückporto beiliegt.

**Bezugspreis:** Einzelhefte DM 8,80.

Jahresabonnement DM 53,40. Für Studierende 50% Abonnementnachlaß gegen Vorlage eines Hörscheins ihres Instituts.

Die Zeitschrift POLITISCHE STUDIEN erscheint im Periodikum, Sonderheft und Sonderdruck. Bestellungen nehmen entgegen: Die Redaktion und alle Buchhandlungen.

**Kündigungen** müssen der Redaktion schriftlich, spätestens zwei Monate vor Ablauf des Kalenderjahres vorliegen, wenn der Bezug über das laufende Jahr hinaus nicht mehr gewünscht wird.

ATWERB-VERLAG KG Publikation ©

# Inhalt

Reinhard C. Meier-Walser	Editorial: Bundesstaat Europa? – Staaten fusionieren nicht wie Unternehmen ..... 5
Werner Link	POLITISCHE STUDIEN-Zeitgespräch mit dem Politikwissenschaftler zur Neuordnung der Weltpolitik..... 8
Johannes Michael Schnarrer	Wertverschiebungen angesichts des europäischen Umbruchs: Wenn alte Präferenzen in neue Systeme einzubauen sind! ..... 14
Wilfried Weber	Menschenwürde und Arbeitswelt ..... 37
<b>Schwerpunktthema:</b>	<b>Sozialdemokratisierung Europas?</b>
Bernd Rill	Einführung ..... 49
Gerd Langguth	Ein sozialistisches Europa? Ist die These „vom Ende des sozialdemokra- tischen Jahrhunderts“ widerlegt?..... 52
Joachim Wuermeling	Linkswende in der EU: Für ein Ende des parteipolitischen Konsenses in der Europapolitik ..... 67
Peter M. Schmidhuber	Sozialdemokratisierung – Rahmenbedingungen eines europäischen Trends ..... 77

Roland Sturm	England, Frankreich, Deutschland – Unterschiedliche Profile von Sozial- demokratie.....	83
Gustav Matschl	Das Trugbild der unbegrenzten Integration.....	88
Friedrich-Wilhelm Schlomann	Nord-Korea vor dem Scheideweg..	101
Otto Wenzel	„Verstärkung des Angriffs auf die feind- lichen Hauptobjekte“ – Der Arbeitsplan der Abteilung XV (Aufklärung) der Bezirksverwaltung Berlin des Ministe- riums für Staatssicherheit für das Jahr 1989.....	113
<b>Im Dialog</b>	Zur Diskussion über den Kultur- relativismus von Werten – Eine Anregung von Werner Strombach ..	123
Gerhard Hirscher	Der Standort der Union – Neue Literatur zu Geschichte, Gegenwart und Zukunft von CSU und CDU ....	127
Das aktuelle Buch	.....	139
Buchbesprechungen	.....	144
Autorenverzeichnis	.....	148

# Editorial

## Bundesstaat Europa? – Staaten fusionieren nicht wie Unternehmen

Reinhard C. Meier-Walser

In der insbesondere seit der Einführung des Euro am 1. Januar 1999 erneut aufgeflamten Diskussion um die „Finalität“ der Europäischen Integration fällt auf, daß die Befürworter eines europäischen Bundesstaates mitunter die ökonomische Idee der Fusion als Modell heranziehen.

Fusion sei das Schlüsselwort im Zeitalter der Globalisierung und wenn Unternehmen weltweit fusionierten, warum dann nicht auch Staaten, so die Überlegung.<sup>1</sup>

Diese Argumentation übersieht, daß Unternehmen und Staaten unterschiedliche Resultate mit Fusionen verbinden. Während Unternehmen von Zusammenschlüssen Rationalisierung, Kostensenkung und Innovationsimpulse erwarten und dadurch ihre Wettbewerbsfähigkeit und Marktposition verbessern wollen, assoziieren staatliche Akteure mit Zusammenschlüssen nicht in erster Linie den wirtschaftlichen Nutzen arbeitsteiliger Ordnungsgestaltung, sondern vor allem die politischen Kosten einer Staatenfusion wie die Preisgabe von Souveränität und eigener Identitätsmerkmale bei gleich-

zeitiger Erhöhung der Abhängigkeit von anderen Mitgliedern des neuen Bundesstaates.<sup>2</sup>

Zweifellos hat die zunehmende intra-regionale Kooperation zwischen den Staaten der Europäischen Union ein hohes Maß an Interdependenz geschaffen. Die meisten der auf der europäischen Agenda stehenden aktuellen Aufgaben von der Krisenbewältigung auf dem Balkan bis zur Bekämpfung der Organisierten Kriminalität und zum Schutz der Umwelt können auf gemeinschaftlicher, grenzübergreifender Basis effektiver bewältigt werden als im nationalen Alleingang.

Dennoch spielen im Binnenverhältnis zumindest der großen Staaten der Europäischen Union auch heute noch Strategien der Macht- und Gegenmachtbildung eine wesentliche Rolle. Es handelt sich bei diesen Formen von Gleichgewichtspolitik um eine Sonderform kompetitiven Verhaltens, das mit den Worten des Kölner Politologen Werner Link als „integrative Gleichgewichtspolitik“<sup>3</sup> bezeichnet werden kann und insbesondere im trilateralen Beziehungsgefüge Bonn – Paris – London zum Tragen kommt.

Dieses Verhältnis zwischen den drei wirkungsmächtigsten EU-Mitgliedern ist im Hinblick auf die Kernfragen der Europäischen Integration weder durch eine allen drei Staaten gemeinsame Linie noch durch eine konstante Frontbildung (zwei gegen einen) gekennzeichnet. Stattdessen manifestieren sich aufgrund der seit dem Ende der Ost-West-Konfrontation neuen europäischen Kräfteverteilung sowie unterschiedlicher Interessenlagen wechselnde Koalitionen innerhalb des trilateralen Beziehungsgefüges jeweils im Rahmen einzelner Problembereiche.<sup>4</sup> Grundsätzlich gilt, daß die Annäherung von zweien dieser drei vom jeweils Dritten als Schwächung seiner eigenen (relativen) Position perzipiert wird. So wurde etwa die betont herzliche Atmosphäre zwischen dem britischen Premier Tony Blair und dem sich als „deutscher Blair“ inszenierenden deutschen Bundeskanzler Gerhard Schröder in Paris mit unverkennbarem Mißtrauen zur Kenntnis genommen. In Bonn wiederum schrillten die Alarmglocken, als vor kurzem eine britisch-französische Botschafterkonferenz im Beisein der beiden Außenminister Robin Cook und Hubert Védrine in Abidjan, der Hauptstadt der Elfenbeinküste, stattfand, zu der Vertreter der Bundesregierung trotz der deutschen EU-Ratspräsidentschaft nicht eingeladen worden waren.

Und schließlich argwöhnen die Briten, daß ungeachtet der französisch-britischen Annäherung in Saint-Malo einerseits und der Abkehr von der traditionellen britischen Bremserrolle zugunsten eines vorsichtigen pro-europäischen Kurses der New-Labour-Regierung andererseits der europäische Integrationszug auch weiterhin exklu-

siv von einer deutsch-französischen Lokomotive gezogen wird.

So anachronistisch das Denken und Handeln in Kategorien des Mächtegleichgewichts an der Schwelle zum 21. Jahrhundert auch wirken mag, es läßt sich nicht leugnen, daß es noch immer eine verhaltenssteuernde Rolle in der internationalen Politik und auch im europäischen Binnenverhältnis spielt.<sup>5</sup> Dies belegen in jüngster Zeit nicht zuletzt die Verteilungsstreitigkeiten bei der Neufassung des Finanzrahmens und die Auseinandersetzungen um die Reform der Entscheidungsmechanismen der Europäischen Union, wobei die Frage der Stimmgewichtung bei Majoritätsentscheidungen den Haupt-Zankapfel darstellt.

Die Aktualität und Relevanz von nationaler Interessenvertretung und Gleichgewichtspolitik im Rahmen der Binnenkooperation der Europäischen Union kollidiert mit dem Ruf nach Schaffung eines europäischen Bundesstaates. Diese Verhaltensmuster zeigen nämlich, daß ungeachtet der Fortschritte des Integrationsprozesses, der mit der Einführung des Euro eine neue Qualität erfahren hat, die Voraussetzungen zur Schaffung eines Bundesstaates Europa nicht gegeben sind.

Der Weg zur Konstitutionalisierung des europäischen Integrationsprozesses als „Staat Europa“ kann aufgrund der geltenden Rechtslage lediglich über einen von den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union zu schließenden völkerrechtlichen Verfassungsvertrag laufen. Zu einem derart weitreichenden Souveränitätsverzicht sind, darauf hat bereits Rupert Scholz zu Recht hingewiesen, die meisten der Mitgliedsstaaten jedoch nicht bereit.<sup>6</sup>

## Anmerkungen

<sup>1</sup> Vgl. etwa Mathias Döpfner: Im Weltwettbewerb – Warum wir einen europäischen Bundesstaat brauchen. In: DIE WELT, 25. Januar 1999.

<sup>2</sup> Dazu grundlegend: Kenneth N. Waltz: *Theorie of International Politics*. New York 1979, S. 104ff. Siehe auch: Andreas Jacobs: *Interregionale Kooperation*. In: Carlo Masala/Ralf Roloff (Hg.): *Herausforderungen der Realpolitik. Beiträge zur Theoriedebatte in der Internationalen Politik*. Köln 1998, S. 95 – 122.

<sup>3</sup> Werner Link: *Die Neuordnung der Weltpolitik. Grundprobleme globaler Politik an der Schwelle zum 21. Jahrhundert*. Mün-

chen 1998, S.148ff..

<sup>4</sup> Vgl. Reinhard C. Meier-Walser: *Deutschland, Frankreich und Großbritannien an der Schwelle zu einem neuen Europa*. In: *Außenpolitik*, H.4, 1992, S. 334 – 342.

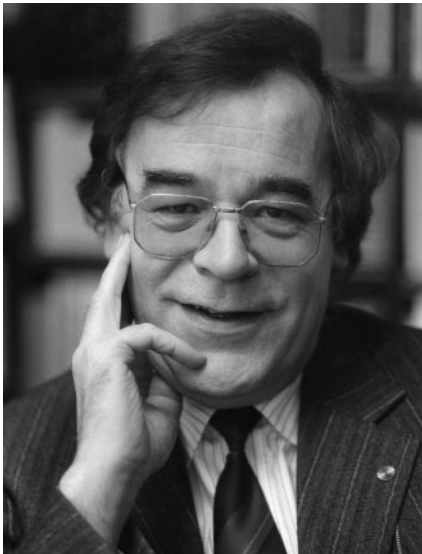
<sup>5</sup> Vgl. zum Spannungsfeld von Europäischer Integration und nationaler Interessenpolitik: Reinhard Meier-Walser: *Pan-European Challenge, European Integration and National Interests*. In: Renate Strassner (Ed.): *Political Challenges in a Changing World*. München 1995, S. 21 – 29.

<sup>6</sup> Rupert Scholz: *Zu früh für eine Verfassung*. In: DIE WELT, 19. Februar 1999.



# **POLITISCHE STUDIEN-Zeitgespräch mit Prof. Dr. Werner Link zur Neuordnung der Weltpolitik**

Werner Link, Professor für Politikwissenschaft an der Universität zu Köln, hat sich mit der internationalen Ordnung in der vergangenen Ära (siehe u. a. „Der Ost-West-Konflikt“, 1988<sup>2</sup>) und mit der „Neuordnung der Weltpolitik“ (1998) eingehend befaßt. Er ist ferner Vorsitzender des Wissenschaftlichen Direktoriums des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien und Mitherausgeber der Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland.



*Prof. Dr. Werner Link*

**POLITISCHE STUDIEN:** Zahlreiche Aufsätze, die sich in den vergangenen Jahren mit der Frage der Neuordnung der Weltpolitik befaßten, begannen mit Formulierungen wie „Nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes ...“. Dieses Maßnehmen am Vergangenen reflektiert die verbreitete Überzeugung,

daß die Weltpolitik sich in einer noch nicht abgeschlossenen Übergangsphase befände. Stimmen Sie dieser Einschätzung zu?

**Werner Link:** Ja, es ist in der Tat richtig, daß wir uns in einer Übergangszeit befinden; und im Unterschied zu dem recht starren bipolaren System des Ost-West-Konflikts entsteht eine flexible Ordnung – eine „bewegliche Ordnung“ (um Goethes schönen Begriff zu verwenden). Die relativ lange Übergangszeit erklärt sich daraus, daß anders als bei der Entstehung der Ost-West-Strukturen nach dem Zweiten Weltkrieg bisher kein weltpolitischer Konflikt die Gruppierung der Hauptmächte bestimmt. Die neuen Strukturen entwickeln sich also evolutionär, und zwar in Anknüpfung an diejenigen Organisationen und Substrukturen, die den Zusammenbruch der bipolaren Ost-West-Strukturen überlebt haben (im europäisch-atlantischen Raum die NATO, in Westeuropa die EG und gesamt europäisch die KSZE). Die Staaten versuchen, mit Hilfe dieser Or-

ganisationen die neuen Möglichkeiten zu nutzen und den neuartigen Herausforderungen zu begegnen. In diesem Anpassungsprozeß erfolgt einerseits die Ausdehnung der westeuropäisch-atlantischen Ordnung nach Osten, um den mittel/osteuropäischen Raum zu stabilisieren (NATO- und EU-Osterweiterung, Neuregelung der Beziehungen zu Rußland). Und es geht andererseits um interne Reformen (EU-Vertiefung, neue NATO-Kommandostrukturen, OSZE-Institutionalisierung). Ähnliche Anpassungsprozesse sind in anderen Erdteilen im Gange, etwa in Asien (Weiterentwicklung von ASEAN, Neuregelung des japanisch-amerikanischen Verhältnisses und Einordnung der aufsteigenden Großmacht China). Schließlich hat weltweit die „Globalisierung“ und die Steigerung des geökonomischen Wettbewerbs einen Anpassungsprozeß ausgelöst, der vor allem im „neuen Regionalismus“ seinen Ausdruck findet.

**POLITISCHE STUDIEN:** Kann man – obwohl diese Prozesse noch nicht abgeschlossen sind – mittlerweile die Konturen einer neuen, post-bipolaren internationalen Ordnung erkennen? Wird die neue internationale Ordnung uni-, bi- oder multipolar sein?

**Werner Link:** Mit dieser Frage ist die Machtverteilung zwischen den Hauptmächten angesprochen, und dabei ist zwischen den militärischen und den ökonomischen Potentialen zu unterscheiden und dann die gesamtpolitische Struktur einzuschätzen. Aus der weltpolitischen Konkurrenz zwischen den beiden Hauptantagonisten des Ost-West-Konflikts sind die USA siegreich hervorgegangen und ihr militärisches Potential hat sich im Ver-

gleich zu den Potentialen der anderen Großmächte deutlich erhöht. Die Experten sind sich einig, daß die beispiellose militärische Überlegenheit der USA bei konventionellen Waffen durch die amerikanischen waffentechnologischen Entwicklungsprogramme, für die gerade jetzt erneut erhebliche Haushaltsmittel zur Verfügung gestellt wurden, künftig noch gesteigert wird. Man kann mithin von einer quasi-unipolaren Machtverteilung im gegenwärtigen Weltsystem sprechen, wenn man die Quantität und Qualität der konventionellen militärischen Potentiale betrachtet und zudem in Rechnung stellt, daß die USA durch ihre Truppenstationierung auch eine europäische und asiatische Macht sind und durch das Netz von Stützpunkten, Flottenpräsenz auf allen Weltmeeren, Transportkapazitäten und Satellitenaufklärung alleine die Fähigkeit besitzen, weltweit Machtprojektionen vorzunehmen. Im geökonomischen Bereich besteht hingegen eine Multipolarität, im Kern eine Tripolarität. Gefördert durch Globalisierung und Regionalisierung konzentrieren sich die ökonomischen Potentiale auf die drei Regionen Amerika, Europa und Südostasien. Mit dem Aufstieg Chinas wird sich dies ändern. Daß sich – wie Samuel Huntington meint – im kulturell-zivilisatorischen Bereich – sieben oder acht Zivilisationen bzw. Kulturkreise mit jeweiligen Kernstaaten herausbilden, ist plausibel; daß sie schließlich eine neue Bipolarität erzeugen, bestehend aus dem „Westen“ und dem „Rest der Welt“, bezweifle ich. Für die gesamtpolitischen Strukturen ist vor allem der Sachverhalt relevant, daß neben den USA zwei unabhängige, nuklearbewaffnete Großmächte, Rußland und China sowie

Japan und die EU mit den Führungsmächten Deutschland, Frankreich und Großbritannien (die beiden letztgenannten vermittelt über ihre Nuklearpotentiale und ihren Status als Ständige Mitglieder des UN-Sicherheitsrates) eine Spitzengruppe bilden. So ist mithin heute eine multipolare Struktur erkennbar, in der die USA (da sie in allen Teilbereichen zur Spitzengruppe gehören) eine herausragende Position einnehmen. Sie werden bestrebt sein, sie zu erhalten.

**POLITISCHE STUDIEN:** Manche Beobachter sprachen unter dem Eindruck der allgemeinen Euphorie nach dem Ende der Ost-West-Konfrontation von der Überwindung des „an-archischen“ Charakters des internationalen Systems. Man hoffte, es würde sich ein stabilisierend wirkendes Modell internationaler Gewaltenteilung entwickeln: Die UN-Generalversammlung als „Welt-Legislativ“ und der UN-Sicherheitsrat als „Welt-Exekutive“, ausgestattet mit einem Gewaltmonopol. Sehen Sie Realisierungsmöglichkeiten derartiger Visionen?

**Werner Link:** Meine Antwort auf diese Frage, die auf das Ordnungsprinzip der internationalen Politik abhebt, ist ein eindeutiges Nein! Das UN-System ist mit diesem Modell unvereinbar und enthält auch keine entsprechenden Entwicklungsmöglichkeiten; und keine Großmacht hat diese Vision oder wäre willens, sie Wirklichkeit werden zu lassen. Die UNO ist eben kein Weltstaat in nuce mit Legislative und Exekutive. Sie ist eine intergouvernementale Staatenorganisation und beruht ausdrücklich „auf dem Grundsatz der souveränen Gleichheit aller Mitglieder“ (Art. 2,1 der UN-Charta). In der Generalversammlung können zwar

völkerrechtliche Verträge abgeschlossen werden, aber sie müssen – um gültig zu werden – von den Staaten ratifiziert werden. Resolutionen der Generalversammlung sind bloße Empfehlungen. Nur der UN-Sicherheitsrat kann im Falle der Bedrohung oder des Bruchs des Friedens als letztes Mittel Zwangsmaßnahmen anordnen – aber nur dann, wenn kein Ständiges Mitglied dagegen stimmt (Art. 27,3). Und als vorgeordnetes, naturgegebenes Recht besitzen alle Staaten das Recht zur individuellen und kollektiven Selbstverteidigung (Art. 51), so daß schon alleine deshalb von einem Gewaltmonopol nicht die Rede sein kann. Kein Staat wird auf dieses Recht und keine Großmacht auf ihr Veto-Recht verzichten wollen. Denn sonst könnte eine Großmacht die UN gegen eine andere instrumentalisieren, also mit Hilfe der UN einen Weltkrieg führen, der ja gerade verhindert werden soll. Nur dann, wenn alle Großmächte (Ständigen Mitglieder) in ihren Interessen übereinstimmen, ist so etwas wie eine kollektive Hegemonie der Ständigen Sicherheitsrats-Mitglieder (mit Zustimmung von vier weiteren Sicherheitsrats-Mitgliedern) möglich. Nach diesem Prinzip hat das UN-System auch nach dem Ende des Ost-West-Konflikts funktioniert. Die Möglichkeit der Blockade des Sicherheitsrates ist gewollt und sinnvoll, um die Weltherrschaft einer Großmacht zu verhindern. Die schöne neue Welt eines Weltstaates UN mit Gewaltmonopol wäre – in Anbetracht der Unterschiede und Gegensätze zwischen den Staaten – eine Weltdiktatur mit permanenten Bürgerkriegen.

**POLITISCHE STUDIEN:** Staaten gelten seit Jahrhunderten als wichtige, wenn nicht als die wichtigsten Akteure

der internationalen Politik. Allerdings heißt es seit einiger Zeit, durch die wachsende Rolle multinationaler Konzerne und anderer Nichtregierungsorganisationen sowie durch Phänomene wie „Globalisierung“ und „Regionalisierung“ würde die Bedeutung von Staaten zurückgehen. Mitunter hieß es in jüngerer Zeit gar, Nationalstaaten westeuropäischer Größenordnung seien „funktional überholt“. Wie sehen Sie den Stellenwert von Staaten an der Schwelle zum 21. Jahrhundert?

**Werner Link:** Unbestritten ist, daß nicht-staatliche Akteure in der internationalen Politik eine Rolle spielen. Insbesondere transnationale Konzerne sind als Hauptträger der Globalisierung für die Machtverteilung zwischen den Staaten und für den Wohlstand in den Staaten bedeutsam. Aber ihre Wirtschaftskraft ist erheblich geringer als die der Volkswirtschaften der großen Staaten. Und ihre Manager sind keineswegs „vaterlandslose Gesellen“, und die transnationalen Unternehmen haben eine „Heimatbasis“. Beide, Staat und Unternehmen, benötigen sich „mehr denn je“ (Jeffrey Garten) gegenseitig, aber die verbindlichen Entscheidungen über die Rahmenbedingungen und die allgemeinverbindlichen Normen setzen die Staaten, die zu Wahrung oder Rückgewinnung ihrer Steuerungs- und Entscheidungsfunktion international, vor allem regional, zusammenarbeiten. Die europäischen Staaten haben in dieser Beziehung geradezu beispielgebend gewirkt. Der Staat wird auch im 21. Jahrhundert die Vermittlungs- und Entscheidungsinstanz bleiben (in enger Zusammenarbeit mit transnationalen Akteuren). Und von ihm hängt es ab, ob die internationalen oder regionalen Vereinbarungen intern umgesetzt werden.

**POLITISCHE STUDIEN:** Den Kernaussagen Ihrer Publikation „Die Neuordnung der Weltpolitik“ zufolge spricht vieles dafür, daß der Regionalismus eine strukturbildende Rolle der Welt spielen wird. Wie verhält sich das regionalistische Ordnungsprinzip zum national- bzw. territorialstaatlichen Ordnungsprinzip?

**Werner Link:** Ich kann an das anknüpfen, was ich eben angedeutet habe. Der Regionalismus ersetzt nicht, sondern bestätigt den Territorialstaat. Ordnungspolitisch bleibt auch beim Regionalismus das Prinzip der Koordination fundamental (das Bundesverfassungsgericht hat dies übrigens bezüglich der europäischen Integration ausdrücklich bestätigt) – es sei denn, supranationale Elemente werden dominant und ein regionaler Verband vollendet seine Integration durch die Schaffung eines Bundesstaates (was bei der Transformation der EU in die „Vereinigten Staaten von Europa“ der – unwahrscheinliche – Fall wäre). Der Regionalismus wird also im neuen internationalen System zu einem Strukturprinzip zweiter Ordnung, abgeleitet und abhängig vom nationalstaatlichen Strukturprinzip. Und weil der aktuelle „neue Regionalismus“, der in allen Erdteilen feststellbar ist, vor allem die konstruktive Antwort der Staaten auf die ökonomische Globalisierung ist, ist der politische Regionalismus und Interregionalismus vornehmlich für den geo-ökonomischen Wettbewerb der Staaten prägend. Das regionalistische Strukturprinzip dient, wohlgemerkt, auch und nicht zuletzt dem Zweck, zwischen den Regionen und ihren Hauptmächten eine Balance herzustellen bzw. zu erhalten.

**POLITISCHE STUDIEN:** Die Geschichte der internationalen Beziehungen zeigt, daß Staaten sich häufig enger zusammenschlossen, wenn sie sich von der Hegemonialstellung eines anderen größeren Staates (gemeinsam) bedroht fühlten. Im Lichte der aus diesen Erfahrungen entwickelten Theorie des „Gleichgewichts der Mächte“ würde die herausgehobene Machtposition der USA nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes ein „balancierendes“ Verhalten anderer, auch befreundeter Staaten evozieren und damit auch etwa die transatlantische Partnerschaft tangieren. Stimmen Sie diesem „Automatismus“ zu? Welche Rolle spielt in diesem Zusammenhang das deutsch-amerikanische Beziehungsgefüge?

**Werner Link:** Ein balancierendes Verhalten ist m.E. kein Automatismus, sondern eine wahrscheinliche Tendenz, die sich unter den Bedingungen des internationalen Systems als einem dezentralisierten Selbsthilfesystem ergibt. Die Alternativtendenz ist eine Politik der Anlehnung an die bedrohlich starke Macht. Daß die herausragende Machtposition der USA und amerikanisches Bestreben, sie zu erhalten, beide Antworten hervorgerufen haben und zunehmend hervorrufen, (insbesondere dann, wenn die USA Alleingänge unternehmen), ist jedem aufmerksamen Zeitgenossen bekannt. Die Großmächte bevorzugen logischerweise eine Balancepolitik, da sie sonst ja eine Welthegeemonie der USA akzeptieren und ihre eigene Position aufgeben würden. Und solange die USA die Sicherheit der anderen Großmächte nicht aktuell gefährden und darüber hinaus (aus innenpolitischen Gründen) eine abgeschwächte Hegemonialpolitik betreiben, ist auch die

Balancepolitik abgeschwächt und kooperativ.

Dort, wo „Europa“ eine eigenständige Großmacht ist, also im ökonomischen Bereich, verhält sich auch die EU der theoretischen Annahme entsprechend – wie jüngst die Einführung des EUROS als Gegengewicht zum Dollar erneut zeigt. Im sicherheitspolitischen Bereich ist Europa kein handlungsfähiger einheitlicher Akteur, und dementsprechend widersprüchlich ist dort die Haltung der europäischen Staaten gegenüber den USA. Nur Frankreich plädiert offen für eine europäische Gegenmachtbildung gegenüber den USA im verteidigungspolitischen Sektor. Die Europäisierungstendenz in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik ist zwar auch von anderen Staaten partiell unterstützt worden, aber sie wird konterkariert durch den Wunsch, die zweifache Balancefunktion der USA in Europa (gegenüber Rußland und gegenüber Deutschland) zu erhalten.

Die von Frankreich konsequent befürwortete Transformation der NATO in eine gleichgewichtige europäisch-amerikanische Allianz läge m.E. sowohl im Interesse aller europäischer Staaten als auch der USA, weil ein ausgewogenes Verhältnis kooperationsfördernd ist und den Fortbestand der atlantischen Allianz wahrscheinlich machen würde. Sie läge auch im deutschen Interesse (ich habe dies in meinem jüngsten Buch und in einigen Aufsätzen zu begründen versucht und werde demnächst in der „Zeitschrift für Politik“ auf die verschiedenen Optionen ausführlicher eingehen). Hier sei nur angemerkt: Wenn sich Deutschland stattdessen als Juniorpartner der amerikanischen Führungsmacht verstehen

sollte, wäre die europäische Integration gefährdet und im übrigen Deutschland überfordert. Die Transformation der NATO hat inzwischen vorsichtig begonnen (u.a. mit dem Kompromißkonzept der Combined Joint Task Forces, das die Nutzung der NATO-Potentiale unter der Ägide der WEU ohne amerikanische Beteiligung, aber mit amerikanischer Zustimmung – also einem Veto-Recht der USA – ermöglichen soll). Der strukturelle Transfor-

mationsprozeß wird sehr viel Zeit in Anspruch nehmen. Inzwischen werden die Bilateralismen, auch die deutsch-amerikanischen Beziehungen, bedeutsam bleiben. Informelle ad-hoc-Koalitionen werden selektiv in Krisensituationen gebildet werden, die die NATO-Potentiale flexibel nutzen.

**POLITISCHE STUDIEN:** Herr Prof. Dr. Link wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

**Die Fragen für die POLITISCHEN STUDIEN stellte Dr. Reinhard C. Meier-Walser, Leiter der Akademie für Politik und Zeitgeschehen sowie Chefredakteur der POLITISCHEN STUDIEN der Hanns-Seidel-Stiftung, München.**

# Werteverschiebungen angesichts des europäischen Umbruchs: Wenn alte Präferenzen in neue Systeme einzubauen sind!

Johannes Michael Schnarrer

## 1. Hinführung und Wertewandel

### 1.1 Hinführung

Die Zeit der kulturellen Hegemonie Europas, die Zeit des Nationalstaates, ja die Zeit der Isolation gehört nicht nur auf unserem Kontinent der Vergangenheit an. Es bildet sich eine Art „Weltgesellschaft“, wenn auch zunächst vor allem auf den Gebieten der Technik, des Verkehrs, der Medien und der Finanztransfers. Man ringt um die Paradigmata des Aufbaus dieser globalen Gesellschaft durch Austausch, Aufeinanderhören, Dialog, Rezeption und Imitation, durch Erfahrbarmachung anderer (vielleicht früher eher geschlossener) Kulturen und mehr oder weniger friedliche Eroberungen verschiedenster Art.<sup>1</sup> Diese Tendenzen betreffen die Werte, den Arbeitsmarkt, den Lebensstandard, das Grundgefühl der Menschen in fast allen Teilen der Erde, so auch besonders Europa. Dahinter stehen die Fragen nach dem Umgang mit den Veränderungen der Wertprioritäten, womit die drei Haupttermini dieses Grundsatzreferates angesprochen sind:

- die Werte und ihr Wandel,
- die Arbeit als konkretes Beispiel dafür und letztlich
- die anthropologische Dimension – die Freiheit und ihre Realisierung im Spannungsverhältnis von Verantwortung und Selbstverwirklichung.

Die aktuelle Grundwertedebatte macht die Brisanz des Themas deutlich, denn die Grundwerte sind es, die für die Kultur der gesellschaftlichen Lebensformen des Menschen die jeweils notwendigen Voraussetzungen darstellen, da sie den Ordnungsgrund und -bestand einer konkreten Kultur beinhalten. Außerdem bilden die Grundwerte die Basis für jede Kultur. Die Grundwerte spiegeln auch die Verfaßtheit einer Gemeinschaft und einer Gesellschaft wider und sind ebenso stets Gabe und Aufgabe der weiter zu entwickelnden Lebensformen, denn während im ehemals kommunistischen Machtblock Demokratie erst wieder neu gelernt werden muß, sieht man sich im Westen einer ganz anderen Herausforderung gegenüber: der Sicherung des Fortbestandes einer über

Jahrzehnte funktionierenden Gesellschaftsordnung, die vielen Menschen ein sehr hohes Lebensniveau ermöglichte. So verdeutlicht sich die universale Geltung von kulturellen Grundwerten in der individuellen Bewußtseinsbildung, und zeigt sich in den daraus folgenden sozialen Leistungen, die ganz eingebunden sind in das historisch Gewachsene dieses soziokulturellen Kontextes. Aus der sittlichen Einsicht um das Wissen von Recht und Gesetz entsteht dann die konkrete Gesellschaftsordnung, die ideologisch sehr unterschiedliche Ausprägungen haben kann. Das Wissen wiederum basiert auf dem Grundbestand von Prinzipien, die gemäß der Grundeinsichten in die Menschenwürde zu Urteilkriterien führen und damit richtiges Handeln zur Anwendung als Sollensansprüche beinhalten; dies sind die Sozialprinzipien mit universeller Gültigkeit, wie sie besonders aus dem christlichen Menschen- und Gesellschaftsbild bzw. dem Sozialhumanismus und der christlichen Soziallehre hervorgehen (z. B. in den Menschenrechten).<sup>2</sup>

## 1.2 Der allgemeine Wandel der Werte und der Grundeinstellungen in der postmodernen Zeit

Was ist ein Wert?<sup>3</sup> Zunächst scheint es wichtig, den Begriff zu definieren, da auch dieser pluriform anwendbar und deutbar ist. Die Wertphilosophie wurde besonders von Max Scheler vorangetrieben, worauf aber an dieser Stelle nicht weiter eingegangen werden kann. Der Wertbegriff, der auch für den hier wichtigen Zusammenhang gilt, ist folgendermaßen einzugrenzen, indem ich definiere: Unter

(Grund-)Werten in einer je spezifischen Gesellschaft sind die dort verbreiteten Maßstäbe und Basisnormen zu verstehen, die für die seinsollenden Zustände, Sach- und Prioritätenrealisierungen von Handlungen ihre Gültigkeit besitzen und die vor allem in Entscheidungssituationen als Präferenzmodi für die Wahl einer zu verwirklichenden potentiellen Möglichkeit hervortreten.

Eine besonders relevante Grundfrage steht im Raum der Postmoderne: Ob wir alle zu Egoisten werden?<sup>4</sup> Denn 'die Solidarität ist ein seltenes Metall geworden', wie der Jesuit P. Johannes Schasching zu berichten weiß. Trotz allem wurde lange Zeit in Deutschland der gesellschaftliche Wertewandel mit Hoffnungen auf positive Veränderungen verbunden, doch nun äußern sich immer mehr Stimmen, die Bedenken anmelden. Helmut Klages weiß von einem ungewöhnlichen Konsens hinsichtlich des Wertewandels zwischen Ansichten des Deutschen Nachrichtenmagazins „DER SPIEGEL“, der „ZEIT“ und dem Papst. Interessant sind die Einzelaussagen, die konvergieren:<sup>5</sup>

- Eine allgemeine Werteverwirrung wurde gemeinsam diagnostiziert, die einerseits die moderne Gesellschaft sublim prägt und andererseits das Ausmaß des Wandels mehrdeutig erscheinen läßt.
- Es wurde festgestellt, daß eindeutige Maßstäbe und Orientierungsgeber, die den Menschen die Unterscheidung von Gutem und Bösem, Recht und Unrecht ermöglichen, an Bedeutung verlieren und somit, besonders bei der Jugend, die Fähigkeit des Differenzierens im Ab-



nehmen begriffen ist. Eine mögliche Ursache werde darin gesehen, daß die Selbstverwirklichung innerhalb des Wandlungsprozesses eine Überbetonung erfuhr, während Stil, Anstand und tugendhaftes Leben weit- hin verachtet würden.

- Vor allem die Vielfalt, die wurzellos macht und mit dem Begriff der „postmodernen Beliebbarkeit“ umschrieben wird, führe zur Normen- und Orientierungslosigkeit.

Besonders die Politiker und Vertreter der Kirche vertreten die Meinung, daß der Wertewandel in Deutschland auf eine falsche Bahn geraten sei. Denn, wenn Gemeinsinn, Mitmenschlichkeit und Solidarität als Grundhaltungen vom Aussterben bedroht seien, dann kann nicht mehr von einer „gesunden Gesellschaft“ gesprochen werden.

Die Herrschaft hätten Egoismus, kruder Materialismus, narzistischer Ich-Bezug, das Verlangen nach Sex, Geld u. a. mehr äußerliche Freuden der Existenz übernommen. Die Verfolgung des öffentlichen Interesses dagegen wird uninteressanter, Autoritäten werden immer mehr abgelehnt.

Einige Kulturtheoretiker und Forscher des Wertewandels legen die jetzige Situation so aus, daß die viele Jahrtausende geschaffene 'Kulturschale' des Menschen, die ihn vom Primaten wesenhaft unterscheidet, durch die vielfältigen Veränderungen im System der Werte langsam aufgelöst werde. Ältere Tugenden würden zerstreut und den neuen 'Anti-Werten' geopfert, die sich in einer Ellbogen-, Anspruchs- und Erlebnisgesellschaft offenbaren. So stünden wir vor einem Kulturverfall, wie ihn Ludwig Klages oder Oswald

Spengler bereits ahnten. Eine Grundfrage wird es sein, ob es gelingen kann, den vermeintlichen Prozeß des Verfalls zu stoppen.

Zunächst sind eine Reihe von Tendenzen zu sehen in der deutschen Gesellschaft, die durchaus Aufmerksamkeit verdienen:<sup>6</sup>

- Es setzt sich eine wachsende Verdrossenheit in den Bereichen Politik und Parteien durch, die sich an Wahlbeteiligungen oder Mitglieder-schwund der Parteien indikatorisch festmachen läßt.
- Im individuell-privaten Raum steigen die Haushalte der Einzelpersonen, die Raten der Ehescheidungen nehmen zu, denn es wird seltener und später geheiratet (das Studieren wird immer länger), andererseits sinken die Zahlen der Neugeborenen so stark, daß nicht einmal die sogenannte "Nettoreproduktion" der Einheimischen abgesichert ist.
- Die Willigkeit zur unvergüteten Hilfsbereitschaft im System der Wohlfahrtspflege ist im Sinken begriffen. Kirchenaustritte häufen sich ebenso wie die Wehrdienstverweigerung.
- Ebenso ist eine Lustlosigkeit vieler Arbeitnehmer festzustellen, wenn von der 'inneren Kündigung' oder der 'freizeitorientierten Schonhaltung' im Betrieb die Rede ist. Die Identifikation mit den Belangen des Unternehmens, in dem man beschäftigt ist, läßt nach.
- Außerdem sagen alle Statistiken aus, daß es zu einem beängstigenden Anstieg der Gewalt und damit Kriminalität in Deutschland komme, ein Problem auch der hohen Arbeitslosigkeit.

Doch hilft trotz aller realistischer Begutachtung und Observation der Situation eine extreme Kontrastierung, die besonders die Negativa herausstellt, nicht weiter. Wesentlich besser ist ein konstruktiver Zugang zum rechten Tun in der Zukunft, um ein positives Verhältnis zu den hier genannten Schwierigkeiten des Wandels der Werte zu kreieren. Klages stellt auch die Gegenpositionen zu den eher düsteren Schilderungen dar und rundet so das Bild des Wertewandels im Deutschland der 90er Jahre ab.<sup>7</sup>

### 1.3 Der Wandel als Sozialphänomen

Obwohl sich die sogenannte Politikverdrossenheit ausbreitet, sind trotzdem politisches Engagement und Interesse nicht total zurückgegangen, was sich z. B. an erhöhten Einschaltquoten bei politischen Diskussionen oder dem Verkauf von politischen Magazinen zeigt. Auch ist festzustellen, daß in Zeiten der Rezession die Bevölkerung fähig ist, vorübergehende Mehrbelastungen durch Lohnverzicht oder Mehrarbeit zu billigen, sollten dadurch Arbeitsplätze entstehen oder alte erhalten bleiben. Gegen den anzunehmenden Trend ist das interdependente Beziehungsgefüge der Menschen untereinander und das Bewußtsein, daß in der Notlage jemand hilft, besonders seit den 60er Jahren, dennoch gestiegen. Trotz mancher Probleme oder gar Übergriffe auf Ausländer sei die Toleranz in der breiten Öffentlichkeit gegenüber den Randgruppen (Homosexuelle, Sozialaussteiger, Ausländer) ständig gestiegen. Noch immer nehmen Eltern sehr bewußt pädagogischen Einfluß auf die Erziehung der Kinder. Mit dem wach-

senden Umweltbewußtsein geht der steigende Verantwortungsgrad im praktischen Umgang mit dem Recycling-system und dem Verbraucherverhalten einher<sup>8</sup> (Skepsis gegenüber der Werbung). Die herausfordernde Führung in Abteilungen und Unternehmen ist Voraussetzung für Leistungsbereitschaft der Arbeitnehmer, für das gute Klima am Arbeitsplatz und das Einbringen des einzelnen in die Belange der Unternehmung. Etwa 80% der Pflegefälle werden noch immer zu Hause besorgt und geschehen ohne spezielle Entlohnung durch den Staat. Zur näheren Klärung sind nun fünf weitere Gesichtspunkte wichtig.

- Der Alltag in der Gesellschaft hat einen Wertewandel auf sozialem Gebiet hervorgerufen, d.h. daß sich Einstellungen und Erwartungen geändert haben, denn es wird heute anders gedacht, gefühlt oder man reagiert auf bestimmte Außenfaktoren anders als früher. Die Stärkung der persönlichen Entscheidung und das Hervortreten individueller Neigungen, mit Selbstbewußtsein dargestellt, läßt auf Zunahme der Ich-Position schließen, wobei der Raum vergrößert wird, der das Ego betrifft. Daraus ergibt sich, daß die Autorität fast zwangsläufig abgelehnt oder wenigstens öfter hinterfragt wird. Eingriffe in das Privatleben und Forderungen an sich selbst erfahren Ablehnung, weil die bürokratische Vorschrift als unbegründete Belastung empfunden wird. Man möchte etwas vom Leben haben, erwartet den informellen Umgang, der Spontanität hervorruft und doch zuläßt, daß man sich zurückziehen kann, wenn es notwendig erscheint. Einerseits will man etwas vom Leben ha-

ben, sich verwirklichen können, die eigenen Wünsche und Hoffnungen realisieren, zum Subjekt des Wirkens werden, andererseits muß dieses auch Freude bereiten; beide sind hohe Ansprüche, die nicht immer in Einklang zueinander zu bringen sind.

- Alle, die sich selbst verwirklichen wollen, werden als „schwierig“ empfunden. Denn oftmals möchten sie zur Verfolgung ihrer Ziele andere mit den ihrigen eliminieren, da es zum Wertekonflikt kommen muß, in welchem einander ausschließende Werte und Normen, die unvereinbar sind, aufeinander treffen. Oftmals ist die Realisierung des Subjektanspruchs nicht gegeben, was wiederum einem Wertversagen entspricht und was nicht selten Selbstfrustration auslöst.
- Gesellschaftlich haben sich aber die Strukturen nicht so schnell ändern können wie im individuellen Bereich. Dieses Faktum schafft eine Spannung, denn viele Strukturen, Gewohnheiten oder Stile der Führung, die heute noch aktuell sind bzw. in denen wir leben, basieren auf Vorstellungen aus der Zeit vor dem jetzigen Wertewandel. So ist es nicht verwunderlich, daß Führungseliten oft der Meinung sind, daß die 'einfacheren Menschen' eine 'harte Hand' benötigen und dies sogar wollen, weil sie sich unter diesen strengen Führungskräften am wohlsten fühlten. Auch sind viele Strukturen und Organisationen nach wie vor unnötig hierarchisiert, die eine interpersonale Zusammenarbeit und gutes Betriebsklima verhindern.
- Die Bedürfnisse der Menschen und der Aufbau der Strukturen sind in-

kompatibel geworden. Dieser Zustand ist ein Hauptgrund für den sogenannten 'Krisentrend' in der Gesellschaft und wird als Werteverfall falsch gedeutet. Ein Beispiel dafür ist die sinkende Geburtenfreudigkeit, die häufig als Indikator der wachsenden Ellbogenmentalität angeführt wird. Dabei ist die Bejahung der Kinder in der Gesellschaft außerordentlich hoch, aber der Wunsch nach einem Kind tritt bei jungen berufstätigen Frauen in Konflikt mit dem Wunsch nach Verwirklichung in der Profession. Hier kollidieren zwei Ansprüche miteinander: Beruf und/oder Kind. Besonders von politischer Seite aus wird zu wenig unternommen, um dieses Spannungspotential zu beseitigen. Denn die Politik scheint nicht in der Lage, ökonomische Nachteile der Eltern zu eliminieren, genügend Plätze in den Kindergärten zur Verfügung zu stellen und mit viel flexiblerer Arbeitszeit Voraussetzungen für normales und partnerschaftlich abgestimmtes Eheleben in der Familie zu fördern sowie die Aufgaben und Rahmenbedingungen für die Kindererziehung besser zu erstellen oder zu verteilen. Selbstentfaltungswerte und ihr Anwachsen schaffen eine neue, eher auf Selbstbestimmung hinorientierte Bedürfnislage unter den heutigen Menschen, die politische Konsequenzen erforderlich macht.<sup>9</sup> Durchgreifende Veränderungen institutioneller und politischer Natur kommen nur sehr langsam voran.

- Das löst bei nicht wenigen Mitbürgern Angst, Frustration und privaten Rückzug aus. Besonders die Politik delegiert die Verantwortung für diese schlechte Situation auf eben

die von ihr selbst verursachten Opfer der unfähigen Politik, nämlich diejenigen Menschen, die frustriert sind und sich zurückziehen in die Privatsphäre. So trifft es die Opfer doppelt.

- Es entsteht ein Spannungsverhältnis zwischen sorglosem Hedonismus und dem aktiven Realismus. Auf globaler Ebene findet ein Wertwandel statt, der graduell und temporal recht divergiert. Dennoch haben sich einige Idealtypen herauskristallisiert. Im Anschluß an die Studentenunruhen der 68er Generation tat sich der 'Idealist' hervor, der oft auch 'Postmaterialist' genannt wird. Doch dieser intellektuelle Dauerprotestierer ging später in der ökologischen Friedensbewegung auf.<sup>10</sup> Mit Beginn der 80er Jahre entstand eine neue Leitfigur des Wertewandels, der hedonistische Materialist (Hedomat), der in Konkurrenz zum Idealisten steht. Daneben entstand ein eher unspektakulärer Menschentyp, den man als 'aktiven Realisten' bezeichnet; er ist in der Lage, alte Tugenden, soziologisch gesprochen Pflicht- und Akzeptanzwerte, zur Synthese individueller Selbstverwirklichung zu stellen. Deshalb heißt sein Motto: erfolgsorientierte und von der Selbstbestimmung geprägte Integration sozialer Natur durch Entfaltung des Ichs. Diese Realisten sind zwar unauffälliger, aber viel öfter in der Gesellschaft anzutreffen als die Typen des 'Hedomaten' und des 'Idealisten', weil sie der starken Neigung des Denkens nachgehen und weniger exotisch sind. Für die Jugendlichen tun sich wenigstens drei unterschiedliche Wege auf, die sich konkurrierend um den Werte-

wandel erstrecken. Erstens ist es die Selbstentfaltung, die mittels Protest und idealistischem Engagement (Idealist – stagnierend) geschieht. Zweitens handelt es sich um Selbstentfaltung durch Genuß, Konsum und Verwirklichung des Lustprinzips (Hedomat – zunehmender Trend). Drittens scheint die Selbstentfaltung aufgrund der selbstbestimmten Integration (Realist – zunehmende Tendenz) möglich. Besonders an der Innovationsfähigkeit und der Bereitschaft zur Reform der Gesellschaft, oft repräsentiert durch die Eliten, wird es liegen, ob die Jugendlichen als Realisten, die aktiv werden, oder aber passive 'Hedomaten' in das Sozialsystem der Bundesrepublik Deutschland eingegliedert werden. Sollten sich die 'Hedomaten' durchsetzen, dürfte das Konfliktpotential der Gesellschaft durch diffuse Protesthaltung anwachsen. Denn Menschentypen in diesem Sinne wechseln wie Modeerscheinungen.

Helmut Klages fordert deshalb, daß eine gute Gesellschaftspolitik die Energie nebulösen Wertewandels in die konstruktiven Bahnen des Gemeinwohls lenken solle. Ehemals geltende Kategorisierungen, die Auskunft über Herkunft und typisches Verhalten von jungen Menschen gaben, verlieren heute an Bedeutung, da die Weichenstellungen auf anderen Ebenen stattfinden. Konnte man den Idealisten früher durch sein hohes Bildungsniveau und durch seine soziale Herkunft relativ eindeutig kategorisieren, ist dies heute immer weniger möglich und verliert seinen indikatorischen Anspruch bei der Typisierung des 'Hedomaten' oder des 'Realisten'

völlig. Übernehmen nämlich junge Menschen Verantwortungsrollen, dann sind für sie Tugenden und Selbstverwirklichung plötzlich nicht kontradiktorisch, sondern komplementierend – ohne Rücksicht auf soziale Herkunft des einzelnen. Schaut man auf die individuellen Ansprüche der Menschen, dann wird hinsichtlich des Wertewandels eines ganz deutlich: Wertewandel in Gesellschaft und im persönlichen Bereich bedingen einander, können aber ebenso zu Konkurrenten werden. Die Hoffnung auf Umkehr zu den früher gegebenen Zuständen wird nicht der richtige Weg sein, um die Gesellschaft positiv zu gestalten. Wesentlich günstiger ist es, die im Wertewandel selbst liegenden Möglichkeiten der Verbesserung des soziokulturellen Gefüges zu nutzen und eine bestimmte Richtung der Gestaltung einzuschlagen. Kernaussage für Klages, die für die Sozialgestalt der Gesellschaft sehr wesentlich erscheint, ist das Aufzeigen des Wandels von bisherigen Pflichtwerten, die immer öfter zu Selbstentfaltungswerten tendieren.<sup>11</sup>

#### **1.4 Die permanente Veränderung als Erwartungshaltung der postmodernen Menschen**

Neben Helmut Klages, der spezifische Betrachtungen über den Wertewandel in Deutschland darstellt, ist hier auch die Argumentation vom US-Amerikaner Ronald Inglehart ins Feld zu führen. Seiner Ansicht nach hat sich der Wandel in vielen Bereichen der Kultur vollzogen, der deutlich wird in der Einstellung zu Arbeit, Familie und Sexualität. Und es sei sogar soweit zu gehen, daß die Individuen der Industriegesellschaft den permanenten Wandel vom

Leben erwarten.<sup>12</sup> Die Grundthese Ingleharts lautet, daß sich die Gesellschaften in den Industrieländern von materialistischen hin zu postmaterialistischen Wertgefügen bewegen. Ganz vereinfacht könnte man nach Inglehart sagen, daß sich die Wertvorstellungen in eine konkrete Richtung verschoben haben: vom Ziel der physischen Sicherheit und dem materiellen Wohlergehen auf die Hebung der Lebensqualität hin.<sup>13</sup> Während früher also die individuelle Autonomie zur Erlangung der ökonomischen und körperlichen Bestimmtheit bzw. Sicherheit hergegeben werden mußte, ist es heute die Selbstverwirklichung in Beruf, privatem und öffentlichem Leben, die weithin als Priorität anerkannt wird. Daraus schlußfolgert Inglehart das Prinzip, daß je höher der Wohlstand ist, umso mehr Vertrauen in Politik und Verteidigung des Status Quo.<sup>14</sup> Und deshalb wird denjenigen Gesellschaften die Zukunft gehören, denen es glückt, die zentrale Autorität mit der individuellen Autonomie zu einem sinnvollen und effektiven System des Gleichgewichts zu verbinden.

Kultureller Wandel hängt eng mit der Frage nach dem Einzelfaktor zusammen, der tatsächlich erklärt, was und warum dieses geschieht. Durch die Interdependenz des jeweiligen Umstandes ist aber genau diese Anfrage kaum lösbar.<sup>15</sup> So vollziehen sich sehr entscheidende, aber dennoch weitgehend unbemerkte Fluktuationen mit nur schwer abschätzbaren Auswirkungen. Als stärkste Indikatoren für die Vorausagen von Glück und Lebenszufriedenheit erscheinen Elemente wie die finanzielle und wirtschaftliche Situation, die Staatsangehörigkeit und die

politische Stabilität eines Landes am aussagekräftigsten. Kulturen an sich unterscheiden sich in einem Punkt ganz konkret, nämlich in welchem Grade das Einzelglied in Offenheit über Zufriedenheit oder Glück reden kann, denn wer mit sich selbst unzufrieden ist, der wird es meistens auch mit den gesellschaftlichen Umständen sein.<sup>16</sup>

Wenden wir den Blick auf die Person und die sie betreffenden Wertewandlungen. Wenn die Bedürfnisse über einen längeren Zeitraum stets befriedigt werden, dann setzt der Gewöhnungsfaktor ein, und es wachsen Menschen heran, die diesem Verlangen immer weniger Achtung zukommen lassen (Problem der Wirtschaftswunderkinder in der Bundesrepublik Deutschland) und anderen Werten mehr Bedeutung zumessen. Von diesem Standpunkt aus ist es richtig zu konstatieren, daß der Wertewandel im personalen Bereich längerfristig in Verbindung damit zu sehen ist, auf welche Weise die Einzelglieder der Gesellschaft nach subjektivem Wohlbefinden streben und die gesteckten Ziele auch erlangen.<sup>17</sup> Vor allem auf längere Sicht hin gleichen sich Ansprüche an objektive Gegebenheiten an die stabilen Eigenschaften (z.B. das Geschlecht eines Menschen). Wichtig scheint ebenso die Erkenntnis, daß die sogenannten 'formativen Jahre' eines Menschen, wo er vom Jugendlichen zum Erwachsenen heranwächst, für die Verwirklichung späterer Wertvorstellungen ganz entscheidend sind.<sup>18</sup> Der Anteil der Materialisten an der Gesamtbevölkerung in den Industriestaaten ist in den letzten 25 Jahren gesunken, im Gegenzug stieg die Zahl der 'Postmaterialisten'. Da die Auffassungen jüngerer Geburtskohorten (= Menschen, die in

einem bestimmten Zeitraum zur Welt kamen) stark von denen der älteren abweichen, ist von einem Wandel der Wertprioritäten zu sprechen, wobei formative Erfahrungen und Erlebnisse zugrunde liegen, die vielleicht 50 oder 60 Jahre alt sind. Obwohl nicht wenige Menschen in der Postmoderne die eigene Vergangenheit negieren, zeigt sich an den Fakten, daß die Historie unbewußt stärker in die Gegenwart hineinwirkt, als allgemein anerkannt.

Es hat zwar noch immer den Anschein, daß die Wirtschaft in der Gesellschaft die Schlüsselrolle einnimmt, aber die Realität zeigt, daß sie an Prestige verliert. Hervorzuheben sind hier zwei Merkmale, die für den Imageverlust des Ökonomischen in den Industriegesellschaften mitverantwortlich sind. Einerseits ist es das im Sinken oder Stagnieren begriffene Wachstum, das einen Punkt der fallenden Profitraten (in bestimmten Industriezweigen) erreicht hat. Andererseits steigt die Zahl der Bevölkerung nicht dem Nahrungsmittelangebot entsprechend. Die Güternachfrage geht zurück, das Überangebot wächst. Als wirtschaftliches Grundproblem stellt sich immer mehr die Organisation der modernen Industriegesellschaft dar, denn je komplexer das System, desto schwieriger ist das Durchsetzen von hierarchisch-autoritären Entscheidungen. Weil aber dann die Arbeitnehmer ausgeblendet werden, fühlen sie Entfremdung, Reduktion der Selbstverwirklichung und ziehen innerlich aus dem Betrieb aus. Innovation ist die Triebfeder der heutigen Wirtschaft, setzt aber bei Freiraum, Kreativität und menschlichem Urteilsvermögen des Einzelgliedes im Produktions- und Arbeitsprozeß an

und ist nicht zu verordnen wie eine Dienstanweisung. Denn eine autoritäre, nach Lobbies aufgebaute Atmosphäre bremst die Kreativität.<sup>19</sup> Wenn also Prestige und Selbstverwirklichung als Werte auch in der Wirtschaft in den Mittelpunkt anzustrebender Ziele rücken, stellt sich die Frage, wohin sich der Wandel der Werte hinbewegt? Offenbar findet ein Abwenden von der Wirtschafts- und Arbeitsgesellschaft zu einem neuen Typus, der Kulturgesellschaft, statt, denn kulturelle Faktoren sind es, die hohen Einfluß auf das humane Verhalten haben und damit zu stärkeren Determinationsfaktoren werden. Mit der hier aufgeworfenen Frage ist der Überstieg zum Wertewandel als Teil der Globalisierung sowie der Arbeitswelt (und damit auch zum nächsten Punkt) bereits angedeutet.

## **2. Arbeit im Zeitalter der Globalisierung**

### **2.1 Die größere Vernetzung als Gefahr und Chance**

Heute ist das Wort Globalisierung, das von der französischen Zeitschrift *Le Monde* 1996 zum Wort des Jahres (*l'annee de la mondialisation*) erklärt wurde, in aller Munde. Es handelt sich hier um eine Tendenz der Vernetzung und Interdependenz, also gegenseitiger Beeinflussung und Abhängigkeit, die wiederum gegenläufige Trends wie größere Besinnung auf kulturelle oder nationale Eigenständigkeit bis hin zum Fundamentalismus in Religionen hervorbringt. Es kommt zum Kampf der Kulturen untereinander.<sup>20</sup> Aber genauso groß ist die Spannung, ja das Konfliktpotential, das einerseits durch das Erstarken des individuellen staatli-

chen, nationalen und kulturellen Bewußtseins entsteht und andererseits durch die Globalisierung in Gang gesetzt wird.

Natürlich ist dieser Verlauf erst möglich geworden durch die technischen Errungenschaften, die es nun gilt anthropologisch, d.h. dem Menschen und seinen Grundbedürfnissen entsprechend, nutzbar zu machen. Ebenso essentiell ist dieser Vorgang mit der radikalen Liberalisierung und Flexibilisierung der Wirtschaft auf allen Erdteilen verknüpft.

Zehn Punkte der Globalisierung<sup>21</sup> sind hier zu nennen nötig, damit später noch besser der Bezug zum veränderten Arbeitsmarkt hergestellt werden kann:

- Globalisierung der Wirtschaft ist ein Prozeß, der politische Aktionsspielräume verringert, jedoch nicht ganz eliminiert. Größere ökonomische Räume erhöhen die Beeinflussbarkeit wirtschaftlichen Handelns.
- Im Umweltbereich<sup>22</sup> ist es notwendig, Entscheidungen über den Fortbestand von (Regen-) Wäldern, Erzeugung von Energie, über Emissionen der Industrie oder des Verkehrs nicht nur auf lokaler Ebene zu entscheiden, sondern auch die Ländergrenzen überschreitenden Auswirkungen mitzubedenken.
- Globalisierung der Ökonomie und Ökologie muß begleitet sein von den Menschenrechten.
- Durch Verhandlungen sollte die Kooperation, nicht nur unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten, sondern unter Einbeziehung aller Ebenen zu höherem Lebensstandard überall auf der Welt führen.

- Fairer Handel muß das Ziel sein, wobei der WTO (World Trade Organization) eine Schlüsselfunktion zukommt, da sie weltumspannend agiert und partikulare wie pluriforme Interessen zu vereinen hat.
- Die EU als Einheit im wirtschaftlichen Sinne muß Übereinkünfte und Harmonisierungen der Einzelökonomien vornehmen, um als Einheit interkontinental auftreten zu können.
- In Europa hängt alles von der erfolgreichen Reformierung des Wohlfahrtsstaates ab (Europa als Solidargesellschaft).
- Die außen- und sicherheitspolitische Integration Europas hat Vorrang, weil dies als *conditio sine qua non* für den Bestand der EU überhaupt nötig ist.
- Die Stärke der EU hängt ab von der Stabilisierung und Abstimmung der Wirtschafts-, Sozial-, Außen- und Innenpolitik der Gemeinschaft, wobei eine Osterweiterung nur unter den genannten Kriterien zu vollziehen ist.
- Kleinere Volkswirtschaften (wie Österreich, Portugal etc.) könnten im Rahmen der Globalisierung nur mit erschwerten Bedingungen bestehen. Aus diesem Grund geht es besonders den kleineren Ländern um starke Strukturen im Europa von morgen.

In der Globalisierung liegt beides: Chance und Unwohlseinsgefühl. Die neuen Möglichkeiten sind positiv und daher auch zu nutzen. Wenn man sich auf neue Wege begibt, ins Ausland geht oder Wagnisse unternimmt, dann ist es normal, daß das Unbekannte Unsicherheit bis Angst auslöst, aber wer sie bewältigt, der wird die lamen-

tierende Lethargie hinter sich lassen und zu den Gewinnern des 21. Jahrhunderts zählen. Für den Ethiker steht bei aller Diskussion um die Globalisierung die primäre Frage nach dem Menschen im Vordergrund. Dient sie dem Menschen, ohne ihn zu überfordern, dann kann sie ihm nützlich sein, doch gegenwärtig bleiben viele Menschen auf der Strecke beim Begreifen und Nachvollziehen der immer „schnelleren“ und schnelllebigeren Gesellschaft. Der Mensch ist bei der Aufnahme der vielen Daten oder Möglichkeiten überfordert, denn die Maschinen, die Computer schreiben im digitalisierten Medienzeitalter Geschwindigkeiten vor, die der/die einzelne nicht mehr begreifen kann, und was nicht begreifbar ist, löst Unwohlseinsgefühl aus!

## 2.2 Die Arbeit im kommenden Jahrtausend

Die Arbeitswelt wird zunehmend schwieriger, komplexer und undurchschaubarer. Die früher gängige Redeweise, daß eine gute Ausbildung verbunden mit Fleiß und dem Erwerb von Kompetenz (sprich Titel) schon die Garantiekunde für den erfolgreichen „Job“ sind, dies gehört heute – in den späten 90er Jahren des zweiten Jahrtausends – der Vergangenheit an.<sup>23</sup>

Auf Dauer ist die „3-Drittel-Gesellschaft“ nicht finanzierbar: ein Drittel in Ausbildung, ein Drittel in Arbeit, ein Drittel in Pension. Ein großes Problem ist bzw. war, daß die aktive Lebensarbeitszeit über die letzten Dekaden hinweg stark abnahm, viele Beamte bereits mit 50 in Pension



gehen konnten; dies wird künftig durch die Alterspyramide wesentlich anders. Die meisten Arbeitnehmer sind in das Berufsleben eingestiegen, wo sie am Morgen das Haus bzw. ihre Wohnung verließen, zu einem fest lokalisierten Arbeitsplatz mit den KollegInnen fuhren, um dort die Arbeit zu verrichten und dann – nach Feierabend – wieder zurückzukehren. Heute ist es vielerorts noch so, dürfte sich aber künftig ebenfalls ändern.

Gegenwärtig bekommen nicht nur die Faulen oder Unbequemen keine Stelle mehr, sondern auch die Fleißigen. Jede(r) von uns kennt die Arbeitslosigkeit, wenn nicht am eigenen Leib erfahren, dann doch aus dem Bekannten- oder Verwandtenkreis. Plötzlich greifen viele auf der Karriereleiter ins Leere, und wer erst einmal draußen ist, der weiß wie schwer es ist, wieder hereinzukommen. Karrieren sind heute de facto unplanbar geworden, weil es keine sicheren Posten mehr gibt, es sei denn man wird Staatsbeamter, obwohl auch dort heutzutage das Unterkommen viel schwieriger ist als in den vergangenen Jahren, und viel weniger verbeamtet wird.

Die Jugend ist besonders betroffen. Sie sieht sich einer kaum durchschaubaren Arbeitswelt gegenüber, nur wenige offene Lehrstellen für Handwerker (Ausnahme bilden da noch eher unbeliebtere Branchen); Absagen bei Bewerbungen ist zum Normalfall geworden. Ein ähnliches Bild zeigt sich an den Universitäten: Viele Studenten sind inskribiert und bleiben stecken im Ausbildungskanal, sehen sich einem weithin gedeckten Arbeitsmarkt gegenüber, wo oft nicht mehr Leistung zählt, sondern nur noch Beziehungen

(im Realsozialismus sprach man immer vom Vitamin B) zu demjenigen, der über die Einstellung eines Bewerbers entscheidet. Aber selbst diejenigen, die eine Stelle abbekommen haben, fragen sich angstvoll: Kann meine Firma den beinhalten Markt bestehen? Werden die Ausbildungsstandards auch in den nächsten Jahren noch gelten, die man an der Schule oder an der Universität kennengelernt hat? Angst greift um sich!

Die Meinungen über die Zukunft der Arbeit und der damit verbundenen Flexibilisierung sind sehr unterschiedlich:

- Die einen meinen, es gibt genug Arbeit, sie sei z. Z. nur falsch und einseitig verteilt.
- Andere sind der Überzeugung, daß es genügend Stellen für Vollbeschäftigung nicht mehr geben wird.
- Eine dritte Gruppe kommt zur Auffassung, daß es zu einer Umwertung des Arbeitsbegriffs kommen müsse, der die Arbeitslosigkeit entdramatisiert und unbezahlte Tätigkeiten (wie z. B. Arbeit der Frau im Haushalt) anerkennt und der Lohnarbeit gleichstellt.
- Viertens gibt es eine Reihe von Experten, die die Lösung der Arbeitslosigkeit im Erschließen neuer Branchen und Gebiete suchen (z. B. mit dem größeren Ökologiebewußtsein wächst der Sektor der Umwelttechnologie).

Nicht selten treten Zukunftsforscher auf, die uns ein „himmlisches Informations- und Medienzeitalter“ prophezeien, wobei wir uns im Zeitalter der friedlichen Technologie- und Digitalrevolution befinden, an deren Aus-

gang (des Tunnels) noch besserer Lebensstandard und mehr Arbeit, wahrscheinlich in einem anderen als dem herkömmlichen Gesicht, zu erwarten sind. Künftig dürfte es eine immer ortloser werdende Welt geben, in der Flexibilität zum Durchschnitt wird. Unser System des Wirtschaftens wird in wenigen Jahren kaum noch zu erkennen sein. Lokalität im Sinne von Verortung verliert völlig an Bedeutung, da globale Vernetzung und technologischer Fortschritt, Entfernungen, Distanzen und damit den Abstand von zwei Punkten innerhalb der Welt in Bruchteilen von Sekunden überwindet, daher kann in Zukunft überall alles geschehen, zwar zeitonenbedingt versetzt, aber doch gleichzeitig. Neu ist, daß jede(r) zu jedem(/r) in Konkurrenz steht, wie sich jede(r) mit jedem(/r) zu einer Koalition verbinden kann. Nur die Firmen, Unternehmen und Konzerne, die in diesem ortlosen und doch auch gleichzeitig verorteten Konkurrenzkampf (da überall in der Welt andere Ausgangsbedingungen vorhanden sind) am schnellsten, kostengünstigsten und qualitativ hochwertigsten auf Angebot und Nachfrage reagieren, werden den Kampf bestehen und überstehen. Was ist also nun gefragt? Die sinnvolle und logistische Verknüpfung von Know-how, Kreativität, Flexibilität und dem Willen, stets das Wissen zu erweitern und auf den neusten Stand zu bringen.

Daß Flexible sich einstellen können auf die neue Marktsituation, zuerst Kommen und Investieren und die Marktlücke entdecken, sind Voraussetzungen für den Erfolg, sowohl für den Unternehmer als auch für den Arbeitnehmer. Ebenso dürfte Arbeitslosigkeit,<sup>24</sup> wenn auch nur kurzzeitig,

zum Durchschnittsleben gehören und als schöpferische Pause verstanden werden, zum Luftholen in einem Prozeß, bei dem der einzelne gefordert ist, stets voll da zu sein und 100% zu leisten. In dieser Zeit werden Chancen der Weiterbildung zu nutzen sein, ebenso wie das Überdenken von Karriere und die Planung bzw. Nutzung neuer Möglichkeiten. Ebenso wird der Lohn viel stärker als bisher variieren.

Arbeit wird es künftig geben, aber nur für diejenigen, die gut ausgebildet, engagiert und die unschematisch zum Denken bereit sind, die Talent haben und die Fähigkeit zur dem Markt entsprechenden Wandlung besitzen. Die Wahl wird größer sein in der Form der Arbeit, wo, wann, wie und mit wem man zusammenarbeiten will. Branchen, die künftig boomen werden, sind: Mikroelektronik, Biotechnologie, neue Materialindustrie, zivile Luftfahrt, Telekommunikation, Computer- und Werkzeugmaschinenindustrie in Verbindung mit Robotertechnik.<sup>25</sup> Der/die Computerspezialist(in), der/die Fruchtbarkeitsexperte(in) (viele Frauen wollen immer später Kinder gebären), der/die Vernetzungsmanager(in), der/die Planungsforscher(in) und der/die Wirtschaftsforscher(in) bzw. Finanzstrategie/in, der internationale Ökologietechnologe/in sowie der/die Personalberater(in) werden auch in der nächsten Generation gefragt sein. Wer nicht flexibel sein will oder kann, wird zu den Verlierern gehören. Mit der permanenten Unsicherheit werden wir leben lernen müssen. Viele nutzen die Trends und machen ihr Glück, viele aber auch nicht, weil sie es physisch, psychisch, materiell oder kulturell nicht schaffen können, mit dieser rasanten digitalisierten TechnoComputerwelt mitzuhalten.

Einige Fragen bleiben offen: Ist es sinnvoll, sich gegen diese Tendenzen aufzubauen? Was kann die Politik tun? Werden wir unter dem Überhandnehmen wirtschaftlicher Kriterien alle zu Egoisten? Was können die Sozialpartner, die Interessenverbände, die Gewerkschaften tun, damit der Mensch nicht auf der Strecke bleibt? Gegenwärtig sehe ich eine paralytisierte Gesellschaft, die nicht so recht weiß, wo man hin möchte. Eines bleibt jedenfalls als Forderung bestehen, aus der Sicht der Ethik, nur das, was dem Menschen dient, ist akzeptierbar und gehört weiterentwickelt. Aber weil vieles ambivalent geworden ist, gerät auch die Ethik selbst unter Erwartungsdruck, denn oft sind technische oder sozialpolitische Errungenschaften dem Menschen dienlich als auch gegen ihn gerichtet (z. B. Kernspaltung: als Energieträger nützlich, als Atomwaffe menschenvernichtend).

### 2.3 Flexibilisierung der Arbeit in der Mediengesellschaft<sup>26</sup>

Es geht zunächst um die Verdeutlichung des Wertes Arbeit, denn diese leistet einen Beitrag zur wirtschaftlichen Existenzsicherung, zur Herausbildung von Wohlbefinden und Selbstbewußtsein, zur Gemeinschaftsbildung. Arbeit ist Konstitutivum menschlichen Seins (normalerweise). Die bereits genannten Veränderungen der Arbeitswelt greifen ein in die Gestaltung des Lebens, deshalb verschiebt sich die Arbeitswelt und mit ihr die Konsumsphäre, das Bildungs- und Gesundheitssystem, das Leben und die Organisation in der Familie und ebenso wird das politische System verändert bzw. wandelt es sich selbst.

Eine digitale Revolution muß humanen Charakter haben. Sie ist bereits im Gange und beschleunigt gesellschaftliche, kulturelle, politische und technologische Entwicklungen. Diese neuen Bewegungen sind aber für den Menschen nicht mehr oder kaum noch nachzuvollziehen.<sup>27</sup> Kurz sind folgende wirtschaftliche Trends nochmals konstatierbar: Vernetzung und Interdependenz der Ökonomien, Liberalisierung und Deregulierung bei gleichzeitiger Überprüfung der Hierarchien (denn es entstehen neue) sowie Trennung der Finanz- von den Produktmärkten. Der Unternehmer der Zukunft liefert bisher vorenthaltene Auskünfte, er wird ermöglichen, nicht aber vereinnahmen! Er schafft Werte außerhalb des Marktes, denn dessen Kriterien sind nicht exklusiv (z. B. Stadtsanierungen erhöhen den Kultur- und Lebenswert einer spezifischen territorialen Umgebung).<sup>28</sup>

Daraus ergeben sich die Auswirkungen der mit den Informationstechnologien verbundenen Zusammenhänge: Steigerung der Lebenserwartung und des -standards, verstärkte Möglichkeiten zur individuellen Lebensgestaltung, Reduzierung der zwischenmenschlichen (direkt-persönlichen) Kommunikation, Wandel in Arbeit und Privatleben sowie höhere Partizipationschancen am Informations- und Konsumangebot.

Bei diesen Tendenzen gibt es aber auch Gefahren, die in der Aufspaltung der Informationsgesellschaft in Gewinner und Verlierer, in Partizipierende und Nicht-Partizipierende, in Informierte und Nicht-Informierte, in bezahlte Arbeit Verrichtende und denen, die keiner bezahlten Arbeit nachgehen können, liegen.

Die veränderten Konditionen der Mobilität und Flexibilität, der neuen Formen der Arbeit und der Gesellschaft, die nun digitalisiert genannt werden, führt zu neuen Belastungen in der Arbeitswelt, zu Veränderungen in der Lebensperspektive der Person, zur größeren Forderung der Verfügbarkeit über die Arbeitskraft des Menschen und zu neuer Selbständigkeit (z. B. durch Telearbeit).

Diese Veränderungen in der Arbeitswelt haben auch Auswirkungen auf die Werthaltungen der Menschen und der gesamten Gesellschaft: Eine stärkere Individualisierung führt zur Differenzierung nach Lebensstilen und zum allgemeinen Wertewandel (z. B. in der Sicht von Ehe und Familie). Der Wandel in der Arbeitswelt bedingt unterschiedliche, ungleichzeitige, regionale und graduelle Betroffenheiten von Arbeitnehmern. Hieraus erwächst die Aufgabe vor allem für die Politik, sich mit den neuen sozialen Notwendigkeiten und humanen Betroffenheiten so zu befassen, daß möglichst niemand ausgegrenzt wird.

Abzulehnen ist die Flexibilisierung der Arbeitsbedingungen als Schrumpfindeologie des Abbaus von Mindeststandards, welche in jahrzehntelangem Ringen sowie Durchsetzen von Arbeitnehmerinteressen erkämpft wurden. Dagegen ist durchaus die Diskussion zu führen über einzelne Teile des Mindeststandards, die über dem Durchschnitt liegen. Konkrete Anreiz- und Belohnungselemente in der Wirtschaft bzw. Produktion für den Erfolg in der Arbeit müssen erhalten bleiben, weil die Maßnahmen nicht gegen das Leistungsprinzip zu gestalten sind.

Der Kerngehalt der Lohn- und Gehaltsentgeltbedingungen darf nicht für eine kleine Gruppe, die zur elitären wird, gelten, sondern muß nach wie vor jedem Arbeitnehmer zukommen.

Ebenso ist über die Gruppe der Beamten nachzudenken, die künftig mehr danach bezahlt werden sollten, was sie tatsächlich und abrechenbar geleistet haben. Die Flexibilisierung der Arbeit sollte allen dienen und eine stabile Basis besitzen, denn nur so können die gesellschaftlichen Ziele, die Durchsetzung von Solidarität und Subsidiarität, der Partnerschaft und Chancengleichheit, der Massenkaufkraft und damit verbunden der wirtschaftlichen und sozialen Stabilität, verwirklicht werden.

Was es auch weiterhin braucht, das sind: Kollektive Interessenvertretungen! Denn wenn man die vielen Elemente des Wandels aufzeigt, müßte man auch fragen, was denn noch stabil bleibt bei aller Veränderung. Dieser Wandel bedeutet aber z. B. noch keine Veränderung in der Verhandlungsmacht des/der einzelnen.

So sehen sich die Interessensvertretungen (z. B. der Arbeitnehmer) einer großen Aufgabe gegenüber, nämlich der Mitgestaltung und Mitsteuerung der Gesellschaft der Zukunft, der Evaluierung von Chancen und Risiken, der Bewertung von Positionen, der aktiven Partizipation im Wandlungsprozeß, nicht zuletzt aber – und das bleibt eine Hauptaufgabe – Sicherheit für die Betroffenen insoweit zu vermitteln, wie es notwendig ist.

### **3. Mögliche Auswege aus der Vergeblichkeit? – Ansätze zum Gebrauch der Freiheit in der pluralistisch/offenen Gesellschaft der Postmoderne**

#### **3.1 Freiheit und Risiko als Verantwortungsgrößen**

Zunächst will ich am Beginn des dritten Teiles einige Schlüsselbegriffe nennen, die mir hinsichtlich der Skepsis, der Freiheit, wichtig sind, da wir nun zum Schlußteil kommen und praktische Verhaltensfragen ansprechen, die mit dem Umgang der Freiheit zu tun haben. Einer davon ist das „Risiko“, denn wir leben nach dem Münchner Soziologen Ulrich Beck in der „Risikogesellschaft“. Landläufig wird das Risiko mit Wagnis, Unwohlseinsgefühl bei einer Entscheidung, Gefahr oder unabschätzbaren Folgen eines Sachverhalts, eines Prozesses oder einer Handlung umschrieben. Aber die Übernahme eines Risikos ist mit der Verantwortung des einzelnen verbunden, weil die Abschätzung dieses Risikos ein bewußtes Abwägen mit sich bringt, das in der Entscheidung oder Urteilsfällung gipfelt. Skepsis in diesem Sinne entsteht, wenn die Risiken kaum evaluierbar erscheinen.

Andererseits gilt: nur in Freiheit kann sich der Mensch nämlich zum Guten entscheiden, nach dem er die Aristotelische Folge von Sehen-Urteilen-Handeln geleistet hat. Freiheit wird von den gegenwärtigen Generationen hoch geschätzt und mit Leidenschaft eingefordert. Jedoch wird die Freiheit zur Willkür, wenn sie zur Berechtigung mißbraucht wird, alles nach Beliebigkeit zu tun, wenn es nur eine Steigerung des Lustgewinns (Hedonismus)

ist. Aber die Würde des Menschen bedeutet ihm, nicht alles zu tun, ja vor allem das Böse zu meiden, dagegen aber in freier und bewußt verantwortlicher Aktionswahl zu handeln, nicht jedoch durch blinden Drang und knechtliche Leidenschaften motiviert.<sup>29</sup>

Papst Paul VI. sagt dazu, daß der Mensch weder dem atheistischen Materialismus und seiner Dialektik der Gewaltsamkeit – wie er die persönliche Freiheit des Menschen in der Gemeinschaft aufgehen läßt und ihm den transzendenten Bezug abspricht – folgen kann, aber „ebenso wenig kann der Christ der liberalistischen Ideologie beipflichten, die einseitig die Freiheit der Person überbetont, sie von jeder Bindung an Normen lösen möchte, nur aufstachelt zum Erwerb von Besitz und Macht, die sozialen Beziehungen der Menschen fast nur als sich von selbst einstellende Ergebnisse der privaten Initiativen ansieht, nicht aber als Ziel und als das Merkmal, wonach die Würde einer wohlgeordneten Gesellschaft beimißt.“<sup>30</sup>

Freiheit, Pluralismus, Selbstentfaltung und Marktwirtschaft sind Konstitutiva, ja hochgeschätzte Werte des heutigen demokratischen Systems. Was aber innerhalb des Freiheitsverständnisses häufig übersehen wird, das ist auf der einen Seite die Endlichkeit menschlicher Freiheit, und auf der anderen Seite ist es die Kurzfristigkeit, nichts verpassen zu wollen. Deshalb entsteht das schwebende Gefühl, sich nicht festzulegen, da dies Eliminierung, d.h. Verabschiedung von anderen Möglichkeiten bedeuten würde. Die Heimatlosigkeit, die Relativierung aller Werte, das Ungesichertsein und die Hinterfragung jeder Pflicht führen zu einem

permanenten „Schwankzustand“ des Hin-und-Hergerissen-Seins.

### 3.2 Freiheit und Vernunftgebrauch

Aber die Freiheit ist nicht nur die Einsicht in die Notwendigkeit nach Hegel, sondern auch die Fähigkeit zur Distanznahme, die, wenn sie miteinander verbunden werden, die Vernunft- und die Einsichtsfähigkeit in Interdependenz erkennen lassen, denn so ist zu folgern: freies Handeln ist Wirken in Zuhilfenahme der Vernunft. Diese Vernunft aber ist es wiederum, die die Einzelperson in Freiheit versetzt. Die Fähigkeit zur Freiheit, zur Distanz, zur Übernahme von Verantwortung, zum Verständnis der Dinge, diese Fähigkeit entsteht nicht durch das Begegnen mit den Objekten allein, sondern durch den befruchtenden Austausch mit dem Du, in der Begegnung mit dem Subjekt, mit dem Du-haften, nämlich dem, was da an interpersonaler Gemeinschaft entsteht – durch unser Personsein, denn dem Raum der Freiheit, der menschliche Entscheidungen zuläßt, kommt die Dimension der Zwischenmenschlichkeit zu<sup>31</sup>.

So kann sich Freiheit erst dann entfalten, wenn das individuell personale Subjekt gelassen wird, wenn ihm das Dasein gönnt und gewünscht wird, wenn die Freude am Sein des anderen offenkundig wird, denn es ist *conditio sine qua non*, daß sich nur überall dort, wo menschliches Sein gelassen wird, wo es aus Fesseln befreit wird und wenn grundsätzliches Vertrauen entstanden ist, entfaltete Freiheit hervorspricht und zum Segen für sich und andere wird.<sup>32</sup>

In der Leistungsgesellschaft stellt sich das Problem der Freiheit und ihrer Nutzung auf pluriforme Art und Weise. Aber, wenn es bedeutet, daß unsere Freiheit endlich und begrenzt ist, dann heißt es auch, daß die Einzelperson nicht alles können und tun muß. Der Mensch muß und soll nicht sein wie Gott, sondern sollte sich eher darauf beschränken, seine Endlichkeit und Geschöpflichkeit anzunehmen, die Probleme der Freiheit durch sie und in ihr zu lösen und Energien darauf zu verwenden, diese Freiheit zur verantwortungsvollen Mitgestaltung der Welt zu nutzen, was wiederum ein hohes Maß an Einsatzbereitschaft und Selbstkontrolle fordert. Wirkliche Freiheit im christlichen Sinne entspringt in der Nachfolge Christi, in der frei gewählten Bindung an die Botschaft Jesu des Gottmenschen. Dagegen de-solidarisiert die Hinorientierung zur Diesseitigkeit nachweislich.<sup>33</sup>

### 3.3 Die Entscheidung auf Dauer als Problem in der heutigen Zeit

Als eines der größten Probleme unserer postmodernen Epoche kristallisiert sich die Frage heraus, die die Freiheit, die Verantwortung und das Risiko ganz wesentlich betrifft: die Entscheidung auf Dauer. Sie scheint in allen interpersonalen Beziehungsgefügen menschlicher Zusammengehörigkeit die Hauptschwierigkeit zu sein. Dauerhafte Bindungen werden eher suspekt betrachtet, da die Gesellschaft ein Mehr an Individualisierung und Privatisierung heraufbeschwört (und in der Wirtschaft oftmals geradezu fordert). Außerdem wird die Dauerhaftigkeit, die die Kompromißfähigkeit und eine

erhöhte Toleranzbereitschaft voraussetzt, im öffentlichen Leben mehr geduldet als wirklich unterstützt. Aber die Sehnsucht nach Geborgenheit und Zugehörigkeit bleibt bestehen, wohl aber nicht die Bereitschaft, Konsequenzen für eine lebenslange Bindung übernehmen zu wollen.<sup>34</sup>

Damit verbunden ist das Erschweren (kirchlicher und) prinzipiell auf Dauer angelegter Lebensformen wie Ehe, Priestertum und Ordensleben. Denn die Probleme der Angst vor Bindungen, die sich in Bindungslosigkeit äußern, der Krisen in Ehe und Priestertum, haben die gleichen Ursachen. Einerseits mag die Frage erlaubt sein, welche der Formen unwiderruflich lebenslang und auf Dauer angelegt sein müssen; und die andere Frage ist die, wieviel Wandel dem Menschen anthropologisch zuzumuten ist. Denn Lebensformen werden nicht außerhalb der Welt und der Gesellschaft gewählt und gelebt, was in jedem Nachdenken über Veränderung seine Berücksichtigung finden sollte. Es muß darum gehen, die Freiheit bewußt zu bejahen, anzunehmen und in die Bindung an den Freiheitswillen Gottes zu stellen, in die Nachfolge des freien und zugleich befreienden Jesus von Nazareth. Christen sollten sich darüber im klaren sein, daß sie freier sind „als jene, die eine Freiheit ohne Bindung oder eine Bindung ohne Freiheit anstreben.“<sup>35</sup>

Die Freiheit, die Entscheidung auf Dauer und die Risikoabschätzung, brauchen die Verantwortung als korrespondierendes Element in der Entscheidungssituation, denn der Mensch kann nur so die ihm gemäße Wahrheit erlangen, die ihm das Glück zu vermitteln ermöglicht, was er mit seinem

Abwägen, seinem Zögern, seinem Tun oder Lassen, vollzieht oder eben auch unterläßt. Für die Entscheidung braucht es aber auch Reife, klaren Verstand und die Erkenntnis ermöglichende Ruhe, die Meditation und nicht zuletzt das Gebet, das die Unterscheidung der Geister in einer „immer lauter werdenden Welt“ zuläßt und den einzelnen hierfür befähigt.

### 3.4 Auswege aus der Skepsis – einige Postulate<sup>36</sup>

- Wir müssen wieder mehr ganzheitlich denken und dürfen nicht dem Trend weiterer Zergliederung folgen. Zergliederung ist legitim, wenn es um Analysen unseres Daseins geht, um Fehlersuche und Korrektur. Aber Skepsis entsteht dann, wenn zu vereinzelt und überzogen gedacht wird, ohne den Kontext zu sehen und das, was alles möglich ist, welche Auswege bestehen. Es ist ein Problem unserer Zeit, daß Vereinzeln, die in der Wissenschaft und der Analyse Berechtigung findet, das Privatleben dann erschwert, wenn das Gemeinsame aus dem Blick verloren geht.
- Was wir benötigen, ist nicht nur die Reform der Gesinnung und des Bewußtseins, sondern auch der Zustände, der Institutionen und Systeme. Skepsis, die der Freiheit abträglich ist, entsteht nämlich auch, wenn sich der Einzelbürger einer Maschinerie und Bürokratie ausgesetzt sieht, die im Sinne eines Apparates wirkt: Der einzelne wird zum Rädchen im System. Das plastische Negativbeispiel dafür ist der Kollektivismus, den die Mittel- und Ostdeutschen selbst erlebt

haben, wo das Einzelinteresse permanent unterdrückt wird, um in einem „schwammigen Gesellschaftsinteresse einiger, weniger Eliten“ aufzugehen. Dahinter steht gewöhnlich ein sehr bestimmtes Menschenbild, denn der Realsozialismus ist gerade daran gescheitert.

- Globalisierung und Vernetzung sind nur dann verantwortlich, wenn sie dem Menschen dienen und er sie nachvollziehen kann, was geschieht. Skepsis in diesem Sinne ist der Umschlag von Wissenschafts- und Fortschrittsgläubigkeit in die Frustration, weil nicht mehr alles überschaut werden kann.<sup>37</sup>
- Es braucht Mut, sich festzulegen. Dieser Mut, der zur Skepsisbewältigung notwendig ist, kann aber durch den Aufbau eines gesunden und nicht überzogenen Selbstbewußtseins erreicht werden. Zu diesem Aspekt kommt die Gelassenheit als wesentliches Element hinzu, denn vieles wird heute unter Zeit- oder Finanzdruck getan, was aber oft an der „Reifung“ vorbeigeht. Dies ist wie mit Wein, der zu früh geerntet wird und so sauer bleibt.
- In Zeiten der wirtschaftlichen Rezession ist es nicht leicht, Dinge positiv zu sehen. Aber nur, wenn es gelingt, nicht nur vom halbleeren Glas Wasser, sondern vielmehr und besser, vom halbvollen Glas Wasser zu sprechen, wird die Stimmung in der Gesellschaft wieder besser. Und dieses Bild der Gesellschaft bestimmt jeder selbst mit. Wenn also von „Miesmacherei“ die Rede ist, dann müssen wir uns selbst immer fragen, ob wir nicht daran auch schuldig sind.
- Positive Interessen sind zu bündeln und so zu unterbreiten, daß sie eine

möglichst breite Basis erhalten. Die Durchsetzung der positiven Interessen kann nämlich nur gelingen, wenn eine breite Schicht davon überzeugt ist, daß es gut sein wird und zur Humanisierung beiträgt. Dies ist ein wenig mit „Selbsthilfegruppen“ zu vergleichen, die das Ziel der gegenseitigen Stärkung haben und somit in schweren Zeiten die ausgestreckte Hand des anderen als Hilfe erfahren.

- Skepsis kann überwunden werden durch Vertrauen, durch Verantwortung derer, die in Gesellschaft, Staat, Wirtschaft und Kirche etwas zu entscheiden haben und wo der Normalverbraucher das Gefühl hat, daß es hier nicht um egoistische Interessen einzelner Würdenträger, Abgeordneter und Topmanager geht, sondern um das Gemeinwohl aller, auch des „kleinen Mannes“ auf der Straße. Und aktive Christen müssen sich einmischen in der Gesellschaft, wenn echte Werte in der Gesellschaft verlustig zu gehen drohen. Denn Gerechtigkeit und deren Vollzug beginnt bei jedem einzelnen.<sup>38</sup>
- Besonders auf die Sinnfindung und Wertvermittlung kommt es an, in dieser so freien und orientierungslos gewordenen Gesellschaft, wo viele aufgegeben haben, sich ein Ziel zu setzen. Aber nur durch die Verfolgung von Zielen können Sinn und Wert wieder neu entdeckt werden und helfen, die Probleme des Alltags, die mit Skepsis verbunden sind, zu bewältigen, ja die negativ aufgestauten Aggressionspotentiale in positive Energien umzumünzen. Bei psychisch Labilen ist die Stärkung des Ichbewußtseins vordringlich, damit Skepsis überwunden werden kann.



- Krise der Werte heißt, daß wir aus der linearen Welt hinausschreiten in die techno-imaginäre Welt der Modelle, den sicheren Raum verwurzelter Heimat verlassen, um das Cyber-Space-Zeitalter in der Ortlosigkeit des Beliebigen zu bewältigen. Das Revolutionäre ist dabei nicht die Dynamik schlechthin, sondern vielmehr, daß es sich nur noch um Modelle, um Hilfskonstruktionen handelt, die uns das Da-Sein im Leben erklären wollen, womit aber permanent die Rollen von Wirklichkeit und Schein-Wirklichkeit so vertauscht werden, daß man am Ende das eine nicht mehr vom anderen trennen kann. Als Beispiel könnten hier die Computerspiele aufgeführt werden, wo schon die Kinder Realität mit Schein verwechseln (lernen!) und geradezu in diese Richtung erzogen werden.
- Die Krise der Werte besteht vor allem auch darin, daß konventionelle Texte vieler über Jahrhunderte entwickelter Generationen plötzlich durch Überschreitung dieser zu Modellen und zu Bildern werden, aber nicht mehr gedeutet werden können, weil die Basis-Codes fehlen. So wird der Mensch zum Unwissenden seiner eigenen Umwelt. Er kennt sie nicht mehr wieder; und was der Mensch nicht kennt, ist für ihn ein Angstfaktor: Angst im eigenen Zuhause! Der Ausweg aus dieser Form der Skepsis wäre mit Wissen und Informationsvermittlung, mit dem Wiederentdecken von verloren gegangenen Werten zu beschreiben, damit der Mensch nicht entfremdet werde, sondern wieder die innere und äußere Heimat bekommt, die ihn zum wahren Humanum führt. Und nur so wird Europa eine „neue Seele“ erhalten können!

### Anmerkungen

<sup>1</sup> Vgl. Johannes Michael Schnarrer; Art. „Globalisierung contra Regionalisierung – Auf dem Weg zu einer neuen Weltwirtschaftsordnung“; In: Wiener Blätter zur Friedensforschung Nr. 83. Wien 2/1995; 47 – 59.

<sup>2</sup> Leider wird es mir nicht möglich sein, innerhalb dieses Beitrags auch auf die Prinzipien der Soziallehre einzugehen – das wäre ein Thema eines weiteren Vortrags.

<sup>3</sup> Vgl. auch: Leopold Neuhold; Wertwandel und Arbeit. Schriften des Dr.-Karl-Kummer-Instituts für Sozialpolitik und Sozialreform in Steiermark; Graz, 3/1989; 2; Vgl. Ders.; Wertwandel und Christentum. Linz 1988; 16f; Werte sind zu verstehen als: „... allgemeine, relativ dauerhafte, gesellschaftlich überformte, in einer sozialen Einheit zumindest teilweise geltend ..., von Mitgliedern der sozialen Einheit ganz oder wenigstens teilweise internalisierte, d.h. ins Persönlichkeitssystem eingefügte oder zumindest internalisierbare Maßstäbe für seinsollende Gegenstände, Zustände oder Handlungen, die zumindest über den Ein-

fluß auf die konkrete Ausgestaltung der geltenden Vorschriften für das Handeln (= Normen) das Handeln der Mitglieder einer sozialen Einheit mitbestimmen und das Handeln der einzelnen im gemeinschaftlichen oder gesellschaftlichen Verband aufeinander abstimmen, so soziales Handeln ermöglichen und zur Verwirklichung sozialer Einheit beitragen.“ Vor allem in der Selektionsphase ist dies mit der konkreten Entscheidung verbunden, wobei die Richtlinien als Orientierungsindikator auftreten und so zur verantwortlichen Entscheidung hinführen können.

<sup>4</sup> Vgl. Helmut Klages; Art. „Werden wir alle zu Egoisten? Über die Zukunft des Wertewandels“ In: Hanns-Seidel-Stiftung e.V. (Hg.); Politische Studien. Nr. 336; München, Juli/August 1994; 35 – 43.

<sup>5</sup> Vgl. ebd. 35f..

<sup>6</sup> Vgl. ebd. 36f.. Der hier angeführte Katalog kann jedoch nicht Anspruch auf Vollständigkeit der vielfältigen Wandlungs- und Problemaspekte erheben.

- <sup>7</sup> Vgl. ebd. 38f..
- <sup>8</sup> Vgl. Dietmar Mieth; Artikel „Leiden am Konsumismus – eine Predigt für Mitbetroffene.“ In: München 1991; 80 – 88.
- <sup>9</sup> Vgl. Werner Maihofer; Vortrag „Grundwerte heute in Staat und Gesellschaft.“ In: Günter Gorschenek (Hg.); Grundwerte in Staat und Gesellschaft. 3. Auflage München 1978; 88 – 102.
- <sup>10</sup> Vgl. Franz Alt; Frieden ist möglich – Die Politik der Bergpredigt. München o. J.; besonders: 81 – 125.
- <sup>11</sup> Vgl. Helmut Klages; Wertorientierungen im Wandel – Rückblick, Gegenwartsanalysen, Prognosen. Frankfurt/M. 1984.
- <sup>12</sup> Vgl. Ronald Inglehart; Kultureller Umbruch – Wertwandel in der westlichen Welt. Frankfurt/M., New York 1989; 56. Hier gibt Inglehart Ergebnisse einer Studie wieder, die die Bundesrepublik Deutschland betrifft (1981/1982): 3% der Bevölkerung traten demnach für einen radikalen (=revolutionären) Wandel ein; 59% für allmähliche Reformen und 38% für die Beibehaltung des Status Quo in der bestehenden Gesellschaftsordnung.
- <sup>13</sup> Vgl. ebd. 12.
- <sup>14</sup> Vgl. ebd. 56.
- <sup>15</sup> Vgl. ebd. 23. Als Beispiel wird erwähnt, was z.B. der Grund für den Olympiasieg von Carl Lewis 1984 im 100-Meter-Lauf war: der Körperbau, die Vorbereitung, die Motivation, die Lunge, die Taktik im Finale? Erst alles zusammen und die Fähigkeit, aus den Einzelfaktoren eine gute Synthese zu erstellen, entschied über den Sieg. Ähnlich dürfte es im gesellschaftlichen Bereich sein.
- <sup>16</sup> Vgl. ebd. 303ff.. So ist es interessant, daß Kulturen mit strengen Normansprüchen überproportional hohe Selbstmordraten zu verzeichnen haben.
- <sup>17</sup> Vgl. ebd. 269ff..
- <sup>18</sup> Vgl. ebd. 213ff.. Inglehart geht davon aus, daß die Betätigung des Vaters, was dieser für einem Wirken nachging, als die Kinder zwischen 10 und 18 Jahren alt waren sowie der höchste Schulabschluß des Vaters ganz eminent für die eigenen Entscheidungen und den in der Zukunft vertretenen Wertvorstellungen indikatorisch sind.
- <sup>19</sup> Vgl. ebd. 494ff..
- <sup>20</sup> Vgl. dazu: Hans Maier; Vortrag: „Viele Kulturen – eine Welt“; gehalten am 28.11. 1996 in Wien (Akademie der Wissenschaften).
- <sup>21</sup> Vgl. dazu: Hannes Swoboda; Vortrag: „Europa als globale Kraft.“ Der Vortrag wurde im Rahmen der Verleihung des Kreisky-Preises für das politische Buch am 22.1.1997 in Wien gehalten.
- <sup>22</sup> Vgl. Johannes Michael Schnarrer; Art. „Die ökologische Debatte als Prüfstein der Verantwortung – Der Umgang mit Werten und Gütern.“ In: Agemus. Mensch und Umwelt; Nr. 43/April 1996; 9 – 12.
- <sup>23</sup> Vgl. Elfi Thiemer; Art. „Kreative machen ihr Glück.“ (Arbeiten im 21. Jahrhundert); In: Die Furche. Nr. 47/21. November 1996, 1.
- <sup>24</sup> Vgl. Art. „Entspannung am Arbeitsmarkt ab dem Jahr 1999.“ In: Die Presse. Wien, am 25. Jänner 1997; 21.
- <sup>25</sup> Vgl. Johannes Michael Schnarrer; Arbeit und Wertewandel im postmodernen Deutschland – Eine historische, ethisch-systematische Studie zum Berufs- und Arbeitsethos. Hamburg 1996; 240 (Anm. 686; zit. nach: Lester Thurow; Head to head. New York 1993; 45).
- <sup>26</sup> Vgl. Eleonora Hostasch; Plenum-Leben, Arbeiten und Lernen in einer digitalisierten Gesellschaft. Alpacher Technologiegespräche 1996 „Netzwerke“.
- <sup>27</sup> Vgl. Art. „Tempus-The Club to Retard Time.“ In: Die Universität – Zeitung der Universität Wien. 3/96; Wien, Oktober 1996; 2f (zit. nach: Johannes Michael Schnarrer (Hg.); Gemeinwohl und Gesellschaftsordnung. Wien 1997; 180). Mit Hilfe von Professor Heintel ist ein Verein entstanden, der sich mit der Verlangsamung der Zeit beschäftigt – als Gegenbewegung zur Verschnellerung der Zeit.
- <sup>28</sup> Vgl. Matthias Mander; Art. „Humanität – substanzloser Titeltrick.“ In: Die Furche. Nr. 49/4. Dezember 1997, 12.
- <sup>29</sup> Vgl. II. Vaticanum (Hg.); Gaudium et spes. Nr. 17; Rom 1965.
- <sup>30</sup> Papst Paul VI. (Hg.); Octogesima adveniens. Nr. 26; Rom 1971.
- <sup>31</sup> Vgl. Martin Buber; Ich und Du. Heidelberg 1958; 29. Buber beschreibt hier, wie ein Ichbewußtsein erst durch andere entsteht, wobei der verantwortungsvollen Korrektur große Aufmerksamkeit zu schenken ist. Denn der Mensch wird am Du zum Ich. „Gegenüber kommt und entschwindet, Beziehungsereignisse verdichten sich und zerstieben, und im Wandel klärt sich, von Mal zu Mal wachsend, das Bewußtsein des gleichbleibenden Partners, das Ichbewußtsein. Zwar immer noch erscheint es nur im Gewebe der Beziehung, in der Relation zum Du, als Erkennbarwerden dessen, das nach dem Du langt und es nicht ist, aber immer kräftiger hervorbrechend, bis einmal die Bindung gesprengt ist und das

Ich sich selbst, dem abgelösten, einen Augenblick lang wie einem Du gegenübersteht, um alsbald von sich Besitz zu ergreifen und fortan in seiner Bewußtheit in die Beziehungen zu treten.“ Es geht also um einen Prozeß, der von sich be-gnenden Personen bestimmt wird.

- <sup>32</sup> Vgl. Hermann Lübbe; Fortschrittsreaktionen. Graz, Wien, Köln 1987; besonders: 206 – 217 (Preis der Freiheit).
- <sup>33</sup> Vgl. Paul M. Zulehner; Vom Untertan zum Freiheitskünstler. Wien 1991; 236ff.
- <sup>34</sup> Vgl. Paul M. Zulehner/Hermann Denz; Wie Europa lebt und glaubt. Düsseldorf 1993; 245f. Zwar sehen Zulehner und Denz nicht den Single-Haushalt als die Zukunft, aber von der wachsenden Mobilität der modernen Gesellschaften werden auch die zwischenmenschlichen Beziehungen erfaßt. Denn bei allem Wunsch nach einem stabilen Verhältnis gibt es innerhalb einer Biographie immer mehr Beziehungsumzüge! Fraglos nehmen Trennungen, Scheidungen und Ortswechsel relativ zu, obwohl auch einige

Gegenbewegungen zu konstatieren sind.

<sup>35</sup> Thomas Gertler; Art: „Freiheit aus Entschiedenheit.“ In: Geist und Leben. Heft 3-94; Würzburg 1994; 161 – 172; hier: 172.

- <sup>36</sup> Johannes Michael Schnarrer; Art. „Ausweg aus der Skepsis: Welche Freiheit in der pluralistischen Gesellschaft?“ Studentenkonferenz der Katholischen Hochschulgemeinde Wien zum Thema „Freiheitsillusionen“, am 11. Oktober 1997.
- <sup>37</sup> Vgl. dazu die höchstinteressanten Ausführungen von Pater Johannes Schasching, SJ; Art. „P. Schasching zur Globalisierung – Soziale Zügel für den Weltmarkt.“ In: Die Furche. Nr. 39/25. September 1997; 7.
- <sup>38</sup> Vgl. Johannes Michael Schnarrer; Art. „Theologische Grundlegung der Gerechtigkeit“; Vortrag zum Symposium der Johannes-Messner-Gesellschaft, vom 16. – 20. September 1997 in Brixen; erscheint in: Rudolf Weiler (Hg.); Die Gerechtigkeit in der sozialen Ordnung. Duncker&Humblot, Berlin 1998.

### Zitierte Literatur

- Alt, Franz; Frieden ist möglich – Die Politik der Bergpredigt. München o. J..
- Buber, Martin; Ich und Du. Heidelberg 1958.
- Art. „Entspannung am Arbeitsmarkt ab dem Jahr 1999.“ In: Die Presse. Wien, am 25. Jänner 1997; 21.
- Gertler, Thomas; Art: „Freiheit aus Entschiedenheit.“ In: Geist und Leben. Heft 3-94; Würzburg 1994; 161 – 172.
- Hostasch, Eleonora; Plenum-Leben, Arbeiten und Lernen in einer digitalisierten Gesellschaft. Alpacher Technologiegespräche 1996 „Netzwerke“.
- Inglehart, Ronald; Kultureller Umbruch-Wertwandel in der westlichen Welt. Frankfurt/M., New York 1989.
- Klages, Helmut; Art. „Werden wir alle zu Egoisten? Über die Zukunft des Wertewandels.“ In: Hanns-Seidel-Stiftung e.V. (Hg.); Politische Studien. Nr. 336; München, Juli/August 1994; 35 – 43.
- Klages, Helmut; Wertorientierungen im Wandel- Rückblick, Gegenwartsanalysen, Prognosen. Frankfurt/M. 1984.
- Lübbe, Hermann; Fortschrittsreaktionen. Graz, Wien, Köln 1987.
- Mieth, Dietmar; Artikel „Leiden am Konsumismus – eine Predigt für Mitbetroffene.“ In: Zeit & Geist 4: Immer mehr? München 1991; 80 – 88.
- Neuhold, Leopold; Wertwandel und Ar-

beit. Schriften des Dr. Karl-Kummer-Instituts für Sozialpolitik und Sozialreform in Steiermark; Graz, 3/1989.

- Neuhold, Leopold; Wertwandel und Christentum. Linz 1988.
- Maier, Hans; Vortrag (Manuskript): „Viele Kulturen – eine Welt“; gehalten am 28.11. 1996 in Wien (Akademie der Wissenschaften).
- Maihofer, Werner; Vortrag „Grundwerte heute in Staat und Gesellschaft.“ In: Günter Gorschenek (Hg.); Grundwerte in Staat und Gesellschaft. 3. Auflage München 1978; 88 – 102.
- Mander, Matthias; Art. „Humanität – substanzloser Titeltrick.“ In: Die Furche. Nr. 49/4. Dezember 1997, 12.
- Papst Paul VI. (Hg.); Octogesima adveniens. Rom 1971.
- Schasching, Johannes; Art. „P. Schasching zur Globalisierung – Soziale Zügel für den Weltmarkt.“ In: Die Furche. Nr. 39/25. September 1997; 7.
- Swoboda, Hannes; Vortrag (Manuskript): „Europa als globale Kraft.“ Der Vortrag wurde im Rahmen der Verleihung des Kreisky-Preises für das politische Buch am 22.1.1997 in Wien gehalten.
- „Tempus – The Club to Retard Time.“ In: Die Universität – Zeitung der Universität Wien. 3/96; Wien, Oktober 1996; 2f..
- Thiemer, Elfi; Art. „Kreative machen ihr

- Glück.“ (Arbeiten im 21. Jahrhundert); In: Die Furche. Nr. 47/21. November 1996, 1.
- Thurow, Lester; Head to head. New York 1993.
  - Vaticanum II. (Hg.); Gaudium et spes. Rom 1965.
  - Zulehner, Paul M.; Vom Untertan zum Freiheitskünstler. Wien 1991.
  - Zulehner, Paul M. / Denz, Hermann; Wie Europa lebt und glaubt. Düsseldorf 1993.

### Weiterführende Literatur

- Anzenbacher, Arno; Einführung in die Ethik. Düsseldorf 1992.
- Beck, Ulrich; Risikogesellschaft. Frankfurt a. Main 1986.
- Bell, Daniel; Die nachindustrielle Gesellschaft. Frankfurt a. Main/ New York 1985.
- Bentham, Jeremy; An Introduction to the Principles of Morals and Legislation. London 1780.
- Biser, Eugen (Hg.); Die Medien – das letzte Tabu der offenen Gesellschaft. Mainz 1986.
- Bloch, Ernst; Prinzip Hoffnung. Frankfurt a. Main 1977.
- Böckle, Franz; Fundamentalmoral. Leipzig 1978.
- Brandt, Richard B.; A Theory of the Good and the Right. Oxford 1979.
- Capra, Fritjof; Wendezeit-Bausteine für ein neues Weltbild. 7. Auflage, Bern 1983.
- Eco, Umberto; Über Gott und die Welt. München 1985.
- Ernst, Wilhelm (Hg.); Grundlagen und Probleme der heutigen Moraltheologie. Würzburg 1989.
- Etzioni, Amitai; Die aktive Gesellschaft. Opladen 1975.
- Feyerabend, Paul; Erkenntnis für freie Menschen. Frankfurt am Main 1979.
- Feyerabend, Paul; Irrwege der Vernunft. Frankfurt am Main 1989.
- Furger, Franz; Nur die Wahrheit. Freiburg 1980.
- Furger, Franz; Art. Wahrhaftigkeit. In: Roter, Hans/ Virt, Günter (Hg.); Neues Lexikon der christlichen Moral. Innsbruck, Wien 1990.
- Gehlen, Arnold; Moral und Hypermoral. Frankfurt a. Main, Bonn 1969.
- Giesecke, Hermann; Das Ende der Erziehung. Stuttgart 1985.
- Habermas, Jürgen; Der philosophische Diskurs der Moderne. Frankfurt a. M. 1985.
- Habermas, Jürgen; The Theory of Communicative Action. Boston 1984.
- Hillmann, Karl-Heinz; Wertwandel. Darmstadt 1986.
- Homann, Karl; Gewinnmaximierung und Kooperation – Eine ordnungsethische Reflexion. Kiel 1995.
- Höffe, Otfried (Hg.); Einführung in die utilitaristische Ethik. 2. Auflage, Tübingen 1992.
- Jonas, Hans; Das Prinzip Verantwortung. Frankfurt a. Main 1984.
- Klose, Alfred; Christliche Soziallehre. Graz 1993.
- Lyotard, Jean-Francois; Das postmoderne Wissen. (Engelmann, Peter Hg.); 3. Auflage, Wien 1994.
- Maier, Hans (Hg.); Ethik der Kommunikation. Freiburg (CH) 1985.
- Mead, George-Herbert; Geist, Identität und Gesellschaft. Frankfurt a. Main 1973.
- Messner, Johannes; Kulturethik. Innsbruck, Wien, München 1954.
- Messner, Johannes; Das Naturrecht. 7. Auflage, Berlin 1984.
- Mill, John Stuart; On liberty. London 1859.
- Nell-Breuning, Oswald von; Einzelmensch und Gesellschaft. Heidelberg 1950.
- Neumann, Erich; Tiefenpsychologie und neue Ethik. 7. Auflage, Frankfurt a. Main 1987.
- Nozick, Robert; Anarchy, State and Utopia. New York 1974.
- Patzig, Günther; Ethik ohne Metaphysik. Göttingen 1971.
- Pieper, Annemarie; Einführung in die Ethik. 2. Auflage, Tübingen 1991.
- Postman, Neil; Das Verschwinden der Kindheit. Frankfurt a. Main 1983.
- Postman, Neil; Wir amüsieren uns zu Tode. Frankfurt a. Main 1985.
- Potter, Ralph B.; War and Moral Discourse. Richmond/VA 1969.
- Pross, Harry; Medienforschung. Darmstadt 1970.
- Rawls, John; A Theory of Justice. Cambridge/MA 1971.
- Schasching, Johannes; Röntgenbild der industriellen Gesellschaft. Wien 1962.
- Schiwy, Günter; Der Geist des neuen Zeitalters. München 1987.
- Schmitz, Phillip (Hg.); Macht euch die Erde untertan? Würzburg 1981.
- Schockenhoff, Eberhard; Ethik des Lebens. Mainz 1993.
- Sidgwick, Henry; The Methods of Ethics. London 1874.

- Siebert, Horst (Hg.); Trends in Business Organization: Do Participation and Co-operation Increase Competitiveness? Tübingen 1995.
- Singer, Peter; Praktische Ethik. Stuttgart 1984.
- Smart, John J. C.; Between Science and Philosophy. New York 1968.
- Splett, Jörg; Lernziel Menschlichkeit. 2. Auflage, Frankfurt a. Main 1981.
- Steigleder, Klaus/Mieth, Dietmar (Hg.); Ethik in den Wissenschaften. 2. Auflage, Tübingen 1991.
- Steinvorth, Ulrich; Klassische und moderne Ethik. Reinbek bei Hamburg 1990.
- Tugendhat, Ernst; Probleme der Ethik. Stuttgart 1984.
- Tugendhat, Ernst; Selbstbewußtsein und Selbstbestimmung. Frankfurt am Main 1979.
- Türk, Hans-Joachim; Postmoderne. Mainz, Stuttgart 1990.
- Weber, Max; Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie. in 3 Bänden, Tübingen 1920.
- Weigelt, Klaus (Hg.); Werte, Leitbilder, Tugenden. Mainz 1985.
- Urmson, James O.; The Emotive Theory of Ethics. London 1968.
- Weber, Adolf; Abschied von der bisherigen Geschichte. Hamburg 1946.
- Weiler, Rudolf; Herausforderung Naturrecht. Graz 1996.
- Welsch, Wolfgang; Unsere postmoderne Moderne. Weinheim 1987.
- Welsch, Wolfgang (Hg.); Wege aus der Moderne. Weinheim 1988.
- Wunden, Wolfgang (Hg.); Medien zwischen Markt und Moral. 1989.
- Yamada, Hideshi; Das dem Recht und dem Staat zugrundeliegende. Tokyo 1989.
- Zentralstelle Medien der Deutschen Bischofskonferenz und Katholischen Akademie Stuttgart (Hg.); Telekommunikation – ein Fortschritt für den Menschen? Stuttgart 1980.

# Menschenwürde und Arbeitswelt

Wilfried Weber

## 1. Das Janusgesicht der aktuellen Entwicklung

Wohl keine Zeit erlebte die positiven und negativen Auswirkungen von Entdeckungen und Veränderungen in solcher Schnelligkeit und Massenwirkung wie die unsrige. Massenmedien, moderne Kommunikations- und Verkehrsmittel haben dies möglich gemacht. Tremendum und Fascinosum alles Neuen werden hautnah und unmittelbar erlebt, und Fluchtwege in die Freizeitgesellschaft oder in eine Workaholic-Mentalität ohne Zeit zum Nachdenken und sachgemäßem Reagieren erweisen sich sehr schnell als Sackgasen, die uns im Augenblick des Erwachens nur um so deutlicher unser Unvermögen erleben lassen, Gestalter statt bloße Verwalter und Treibende statt Getriebene unserer Geschichte zu sein. Immer schneller dreht sich das Rad der Entwicklung, und wir müssen uns fragen, ob wir nur wie die Hamster im Käfig sinnlos einen Kreislauf in Bewegung setzen, der zu nichts führt, obwohl wir unsere ganze Kraft verschwendet haben, oder ob wir auf dem Weg zu völlig neuen Dimensionen menschlicher Entwicklung und Freiheit sind. Angesichts der Brüchigkeit überkommener Wert- und Gesellschaftssysteme und der Vielzahl der möglichen Antworten auf die

Frage nach Sinn und Ziel aller Entwicklung sind wir unsicher und oft ratlos geworden. „Nichts ist ausgeschlossen, weder das Ja noch das Nein“ schreibt ein französischer Zukunftsforscher. (Louis Pauwels/Jacques Bergier, Aufbruch ins dritte Jahrtausend, Berlin-Darmstadt-Wien 1965, S. 31.) Trotz dieser Unsicherheiten gibt es so etwas wie Konstanten einer positiven Entwicklung, selbst wenn das Ziel noch unklar ist. Zu diesen wegweisenden Elementen zählen die Faktoren Menschenwürde und Arbeit als schöpferisches Tun des Menschen, wobei das eine das andere bedingt. Chancen und Gefährdungen dieser beiden zukunftsweisenden Prinzipien im modernen Wirtschaftsleben sollen im folgenden aufgezeigt werden, um abschließend Denkanstöße für eine Wegfindung in einer scheinbar orientierungslosen Zeit zu geben.

## 2. Auswirkungen auf die handelnden Personen

### 2.1 Was macht Menschenwürde aus?

Freiheit, Selbstverwirklichung und Verantwortung sind innerhalb der Arbeitswelt wohl die wichtigsten Elemente dessen, was wir umfassend mit dem

Begriff „Menschenwürde“ bezeichnen. Darüber dürfte weltweit eine mehrheitliche Akzeptanz zu finden sein. Schwieriger wird es schon, wenn man ins Detail geht: Wie ist das Verhältnis von Freiheit und Verantwortung? oder: Setzt Selbstverwirklichung mehr Individualität oder mehr soziale Verantwortung voraus? Wir könnten mit dieser Art von Fragen noch lange weitermachen.

Für den Bereich der Arbeitswelt lassen sich heute vor allem drei Modelle finden, die mit unterschiedlicher Gewichtung versuchen, zusammen mit einer Funktionsbestimmung des arbeitenden Menschen auch dessen Wert und Würde im Arbeitsprozeß zu bestimmen, ohne ihn zu einem willenlosen Werkzeug im Räderwerk des Unternehmens zu degradieren.

- Das erste Modell kommt aus Ostasien und fand unter dem Begriff „Lean-Management“ auch bei uns zahlreiche Anhänger und Imitatoren, zumeist ohne daß der unterschiedliche kulturelle Kontext mitbedacht wurde. Grundlage dieses Modells ist die konfuzianische Ethik mit ihren Idealen Fleiß, Ordnung, Zuverlässigkeit und Gehorsam. Die Gruppe und ihr Erfolg bedeuten alles, demgegenüber spielen Personalität und Individualität nur eine nachgeordnete oder gar keine Rolle, ja werden im Extremfall sogar als sozialschädlich angesehen und sanktioniert. „Hervorstehende Nägel werden eingeschlagen“, wie ein japanisches Sprichwort besagt. Nur als Gruppenmitglied hat der einzelne Wert und Würde und steht unter dem Gleichheitszwang im Sinne kollektivistischer Denkart. Aufgabe

der Führung ist nicht Begabtenförderung, sondern der Gruppenzusammenhalt und der Gruppenerfolg. In einem solchen Kontext sind Überbegabung und völliges Unvermögen gleichermaßen unerwünscht und systemgefährdend.

Zweifellos sind Teamgeist, Identifikation mit dem Unternehmen und der eigenen Arbeitsgruppe und der gegenseitige Antriebe zu Bestleistungen wertvolle Komponenten beruflichen Zusammenlebens und -arbeitens, aber der Preis für ein solches Arbeitskonzept scheint doch zu hoch zu sein. Ängste, Verunsicherungen, mangelnde Eigeninitiative und Unterwürfigkeit sind die unerwünschten Nebenprodukte. Die Folgen sind Befangenheit und eindimensionales Denken, Starrheit und Routine. Wo jeder sich dem Gruppendurchschnitt anpassen muß, kann auch nur Durchschnittliches zustandekommen. Anstelle von Überzeugung tritt die Forderung nach Anpassung, ja sogar Unterwerfung. (Vgl. Werner Then, Der zukünftige Betrieb – seine Organisation und Führung, in: GAK 3/1995, Jg. 48, S. 172).

- Das zweite Modell, das nach Meinung vieler Fachleute derzeit weltweit auf dem Vormarsch ist, hat seinen Ursprung in den USA. Gegenüber dem korporativen asiatischen Modell setzt es auf die klassischen Ideale des Amerikanismus – Freiheit des Individuums, Gleichheit der Chancen, Eigenverantwortung und soziale Mobilität. Aufgabe der Regierung ist es, Chancengleichheit herzustellen und zu wahren, etwa durch ein allgemein zugängliches Bildungssystem oder durch

den Kampf gegen Kartelle und Monopole. Weitere Eingriffe in das Wirtschaftsleben, von der Industriepolitik bis zur Umverteilung von Einkommen und Vermögen, werden jedoch mit großem Mißtrauen betrachtet. William Summer, ein bekannter Professor an der Yale-Universität schrieb schon um die Jahrhundertwende, daß Laisser-faire und unbeschränkter Individualismus die beste Antwort auf eine „völlig natürliche Ungleichheit“ seien. (Zitiert bei: Thomas Fischermann Modell mit vielen Gesichtern, in: DIE ZEIT, Nr. 48; 19. September 1998, S. 30). Unbestreitbar bietet das amerikanische System für Hochqualifizierte und für Karrierebewußte, die sich gut zu „verkaufen“ wissen, beste Entwicklungschancen, aber geistig und sozial Minderbemittelte oder Benachteiligte bleiben häufig auf der Strecke. Das Gesetz der natürlichen Auslese wird hier auf die Arbeitswelt angewandt. „Obdachlosigkeit; Slums, hohe Kriminalität und volle Gefängnisse gehören zu den wohlbekannten Nebenerscheinungen des amerikanischen Systems.“ (Fischermann, ebd.).

- Bleibt ein drittes Modell, das in Europa und vor allem in Deutschland entwickelt wurde und sich aus Gedanken der Katholischen Soziallehre und der Sozialen Marktwirtschaft gespeist hat: Personalität, Verantwortung, Subsidiarität, Solidarität und Gemeinwohl sind die Fundamente dieses Modells, das die Balance zwischen individueller Entfaltung und sozialer Verpflichtung zu wahren sucht. Über das als legitim anerkannte unmittelbare Unternehmensziel der Erfolgserzielung und

Gewinnmaximierung hinaus wird hier der Mensch als Zweck und Ziel alles Wirtschaftens in den Mittelpunkt gestellt. „Wenn die Arbeit nicht mehr auf menschliche Würde hin ausgerichtet ist, verabsolutieren, ja totalisieren wir den sozio-ökonomischen Bereich.“ (Then, a. a. O., S. 168). Die Folge wären demotivierte, überforderte und bis zur „inneren Kündigung“ distanzierte Mitarbeiter, zu denen nach Schätzungen schon heute 40 bis 50% der Beschäftigten einschließlich vieler Führungskräfte in Deutschland gehören. (Then, S. 167. Vgl. Judith Reicherzer Angst essen Seele auf.. in: DIE ZEIT, Nr. 48; 19. November 1998, S. 45). Statt nach ausländischen und unserer Kultur fremden Modellen zu schießen, wäre es sicher sinnvoller und vielversprechender, sich auf die Ziele und Ideale der Sozialen Marktwirtschaft und der Katholischen Soziallehre zu besinnen und daraus neue Ideen zu entwickeln. Selbstbesinnung und Selbstverantwortung, Mitsprache und Mitgestaltung könnten so zu einer demokratischen Kultur in den Betrieben führen und statt kurzatmiger Gewinne unter Druck und Personalreduzierung wieder erfolgsorientierte Langfristplanung ermöglichen. Die bereits 1951/52 durch die Mitbestimmungsgesetze eingeleitete Subjektstellung des Menschen im Betrieb wäre dann nicht nur Schutz vor Mißbrauch und Ausbeutung, sondern vor allem Recht auf Wertschätzung und Anerkennung, auf Mitsprache und Eigenentfaltung. (Vgl. Then, S. 168).

Die Problematik dieser Ideen liegt allerdings darin, daß sie bislang nie zu



Ende gedacht oder gar umfassend realisiert worden sind. Die Soziale Marktwirtschaft ist bis heute ein Torso geblieben und die von ihren geistigen Vätern angestrebte neue Wertordnung wurde nie ernsthaft in Angriff genommen. Nicht viel besser ist es mit der Katholischen Soziallehre bestellt, die bis heute auch in der Kirche selbst mehr Lehre als Leben geblieben ist. Vielleicht werden uns gerade die vielbeklagten Sachzwänge und das Scheitern anderer Modelle hier zu einer Rückbesinnung und Neubelebung dieser im Entwurf schon vorliegenden Ideen zwingen.

## 2.2 Was ist Arbeit aus ethischer Sicht?

Untrennbar mit der Gestalt und Funktion des arbeitenden Menschen und seiner Würde ist auch die Vorstellung von dem verbunden, was menschliche Arbeit ist. Sehe ich Arbeit nur als Produktion materieller und geistiger Werte, die verkäuflich sein müssen, dann werde ich auch den Wert der jeweiligen Arbeit nur unter dem Aspekt der Gewinnmaximierung sehen. Straffe Organisation, Vorgabe der Unternehmensziele „von oben“, einsame Führungsentscheidungen und wachsender Leistungsdruck sind die Kennzeichen einer solch reduzierten Sicht von Arbeit.

Arbeit als Möglichkeit zur Selbstentfaltung und zu schöpferischem Mittun braucht nicht im Gegensatz zu legitimem Gewinnstreben zu stehen, ja sie wird es langfristig sogar positiv beeinflussen, aber sie wird einen anderen Führungsstil und ein anderes Betriebsklima fördern. „Die alten Tugenden wie Disziplin, Gehorsam, Leistung,

Pflicht, Unterordnung usw. waren als traditionelle Strukturziele bisher Bedingung, um einen reibungslosen betrieblichen Ablauf zu ermöglichen. Jetzt treten Selbstentfaltung und prozeßorientierte Werte wie Emanzipation, Partizipation, Autonomie, Kreativität, Selbständigkeit im Denken und Handeln in den Vordergrund. Gerade Selbständigkeit im Handeln und Kreativität sind in Zukunft unabdingbar, um durch ständige Anpassung die Kontinuität des Unternehmens zu sichern“ (Then, S. 168). Die noch immer verbreitete Verantwortungsscheu auf Mitarbeiterseite und der wieder zunehmend diktatorische Führungsstil in vielen Unternehmen ist kein Widerspruch zu diesen Feststellungen, sondern zeigt eher noch deutlicher, wie notwendig hier ein Umdenken ist, wenn wir eine tragfähige Antwort auf die vielfältigen Herausforderungen einer Globalisierung der Märkte, auf das den Arbeitsrhythmus bestimmende Diktat der Maschine und auf das Problem der Arbeitslosigkeit finden wollen.

## 2.3 Veränderungen im Arbeitsklima und in der Rolle des arbeitenden Menschen

Wie unterschiedlich die derzeitige Entwicklung beurteilt werden kann, sei hier an zwei völlig entgegengesetzten Betrachtungsweisen deutlich gemacht. So schreibt Wilfried Herz in der ZEIT vom 12. November 1998 unter dem Titel „Der häßliche Sieger“: „Krisen begleiten die Herrschaft des Marktes: Massenarbeitslosigkeit und neue Armut in den Industrienationen, Finanz- und Wirtschaftschaos in den Schwellenländern. Neoliberale Lehren und

die Angebotspolitik wirken entzaubert, Keynes Theorien und die Nachfragesteuerung erleben ein Comeback“ (A. a. O., S. 39).

Während diese Thesen eher Untergangsstimmung beschwören, zeichnet der Vorsitzende des Bundes Katholischer Unternehmer ein weit optimistischeres Bild für die Zukunft: „Der wachsende weltweite Wettbewerb, Emanzipationsbestrebungen der Arbeitnehmer, deren wachsendes Selbstwertgefühl und Selbstgestaltungswille, machen es notwendig, traditionelle Führungskonzepte, Entscheidungsprozesse und die Gestaltung der Betriebsorganisation neu zu überdenken ... . Der zur Selbstachtung findende Mensch emanzipiert sich zunehmend gegenüber seinem Unternehmen und gegenüber seiner Führung. Er erwartet, daß er in seinem Beruf Mensch sein und ohne Ängste arbeiten kann. Er akzeptiert nicht länger, als „Faktor Arbeit“ zu gelten und will auch in seiner Berufswelt mit Leib und Seele, mit Geist und Gefühl anwesend sein und sich entfalten dürfen“ (Then, S. 167). Auch hier gilt, was wir eingangs feststellten: die derzeitige Entwicklung ist nicht eindeutig zu beurteilen. Umso mehr ist es notwendig, daß alle im Rahmen ihrer Möglichkeiten dazu beitragen, dem Ganzen eine positive Richtung zu geben. Betrachten wir einmal kurz die Situation in verschiedenen Betriebsgrößen der Wirtschaft, um danach positive Ansätze in den verschiedenen Bereichen aufzuzeigen.

### **Großkonzerne**

Die Situation der Großkonzerne ist derzeit vom Fusionsfieber und von

einer weitgehenden Amerikanisierung der Unternehmenspolitik gekennzeichnet. Im Gegensatz zu traditionellen Betriebsformen mit starker Mitarbeiter- und Ortsbindung und klarer hierarchischer Gliederung liegt hier die Betriebsführung nicht in Händen einer Unternehmerpersönlichkeit, sondern von leitenden Angestellten, auch wenn diese häufig die Politik der Unternehmerverbände bestimmen. Nationale Bindungen der Unternehmen weichen einer Internationalisierung mit den Standorten dort, wo es der Markt erfordert, und selbst traditionelle Markennamen verlieren an Bedeutung und überkommene Unternehmenskulturen verschwinden über Nacht.

Gefahren dieser Entwicklung sind leicht abzusehen: durch die Internationalisierung ist eine politische Kontrolle praktisch unmöglich, Finanz- und Steuertransaktionen sind kaum nachvollziehbar, für den einzelnen undurchschaubare Unternehmensentscheidungen können zu mehrstelligen Arbeitsplatzverlusten in kürzester Zeit führen und das soziale und wirtschaftliche Gleichgewicht ganzer Regionen erschüttern, die Identifikation zwischen Unternehmen und Beschäftigten geht weitgehend verloren und damit auch ein wichtiges Element beruflicher Motivation.

Andererseits gibt es auch positive Effekte. Die weltweite Verflechtung der Wirtschaft ist ein nicht zu unterschätzender Faktor der Friedenserhaltung, die Unternehmen können flexibler auf Krisen reagieren und damit Wirtschaftlichkeit und Arbeitsplatzertreuungen besser garantieren und für veränderungsbereite Mitarbeiter bieten

sich fast unbegrenzte Entwicklungschancen.

### **Mittelständische Unternehmen**

Auch hier läßt sich eine zweigleisige Entwicklung feststellen. Während auf der einen Seite Preisverfall und der Druck der Großindustrie und des internationalen Wettbewerbs vielen mittelständischen Unternehmen die Luft zum Atmen nehmen, wie nicht zuletzt die hohen Insolvenzzahlen belegen, eröffnet die zunehmende Konzentration der Großbetriebe auf ihre Kernbereiche und der wachsende Bedarf an speziellen Kleinserien oder Einzelösungen mittelständischer Betriebe zusätzliche und zum Teil völlig neue Aktionsbereiche.

Gerade im mittelständischen Betrieb heißt das Erfolgsrezept Arbeitsteilung und kreative Mitarbeiterbeteiligung. Es läßt sich empirisch belegen, daß Innovationsprozesse nicht eigendynamisch ablaufen, sondern engagierte, improvisations- und durchsetzungsfähige Mitarbeiter voraussetzen, die den Innovationsprozeß starten und aktiv vorantreiben. So wird der Unternehmer zum Macht-Promotor, der die wesentlichen strategischen Entscheidungen trifft und die materiellen und finanziellen Ressourcen bereitstellt, während der fachlich zuständige Mitarbeiter als Fach-Promotor über das technische Wissen zum Gegenstand der Innovation verfügt und den Unternehmer davon entlastet, allzuständig sein zu müssen. (Vgl. Liesa Folkerts Mittelstand als Erneuerungsquelle im Strukturwandel, in: H. M. Schleyer-Stiftung, Der Aufbruch ist möglich (Köln 1998, S. 66f.). Da letztere Rolle zumin-

dest zeitweise für eine spezielle Aufgabe von jedem kreativen Mitarbeiter übernommen werden kann, ergeben sich hier z. B. über das betriebliche Vorschlagswesen zahlreiche Entfaltungsmöglichkeiten, die für das Unternehmen höhere Effizienz, für den Mitarbeiter höhere Anerkennung, evtl. auch höheren Lohn und für beide Teile engere Bindung aneinander bewirken.

### **Der einzelne Arbeitnehmer zwischen Selbständigkeit und Abhängigkeit**

Drohende Arbeitslosigkeit, eine ungewisse Zukunft, rascher Wechsel des Arbeitsplatzes ohne tragende Teambindung, erzwungene Mobilität, um nur einige Faktoren zu nennen, führen bei vielen Arbeitnehmern zu einer ambivalenten Haltung, die sich je nach persönlicher Einstellung und Fähigkeit vor allem in drei Haltungen äußert.

Mehrheitlich ist ein opportunistisches und konformistisches Verhalten zu beobachten, das bis zur völligen Verleugnung eigener Ziele und Wertvorstellungen führen kann. Überspitzt gesagt, hier gibt jemand seine Seele für einen sicheren Arbeitsplatz, die intrinsische Motivation der eigenständigen Persönlichkeit weicht einer extrinsischen Motivation, sei es Sicherheit, Lob des Vorgesetzten oder sogar Karriere auf Kosten anderer. Wo eine solche Haltung im Unternehmen vorherrscht, sagt dies mehr über mangelnde Qualität der Führung als über den schwachen Charakter der Mitarbeiter aus, nach dem Motto: Nur ein schwacher Chef umgibt sich mit schwachen Mitarbeitern. Insofern stellt sich die Frage,

ob die Krise der Wirtschaft nicht vor allem die Krise einer orientierungslosen Führung ist, die heute mit derselben kritiklosen Begeisterung amerikanische Vorbilder zu kopieren versucht, wie sie es vor wenigen Jahren mit japanischen getan hat.

Statt Konformismus kann sich aber auch eine andere Haltung entwickeln. Wo die extrinsische Verhaltensmotivation vorherrscht, sind der individuellen Eigenständigkeit enge Grenzen gesetzt. Hier besteht die Gefahr, daß eine innere Leere entsteht, die sich nicht nur in Form von Desinteresse und Antriebschwäche, sondern auch in einer antisozialen Haltung äußern und hohe soziale Kosten verursachen kann. Aggressivität in der Familie und im Straßenverkehr, politische Radikalisierung und Flucht in Alkohol und Drogen, aber auch gesundheitliche Störungen vom Magengeschwür bis zum Herzinfarkt und psychische Erkrankungen wie Depression und sogar Suizidgefährdung können Symptome nicht gelungener Selbstverwirklichung sein. (Vgl. Kurt Annen, Individuelle Eigenständigkeit: Keine voraussetzungslose Selbstverständlichkeit?. in: H.M.Schleyer-Stiftung a.a.O., S. 21 und Reicherzer a.a.O.).

Bleibt eine dritte, vor allem von unseren Politikern als Stein der Weisen angepriesene Möglichkeit: der Absprung in die Selbständigkeit als Chance der Selbstverwirklichung und eine Möglichkeit zum Abbau der Arbeitslosigkeit. „Jede Existenzgründung schafft durchschnittlich vier neue Arbeitsplätze“, so klingt der Sirengesang derer, die wahrscheinlich nie selbst diesen Schritt in eine höchst ungewisse Zukunft wagen würden. „Von zwei

Existenzgründungen ist eine nach einem Jahr schon wieder verschwunden“, so tönt es von Statistikern und Arbeitsmarktstrategen zurück. Da stehe ich nun, ich armer Tor ...?!“

Wer blind den Absprung wagt, ist tatsächlich fast mit Sicherheit zum Scheitern verurteilt. Wer aber Unternehmerqualitäten besitzt, sich fachlich gut beraten läßt, Gespür für Marktlücken hat und auch noch finanziell nicht völlig mittellos ist, der hat gute Aussichten, im Wettbewerb zu überleben. Aber schon die kurze Zusammenfassung der vielfältigen Anforderungen zeigt, daß dies nie der Weg für die Mehrheit sein kann. Oft handelt es sich bei den statistisch erfaßten Existenzgründungen tatsächlich auch nur um eine Scheinselbständigkeit mit engster Bindung an ein einziges Auftragsunternehmen, wo zwar alle unternehmerischen Risiken und sozialen Lasten beim nominell Selbständigen liegen, aber keinerlei unternehmerische Freiheit gegeben ist.

#### **2.4 Zusammenfassung der Problematik**

Was hat die bisherige Situationschilderung ergeben? Zunächst einmal dies: Die alten Rezepte reichen nicht mehr aus. Höhere Qualifizierung, mehr Selbständigkeit und Flexibilität und neue Fähigkeiten wie Kreativität, Mut zu verantwortetem Risiko, kurz gesagt, Personen mit Persönlichkeit, nicht Roboter oder Nummern sind gefragt. Zugleich wird immer deutlicher, daß Arbeits- und Führungsmodelle geschaffen werden müssen, die Arbeit und Lohn gerecht und sozialverträglich verteilen. Es darf keine neue Zwei-

klassengesellschaft aus denen, die Arbeit haben und dem Heer der Arbeitslosen entstehen. Dies erfordert ein Umdenken bei Unternehmern, Gewerkschaften und Arbeitnehmern. Daß es hierfür schon Ansätze gibt, sollen beispielhaft die folgenden Modelle zeigen, bei denen die Belange des Unternehmens und der Mitarbeiter gleichermaßen berücksichtigt wurden.

### 3. Lösungsversuche

#### 3.1 Das VW-Modell

Als 1993 bei VW die Kosten explodierten, während zugleich der Absatz an Neuwagen dramatisch zurückging, gab es nur zwei Alternativen. Entweder VW brach mit seinem bisherigen Prinzip: „VW entläßt nicht“, oder die Arbeit mußte billiger werden. VW entschloß sich für den zweiten Weg und kreierte die „atmende Fabrik“, die sich den Bewegungen des Marktes völlig anpaßte. Es gab keine Entlassungen, die VW-Werker arbeiteten seitdem 20 Prozent und verdienten 15 Prozent weniger. Bei einem Ansteigen der Bestellungen wird mehr gearbeitet, Neueinstellungen sind zumeist zeitlich befristet.

Über 100 Arbeitsmodelle sind seitdem entstanden. Es gibt die 4-Tage-Woche mit langen Arbeitszeiten, die 5-Tage-Woche mit verkürzten Zeiten und die 5-Tage-Woche mit anschließenden Freizeitblöcken. Wenn die Auftragslage sich ändert, werden neue Zeiten festgesetzt. Erst wird die tägliche Arbeitszeit ausgeweitet, dann wird die Zahl der Schichten erhöht und auf 5-Tage-Arbeit umgestellt. Sollte das nicht mehr ausreichen, steht auch Samstagarbeit auf dem Programm. All das spart

dem Unternehmen Milliarden und gibt im Gegenzug den Beschäftigten einen sicheren Arbeitsplatz, einen garantierten Mindestlohn und mehr freie Zeit. (Vgl. Stefan Willeke und Thomas Kleine-Brockhoff, tut Modernisierung weh?, in: DIE ZEIT, Nr. 48; 19. November 1998, S. 17ff.).

Nach der bisher umfassendsten Untersuchung hat die Belegschaft bei VW die neue Arbeitswelt „weitgehend akzeptiert“. Nur 16 Prozent der Befragten äußerten sich „unzufrieden“ oder „sehr unzufrieden“. Dabei sind Frauen – besonders mit Kindern – deutlich zufriedener als Männer, jüngere akzeptieren die neue Arbeitswelt mehr als ältere Arbeitnehmer. (Markus Promberger u. a., Weniger Geld, kürzere Arbeitszeit, sichere Jobs; edition sigma, Berlin 1997, 240 S.).

Besonders positiv bewertet wird die Möglichkeit, durch die 4-Tage-Arbeitswoche Schichtarbeit und Familienleben besser in Einklang zu bringen. Das gilt gleichermaßen für männliche und weibliche VW-Beschäftigte, die von Wissenschaftlern der Universität Hannover befragt wurden. (Kerstin Jürgens/Karsten Reinecke, Zwischen Volks- und Kinderwagen; edition sigma, Berlin 1998, 232 S.).

Daß der neue Arbeitsrhythmus auch persönliche Verhaltensweisen beeinflusst, belegt eine noch unveröffentlichte Studie des Wissenschaftszentrums Berlin. Demnach ist zu beobachten, daß mehr und mehr VW-Mitarbeiter im Job und in der Freizeit bereits wie Unternehmer handeln, indem sie Sicherheit gegen Risiko tauschen. (Vgl. Willeke/Kleine-Brockhoff a.a.O., S. 18).

Viele Industriefirmen, vor allem in der Autobranche, sind dem Beispiel von VW gefolgt und haben eigene Modelle der „atmenden Fabrik“ entwickelt. Noch weiter geht das folgende Modell.

### 3.2 Vertrauensarbeitszeit bei IBM Deutschland

Bei IBM heißt die jüngste Errungenschaft Vertrauensarbeitszeit. Es gibt keine Zeitkonten und keine Korridore mehr. Jeder kontrolliert seine Arbeitszeit selbst. Den Mitarbeitern wird für einen bestimmten Zeitraum eine Gesamt-Arbeitszeit zugeteilt – wie jeder einzelne Mitarbeiter sich die Zeit einteilt, ob er tagsüber arbeitet oder nachts, daheim oder in der Firma, ist seine Sache. (Vgl. Wolfgang Uchatius, Frischer Atem, in: DIE ZEIT, Nr. 48; 19. November 1998, S. 21)

### 3.3 „Kreative Spinner“

Unternehmen, die innovativ sein wollen, brauchen eine Kultur für das Neue. Oft schlummern die Ideen schon irgendwo, in den Köpfen der Mitarbeiter, in unaufgeräumten Schubladen, in der Phantasie der Kunden. Die Kunst ist es, ein Unternehmen so zu organisieren, daß das Neue wirklich das Licht der Welt erblickt und sich gegen das Alte durchsetzen kann. So tritt der amerikanische 3M-Konzern mit dem Ziel an, die innovativste Firma der Welt zu werden. Dazu dient unter anderem die sogenannte 15-Prozent-Regel. Mitarbeiter in Forschung und Entwicklung dürfen 15 Prozent ihrer Arbeitszeit auf selbstgewählte Vorhaben verwenden, ohne diese mit dem Chef abzusprechen. Ähnlich groß sind

die Freiräume bei Hewlett-Packard. „Bei Investitionen, die sich in einem Geschäftsjahr amortisieren, liegt die Entscheidung beim jeweiligen Team und bedarf keiner Zustimmung von höheren Ebenen,“ sagt Manager Heribert Schmitz, „die Leute im Projekt wissen am besten Bescheid, also sollen sie entscheiden.“ (Timm Krägenow, Kreative Spinner am Werk, in: DIE ZEIT, Nr. 47; 12. November 1998, S. 42.)

Ähnlich lauteten die Gründe, die mittelständische Unternehmen aus dem Frankfurter Raum 1996 bei einer IHK-Veranstaltung in Bad Homburg angaben, um zu den erfolgreichsten Unternehmen des Jahres zu arrivieren. Von ganzen Tagen, an denen die verrücktesten Ideen geäußert werden konnten, um danach die machbaren und zugleich erfolversprechenden herauszukristallisieren, bis zu regelmäßigem Gedankenaustausch der Firmenleitung mit den einzelnen Abteilungen in deren Räumen (Management by wandering around) zeigte sich eine breite Palette von Möglichkeiten, um Unternehmensziele und Persönlichkeitsentfaltung der Mitarbeiter miteinander zu verbinden. Ja, es zeigte sich sogar, daß letztere unabdingbare Voraussetzung für anhaltenden unternehmerischen Erfolg war. (Eigenveranstaltung des Verfassers in Bad Homburg).

## 4. Entwicklung ohne Freiheit führt ins Chaos

Sicher haben wir die Liste der Möglichkeiten noch lange nicht erschöpft, aber eines hat sich klar als Ergebnis herausgeschält: Erfolgskontrolle ja, Streß und Druck nein. Ermöglichung

---

von Risikobereitschaft, Freiheit und Kreativität ohne Sanktionen bei Fehlversuchen, dafür Ideenfilter durch Gespräch, das sind die Garanten der Menschenwürde auch in einer immer differenzierteren Arbeitswelt.

**Schwerpunktthema**

**Sozialdemokratisierung  
Europas?**



# Einführung

Bernd Rill

Zwischen dem geographischen und dem politischen Begriff „Europa“ hat stets eine Diskrepanz bestanden. Die Formel des Generals de Gaulle eines „Europa vom Atlantik bis zum Ural“ bezeichnet den rhetorischen Versuch, geographische Dimension und politische Organisation im Interesse einer angemessenen Rolle Europas in der Weltpolitik zur Deckung zu bringen – der dahinter steckende Wunsch des großen Visionärs ist bis heute nicht realisiert worden. Und es hat sich immer wieder erwiesen, daß die kulturelle Einheit, die man für Europa durchaus konstatieren kann, wenn man nur ernsthaft genug auf die antiken und christlichen Wurzeln des Kontinents hinweist, der politischen Homogenität kaum Vorschub leistet. Offensichtlich ist dieser Hinweis zu abstrakter Art, er entfaltet, jedenfalls für die Tagespolitik der Integration, zu wenig Verbindlichkeit.

Nichtsdestoweniger besteht auch eine beständig zu beobachtende Tendenz zur fortschreitenden Vereinheitlichung europäischer Strukturen, die sogar eine gewisse Eigendynamik entfaltet hat, ohne daß man deswegen auch schon anzugeben wüßte, was als der Ziel- und Endpunkt einer solchen Dynamik zu gelten hätte. Einerseits kann das Fehlen eines logisch an sich voraussetzenden Ziels zu der tröstlichen Er-

kenntnis verhelfen, es sei in der europäischen Integration eben doch nicht alles ohne weiteres planbar, machbar, beliebig rationalisier- und bürokratisierbar. Andererseits aber wüßte man doch ganz gerne, wohin die Reise geht. Die Formel, der Weg selbst sei das Ziel, hilft in diesem Falle nicht weiter.

Die aktuellen Reform-Schwerpunkte der EU bilden eine stattliche Liste: Es geht um die Neuregelung der Finanzierung der Union, um die Zukunft der Agrar- und Regionalpolitik, nach Maßgabe des Amsterdamer Vertrages um die Einleitung einer gemeinsamen europäischen Beschäftigungspolitik, um die Wahrung eines stabilen Euro, dessen Integrationspotential seinerseits beträchtlich sein dürfte, aber erst im Laufe der folgenden Jahre zum Tragen kommen wird, schließlich um eine tiefgreifende institutionelle Reform. Jede dieser Thematiken, für sich genommen, bietet ein Problemfeld größter Wichtigkeit und dient den beiden Bereichen der Erweiterung und der Vertiefung der Gemeinschaft. Dazu tritt nämlich noch der Imperativ der Osterweiterung, teilweise mit dem Gelingen der erwähnten Reformvorhaben verbunden, darüber hinaus eine Chance und eine Belastung, die uns der Zusammenbruch des Sowjet-Kommunismus gewährt und gleichzeitig auferlegt hat. Fast sieht es aus, als ob der ent-

schiedene Beitrittswillen der ehemals kommunistischen Staaten ein Eigenrecht gegenüber der EU entfaltete, und zwar in dem Sinne, daß die EU durch diese aus dem Osten an sie herantretende Dynamik genötigt wird, die Osterweiterung, die sie selbstverständlich auch anstrebt, mit besonderem Nachdruck zu betreiben, zeitgleich mit den Reformprojekten, die sie intern beschäftigen.

Soll am Ende dieser gemeinsamen Projekte des „Staatenverbundes“ (so das Bundesverfassungsgericht) der EU ein veritabler „Bundesstaat“ stehen, etwa demjenigen des deutschen Grundgesetzes vergleichbar, mit Mitgliedsstaaten, die im Föderalismus zwar ihre Qualität ursprünglicher Staatlichkeit wahren, aber in ständiger Auseinandersetzung mit der Durchsetzungskraft der Bundesregierung und ihrer Ressourcen stehen? Angesichts unterschiedlicher Willensäußerungen zu dieser entscheidenden Frage im maßgeblichen politischen Raum kann man hier Wünschbarkeiten ausdrücken, muß sich aber im übrigen darauf beschränken, die unterschiedlichen Meinungen zur Kenntnis zu nehmen und sich möglichst seine eigene zu bilden. Am erstrebenswertesten ist natürlich eine Harmonisierung zwischen dem Ideal der europäischen Einheit und dem Fortbestehen seiner unterschiedlichen nationalen und politischen Kulturen, entsprechend den Worten des französischen Staatspräsidenten Chirac: „Europa ist bei weitem nicht unvereinbar mit der Idee der Nation, sondern vielmehr der politische und geistige Raum, in dem diese Idee sich am stärksten entfalten und bereichern kann“ (Rede Chiracs vor der Nationalversammlung am 2.3.99).

Europa besteht aber nicht nur aus einer Vielfalt gewachsener nationaler Kulturen nebeneinander, sondern auch aus verschiedenen, den Kontinent übergreifenden Organisationsformen politischer Kultur, die an den jeweiligen nationalen Grenzen nicht haltmachen. Hauptsächlich ist an dieser Stelle an Parteien-Zusammenschlüsse zu denken, an „Internationalen“ im nicht-kommunistischen Sinne, die im Europäischen Parlament als geschlossene Fraktionen auftreten, am umfangreichsten die Europäische Volkspartei (konservativ) und die Fraktion der Sozialisten. In den folgenden Beiträgen geht es um die Frage, wieviel an Vereinheitlichungspotential solchen festen Verbindungen zuzuschreiben ist, ob also eine gewisse weltanschauliche Gemeinsamkeit unter den Sozialisten des Europäischen Parlaments ausreicht, sie zu Vorkämpfern einer „Sozialdemokratisierung“ Europas zu machen, oder ob nicht eher die unterschiedlichen nationalen Ausgangssituationen maßgeblich sind, d.h. die von den jeweiligen sozialistischen Regierungen in der „Heimat“ sicherlich auch aus inkommensurablen, da innenpolitischen Gründen formulierten Interessen. Wenn etwa die deutschen Sozialdemokraten durchsetzen wollen, daß der deutsche Beitrag zur Brüsseler Kasse endlich gerechter, d.h. zurückhaltender ausfällt, dann muß dies weder mit den europapolitischen Interessen von Tony Blair, noch mit denen von Lionel Jospin und Massimo D'Alema zusammenfallen. Eine „Sozialdemokratisierung“ Europas kann nicht nur das Ergebnis der Addition von Regierungschefs sein, die in den wichtigsten europäischen Hauptstädten Verantwortung tragen! Das wäre zu vordergründig-arithmetisch gedacht.

Allerdings ist mit diesem Vorbehalt noch nicht gesagt, daß unter den genannten „Sozialdemokraten“ nicht auch partielle Übereinstimmungen in wichtigen Fragen bestehen, wobei die Durchschlagskraft auf europäischer Ebene durch gemeinsame ideologische Grundwerte nicht unwesentlich gefördert wird.

So haben sich die EU-Staats- und Regierungschefs im Dezember 1998 in Wien – besonders gedrängt von Premierminister Jospin und mit der Zustimmung von Bundeskanzler Schröder – dafür ausgesprochen, in Weiterentwicklung des „Beschäftigungskapitels“ des Amsterdamer Vertrages einen „europäischen Beschäftigungspakt“ zu vereinbaren, und zwar in dem Halbjahr der deutschen Rats-Präsidentschaft. Damit soll der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit besser koordiniert werden, für Beschäftigung und Arbeitslosigkeit wer-

den quantifizierte Ziele und Fristen angegeben.

Einerseits kann man sich, rein technisch und administrativ betrachtet und ohne damit eine Wünschbarkeit auszudrücken, sehr wohl eine viel weitergehende gemeinsame Beschäftigungspolitik vorstellen, als sie auf dem Wiener Gipfel angesprochen worden ist. Andererseits ist aber der Verdacht nicht von der Hand zu weisen, daß hier die bekannten Muster staatlich-sozialistischer Reglementierung des Wirtschaftslebens erneut hervorgeholt werden sollen, die ideologisch verwurzelt sind. Gelänge es Blair, Schröder, Jospin und D’Alema, einen „Beschäftigungspakt“ durchzusetzen, der der Marktwirtschaft europaweit Fesseln auferlegen möchte, dann könnte man in der Tat von einem greifbaren Stück „Sozialdemokratisierung“ in Europa sprechen.

# Ein sozialistisches Europa?

## Ist die These „vom Ende des sozialdemokratischen Jahrhunderts widerlegt?

Gerd Langguth

### 1. Einführung

Die berühmte These vom „Ende des sozialdemokratischen Jahrhunderts“, die der Ex-FDP-Politiker und Soziologe Ralf Dahrendorf vor fast zwanzig Jahren aufstellte, scheint widerlegt: Elf der fünfzehn Regierungschefs im EU-Europa werden von Sozialdemokraten und Sozialisten gestellt, an zwei weiteren Regierungen sind Sozialdemokraten als Juniorpartner vertreten. Nur in Belgien, Luxemburg, Irland und Spanien gibt es noch christlich-demokratische bzw. konservative Regierungschefs. Binnen weniger Jahre – sieht man von Spanien ab – wurde eine christdemokratisch bzw. konservativ geführte Regierung nach der anderen abgelöst. Und schon jetzt gehören neun der zwanzig EU-Kommissare einer sozialdemokratischen oder sozialistischen Partei an. Insbesondere auf dem Gipfeltreffen der Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE)<sup>1</sup> – deren Ziel nach den Statuten u. a. darin besteht, „die sozialistische und sozialdemokratische Bewegung in der Europäischen Union sowie in allen anderen Ländern Europas zu stärken“ – in Mailand am 1./2.

März 1999 zeigte die politische Linke in Europa ein neues Selbstbewußtsein.<sup>2</sup>

In der Tat hat sich innerhalb weniger Jahre die politische Landschaft im EU-Europa verändert. Noch 1983 stimmte hingegen Ralf Dahrendorf den „Grabgesang“ des „sozialdemokratischen Jahrhunderts“ an.<sup>3</sup> Eine der entscheidenden Thesen lautete: „In seinen besten Möglichkeiten war das Jahrhundert sozial und demokratisch. An seinem Ende sind wir (fast) alle Sozialdemokraten geworden.“<sup>4</sup> Den Sozialdemokraten schienen aber viele Jahre die Wähler wegzulaufen. Es war ihnen nicht gelungen, in einer Zeit des zahlenmäßigen Rückganges der klassischen Arbeiterschaft – ein allgemeines Phänomen moderner Industriegesellschaften, in denen sich der Dienstleistungsanteil enorm verstärkte – Wähler gerade bei den aufstrebenden Mittelschichten zu erreichen. Viele sozialdemokratisch-sozialistische Parteien in Europa schienen nicht mehr in der Lage, rechtzeitig den großen Tanker Sozialdemokratie umzusteuern. Die Sozialdemokratie hat lange Zeit wie gelähmt auf die soziologischen Ver-

änderungen in der Wählerschaft reagiert, da sie sich von ihrer klassischen Arbeiterbasis nicht entfernen wollte und insgesamt zunehmend ihre Wählerbasis verkleinerte.

Noch vor wenigen Jahren wäre die Prognose, die Sozialdemokraten würden gegen Ende dieses Jahrhunderts wieder in Deutschland und in vielen anderen europäischen Staaten regieren, mit Verwunderung aufgenommen worden: „Zu übermächtig schienen die Indizien dafür, daß sich das sozialdemokratische Politikkonzept der zweiten Jahrhunderthälfte erschöpft haben könnte.“ (Eckhard Fuhr)<sup>5</sup> Als Dahrendorf im Jahre 1983 seine Sozialdemokratie-These verkündete<sup>6</sup>, regierte indes Margaret Thatcher seit 1979 Großbritannien, Ronald Reagan seit 1981 in den Vereinigten Staaten von Amerika – und Helmut Kohl war 1982 gerade Bundeskanzler geworden. Es schien also damals, als würden den Sozialdemokraten und Sozialisten in Europa die Wähler in Scharen davonlaufen.

Der spektakuläre Niedergang der jahrzehntelang regierenden italienischen Christdemokraten und schließlich der Regierungswechsel an den Linkskatholiken Romano Prodi im Jahre 1996 war das – damals von vielen nur als Italien-spezifisch gesehene – Signal für weitere Niederlagen der Christdemokraten und Konservativen. 1997 erlebte indes die von Tony Blair modernisierte Labour Party einen grandiosen Wahlerfolg – den größten seit dem legendären Wahlsieg Attlees im Jahre 1945. Auch wenn „New Labour“ lediglich 43% der Stimmen erhielt – das Mehrheitswahlrecht machte die enorme Mehrheit im Unterhaus möglich -, so sollte die psy-

chologische Wirkung dieses Labour-Durchbruches auf die deutsche Sozialdemokratie nicht unterschätzt werden. Und schließlich brachten die überraschend vom neogaullistischen Präsidenten Chirac ausgeschriebenen Neuwahlen in Frankreich die Sozialistische Partei unter Lionel Jospin an die Macht.

Der politische Erdrutsch dann am 27. September 1998 in Deutschland dokumentierte den allgemeinen Machtverlust der Christdemokratie weltweit, auch in Lateinamerika, auf besonders deutliche Weise: bundesweiter Verlust allein der Unionsparteien von 6,4% auf 35,1%; sie erhielten damit, sieht man von den exzeptionellen ersten Bundestagswahlen des Jahres 1949 (31%) ab, das mit Abstand schlechteste Ergebnis, währenddessen die wenig erfolgsverwöhnte SPD mit 40,9% die Vierzig-Prozent-Marke erkletterte. Durch die Dominanz Helmut Kohls war der christdemokratische Machtverfall in Deutschland viele Jahre überdeckt, obwohl der Machtverlust durch eine Reihe von politischen Niederlagen bei Landtagswahlen vorprogrammiert war und der SPD eine grandiose Bundesratsmehrheit bescherte. Es war der Wahlsieg von Roland Koch am 7. Februar 1999 in Hessen, der diese sozialdemokratische Übermacht im Bundesrat relativiert hat: Nach der Amtsübergabe von Eichel an Koch sind zehn der 16 Ministerpräsidenten Sozialdemokraten. Fast alle hohen Staatsämter in der Republik sind jetzt von Sozialdemokraten besetzt. Die Schnelligkeit, mit der innerhalb weniger Jahre die Christdemokraten und Konservativen in Europa auf die Oppositionsbänke verwiesen wurden, überraschte selbst Sozialdemokraten. Noch

im August 1996 konstatierte so Peter Glotz: „Kein Zweifel, in einer Reihe westeuropäischer Gesellschaften dominiert ein antisozialdemokratischer Diskurs ...“<sup>7</sup>

Der Regierungswechsel in Deutschland bestätigte also nicht nur eine enorme sozialdemokratische Übermacht im EU-Europa, sondern fand auch kurz vor dem (symbolträchtigen) Umzug von Parlament und Regierung von Bonn nach Berlin statt. Deshalb fragen viele jetzt besorgt, ob nun der Aufbruch in eine „linke Berliner Republik“ stattfände.

## **2. Eine erste Analyse der Schröder'schen Europapolitik**

In der „Neuen Zürcher Zeitung“ hieß es kurz nach dem deutschen Regierungswechsel, nichts deute bisher darauf hin, „daß die Kontinuität deutscher Außenpolitik verloren geht. Westbindung und europäische Einigung sind Elemente, die in den Volksparteien nicht in Frage gestellt werden. Die Beharrungskraft des deutschen Systems hat seine Vorteile. Ein Deutschland, das sich anders als in kleinen Schritten wandelt, kann in niemandes Interesse liegen.“<sup>8</sup> Andererseits konstatiert der Politikwissenschaftler Karl-Rudolf Korte einen „außenpolitischen Themenwechsel“ und meint: „Doch die Kontinuitätsbekundungen der ersten Tage sind trügerisch und nur Oberflächenphänomene.“<sup>9</sup> Mit der überraschenden Selbstpensionierung Oskar Lafontaines vom Amt des Bundesfinanzministers am 11. März 1999 in der Halbzeit der deutschen EU-Ratspräsidentschaft und 168 Tage nach dem Regierungsantritt der rot-grünen

Koalition dürften keineswegs alle europapolitischen Karten neu gemischt werden. Der Rücktritt des wichtigsten Ministers – zu dessen Zuständigkeitsbereich auch weite Teile der früheren Europakompetenz des Bundeswirtschaftsministeriums gehörten – wenige Tage vor einem wichtigen EU-Gipfel am 24./25. März 1999 erleichterte keineswegs die Vorbereitung und deutsche Verhandlungsführung. Die bisherige Bilanz deutscher Europapolitik der Schröder-Regierung ist denn auch alles andere als rühmlich:

### **2.1 „Visionslose“ Europapolitik – vermengt mit populistischen Thesen**

Die Neue Zürcher Zeitung bewertete den Antrittsbesuch Gerhard Schröders bei der Europäischen Kommission in Brüssel als „visionslos“<sup>10</sup> – ohne Überzeugung, ohne Vision kann es aber auch keine überzeugende deutsche Europastrategie geben. Die Rede des Bundeskanzlers in der ersten Bundestagsdebatte zur Europapolitik am 10. Dezember 1998, einen Tag vor dem Gipfel der Staats- und Regierungschefs in Wien, zeigte diese Visionslosigkeit in der Europapolitik drastisch. Wolfgang Schäuble kritisierte im Deutschen Bundestag – wie auch die Vertreter der FDP – heftig den Mangel an grundsatzorientierter Europapolitik und erachtete es als „beklagenswert“, daß Bundeskanzler Schröder am Anfang seiner Regierungserklärung den Beginn der Europäischen Währungsunion nur als einen „Veränderungsprozeß“ beschrieben habe: „Ich finde, sie ist ein großer, ein historischer Erfolg für die Menschen in Europa. Die europäische Einigung

gung – darüber sind wir uns einig – ist das wichtigste Projekt in der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts. Sie hat zusammen mit der atlantischen Partnerschaft – übrigens auch im Hinblick auf das, was wir soeben zum 50. Jahrestag der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte diskutiert haben – Frieden, Freiheit, Menschenrechte, Gerechtigkeit, Stabilität, Wohlstand und soziale Sicherheit für diesen Teil Europas und für unser deutsches Vaterland in einem Maße ermöglicht, wie es vor 50 Jahren von niemandem für möglich gehalten worden wäre.“<sup>11</sup>

Gerade in den ersten Wochen nach dem Regierungswechsel waren die tatsächlichen Prioritäten deutscher Europapolitik höchst diffus, dafür die populistischen Argumente umso präziser. So wurde immer wieder der Versuch unternommen nachzuweisen, die Vorgängerregierung habe in der Vergangenheit deutsche Interessen nicht hart genug vertreten. In der Bundestagsdebatte zur Europapolitik am 10. Dezember 1998 nahm sie dabei insbesondere auf den europäischen Gipfel von Edinburgh vom 11./12. Dezember 1992 Bezug, als zugleich mit den Fördermaßnahmen für die neuen deutschen Bundesländer insgesamt über ein Finanztableau für die gesamte Europäische Gemeinschaft bis zum Jahre 1999 entschieden („Delors-II-Paket“) wurde, das seinerzeit auch in einem breiten Konsens von der damaligen Opposition im Deutschen Bundestag wie auch von den sozialdemokratisch geführten Ländern im Bundesrat gutgeheißen wurde. In den anderen Mitgliedsstaaten wurden manche Reden der neuen deutschen Regierungsvertreter mit gehöriger Verwunderung zur Kenntnis genommen. Schröder sugge-

rierte so („Nationale deutsche Interessen richtig verstanden zu vertreten, das ist kein Gegensatz zu Europa, ganz im Gegenteil. So wie die anderen das auch machen, steht uns das auch zu.“<sup>12</sup>), frühere Regierungen hätten nationale Interessen Deutschlands vernachlässigt; doch vor allem war es die Wortwahl, die im Ausland aufhorchen ließ: Auf der insgesamt sehr bemerkenswerten Europadelegiertenkonferenz der SPD in Saarbrücken am 8. Dezember 1998 wenige Wochen nach der Bundestagswahl argumentierte Schröder im Zusammenhang mit dem EU-Finanzbeitrag Deutschlands wie folgt: „Und für diese Position gibt es, und ich sage das in aller Freundschaft, eine ganz einfache Erklärung und die heißt, mehr als die Hälfte der Beiträge, die in Europa verbraten werden, zahlen die Deutschen.“<sup>13</sup> Suggestiert wird, Kohl und Waigel hätten sich gar in finanzwirksamen Entscheidungen von dem französischen Sozialisten Jacques Delors als langjährigem Kommissionspräsidenten (ohne diesen allerdings beim Namen zu nennen) „über den Tisch ziehen lassen.“<sup>14</sup>

## 2.2 Die EU-Osterweiterung wird verlangsamt

„Der Prozeß der Verhandlungen mit den fünf Beitrittskandidaten ist so kompliziert, im Ökonomischen wie im Rechtlichen, daß es fahrlässig wäre, heute zu sagen, wann er beendet ist“, meinte Schröder noch im Dezember 1998<sup>15</sup>, dadurch würden Erwartungen geweckt, „die man nie wird erfüllen können.“ Seine Hinweise haben gerade in Zentral- und Osteuropa die Befürchtungen genährt, Deutschland würde nicht mehr als Motor einer Er-

weiterung und damit als Anwalt dieser Staaten auftreten. Trotz mancher Reden einflußreicher deutscher Politiker – auch des Außenministers Joseph Fischer –, die das Interesse Deutschlands an einer schnellen EU-Erweiterung bekunden, besteht die Gefahr, daß retardierende Aussagen gerade deutscher Politiker zur Erweiterung in den betreffenden Staaten den Reformdruck zur Übernahme des EU-Regelwerkes (acquis communautaire) verlangsamen. Bisher war es eine erfolgreiche Methode europäischer Politik, durch das Benennen von Zeitzielen einen entsprechenden Druck auf die Verhandlungen auszuüben, was sich im Zusammenhang mit der Vollendung des europäischen Binnenmarktes („1992“) als besonders erfolgreich zeigte.

### 2.3 Druck auf die Europäische Zentralbank

Ausgerechnet die neue deutsche Bundesregierung hatte – zunächst noch durch ihre Angriffe auf die Autonomie der Deutschen Bundesbank – letztlich an der mühsam erstrittenen Autonomie der EZB gerüttelt. Es ist ein bleibendes Verdienst der früheren deutschen Bundesregierung – und gerade des damaligen Bundesfinanzministers Theo Waigel –, die Autonomie der EZB institutionell sogar noch stärker zu sichern, als dies bei der Deutschen Bundesbank der Fall war.<sup>16</sup> Denn es handelt sich bei dem Maastricht-Vertrag um einen völkerrechtlich wirksamen Vertrag, um europäisches Primärrecht, das nur mit Zustimmung aller Mitgliedsstaaten wieder geändert werden kann. Aufgrund des Beharrens gerade der deutschen Seite auf die EZB-Auto-

nomie war eine Reihe von Mitgliedsstaaten unter großen Schmerzen gezwungen, den eigenen Notenbanken Autonomie einzuräumen, sogar im traditionell besonders staatsinterventionistischem Frankreich.

Aber auch generell wurden durch den ehemaligen Bundesfinanzminister Lafontaine einige (alte) ökonomische Fragen neu gestellt, der eine „Globalsteuerung“ forderte, was man auch „die Rückkehr der politischen Ökonomie“ nennen könne. Es sei notwendig, „auf europäischer Ebene einen Anlauf“ zu versuchen, „um Geldpolitik, um Lohnpolitik und Fiskalpolitik zueinander so zu korrelieren und zu koordinieren, daß daraus eine Steigerung der Gesamtnachfrage resultiert und es wieder zu mehr Beschäftigung kommt.“<sup>17</sup> Er nannte in einem Atemzug Geldpolitik, Lohnpolitik und Fiskalpolitik, wobei jedoch die Geldpolitik in der Verantwortung der autonomen Europäischen Zentralbank liegt, die laut Artikel 105 des Maastricht-Vertrages vorrangig dem Ziel der Preisstabilität verpflichtet ist. Forderungen, die EZB müsse ihren Beitrag zu Wachstum und Beschäftigung leisten, machen generell klar, daß der Kampf um ihre Unabhängigkeit zur entscheidenden Herausforderung der EZB wird.

Das Unterdrucksetzen der Deutschen Bundesbank und damit auch der EZB entspringt der Zielsetzung, daß der Beschäftigungsförderung zumindest der gleiche Rang beigemessen wird wie der Stabilität des Geldes. Jedenfalls dürfte es der Zielvorstellung von Lafontaine und seines früheren französischen Kollegen Strauss-Kahn entsprochen haben, sowohl die wirtschafts- und finanzpolitische Koordinierung der Euro-11-



Gruppe als auch das Beschäftigungskapital des Amsterdamer Vertrages – siehe im folgenden – als einen entscheidenden Hebel für eine koordinierte ökonomische Strategie für ganz EU-Europa zu nutzen. Lafontaines Intervention gleich nach Amtsantritt zum Umbau des Weltwährungssystems hinsichtlich einer Fixierung der Wechselkurse des Dollars, des Yens und des Euros durch Zielzonen fanden zudem harsche Ablehnung beim Präsidenten der Europäischen Zentralbank, Wim Duisenberg, und seinem amerikanischen Kollegen Alan Greenspan – und fast der gesamten Fachwelt. In der Tat gibt es keine zuverlässigen Anhaltspunkte für die Bestimmung der „richtigen“ Kurse – es stellt sich die Grundfrage, warum diese ein wie auch immer zusammengesetztes Gremium besser definieren könne als der Markt. In den letzten Tagen vor dem Lafontaine-Rücktritt sah sich die Bundesregierung denn auch gezwungen, offiziell Abschied von diesen Zielzonen-Vorstellungen des bisherigen Finanzministers zu nehmen.

#### 2.4 Lafontaine und der Keynesianismus

Zu den alt-neuen ökonomischen Grundfragen gehört die Beschäftigungspolitik, für die es mit dem im Vertrag von Amsterdam in Artikel 3i durch die neu eingeführte „Förderung der Koordinierung der Beschäftigungspolitik der Mitgliedsstaaten im Hinblick auf die Verstärkung ihrer Wirksamkeit durch die Entwicklung einer koordinierten Beschäftigungsstrategie“ – nunmehr eine Rechtsgrundlage gibt. Die Formulierung der Vertragsergänzung zeigt den Kompromißcharakter

dieser neuen Zielsetzung, auf die die damals frisch gewählte französische Regierung Jospin bestand, womit ihr eine Brücke zur Zustimmung zur Europäischen Währungsunion und den im Vertrag festgelegten Stabilitätskriterien gebaut wurde. Diese Vertragsergänzung ist jedoch eine Einfallsschneise für die Forderung nach allgemeiner Beschäftigungspolitik der Gemeinschaft, womit dem im Vertrag ebenfalls festgelegtem Subsidiaritätsprinzip kaum entsprochen werden dürfte. Nach der bisherigen Praxis und auch dem Wortlaut des EG-Vertrages war prinzipiell zumindest eine liberale Wirtschaftsordnung das wirtschaftspolitische Credo der EU; eine Gängelung der einzelnen Nationalstaaten durch Beschäftigungs- und Sozialprogramme unterblieb.

Gegen ein „Monitoring“ durch die Kommission hinsichtlich der Arbeitsmarktpolitik in den einzelnen Mitgliedsstaaten ist sicherlich nichts einzuwenden – umso mehr, als daß durch den „Euro“ ganz zwangsläufig die Mitgliedsstaaten zu vernünftigerem ökonomischen Handel gezwungen werden, sonst müßte ein „stabiler“ Euro an der Frage zerbrechen, wie die gemeinsame Währung in einem äußerst heterogenen Wirtschaftsraum wirksam gesteuert werden kann.

Sehr viel sinnträchtiger als eine EU-weite Beschäftigungspolitik sind indes weitere Rechtsangleichungen und auch der Abbau von Steuerhürden, die den Gemeinsamen Binnenmarkt erschweren – entsprechende Überlegungen Lafontaines fanden jedoch insbesondere in Großbritannien eine zum Teil höchst emotionale Gegnerschaft.<sup>18</sup> Hinzu kommen noch inhaltliche Bedenken zu einer europäischen Beschäf-

tigungspolitik: Frankreich scheiterte 1981/1982 unter Mitterrand mit dem keynesianischem Versuch einer klassisch nachfrageorientierten Wirtschaftspolitik. Zurück blieb ein enormer Schuldenberg.

Eine über den bisherigen Verbalismus hinausgehende gemeinsame europäische Beschäftigungspolitik würde die industriell besonders entwickelten EU-Mitgliedsstaaten, darunter auch Deutschland, in besonderer Weise zur Kasse bitten. Mit Interesse wird deshalb zu sehen sein, wie der von der deutschen EU-Präsidentschaft vorgeschlagene „Beschäftigungspakt auf europäischer Ebene“ – darüber soll auf dem Treffen der Staats- und Regierungschefs am 3./4. Juni 1999 in Köln befunden werden –, in der konkreten Ausgestaltung ausschaut. Das Ausscheiden Lafontaines aus der Bundesregierung bedeutet nämlich keineswegs, daß die Bundesregierung auf Entscheidungen für eine europaweite Beschäftigungspolitik verzichtet, da Schröder jetzt auch als SPD-Parteivorsitzender – will er seine Partei integrieren – letztlich sehr viel stärker auf den Kurs des „linken Flügels“ seiner Partei Rücksicht nehmen muß. Die bisherige Arbeitsteilung erlaubte es dem Regierungschef, sich auf (medienwirksames) Regierungshandeln zu konzentrieren, währenddessen Lafontaine die „Seele der Partei“ abdeckte. Der Rücktritt Lafontaines und die damit verbundene Auflösung der Quasi-„Doppelspitze“ mag zwar die regierungsinterne Koordination erleichtern, dennoch werden Schröder und Lafontaine-Nachfolger Eichel auf die „sozialdemokratische Identität“ achten müssen, wenn nicht Verwerfungen in der größten Regierungspartei stattfinden sollten. Sicher-

lich wird Hans Eichel als Finanzminister nicht in gleicher Weise als Weltökonom in die Geschichte eingehen wollen wie sein gescheiterter Vorgänger Lafontaine und eher vorsichtig finanzpolitische Entscheidungen vorbereiten, die stärker mit dem Kanzleramt abgestimmt sein dürften – weil er eben vom Bundeskanzler abhängt.

## 2.5 Europäische Verteidigungsidentität und NATO

Mit der Forderung auf Verzicht des atomaren Erstschlages der Nordatlantischen Verteidigungsorganisation NATO im Koalitionsvertrag isolierte sich die neue deutsche Regierung nicht nur gegenüber den USA, sondern auch gegenüber den anderen NATO-Mitgliedern, die zugleich in der EU sind. Der Hinweis des AA-Staatsministers Volmer, daß Deutschland kein „stehendes Heer“ mehr benötige<sup>19</sup>, vermittelte weitere Unsicherheiten hinsichtlich der deutschen Bündnistreue. Zwar findet in der Fachwelt eine Diskussion über das Für und Wider des Rechts auf einen atomaren Erstschlag statt,<sup>20</sup> doch steht außer Frage, daß die ohne wirklich aktuelle Notwendigkeit geborene Überlegung Fischers dem deutschen Interesse im Bündnis nicht weiterhilft.

## 3. Ein „sozialistisches Europa“ wird nicht kommen

Mitterrand als damaliger Generalsekretär der französischen Sozialisten forderte 1977, Europa müsse sozialistisch sein oder es könne gar nicht zustande kommen.<sup>21</sup> Ähnlich formulierte es auch Willy Brandt. Wird diese Vision – die bedeutet, daß „Sozialismus“ und

„Europa“ als identisch angesehen werden – jetzt Wirklichkeit? Trotz aller Veränderung der Parteienlandschaft in Deutschland und in Europa wird ein „sozialistisches“ Europa – etwa im klassischen Sinne der Verstaatlichung von Produktionsmitteln – nicht kommen; die Gründe hierzu sind vielschichtig:

### 3.1 Das Wahlverhalten in Deutschland und Europa ist immer weniger kalkulierbar

Entscheidend für den Machtwechsel in Deutschland – und zuvor auch in anderen europäischen Staaten – dürfte nach allen wahlsoziologischen Erkenntnissen nicht die Tatsache sein, daß die Wähler etwa einen Sozialismus (in neuem Gewande) wollten, sondern die Gründe waren häufig sehr viel nüchterner: viele wollten neue Gesichter, neuen Wind in der Politik, ein Aufbrechen verkrusteter Strukturen. „Die Zeit“ analysierte 1997: „Nicht die Sozialdemokratie siegt derzeit in Europa, sondern die Opposition. Nicht eine Vision bricht sich Bahn, sondern Protest: Mal richtet er sich – wie soeben in Frankreich, wie bei der nächsten Wahl vielleicht in Schweden – gegen Sparprogramme, die weniger der Euro als vielmehr die Globalisierung erzwingt; mal fegt der Unmut abgewirtschaftete, affairengeschüttelte Dauerregierungen aus dem Amt, wie in Spanien oder England. Das Europa, das gestern noch rechts schien und heute links scheint, kann sich morgen schon wieder nach rechts drehen.“<sup>22</sup>

Gerhard Schröder ist in Deutschland nicht deshalb Kanzler geworden, weil er eine „linke“ deutsche Republik versprochen hätte, sondern weil er es

kommunikationspolitisch meisterhaft verstand, den Begriff der politischen Mitte („neue Mitte“) zu besetzen, letztlich wenig politische Änderungen („Wir machen nicht alles anders, aber vieles besser“), dafür aber neue Gesichter versprach. Er suggerierte die Möglichkeit der Harmonie einer „Großen Koalition“ und blieb in seinen politischen Äußerungen dabei so vage, daß er großen und markanten inhaltlichen Fragen ausweichen konnte. Noch nie war deshalb ein Wahlkampf in der Bundesrepublik Deutschland so „unpolitisch“, weil die politische Programmatik in den Hintergrund gedrängt wurde und die mediale Vermittlung der Spitzenkandidaten dabei im Vordergrund stand. Wirksam – und nicht nur bei Jüngeren – war sein Hinweis, daß eine sechzehnjährige politische Verantwortung eines einzelnen Kanzlers allein schon genügend Grund für einen Wechsel sei („Danke Helmut, 16 Jahre sind genug“)<sup>23</sup>. Durch den Ruf nach einer Notwendigkeit des Wechsels, der prinzipiell jeder Demokratie gut täte, trat letztlich die inhaltliche Auseinandersetzung in den Hintergrund, obwohl es den Unionsparteien im Laufe der letzten Wahlkampfmonate sogar gelang, eine Entzauberung des Kohl-Herausforders gerade hinsichtlich seiner inhaltlichen Kompetenz herbeizuführen. Der alten Regierung gelang es nicht mehr, der Bevölkerung plausibel zu machen, wofür sie noch politisch steht, welche zukunftsgeordneten Ziele sie hat.<sup>24</sup>

Wäre nicht die deutsche Einheit 1989/1990 gekommen, wäre möglicherweise das Ende der früheren Koalition schon sehr viel früher eingetreten. In dramatischen Umbruchsituationen – und nicht nur Deutsche sind auf der

„Suche nach Sicherheiten“<sup>25</sup> – hat eine handlungsfähige und zupackende Exekutive immer Vorteile gegenüber der Opposition. Im übrigen scheint es in jeder demokratischen Gesellschaft die Tendenz zu geben, nach gewisser Zeit zumindest auf der nationalen Ebene einfach das „Establishment“ abzuwählen.<sup>26</sup> Diese Erfahrung mußte schon der legendäre Churchill machen, der keinen „Dank“ von seinen Wählern erhielt, gleiches galt beispielsweise für den Sozialisten Goncales in Spanien.

Daß die Deutschen übrigens kein schlechthin „sozialdemokratisches“ oder „sozialistisches“ Deutschland/Europa haben wollen, zeigten unmißverständlich die bayerischen Landtagswahlen zwei Wochen vor der Bundestagswahl auf, als die Wähler bewußt Kontinuität gewählt haben. Im Freistaat ist es der CSU gelungen, Kontinuität und Moderne – wofür das Begriffspaar „Laptop und Lederhose“ erfunden wurde – miteinander in Einklang zu bringen. In einer veränderten Wählerlandschaft, in der die Stammwähler proportional abnehmen, ist das Wählerverhalten flexibler, unberechenbarer.

Der Wahlerfolg der Sozialdemokratie in Deutschland war interessanterweise nicht auf eine programmatische Erneuerung dieser Partei zurückzuführen, sondern gerade auf den Versuch, die bislang die praktische Regierungsarbeit lähmenden Gegensätze zwischen „Traditionalisten“ und „Erneuerern“ durch integrative Formulierungen zumindest für den Zeitraum des Wahlkampfes aufzulösen. Dabei kam den Sozialdemokraten in Teilen der Wählerschaft zugute, daß sie die Veränderungsdynamik einer modernen Gesellschaft unter dem Vorzeichen der „Globalisierung“

eher mit einem negativen Vorzeichen, auch mit dem Feindbild „Neoliberalismus“ verband und so auf die („konservativen“) Veränderungsängste eines Teiles der Gesellschaft reagierte.

Bei der Bewertung des Wahlergebnisses muß allerdings bedacht werden, daß sich insgesamt die Parteienlandschaft im wiedervereinigten Deutschland radikal verändert hat. Der rot-rote Händedruck im Mecklenburg-Vorpommern soll – wie schon zuvor die Duldung einer SPD-Minderheitsregierung in Sachsen-Anhalt durch die PDS – die SED-Nachfolgepartei zum integralen Bestandteil einer angestrebten strategischen linken Mehrheit unter SPD-Führung werden lassen.<sup>27</sup> Dem dient jetzt nach der Hessen-Wahl auf Bundesebene auch die Überlegung Schröders, zwar „auf der Ebene des Deutschen Bundestages“ keine Zusammenarbeit mit der PDS vorzunehmen, mit der Begründung jedoch, „daß im Bundesrat man nicht mit Parteien zusammenarbeitet, sondern mit Ländern“<sup>28</sup> eine solche Zusammenarbeit in diesem Verfassungsorgan keinesfalls auszuschließen. Es geht dem Bundeskanzler u. a. darum, im Bundesrat eine Mehrheit für zustimmungsbedürftige Gesetze zu erreichen, die dann gefährdet sein könnte, wenn sich die SPD/PDS-geführte Landesregierung in Mecklenburg-Vorpommern im Bundesrat der Stimme enthält. Während die PDS bislang eine ostdeutsche Milieupartei geblieben ist, sind die Grünen eine deutlich „westdeutsch“ dominierte Partei, die zunächst aus einer Bewegung entstanden<sup>29</sup> und gut 19 Jahre nach ihrer Gründung auf Bundesebene am Ziel der Regierungsverantwortung angelangt sind. Damit gehören zur politischen Linken drei

Parteien in Deutschland: die SPD, die PDS und (trotz ihrer ökologischen Tradition) die Grünen. Während in Westdeutschland viele Jahrzehnte drei Fraktionen im Deutschen Bundestag vertreten waren, liegt jetzt mit fünf Fraktionen eine sehr viel unübersichtlichere Situation vor.

### 3.2 Die Sozialdemokratie in Europa ist kein monolithischer Block

Zunächst muß darauf hingewiesen werden, daß inzwischen die Grundlinien der Sozialen Marktwirtschaft in vielen sich immer noch „sozialistisch“ nennenden Parteien verankert sind – wobei für Deutschland während des Wahlkampfes auffällig war, wie häufig Schröder und Hombach (und der einstige Wirtschaftsministerkandidat Stollmann) sich auf Ludwig Erhard und die „Soziale Marktwirtschaft“ beriefen. Zwar ist nicht zu bestreiten, daß sich in großen Teilen der sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien eine Abkehr von einstigen Verstaatlichungsmodellen ergeben hat. Gleichwohl wird in den meisten Parteien der Linken in Europa der Regulierungsnotwendigkeit der Ökonomie durch den Staat in sehr viel größerem Maße Vorschub geleistet. Innerhalb der europäischen Sozialdemokratie gibt es allerdings zwei Pole: Da ist zunächst „New Labour“ von Tony Blair, für den die „Globalisierung“ eher ein Anlaß ist, die Modernisierung der Gesellschaft als Herausforderung anzusehen und der einen „dritten Weg“ zwischen Laissez-faire und Staatsdirigismus verspricht.<sup>30</sup> Manche sehen in dem „Blairismus“ auch einen Thatcherismus mit lächelndem Antlitz. Und auf der ande-

ren Seite gibt es das etatistische Denken eines Jospin, den nur die Fessel des Maastrichter Vertrages davon abgehalten haben dürfte, im Sinne des Keynesianismus die Massenkaukraft durch expansive Fiskalpolitik zu stärken.<sup>31</sup> Die deutsche Sozialdemokratie dürfte etwa in der Mitte zwischen beiden Polen zu verorten sein, wenngleich Hombach (und mit ihm der Bundeskanzler) eher zum „Blairismus“ neigen, währenddessen Ex-Minister Lafontaine – mit Interesse wird zu sehen sein, wer künftig die derzeit stark geschwächte SPD-Linke repräsentieren wird – tendenziell eher bei Jospin und Strauss-Kahn angesiedelt gewesen sein dürfte. Und Wim Kok von der niederländischen Partei der Arbeit hat auf pragmatische Weise eine gemeinsame Arbeitsmarktstrategie mit Gewerkschaften und Unternehmern fortgeführt, ohne dabei sozialdemokratische Identität aufzugeben. Auch in Skandinavien führten Sozialdemokraten Spar- und Sanierungsprogramme durch. Die Sozialdemokratie ist, wie man an diesen Beispielen sehen kann, beim Vergleich ihrer innenpolitischen und ökonomischen Zielsetzungen keinesfalls ein monolithischer Block. Die sozialdemokratischen Parteien im EU-Europa eint zudem die Befürchtung einer allzu starken deutschen Dominanz, damit auch der deutschen Sozialdemokratie. Das Regierungshandeln der einzelnen sozialdemokratisch-sozialistischen Parteien ist stark von den eigenen „nationalen Interessen“ abhängig, was auch im Zusammenhang mit den Beratungen der „Agenda 2000“ oder bei so kontroversen Themen wie der Steuerpolitik sichtbar wurde. „Die Zeit“ konstatierte denn auch schon 1997: „Die europäische Sozialdemokratie ist eine Schimäre.“<sup>32</sup>

### 3.3 Die „Globalisierung“ verhindert einen dauerhaften Rückfall in alte sozialistische Rezepte

Eine Marktabschottung der EU oder ein Eingriff in das Regelwerk des freien Kapitalverkehrs würde ganz zwangsläufig zu einem „Auswandern“ des Kapitals führen und damit die Verursacher staatlicher Eingriffe sofort „bestrafen“. Die Möglichkeiten eines einzelnen EU-Mitgliedsstaates wie auch der EU insgesamt, eine makroökonomische Globalsteuerung zu betreiben, sind vor allem wegen der erhöhten Kapitalmobilität der internationalen Finanzmärkte begrenzt. Das wissen auch die sozialdemokratischen und sozialistischen Parteiführer in Europa, auch wenn nie auszuschließen ist, daß immer wieder ein (zumind. teilweiser) Rückgriff auf alte sozialistische Rezepte gefordert wird. Insgesamt führt der Prozeß der Globalisierung ganz zwangsläufig zu Modernisierungsprozessen und zu der Notwendigkeit, den internationalen ökonomischen Wettbewerb – insbesondere mit den Vereinigten Staaten von Amerika, aber auch Japan – bestehen zu können. Alte sozialistische Instrumente taugen in einem Zeitalter der Globalisierung erst recht nichts.

Gleichwohl stellt sich die Frage, wie in einer Zeit, in der alle wesentlichen Zukunftsaufgaben – und dies in Anerkennung der zunehmenden Komplexität von Problemen und Konflikten – nicht mehr alleine im nationalstaatlichen Rahmen lösbar sind, eine Transparenz und demokratische Kontrolle der Entscheidungsprozesse stattfinden kann.<sup>33</sup> Hierüber wird auch in den kommenden Jahren politisch gestritten werden müssen.

### 4. Ist die These vom „Ende des sozialdemokratischen Jahrhunderts“ doch richtig?

In Deutschland besteht gegenwärtig die Gefahr, daß der frühere weitgehende parteipolitische Konsens in der Europapolitik einer Konfrontation weicht – und zwar nicht nur wegen der Europawahlen im Juni 1999. Die fatale Vereinbarung im Koalitionsvertrag – in dieser Form einmalig in der deutschen Politik –, bei den beiden, dem Vorschlagsrecht Deutschlands zustehenden EU-Kommissaren faktisch die Unionsparteien auszuklammern, plziert CDU/CSU außerhalb der institutionellen europapolitischen Verantwortung. Es ist jedoch in den großen Mitgliedsstaaten Brauch, daß die jeweils größte Oppositionspartei in Gestalt eines EU-Kommissars in die europapolitische Verantwortung eingebunden wird. Diesem Brauch schloß sich Helmut Kohl mit der Berufung der SPD-Politikerin und Gewerkschafterin Monika Wulf-Mathies an. Eine bewußte Ausklammerung der Unionsparteien birgt die Gefahr in sich, den bisherigen europapolitischen Konsens zwischen den großen politischen Kräften in Deutschland aufzukündigen. Die beiden Unionsparteien als „klassische“ deutsche Europaparteien stehen hier jedoch in der Tradition der bedeutenden christdemokratischen europäischen „Gründungsväter“, zu denen vor allem Konrad Adenauer, Alcide de Gasperi und Robert Schuman zu zählen sind. Auch Franz-Josef Strauß<sup>34</sup> und Helmut Kohl haben sich immer wieder als glühende Europäer bekannt. Der Konsens in der Europapolitik ist deshalb notwendig, weil immer mehr auf allen Ebenen eine Generation in Deutschland und in Europa an die

Schalthebel der politischen Macht und der Medienmacht kommt, die selber nicht mehr die trennende Wirkung von Grenzen erfahren hat und die die positiven Errungenschaften der Europäischen Integration vielfach als eine Selbstverständlichkeit ansieht.<sup>35</sup>

Mag zudem – insbesondere aus dem Bereich der Sozialdemokratie selbst – die Dahrendorf'sche These vom „Ende des sozialdemokratischen Jahrhunderts“ von manchen als Beleg für mangelnde Prognosefähigkeit der Sozialwissenschaftler interpretiert werden; sie ist im Kern dennoch nicht völlig unberechtigt, zumal Dahrendorf heute sagt: „Wenn sozialdemokratische Parteien Wahlen gewinnen, werden sie eine andere Politik machen als die, unter der sie einmal angetreten waren“.<sup>36</sup> Wahrscheinlich dachte Dahrendorf bei seiner heutigen Rechtfertigung in erster Linie an Tony Blair – es ist aber insgesamt nicht zu bestreiten, daß der Kampf um die politische „Mitte“ über die Mehrheitsfähigkeit in modernen demokratischen Gesellschaften entscheidet. Eine Rückkehr zu den alten Rezepten der Planwirtschaft und des Staatsinterventionismus und damit ein „Linksruck“ wird den Sozialdemokraten in Deutschland und Europa nicht gut bekommen. So reklamierte die deutsche Sozialdemokratie im zurückliegenden Bundestagswahlkampf – und dies war Teil ihrer Strategie um die „Neue Mitte“ – den einstens so heftig bekämpften Wirtschaftsprofessor und CDU-Politiker Ludwig Erhard verbal für sich – und machte damit die CDU/CSU sprachlos.

Die Gestaltungskraft der Politik erschöpfe sich und die Ideologien hätten sich entleert, konstatiert beispiels-

weise der Blair-Berater Professor Anthony Giddens.<sup>37</sup> Wahr ist daran, daß es in der Perzeption der Bevölkerung – sieht man von der Einschätzung der extremen Linken und Rechten ab – den politischen Bewegungen und Parteien häufig an einem eigenständigen Profil, den Wählern sichtbar machenden Unterschieden fehlt. Dies trifft insbesondere für die beiden großen Parteien zu, die mit ihrem Anspruch von „Volksparteien“ unterschiedlichen politischen Traditionen entstammen, wobei letztere heute immer weniger in der Öffentlichkeit wahrgenommen werden. So wie manche Analytiker den Christdemokraten (und Christsozialen) eine „Sozialdemokratisierung“ der politischen Inhalte vorhalten – und Dahrendorf sprach vor fast zwanzig Jahren davon, am Ende dieses Jahrhunderts seien „wir (fast) alle Sozialdemokraten geworden“<sup>38</sup> –, so wird umgekehrt auch die These vertreten, daß das sozialdemokratische Europa „von der Übernahme des Ideengutes der heutigen Opposition“ (Nikolaus Blome)<sup>39</sup> lebe: „Mal eher heimlich, mal mit Aplomb wurde der Instrumentenkasten der Konservativen ausgeräumt. Haushaltsdisziplin, Kampf gegen Inflation, Entstaatlichung der Wirtschaft, freier Wettbewerb, Globalisierung – kaum eines der alten Tabus der Linken blieb intakt. Am Ende stand pragmatische Realpolitik mit dem Blick für die Zwänge der Volkswirtschaft und Modernisierung.“ Übrigens kann bei dieser Gelegenheit auch darauf hingewiesen werden, daß zur Übernahme christdemokratischen Gedankengutes durch die SPD letztlich auch die Europäische Integration gehört. Diese wurde in den Anfangsjahren der (westdeutschen) Bundesrepublik Deutschland gegen den heftigen Widerstand Kurt

Schumachers und der SPD durch Konrad Adenauer durchgesetzt.

Wir leben in einer Zeitenwendephase dramatischen Ausmaßes, die traditionelle Denkmuster in Frage stellt, wovon auch politische Parteien erfaßt sind. In den modernen Gesellschaften hat in der Tat eine „Entideologisierung“ stattgefunden, die suggeriert, die großen politischen Kräfte seien ohne weiteres austauschbar. Inwieweit diese „Entideologisierung“ wirklich, in welcher Tiefendimension und vor allem mit welcher Nachhaltigkeit die sozialdemokratischen Parteien in der Mitgliederbasis erreicht hat, ist jedoch eine offene Frage, zumal hier manche Flügelbildung, auch in der deutschen Sozialdemokratie, vorliegt. Und für Deutschland gilt: Kanzlerschaft und Parteivorsitz unter einem Hut lösen nicht die aus einer Flügelbildung erwachsenden Probleme. So sehr Regierungsparteien per se zu „pragmatischem“ Handeln gezwungen sind, so kann doch Politik, die zu losgelöst von den Rückbindungskräften aus der eigenen Partei heraus geschieht, mangels Basisunterstützung scheitern – ein Prozeß, der sich gegenwärtig bei den Bundes-Grünen abzuzeichnen beginnt. Und Helmut Schmidt kann ein politi-

sches Lied davon singen. Insgesamt steht die Nagelprobe bezüglich der „Entideologisierung“ der „neuen“ Sozialdemokraten also noch aus.

Die mehr pragmatische Grundeinstellung in der Bevölkerung macht indes die Wähler „volatiler“ – mit diesem Begriff wird in der Wahlforschung der Sachverhalt beschrieben, daß die Zahl der Stammwähler zurückgeht, und sich Wahlverhalten immer weniger an langfristigen, traditionellen Einstellungen des einzelnen Bürgers festmacht, sondern an seiner subjektiven, gelegentlich wechselnden Einschätzung der eigenen Interessenlage. Es wäre heute nicht seriös, Vorhersagen zu machen, wie lange die Sozialdemokratie in Deutschland und in den anderen EU-Mitgliedsstaaten im Sattel sitzt, doch eines läßt sich sicher sagen, daß sich Wähler heute prinzipiell schneller dem politischen Wechsel öffnen, als dies noch in früheren Jahrzehnten der Fall war. Alle politische und Lebenserfahrung zeigt, daß Quasi-Monopole den Inhaber der Macht nicht nur immer träger werden lassen, sondern auf Dauer vom Wähler auch mit Argwohn gesehen werden. Und dies dürfte nicht nur in Deutschland so sein. Hessen machte einen frühen Anfang.

### Anmerkungen

<sup>1</sup> Die SPE ist das sozialdemokratisch-sozialistische Gegenstück beispielsweise zur christdemokratischen Europäischen Volkspartei (EVP), der aus Deutschland CDU und CSU angehören. Zwar gehen die Ursprünge der SPE bis auf die fünfziger Jahre zurück; erst nach dem Vertrag von Maastricht, in dessen Artikel 138 a die Bedeutung von Parteien auf europäischer Ebene hervorgehoben wurde, fand im November 1992 in Den Haag die Umwandlung eines früher relativ lockereren Zusammenschlusses in eine „Partei“ statt.

Die Organisation von Parteien auf europäischer Ebene steckt aber generell noch in Kinderschuhen. Dies trifft auch für die SPE zu. So heißt es in einem „Aktivitäten-Programm 1999 – 2001“ der SPE, vorgelegt auf dem SPE-Kongreß am 1./2. März 1999: „Das Profil der Partei der Europäischen Sozialisten innerhalb ihrer Mitgliedsparteien und der Medien ist unzureichend, obwohl das Interesse seit dem Malmö-Kongreß (Dieser fand im Juni 1997 statt. D. Verf.) und nach der kürzlichen Serie von nationalen Wahlerfolgen



- gestiegen ist. Die SPE braucht eine Strategie, die auf eine Verbesserung ihrer Darstellung zielt und mehr Parteimitglieder in ihre Arbeit integriert." ([http://www.eurosocialists.org/congress/german/3c\\_2.htm](http://www.eurosocialists.org/congress/german/3c_2.htm)). Der SPE-Vorstand werde Wege diskutieren, „wie der SPE eine größere Basis innerhalb ihrer Mitgliedsparteien gegeben werden kann.“
- <sup>2</sup> Siehe dpa-Berichterstattung vom 2. März 1999: „Beim abendlichen Galakonzert in der Scala feierte die Creme unter sich die Renaissance der Linken in Europa. Mit dem Wahlsieg Gerhard Schröders in Deutschland sei das Schlagwort vom „Ende des sozialdemokratischen Zeitalters“, das der Politologe Ralf Dahrendorf vor fast 20 Jahren prophezeit hatte, endgültig zu den Akten gelegt, hieß es auf den Fluren des Tagungsorts in der Mailänder Messe.“ An diesem Kongreß nahm auch Bundeskanzler Schröder teil. Hierzu heißt es in der dpa-Berichterstattung: „Mit einer überraschend kurzen und eher staatsmännischen Rede, in dem er auch auf deutsches Selbstbewußtsein und nationales Interesse abhob, wandte sich Schröder an die Teilnehmer, die eher Pflichtaplaus spendeten. Er machte gar nicht erst den Versuch, sich als neuer Hoffnungsträger in Europa zu präsentieren.“
- <sup>3</sup> Ralf Dahrendorf, Die Chancen der Krise. Über die Zukunft des Liberalismus, Stuttgart 1983, S. 17.
- <sup>4</sup> Ebda., S. 16.
- <sup>5</sup> Eckhard Fuhr, Der Faden ist gerissen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 1. Dezember 1998.
- <sup>6</sup> Dahrendorf erklärt heute, seine These vom „Ende des sozialdemokratischen Zeitalters“ sei häufig dahingehend mißverstanden worden, daß die sozialdemokratischen Parteien keine Wahlen gewinnen können: „Das war gar nicht gemeint. Vielmehr griff die These tiefer: Sozialdemokratische Politik hat sich erschöpft. Wenn sozialdemokratische Parteien Wahlen gewinnen, werden sie eine andere Politik machen als die, unter der sie einmal angetreten waren.“ (Ralf Dahrendorf, Die neue Parteienlandschaft, in: Die Zeit, 25. Juni 1998).
- <sup>7</sup> Peter Glotz, Mit uns zieht die alte Zeit, in: Die Woche, 30. August 1996.
- <sup>8</sup> Neue Zürcher Zeitung, 27. Oktober 1998.
- <sup>9</sup> Karl-Rudolf Korte, Unbefangen und gelassen. Über die außenpolitische Normalität der Berliner Republik, in: Internationale Politik, Dezember 1998, Nr. 12, S. 5.
- <sup>10</sup> Neue Zürcher Zeitung, 27. November 1998.
- <sup>11</sup> Stenographischer Bericht, Deutscher Bundestag, 14. Sitzung, 10. Dezember 1998, Plenarprotokoll 14/14, S. 824.
- <sup>12</sup> SPD-Europadelegiertenkonferenz, 8. Dezember 1998, Saarbrücken (<http://www.spd.de/kampa/konferenz/reden/schroeder.htm>).
- <sup>13</sup> Ebda..
- <sup>14</sup> Ebda..
- <sup>15</sup> Ebda.. Warum er sich in dieser Rede nur auf die Beitrittsverhandlungen mit fünf Staaten bezieht, wird sein Geheimnis bleiben, da ja neben den fünf mittel- und osteuropäischen Staaten auch noch Zypern zur ersten Erweiterungsrunde gehört; die in diesem Zusammenhang zu benennenden Probleme sind keinesfalls geringer einzuschätzen.
- <sup>16</sup> Siehe zu den institutionellen Sicherungen u. a.: Wulfdiether Zippel, Der Euro als Leitwährung – Ein Vergleich zu Dollar und Yen, in: Politische Studien Nr. 363, Januar/Februar 1999, S. 63 ff..
- <sup>17</sup> Oskar Lafontaine, Rede auf der SPD-Europadelegiertenkonferenz, 8. Dezember 1992, Saarbrücken. (<http://www.spd.de/kampa/konferenz/reden/lafontaine.htm>).
- <sup>18</sup> Zur generellen Bewertung Lafontain'scher Politik aus britischer Sicht siehe: Financial Times, 9. März 1999 (Artikel „Steering an uncertain course“ von Ralph Atkins).
- <sup>19</sup> Frankfurter Allgemeine Zeitung, 27. November 1998.
- <sup>20</sup> Siehe hierzu u. a.: Czempiel, in: Die Welt, 27. November 1998, ähnlich: Karl Kaiser, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 3. Dezember 1998; dazu in Gegensatz: General Klaus Naumann, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 10. Dezember 1998.
- <sup>21</sup> Frankfurter Allgemeine Zeitung, 4. Mai 1977.
- <sup>22</sup> Jochen Buchsteiner, Tony und sein dritter Weg, in: Die Zeit, 13. Juni 1997 (Für Schweden traf die Vermutung nicht zu.).
- <sup>23</sup> Die Neue Zürcher Zeitung vom 3. Oktober 1998 meinte hierzu sogar: „Einiges spricht für die These, daß es in Deutschland nicht zum jetzigen Machtwechsel gekommen wäre, wenn Kohl sein vor vier Jahren abgegebenes Versprechen gehalten und das Kanzleramt rechtzeitig seinem designierten Nachfolger Wolfgang Schäuble übergeben hätte.“
- <sup>24</sup> Siehe auch: Matthias Jung/Dieter Roth, Wer zu spät geht, den bestraft der Wähler, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 52/98, 18. Dezember 1998, S. 3 ff.; ferner: Oscar W. Gabriel/Frank Brettschneider, Die Bundestagswahl 1998: Ein Plebiszit gegen Kanzler Kohl? Ebda., S. 20 ff..

- <sup>25</sup> Siehe ausführlicher hierzu: Gerd Langguth, *Suche nach Sicherheiten – Ein Psychogramm der Deutschen*, Stuttgart 1975.
- <sup>26</sup> Das bestätigt auch das CAPITAL-Elite-Panell des Instituts für Demoskopie Allensbach. Von rund sechshundert befragten Führungskräften erklärten 62% als Hauptgrund: „Es war eine Wegwahl Kohls, Kohlmüdigkeit“ (61% der CDU-Anhänger), weitere 30% meinten: „CDU war verbraucht, verkrustet“ (26% der CDU-Anhänger meinten dies), zwanzig Prozent gaben „schlechte Selbstdarstellung, schlechter Wahlkampf“ an (25% der CDU-Anhänger meinten dies) und nur sieben Prozent nannten als Hauptgrund „Reformstillstand in der Politik, durch die Blockade der SPD“ (im Bundesrat – 7% der CDU-Anhänger meinten dies ebenfalls (IfD-Umfrage, 4201, November 1998).
- <sup>27</sup> Zu den antidemokratischen Tendenzen der SED-Nachfolgepartei siehe: Gerd Langguth, „Ob friedlich oder militant – wichtig bleibt der Widerstand“ – Die PDS sucht enge Verbindung zu den verschiedenen Spielarten des Linksextremismus, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 14. September 1995.
- <sup>28</sup> Schröder laut *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 8. März 1998.
- <sup>29</sup> Siehe ausführlicher hierzu: Gerd Langguth, *Der grüne Faktor. Von der Bewegung zur Partei?* Osnabrück-Zürich 1984.
- <sup>30</sup> Tony Blair, *Der dritte Weg – für eine neue Sozialdemokratie*, in: *Die Welt*, 22. September 1998.
- <sup>31</sup> Siehe insbesondere zur wirtschaftspolitischen Analyse beider Parteien: Wolfgang Merkel, *Die Endzeit-Propheten haben sich getäuscht*, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 9. Dezember 1998.
- <sup>32</sup> Buchsteiner, a. a. O..
- <sup>33</sup> Siehe hierzu ausführlicher: Gerd Langguth, *Rückschau auf die Zukunft. Deutschland im Zeichen der „Globalisierung“*, in: *Europäische Rundschau*, Nr. 1/98, S. 49 ff..
- <sup>34</sup> Siehe zu den europapolitischen Grundeinstellungen von Franz-Josef Strauß: Gerd Langguth, *Abkehr von Franz-Josef Strauß? CSU-Chef setzte Einigung Europas gegen nationalstaatliche Restauration*, in: *Die Welt*, 1. Dezember 1993.
- <sup>35</sup> Bundeskanzler Schröder erklärte hierzu, offensichtlich in Absetzung zu seinem Vorgänger: „Es ist eine Tatsache: Das europapolitische Pathos der Gründerjahre wird heute vielfach nicht mehr verstanden.“ (<http://www.bundeskanzler.de/01/0101/03>)
- <sup>36</sup> Siehe Fußnote 6.
- <sup>37</sup> Anthony Giddens, *Jenseits von Links und Rechts. Die Zukunft radikaler Demokratie*, Frankfurt am Main 1997, S. 9.
- <sup>38</sup> Siehe Fußnote 3.
- <sup>39</sup> Nikolaus Blome, *Die Wahlverlierer regieren weiter. Das „sozialdemokratische Europa“ lebt von der Übernahme des Ideengutes der heutigen Opposition*, in: *Die Welt*, 13. Januar 1999.

# Linkswende in der EU: Für ein Ende des parteilpolitischen Konsenses in der Europapolitik

Joachim Wuermeling

Den Abschied einer „Ära konservativer Politik in der Europäischen Union“ sieht die Süddeutsche Zeitung in dem Regierungswechsel zu Rot/Grün in Bonn. In der Tat: Heute sind 13 von 15 Regierungen der EU-Mitgliedstaaten links oder mitte/links regiert. Die Sozialdemokraten stellen nicht weniger als 11 der Regierungschefs. Im Europäischen Parlament formierten sich die Sozialisten mit 214 Abgeordneten zur stärksten Fraktion. Gerade einmal ein Viertel der Mitglieder der Europäischen Kommission kommen aus den Reihen der Christdemokraten.

Jedoch: Die neuen Kräfteverhältnisse allein sind gar nicht einmal so spektakulär. Denn zwischen der einen oder der anderen Couleur wechselte die europäische Stafette auch früher schon hin und her. Nur in Europa änderte sich dadurch die Politik nicht. Das entscheidende Novum ist der erklärte Wille der neuen Linken, die Europäische Union erstmals unter parteilpolitischen Vorzeichen zu gestalten. „Die Europäische Union ist ein zutiefst sozialdemokratisches Projekt“, bemerkte der frühere EP-Präsident Klaus Hänsch. Die

Globalisierung, so der frühere SPD-Vorsitzende und Bundesfinanzminister Lafontaine, zwingt dazu, „ein neues sozialdemokratisches Zeitalter zu beginnen“. Der SPÖ-Finanzminister Rudolf Edlinger fordert einen Schulter-schluß der Sozialdemokratie in der EU, um „andere Akzente“ als die Christdemokraten zu setzen.

Über eine „neue progressive Mehrheit“ im Ministerrat freut sich die Vorsitzende der Sozialistischen Fraktion im Europäischen Parlament, Pauline Green.

Zugegeben: Die Sozialdemokratie in der EU zeigt sich in vielerlei Farben. Von den Modernisierern wie in Großbritannien und in den Niederlanden bis zu den Traditionalisten in Frankreich, Italien und Deutschland schillert das bunte Bild. Vieles ist in der Positionierung noch in Bewegung. Dennoch führt an der Erkenntnis kein Weg vorbei: Im politischen Koordinatensystem der EU hat sich der Schwerpunkt der Macht in den letzten Jahren nach links verlagert. Ist damit auch das Ende des parteilpolitischen Konsenses in der Europapolitik eingeläutet?

Der folgende Beitrag gibt zunächst einen Überblick über sozialdemokratische Positionen in der EU-Politik (1.) und beobachtet neu entstehende Instrumente der parteipolitischen Koordinierung (2.). Sodann werden kritisch die politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Wirkungen der neuen EU-Politik gewürdigt (3.). Auf dieser Grundlage wird das christlich-demokratische Konzept markiert (4.).

### **1. Inhalte: Wie die Linke Europa umbauen will**

Bis heute dominierte der Widerstreit nationaler Interessen die Inhalte der Europapolitik. Parteipolitische Orientierungen wurden davon weitgehend überlagert. Die relevanten Themen gaben wenig Anlaß zu einer ideologischen Auseinandersetzung: Friedenssicherung, Völkerverständigung, Zollabbau, Binnenmarkt. In Deutschland – wie in anderen Mitgliedstaaten auch – entzog ein staatspolitischer Konsens die Europapolitik dem Parteienstreit. In der Europäischen Kommission waren integrations- und nicht parteipolitische Überzeugungen der Maßstab des Handelns. Im Europäischen Parlament kämpften die Fraktionen gemeinsam um ihre institutionelle Stellung.

Diese politische Kultur der europäischen Institutionen kehrt sich natürlich nicht von heute auf morgen um. Die nationalen Interessen sind und bleiben ein maßgeblicher Faktor der europäischen Entscheidungsfindung: Nord gegen Süd, Klein gegen Groß, Reich gegen Arm. Die gegenwärtige Debatte zur Agenda 2000 weist das eindrucksvoll nach. Dennoch ist unverkennbar: Die Sozialdemokraten

wollen die europäischen Sachpolitiken rot einfärben. Inhalte, Begriffe und Richtung der EU-Politik werden zunehmend typisch sozialdemokratisch. Wichtige aktuelle Initiativen der EU tragen schon in der Formulierung linke Züge: „Europäisches Gesellschaftsmodell“, „Europäische Beschäftigungspolitik“ oder „Europäische Daseinsvorsorge“.

Noch ist kein geschlossenes System erkennbar, doch zeigen sich erste Konturen. Einige Beispiele aus dem wirtschaftlichen Bereich mögen das illustrieren:

#### **1.1 Europäische Beschäftigungspolitik**

Mit einer europäischen Beschäftigungspolitik soll die nationale Arbeitslosigkeit durch EU-Maßnahmen bekämpft werden. Das erschöpft sich zunächst noch in „beschäftigungspolitischen Leitlinien“. Mindestens genauso wichtig wie die Inhalte der 22 Leitlinien (1998) ist das Verfahren zu ihrer Überwachung: Sie wurde vom ehemaligen EU-Kommissionspräsident Jacques Santer als „sanfte Revolution“ bezeichnet. Die „Luxemburger Strategie“ gibt zahlenmäßig festgelegte Ziele der Beschäftigungspolitik vor. Zum Beispiel sollen arbeitslose Jugendliche innerhalb von sechs Monaten eine staatliche Beschäftigungsförderung erhalten. Die Schulabbrecherquote soll halbiert werden. Die Kommission soll die Einhaltung der Ziele überwachen und hat schon in ihrem ersten Bericht dazu mit deutlicher Kritik an einigen Mitgliedstaaten nicht gespart. Die neue Bundesregierung will unter ihrer EU-Präsidentschaft in einem „europäischen

Beschäftigungspakt“ den Grad der Verpflichtung der beschäftigungspolitischen Leitlinien weiter erhöhen. Der Schwerpunkt der Leitlinien liegt in der Arbeitsmarktpolitik, d. h. in direkten staatlichen Maßnahmen zur Förderung der Beschäftigung. Strukturverbesserungen zur Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit werden nur am Rande erwähnt. Europäische Beschäftigungsprogramme werden derzeit auch von den Sozialdemokraten noch abgelehnt. Jedoch hat das Europäische Parlament bereits ein Programm für beschäftigungspolitische Maßnahmen gebilligt. Mit 450 Mio. Euro über drei Jahre ist es zwar noch bescheiden ausgestattet. Weitergehende Vorschläge liegen aber schon in der Schublade. Der italienische Ministerpräsident d'Alema fordert eine „Europäische Anleihe für Wachstum“, der französische Premierminister Lionel Jospin ein Programm für die transeuropäischen Netze, um die Beschäftigung zu fördern.

### 1.2 Steuerharmonisierung

Die Angleichung der Steuersysteme, wie sie sich etwa deutsche Sozialdemokraten vorstellen, beschränkt sich nicht auf indirekte Steuern und auch nicht auf unfaires Steuerdumping. Der ehemalige Bundesfinanzminister Lafontaine wollte etwa das Einstimmigkeitsprinzip im Steuerrecht aufheben. Gegenstand der Harmonisierung sollen die direkten Steuersätze und die Besteuerungsgrundlagen sein.

### 1.3 Sozialstandards

Auch die Sozialstandards sollen angeglichen werden. Ziel sind nicht nur so-

ziale Mindeststandards, sondern „Korridore“. Die Ideen reichen hin bis zu verbindlichen „Sozialleistungsquoten“ in den Mitgliedstaaten (frühere europapolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion und jetzige Entwicklungshilfeministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul).

### 1.4 Währungspolitik

Die vorbehaltlose Stabilitätsverpflichtung für den Euro in dem Vertrag von Maastricht und der Stabilitätspakt sind den Sozialisten ein Dorn im Auge. Die Versuche nehmen zu, die Europäische Zentralbank politisch unter Druck zu setzen, etwa um Zinssenkungen zu erreichen. Das Stabilitätsziel soll relativiert werden, indem ihm gleichrangig ein „Beschäftigungsziel“ an die Seite gestellt wird. Die Stabilitätskriterien werden in Frage gestellt oder sollen uminterpretiert werden. So hat Italien vorgeschlagen, investive Staatsausgaben aus der Verschuldung herauszurechnen. Im Weltwährungssystem sollen die Wechselkurse politisch in Form von Zielzonen zwischen den großen Währungen festgelegt werden. Schröder in seiner Regierungserklärung: „Wir wollen nicht, daß der Euro deutsch spricht.“

### 1.5 EU-Strukturpolitik

Das in der Agenda 2000 vorgelegte Konzept zur Neuordnung der europäischen Strukturpolitik atmet bereits sozialdemokratischen Geist. Das Beschäftigungsziel überlagert alle übrigen fachlichen und regionalen Ziele. Dem liegt der Glaube an eine weitgehende staatliche Steuerungsmöglichkeit des

Arbeitsmarktes zugrunde. Nicht Strukturprobleme als solche sind Maßstab für den Einsatz der EU-Mittel, sondern die Krisensymptome wie die Höhe der Arbeitslosigkeit. Die vorübergehende Linderung dieser Symptome geht den strukturellen Verbesserungen vor.

Klientelorientiert ist die deutliche Verschiebung der Fördergebiete vom ländlichen Raum in die Industriegebiete und Städte. Der Anteil des ländlichen Raums an den Fördergebieten sinkt nach Vorschlägen von EU-Kommissarin Wulf-Mathies um 44 %, während die allgemeine Kürzungsquote nur 20 % beträgt. Dafür sollen „problembehaftete Stadtviertel“ gefördert und die „soziale Ausgrenzung“ bekämpft werden.

### 1.6 Agrarpolitik

In der Agrarpolitik verfolgen die Sozialdemokraten pikanterweise einen liberalen Ansatz. Die Vorschläge in der Agenda 2000, die Preise zu senken und mittelfristig dem Weltmarktniveau anzunähern, werden in der Tendenz von den sozialistischen Agrarministern unterstützt. Eine Regionalisierung der Zuständigkeiten, wie sie insbesondere die Bayerische Staatsregierung fordert, lehnen sie ab. Unverkennbar ist: Für die Landwirte, die dem anderen Lager zugeneigt sind, will man sich nicht aus dem Fenster lehnen.

### 1.7 Verbraucherschutz und Verkehr

In der Regulierung der Wirtschaftstätigkeit im Rahmen des Binnenmarktrechts wollen die Sozialdemokra-

ten die klassischen Akzente setzen: In der Verbraucherpolitik gängeln sie den Bürger etwa durch Werbeverbote. Das verbraucherpolitische Aktionsprogramm der Kommission geht nicht von der Privatautonomie des mündigen Verbrauchers, sondern von der Notwendigkeit allumfassender Fürsorge aus. In der Verkehrspolitik soll der Bürger zur Nutzung umweltschonender Verkehrsmittel gezwungen werden. Das Grünbuch der Europäischen Kommission „Faire Preise im Verkehr“ schlägt eine Umlegung aller möglichen externen Kosten bis hin zu Kosten durch Verkehrsstaus auf die Preise vor. In einer Politik für die „öffentliche Daseinsvorsorge“ soll der Bürger staatlicherseits auf der Basis von EU-Mindestnormen umfassend versorgt werden.

## 2. Verfahren: Sozialistische Koordinierung allerorten

Der Wille, gemeinsam sozialdemokratische Politik in der EU umzusetzen, beweist sich an der sprunghaften Zunahme von Koordinierungen der sozialdemokratischen Funktionsträger. Bis vor kurzem noch waren Vorbesprechungen der Parteifamilien zu Sitzungen des Ministerrates oder der Europäischen Kommission völlig unüblich. Eine Ausnahme bildete seit einigen Jahren nur der Europäische Rat. Mittlerweile haben die Sozialdemokraten Koordinierungstreffen sowohl vor dem Ministerrat als auch vor Sitzungen der Europäischen Kommission eingeführt. Besondere Aufmerksamkeit hat die Annahme einer währungspolitischen Position der sozialdemokratischen EU-Finanzminister am Tag vor der Sitzung des ECOFIN-Rates Ende November 1998 erregt.

Beschränkte sich die europaweite Zusammenarbeit der Parteien bisher auf die Fraktionen im Europäischen Parlament, so geht sie nun auf die Regierungsebene über. Dabei sind multilaterale Koordinierungssitzungen nur ein Bestandteil. Bilaterale Kontakte zwischen einzelnen Regierungen ergänzen die operativen Vorstöße. Bemerkenswert ist die Einrichtung einer deutsch/britischen Arbeitsgruppe unter Führung des Vordenkers der Labour-Party Peter Mandelson und Kanzleramtsminister Bodo Hombach zum „dritten Weg“. Der Parteitag der europäischen Sozialisten in Mailand im März 1999 formulierte konkrete Anforderungen an den europäischen Beschäftigungspakt.

Auch in der Personalpolitik in den europäischen Institutionen, die früher vornehmlich vom nationalen Proporz beherrscht war, spielen neuerdings parteipolitische Gesichtspunkte eine größere Rolle. Die Entscheidung von Rot/Grün in Deutschland, die beiden deutschen Kommissare ausschließlich von Regierungsseite zu besetzen, gibt davon beredtes Zeichen. Früher war es gute deutsche und europäische Übung, je einen Regierungs- und einen Oppositionsvertreter zu entsenden.

Eine neue parteipolitische Solidarität der besonderen Art offenbarte die Verteilung des Mißtrauensvotums gegen die Europäische Kommission durch die Sozialdemokratische Fraktion im Europäischen Parlament im Januar 1999: Hatten die großen Parteifamilien in der Konfrontation mit der Kommission bisher zusammengehalten, deckten die Sozialisten nun „ihre“ Kommissare und verhinderten ihre Entfernung.

### **3. Kritische Würdigung**

#### **3.1 Ideologisches Integrationsziel**

Zunächst eine integrationspolitische Bemerkung: Gegenüber den sozialdemokratischen Anliegen treten andere europäische Ambitionen zunehmend in den Hintergrund. Bei der Osterweiterung etwa, früher eine absolute Priorität, weigert sich die neue Bundesregierung, ein konkretes Zieldatum für den Beitritt zu nennen und spricht von neuem „Realismus“. In der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik werden kaum noch Akzente gesetzt. Die institutionellen Fragen werden mit wenig Engagement behandelt. Das Thema Subsidiarität und Bürgernähe ist völlig zurückgedrängt worden. Beim Europäischen Rat in Pörschach am 24./25.10.1998, der sich eigentlich gänzlich dieser Frage widmen wollte, mußte das Thema der neuen Beschäftigungspolitik weichen.

Mit dem Programm für ein sozialistisches Europa verändert sich das Ziel der Europäischen Union grundlegend. Der entscheidende Punkt ist: Nicht mehr der Ausgleich der nationalen Interessen, nicht mehr der integrationspolitische Fortschritt bildet die Richtschnur des Handelns. Erstes Ziel ist der parteipolitisch-ideologisch motivierte Umbau des europäischen Wirtschafts- und Gesellschaftssystems.

Dabei bildet das Verhältnis von Wirtschaft, Staat und Gesellschaft den Kern der Vorstöße. Denn der Schwerpunkt der EU-Zuständigkeiten liegt im Bereich der Wirtschaftsordnung. Der mit den linken Vorstellungen zwangsläufig verbundene zunehmende Staatsinter-

ventionismus bewirkt dabei einen enormen Zentralisierungsschub. Vieles läuft in letzter Konsequenz – ob beabsichtigt oder nicht – auf die Bildung eines europäischen Staates hinaus.

### 3.2 Überholte Ordnungspolitik

Der wirtschaftspolitische Ansatz der EU-Verträge, insbesondere das Konzept für den Binnenmarkt der Einheitlichen Europäischen Akte 1986 und für die europäische Wirtschafts- und Währungsunion des Vertrags von Maastricht 1992 waren liberal ausgerichtet. Die Öffnung der Märkte sollte zu mehr Konkurrenz und zur Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit führen. Die Liberalisierung von Sektoren wie Energie, Telekommunikation und Verkehr brach staatliche Monopole auf und setzte sie grenzüberschreitender Konkurrenz aus. Die Währungspolitik wurde auf das Ziel der Stabilität verpflichtet. Die Kriterien für den Eintritt in die Wirtschafts- und Währungsunion und vor allem das Verschuldenskriterium erteilten dem klassischen „deficit spending“ eine klare Absage. Die rigide Kontrolle staatlicher Beihilfen suchte die staatliche Subventionierung von Altindustrien einzuschränken. Einzig der Bereich der Agrarpolitik war – aus guten Gründen – dem wettbewerblichen Ansatz entzogen. Demgegenüber blieben die sozialpolitischen Aktivitäten verhalten.

Dies soll sich nun grundlegend ändern:

- Eine weitgehende Harmonisierung der Wirtschafts- und Finanzpolitik sowie des Steuer- und Sozialrechts gibt den liberalen Ansatz des Wettbewerbs auf. Statt der Konkurrenz

der Standorte und hoheitlichen Systeme sollen durch EU-Regelungen die Kosten in den Regionen des Binnenmarktes einander angenähert werden. Damit wird der Standortwettbewerb letztlich unterbunden. In sozialdemokratischer Harmoniesucht erfolgt eine weitgehende Egalisierung. Ergänzt wird sie durch Bestrebungen etwa europäischer Gewerkschaften, die Tarifpolitik – gemeint ist die Lohnentwicklung – in der EU anzugleichen. Damit wird die Deregulierung des nationalen Rechts durch die Schaffung des Binnenmarktes im Grunde genommen rückgängig gemacht, indem die Reglementierung auf europäischer Ebene wieder entsteht.

- Die unterschiedliche Leistungsfähigkeit der Volkswirtschaften und die verschiedene Produktivität werden dabei ignoriert. Damit entsteht zwangsläufig eine Schieflage: Da sich die weniger entwickelten Mitgliedstaaten weder kostentreibende Sozial- und Umweltstandards noch eine hohe Steuerbelastung leisten können, werden Staat und Wirtschaft dort überfordert. Die Rentabilität der Arbeitsplätze sinkt, weil die europäisch verordneten Arbeitskosten durch die Produktivität nicht erwirtschaftet werden können. Investitionen in diesen Ländern lohnen sich nicht mehr und Arbeitsplätze werden abgebaut. Die Abwertung der nationalen Währung steht nach Einführung des Euro als Ventil nicht mehr zur Verfügung. Riesige europäische Transfers wären erforderlich, um die entsprechenden Niveaus zu finanzieren. Die Alternative: Sozialistische Umverteilung – oder es kommt zum Crash.



- Die fruchtbare Triebkraft des Wettbewerbs wird ausgeschaltet. Durch die harmonisierten Bedingungen werden die spezifischen Standortvorteile der Wirtschaftsregionen abgeschmolzen. Mittel- und langfristig soll es keinen Unterschied mehr machen, ob in Portugal, den Niederlanden oder Finnland produziert wird. Die Konkurrenz erlahmt, die Innovationsanreize sinken, und die Wettbewerbsfähigkeit fällt.

Mit dem Effizienzverlust ist aber auch gesellschaftspolitisch eine Nivellierung verbunden. Denn zunehmend bestimmen europäisch vereinheitlichte Standards den Rahmen. Das Recht der Wirtschaft ist stark geprägt von der Unterschiedlichkeit der Kulturen und Lebensweisen: Das Verhältnis von Arbeitgebern und Gewerkschaften, von Staat und Wirtschaft, von Arbeitgebern und Gewerkschaften, von Herstellern und Verbrauchern und von Wirtschaft und Umwelt ist von Land zu Land unterschiedlich. Der Weg vom gemeinsamen zum einheitlichen Binnenmarkt ist auch ein Schritt von der gemeinsamen zur einheitlichen Gesellschaft.

- Im Zeichen der Globalisierung ist das falsche Konzept: Im unendlichen Meer des weltweiten Wettbewerbs muß Europa aus vielen kleinen Fregatten bestehen. Es darf nicht zum großen Tanker umgerüstet werden. Auch die Wirtschaft verfolgt diese Strategie nicht. Zwar werden weltumspannende Fusionen geschmiedet, doch die Selbständigkeit der am Markt operierenden Akteure wird nicht geschmälert.

### 3.3 Egalisierung und Umverteilung

Bestanden die europäischen Ziele der Gründungsverträge der 50er Jahre in der Aufhebung von Grenzen, Beschränkungen und Behinderungen, so tritt nun die aktive Steuerung von Wirtschaft und Gesellschaft in den Vordergrund. Zum Beispiel: Das europäische Raumentwicklungskonzept will auf planerischem Wege zu einer weiteren Angleichung der Lebensverhältnisse beitragen. In den beschäftigungspolitischen Leitlinien werden die Mitgliedstaaten zu arbeitsmarktpolitischen Aktivitäten veranlaßt. In der Verbraucher- und Verkehrspolitik werden die Menschen zu EU-definiertem verantwortlichen Handeln herangezogen. In der Umweltpolitik werden selbst administrative Verfahrensfragen zum Gegenstand der Vereinheitlichung gemacht. Das besondere Augenmerk von Kommission und Parlament genießen neue Verpflichtungen der Mitgliedstaaten zur Förderung von benachteiligten Gruppen. Im Rahmen der Reform der Strukturpolitik sollen „Leitlinien“ der Kommission die Maßnahmen der geförderten Regionen auf eine einheitlichere Linie bringen.

Mit der Egalisierung geht eine verstärkte Umverteilung in immer mehr Lebensbereichen einher. Die EU-Strukturfonds, die in der nächsten Planungsperiode ein Volumen von 400 Mrd. DM erreichen werden, beschränken sich nicht mehr auf die Verbesserung der unmittelbaren Wettbewerbsbedingungen. Die Bekämpfung der sozialen Ausgrenzung, Aus- und Fortbildung, Maßnahmen in „problembehafteten Stadtgebieten“ kommen hinzu. Der „Kohäsionsfonds“ zur För-

derung von Verkehrs- und Umweltprojekten wird weitergeführt. Hinzu kommen zahlreiche Einzelprogramme der EU, deren wichtigster Effekt die Umverteilung ist. Das beginnt bei der Förderung des Tourismus und endet bei transeuropäischen Netzen.

#### **4. Demgegenüber: Das freiheitliche und bürgerliche Europa**

##### **4.1 Programmatische Defizite**

Die bürgerlichen Kräfte in Europa haben dem Projekt eines „linken Europa“ programmatisch derzeit wenig entgegensetzen. Es mangelt zwar nicht an der Überzeugung, daß die Sozialisten den falschen Weg einschlagen. Jedoch erschöpft sich dies in einem fortlaufenden „Nein“. Noch liegen die Gegenargumente verstreut herum und sind nicht zu einem visionären Ganzen zusammengefügt.

Erschwert wird die Gegenwehr durch die Fortsetzung des pragmatischen Werkelns an der Baustelle Europa, das keinem festen Bauplan folgt. Diese „Methode-Monnet“ war zwar bis heute Grundlage des Erfolgs der Integration. In Konkurrenz zu einem ideologischen Konzept, hinter dem entsprechende Mehrheiten stehen, versagt es jedoch.

Oft fehlt es auch an der Bereitschaft, die parteipolitische Auseinandersetzung auf europäischer Ebene anzunehmen. In einer falsch verstandenen Schutzhaltung gegenüber Europa werden Fehlentwicklungen nicht offen benannt. Die „Europaparteien“ im bürgerlichen Lager lassen so der Linken freien Lauf. Doch so wenig die Kritik

etwa an der deutschen Bundesregierung eine Infragestellung Deutschlands ist, bedeutet ein Hinterfragen von europapolitischen Entscheidungen einen Zweifel an der EU als solcher.

##### **4.2 Auf die Grundlagen besinnen**

Das bürgerliche Europa-Konzept ergibt sich fast von selbst, wenn man sich auf die Grundlagen besinnt. Ausgehend vom christlichen Menschenbild muß der Gedanke der Freiheit für die europäische Debatte neu belebt werden. Es ist das „liberale Argument“, das den linken Vorstellungen entgegengesetzt werden muß. Hieraus folgen dann wie selbstverständlich weitere Schlüsselbegriffe der Auseinandersetzung: Eigenverantwortung, Wettbewerb, Subsidiarität.

Wie in den 70er Jahren um die Rolle des Staates in der Gesellschaft gerungen wurde, muß heute über die Rolle der EU in Europa diskutiert werden:

- Soll die EU für einheitliche Lebensverhältnisse in Europa sorgen?
- Hat die EU eine Verantwortung im Sinne einer Fürsorge für den einzelnen?
- Sollen die Gesellschaften der EU immer weiter integriert werden?
- Hat die EU die Aufgabe, Verteilungsgerechtigkeit in Europa herzustellen?

In der Debatte werden sich zunehmend föderale und ideologische Elemente mischen. Denn letztlich wird alles auf die Frage der Finalität der EU zurückgeführt. Es zeigt sich, daß die

Antwort nicht nur eine integrationspolitische, sondern auch eine weltanschauliche oder zumindest parteipolitische Dimension hat. Ein parteiübergreifender Konsens ist hier kaum in Sicht. Nur in der formalen „Gehäuse-Diskussion“ um Bundesstaat oder Verfassung ist er denkbar. Dann werden aber die entscheidenden Fragen ausgespart. Von den Christdemokraten ist auch in der Europapolitik ein neuer Mut zu Freiheit, Wettbewerb und Selbstverantwortung gefordert. Damit sind wir noch keine Neoliberalen. Damit amerikanisieren wir Europa noch nicht. Aber wir machen die Werte wieder fruchtbar, auf die sich unsere Politik gründet.

#### 4.3 Neue Herausforderungen annehmen

Es ist bemerkenswert, welche geringe Rolle die neuen Herausforderungen in der sozialdemokratischen Gedankenwelt spielen. Zu Globalisierung, Informationsgesellschaft, demographischer Wandel, Nachhaltigkeit, neue Bürgergesellschaft – um nur einige Stichworte zu nennen – findet sich nur wenig Greifbares.

Aber auch in unseren programmatischen Überlegungen kommen diese elementaren Faktoren unserer Zukunft noch zu wenig vor. Gerade in der Europapolitik sind sie aber von herausragender Bedeutung. Im Rahmen dieses Beitrags kann dem leider nicht im einzelnen nachgegangen werden. Nur zwei Gedanken seien angedeutet:

- Die EU war bisher nahezu ausschließlich nach innen bezogen. Alle Ziele suchten die Europäische

Union im Innern zu gestalten. Dem folgt auch der sozialdemokratische Ansatz. Die entscheidenden Zukunftsaufgaben der EU stellen sich aber künftig im globalen Zusammenhang. Dabei geht es bei weitem nicht nur um Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik. Derzeit entsteht ein globaler Ordnungsrahmen etwa für den Welthandel, den Klimaschutz, die Migration, die Menschenrechte. Hier müssen die europäischen Interessen zur Geltung gebracht werden. Das kann und sollte die wichtigste Aufgabe der EU im 21. Jahrhundert sein.

- Die Globalisierung und die Informationsgesellschaft – das müssen wir in den Mittelpunkt rücken – müssen nach dem „Maß des Menschen“ gestaltet werden. Die Welt ist für den Menschen keine Heimat. Das „globale Dorf“ – es existiert nicht. Weltumspannende Wirklichkeit und vertraute Heimat müssen miteinander in Einklang gebracht werden. Dazu sind programmatisch die Christdemokraten prädestiniert.

#### 5. Schluß: Die parteipolitische Auseinandersetzung um Europa suchen

Europa darf der Parteipolitik nicht länger entzogen bleiben. Heute geht es mehr denn je um die Frage: Welches Europa wollen wir? Nach dem Aufgabelopp in diesem Jahrzehnt – Vertrag von Maastricht 1991, Europäischer Binnenmarkt 1993, Norderweiterung 1995, Vertrag von Amsterdam 1997, Euro 1999 – müssen die Grundentscheidungen der europäischen Integration hinterfragt und neu beantwortet werden.

Niemand wird dabei die Integration als solche in Frage stellen. Denn um das „Ob“ der EU geht es schon lange nicht mehr. „Pathetische Europabekanntnisse gehören der Vergangenheit an“, schrieb zu Recht der Focus. Um so wichtiger ist das „Wie“. Die Parteien haben hier höchst unterschiedliche Vorstellungen, und das ist gut so. Nur: Insofern kann es dann auch den traditionellen parteipolitischen Konsens in der Europapolitik nicht mehr geben. Die enorme Verdichtung der europäischen Aktivitäten führt zwangsläufig in die ideologischen Konfliktzonen hinein. Daran ist nichts Negatives. Im Gegenteil: Die EU nimmt teil an der

politischen Normalität. Sie rückt damit auch an demokratische Strukturen näher heran.

Die bürgerliche Mitte in Europa kann in dieser Auseinandersetzung ihr europapolitisches Konzept auf festen Fundamenten errichten: Der Mensch steht im Mittelpunkt. Vielfalt geht vor Uniformisierung, Eigenverantwortung vor Reglementierung, Wettbewerb vor Interventionismus. Wir müssen diese Herausforderung annehmen, sie sogar suchen. Sie eröffnet die Chance, das „neue sozialdemokratische Zeitalter“ (SZ) zu beenden, bevor es begonnen hat.

# Sozialdemokratisierung – Rahmenbedingungen eines europäischen Trends

Peter M. Schmidhuber

Seit Anfang der neunziger Jahre haben sich die politischen Machtverhältnisse in den Mitgliedstaaten der EU signifikant verändert. In 14 von 15 Mitgliedstaaten sind sozialistische bzw. sozialdemokratische Parteien an der Regierung beteiligt. Was bedeutet dies für die Zukunft der EU?

Dieses Thema hat viele Facetten. Die derzeit dominierende Stellung sozialistischer Parteien in der EU, hat verschiedene Ursachen, die aus höchst unterschiedlichen nationalen und übernationalen Einflußfaktoren resultieren. Es ist gleichermaßen ein Produkt des Zeitgeistes als auch die Summation nationaler Entwicklungen sowie persönlicher Versäumnisse und Fehler der früher Regierenden.

Ich habe Zweifel, ob die Entwicklung der letzten Jahre mehr ist als eine Reaktion auf vorangegangenes Tun oder Unterlassen. Ich halte diesen Trend nach links für umkehrbar. Spätestens der Zusammenbruch des Sowjetsystems hat uns gelehrt, in der Annahme zwangsläufiger historischer Entwicklungen vorsichtig zu sein.

Ich möchte mich in der gebotenen Kürze zu zwei Punkten äußern, nämlich

- zur unterschiedlichen Rolle der Parteien auf der Gemeinschaftsebene, d.h. im Europäischen Parlament und in den Mitgliedstaaten und
- zur sich wandelnden Bedeutung des Verhältnisses von Wirtschaft, Staat und Gesellschaft in den reifen Volkswirtschaften Europas und seine Auswirkungen auf Wahlen.

## **1. Die Rolle der politischen Parteien**

### **1.1 Sozialistisches und christlich-demokratisches Parteienbündnis**

Die beiden großen Parteifamilien – die sozialistische und die christlich-demokratische – sind zwar in Parteienbündnissen zusammengeschlossen, die im Europäischen Parlament gemeinsame Fraktionen bilden. Damit erschöpft sich aber auch schon der organisatorische Zusammenhang. Wie sich aus ihren Aktionen im Europäischen Par-

lament ergibt, sind die programmatischen Gemeinsamkeiten eher begrenzt.

Die Mitgliedsparteien werden nicht oder nur unwesentlich von der gemeinsamen Spitze beeinflusst. Es ist eher umgekehrt. Die Führungen der Mitgliedsparteien nehmen gelegentlich starken Einfluß auf ihre Abgeordneten im Europäischen Parlament. Erklärungen der beiden großen Fraktionen weisen einen hohen Abstraktionsgrad auf oder bedienen sich einer betont vagen Sprache. Sie beruhen auf schwierigen Kompromissen der verschiedenen nationalen Gruppierungen.

Die demokratische Rückkopplung erfolgt auf der nationalen Ebene durch Wahlen zu den nationalen Parlamenten. Fragen der Integrationspolitik spielen dabei nur eine geringe oder überhaupt keine Rolle. Davon machen auch die Wahlen zum Europäischen Parlament keine Ausnahme. Sie sind in erster Linie Tests der nationalen politischen Kräfteverhältnisse.

Die programmatischen Unterschiede der Mitgliedsparteien der jeweiligen Parteienfamilien sind erheblich. Dasselbe gilt für die politische Kultur, die historische Tradition und die ökonomische Struktur der jeweiligen Mitgliedsstaaten.

Damit soll nicht gesagt werden, daß die Gemeinsamkeiten zwischen den Parteien derselben Familie keine Bedeutung hätten. Aber sie dürfen nicht überschätzt werden. Das nationale Hemd ist wichtiger als der Rock der Parteienfamilie. Daran wird sich auch in absehbarer Zeit nichts ändern.

Wie das Beispiel Tony Blair und der Sieg von New Labour zeigt, können

derartige Erfolge von Schwesterparteien propagandistisch verwertet werden. Die europäischen Parteienbündnisse (Sozialdemokratische Partei Europas, Sozialistische Internationale, EVP, EDU) können weder in ihrer Struktur noch in ihrer Wirkungsweise mit dem Machtapparat der früheren kommunistischen Parteienbündnisse unter Führung der KPDSU (Komintern, Kominform) verglichen werden. Dies ist ein erster Einwand gegen die Annahme eines tiefgreifenden Wandels im Parteiensystem der EU durch die sozialistischen Wahlsiege der letzten Jahre.

## 1.2 Feststellungen zur Wahlentscheidung letzten Jahres

In einem kurzen Diskussionsbeitrag ist eine Analyse der komplexen Wahlentscheidungen der letzten Jahre selbstverständlich nicht möglich. Aber 3 Feststellungen können getroffen werden:

- Die meisten Entscheidungen fielen – gemessen an der Zahl der Wählerstimmen – relativ knapp aus. Es genügte Verschiebungen um wenige Prozent, um einen Führungswechsel bzw. eine andere Koalition herbeizuführen.
- Die Themen der Wahlkämpfe ergaben sich aus dem Kontext der nationalen Politik. Sie waren in der Komplexität ihrer Wirkungen nicht mit Wahlen in anderen Staaten vergleichbar.
- Der Einfluß der Spitzenkandidaten der Parteien auf die Wahlergebnisse war nicht unerheblich. Die Personalisierung der Wahlkämpfe hat zugenommen: Beispiel Tony Blair aber auch das Duell Gerhard Schröder/Helmut Kohl.

Daneben aber gibt es zweifellos auch europäische oder westliche Trends, die diese Wahlen mittelbar und in unterschiedlichem Ausmaß beeinflusst haben könnten:

- Der rasche ökonomische und soziale Wandel und die unterschiedlichen politischen Antworten darauf,
- die Globalisierung und der damit verbundene Rückgang der staatlichen Regelungsmacht,
- die Konsequenzen des Zusammenbruchs des Sowjetsystems und
- der Wertewandel oder die Veränderung des Zeitgeistes.

Auf diese Einflußfaktoren geben die beiden großen Parteifamilien oder besser gesagt die beiden großen politischen Lager und ihre intellektuellen und publizistischen Hilfstruppen unterschiedliche Antworten.

Das Aufkommen und die dauerhafte Etablierung der Umweltparteien, der sogenannten Grünen, hat die Parteienlandschaft auf dem Kontinent verändert. Sie sind für die sozialistischen Parteien ein zusätzlicher, wenn auch schwieriger Koalitionspartner.

Dadurch hat sich die koalitionspolitische Situation der C-Parteien verschlechtert, da gleichzeitig die Bedeutung der liberalen Parteien zurückgegangen ist.

Die nationalistischen Parteien am rechten Rand des politischen Spektrums (Front National, FPÖ, Republikaner) gelten als nicht koalitionsfähig. Unter diesen Bedingungen ist die Wie-

dergewinnung der politischen Macht durch die C-Parteien schwierig.

## **2. Die sich wandelnde Bedeutung des Verhältnisses von Wirtschaft, Staat und Gesellschaft in den reifen Volkswirtschaften Europas und seine Auswirkungen auf Wahlen**

In fortgeschrittenen kapitalistischen Gesellschaften steht das Verhältnis von Staat und Wirtschaft im Mittelpunkt der politischen Auseinandersetzung. In vielen Demokratien des Westens sind seit Beginn der achtziger Jahre beachtliche Veränderungen im Verhältnis von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft eingetreten, die durch politische Entscheidungen herbeigeführt worden sind.

Diese Veränderungen sind mit den Namen Ronald Reagan und Margaret Thatcher verbunden. Sie sind vorbereitet worden durch das Wirken bedeutender liberaler Intellektueller wie Karl R. Popper („The open society and its enemies“), F. A. von Hayek, Milton Friedmann, John Rawls und Robert Nozick.

Zu den wesentlichen Elementen dieser Reformpolitik gehörten Entstaatlichung (Privatisierung), Deregulierung und eine Anpassung der sozialen Sicherungssysteme an die veränderten finanziellen und demographischen Gegebenheiten. Die Politik war darauf ausgerichtet, den Staatsanteil am BSP zu senken und die Rolle des Staates (lean government) zu reduzieren und gleichzeitig effektiver zu gestalten.

Parallel dazu verliefen die Rationalisierungsanstrengungen der Wirtschaft im

Zeichen einer neuen Unternehmensphilosophie (lean management, lean production, shareholder value), die zu Freisetzungen einer großen Zahl von Arbeitskräften führten, die von anderen Unternehmen bzw. Sektoren der Wirtschaft (Dienstleistungsbereich) nicht bzw. nur teilweise und mit erheblichen Verzögerungen absorbiert werden konnten. In Europa entstand strukturelle Arbeitslosigkeit von etwa 10% der Erwerbsbevölkerung.

Es kann nicht bestritten werden, daß diese Reformen die Leistungsfähigkeit der betroffenen Volkswirtschaften wesentlich erhöht haben. Sie ist jedoch mit einem Zuwachs an sozialem Spannungspotential erkauft worden. Diesem Zuwachs haben die C-Parteien zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt.

Seit Beginn dieses Jahrzehnts wuchs in Deutschland – aber auch in anderen EU-Staaten – die Kritik an dieser Politik. Die steigende Rentabilität der Unternehmen, die Erfolgsmeldungen hinsichtlich von Rekordgewinnen standen im Gegensatz zur wachsenden Zahl der Arbeitslosen und der schärfer hervortretenden Probleme sozialer Randgruppen der Bevölkerung (Obdachlose, Langzeitarbeitslose).

Immer dringlicher wurde die Frage nach der sozialen Komponente der sozialen Marktwirtschaft gestellt. Einen gewissen Höhepunkt erreichte die Debatte aus Anlaß des 100. Geburtstags von Ludwig Erhard, des legendären Schöpfers einer freiheitlichen Wirtschaftsordnung nach 1945, für die die Franzosen in den letzten Jahren die Bezeichnung „Rheinischer Kapitalismus“ erfunden haben.

Auch die beiden christlichen Kirchen mahnten mehr Solidarität und soziale Verantwortung an.

Die Regierung Kohl befand sich seit der Bundestagswahl 1994 in einer sehr schwierigen Lage, die Heiner Geißler in einem 1995 erschienenen Buch „Gefährlicher Sieg“ durchaus zutreffend analysiert hat. Die CDU/CSU-FDP-Fraktion unter Helmut Kohl verfügte nur über eine sehr knappe Mehrheit im Bundestag. Im Bundesrat hatten die von der SPD geführten Länder eine deutliche Mehrheit. Der Koalitionspartner FDP suchte sich mit einer strammen Interessenspolitik (freie Berufe, Unternehmer) zu profilieren. Die finanziellen Lasten der Wiedervereinigung wurden zunehmend als drückend empfunden, die Erreichung der sogenannten Konvergenzkriterien für den Eintritt in die 3. Stufe der WWU zwang zu einer restriktiven Haushaltspolitik. Viele Reformen, insbesondere die Steuerreform, scheiterten im Bundesrat. Die SPD verstand es geschickt, diesen „Reformstau“, den sie selbst mitverursacht hat, anzuprangern und der Regierung zu Lasten zu legen.

Das Ergebnis dieser Politik, die Niederlage Kohls bei der Bundestagswahl vom 27.09.1998, ist bekannt.

Die Auseinandersetzung geht also über das Verhältnis von Staat und Wirtschaft. Sie ist nicht neu, sondern ein Thema, das seit den Anfängen der Politischen Ökonomie diskutiert wird. Ich erinnere nur an die Schrift von Edmund Burke: „Thoughts and Details on Scarcity“ (1794) oder an die Veröffentlichungen von Thomas Robert Malthus (1798), die sich mit den bedauernswerten



ten sozialen Folgen der damaligen industriellen take-off-Periode befaßten.

Aktuell ist sie in Großbritannien durch Antony Giddens: „The Third Way – The Renewal of Social Democracy“ belebt worden. Neu ist die Suche nach dem 3. Weg nicht. Ota Sik, ein inzwischen vergessener Mitinitiator des Prager Frühlings von 1968, hat sich Anfang der siebziger Jahre in seinem Schweizer Exil daran versucht.

Und auch er hat zahlreiche Vorläufer gehabt. Ich nenne nur noch das berühmte Buch von Joseph A. Schumpeter: „Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie“.

Der 3. Weg zwischen Kapitalismus und Sozialismus ist keine eigene Wirtschaftsordnung, kein Patentrezept zur Überwindung der Arbeitslosigkeit und zur Herstellung von sozialer Gerechtigkeit, sondern eine mehr oder weniger zugkräftige Formel im politischen Meinungskampf, vergleichbar mit dem Slogan von der „Neuen Mitte“ des Kanzlergehilfen Hombach.

Mir erscheint eine Rückbesinnung auf die wesentlichen Elemente der Sozialen Marktwirtschaft notwendig: eine Frieden stiftende Rechtsordnung, Marktwirtschaft ohne administrative Gängelung, soziale Korrektur der Marktergebnisse, Anpassungsbereitschaft an wirtschaftliche und soziale Veränderungen – keine „winner takes all-society“.

Die bürgerlichen Parteien und die ihnen nahestehenden Intellektuellen müssen sich auf diese Diskussion einlassen. Allerdings nicht durch ein nur zeitlich verzögertes Einschwenken auf

die Positionen der Kritiker des „Kapitalismus pur“ und des „Marktversagens“, sondern durch eine moderne Definition des Verhältnisses von Staat und Wirtschaft unter den neuen Bedingungen der Globalisierung.

Hier geht es um die umstrittene Frage, ob und gegebenenfalls inwieweit man die weltwirtschaftlichen Trends beeinflussen bzw. sich von ihnen abschotten kann.

Auch hier gibt es leidenschaftliche Kritiker, die diese ökonomischen Zwänge leugnen wie z.B. Viviane Forrester, deren Buch „L’horreur économique“ auch in Deutschland ein großer Publikumserfolg geworden ist.

Der zunehmenden Verflechtung der Weltwirtschaft wird ein Verteilungskampf mit weltweitem Ausmaß folgen. Die großen Migrationsströme der Gegenwart sind erst der Anfang dieser Entwicklung.

Die reifen kapitalistischen Gesellschaften Europas mit einer alternden Bevölkerung stehen vor einer doppelten Aufgabe:

- der Sanierung des Sozialstaats und der Verhinderung der Desintegration der Gesellschaft durch Überwindung der Massenarbeitslosigkeit einerseits und
- der Leistung eines Beitrags zur Entschärfung des weltweiten Verteilungskonflikts andererseits.

Dafür ein schlüssiges Konzept zu finden und den politischen Führer, der dafür die Zustimmungsbereitschaft der Bürger gewinnen kann, ist die wichtig-

ste Aufgabe der Zukunft. Wer sie lösen kann, wird die Zukunft gewinnen. Hierbei kommt es weniger auf Utopien als auf nüchternen Realismus an. Letzteres war bisher nicht die Stärke der Sozialisten.

# England, Frankreich, Deutschland –

## Unterschiedliche Profile von Sozialdemokratie

Roland Sturm

Ralf Dahrendorf geißelte Anfang der achtziger Jahre die Verirrungen des „sozialdemokratischen Jahrhunderts“ (Dahrendorf 1983: 53f.) und sah dessen Ende in Sichtweite. „Das sozialdemokratische Syndrom von Werten“, so Dahrendorf (1979: 150f.), „hat nicht nur aufgehört, Wandlungen und neue Entwicklungen zu befördern, sondern es hat bereits begonnen, seine eigenen Widersprüche hervorzurufen, mit denen es nur mühsam oder gar nicht fertig wird.“ 1997/98 mündeten diese „Widersprüche“, wie von Dahrendorf selbst konstatiert, in eine Neuformierung der Parteienlandschaft. „Mit Premierminister Blairs New Labour“, so Dahrendorf (1998: 7), „ist eine zukunftssträchtige, attraktive Position aufgetaucht.“ Widerspricht dies nicht der These vom unaufhaltbaren Niedergang der Sozialdemokratie?

Dahrendorf löst potentielle Unstimmigkeiten seiner Ausführungen mit dem Hinweis, er habe nicht gemeint, Sozialdemokraten könnten keine Wahlen mehr gewinnen. Vielmehr behauptete er: „Wenn sozialdemokratische Parteien Wahlen gewinnen, werden sie

eine andere Politik machen als die, unter der sie einmal angetreten waren.“ (Dahrendorf 1998: 8) Dies überzeugt nicht. Zwar ist der Ausgangspunkt der Dahrendorfschen Überlegungen unbestritten. Konservative und sozialdemokratische Regierungen waren sich in der Zeit nach dem I. Weltkrieg einig in der Unterstützung des Wohlfahrtsstaates und seinen zentralen Elementen wie der umverteilenden Sozialpolitik, der Politik der Staatsverschuldung, der Politik der Intervention in wirtschaftliche Abläufe sowie des Korporatismus mit all seinen Begleiterscheinungen. Das Ende der Sozialdemokratie wurde aber allzu voreilig ausgerufen.

Eine strukturelle Ausgrenzung der Möglichkeit sozialdemokratischer Politik konnte nur durch eine eindimensionale Verengung der politischen Analyse ohne Wenn und Aber behauptet werden. Bei Dahrendorf war die zentrale Ursache für das Scheitern der Sozialdemokratie das Versagen des Keynesianismus, bei einigen Wahlforschern war dies der sozio-demographische „Niedergang“ der Arbeiterschaft und Marxisten erkannten im Verrat

der sozialdemokratischen Führung den Hauptgrund für die zukünftige Machtferte der Sozialdemokratie.

Ich plädiere für eine differenziertere Argumentation. Meine These lautet, daß es heute und vielleicht auch niemals in der Vergangenheit eine einheitliche sozialdemokratische Kraft in Europa gibt und gab. Damit soll nicht bestritten werden, daß auf einigen Politikfeldern Sozialdemokraten unterschiedlicher Länder ähnliche Lösungen suchen. Ein Beispiel hierfür könnte das Beschäftigungskapitel des Amsterdamer Vertrages sein. Aber der Zwang der Globalisierung macht es meines Erachtens wahrscheinlicher und nicht unwahrscheinlicher, daß Sozialdemokraten politische Programme entwickeln, die sich hart an den Realitäten der nationalen Probleme, die sich im Zusammenhang der Globalisierung stellen, bewegen. Was Sozialisten einmal zusammenführte, die gemeinsame Gegnerschaft zum Kapitalismus, ist eine irrelevante Größe geworden. Heute sind sich alle Sozialisten einig, daß es zur Marktwirtschaft keine Alternative gibt, aber das unterscheidet sie dann nicht mehr von Konservativen Parteien. Ebensowenig spezifisch sozialdemokratisch ist die Wiederentdeckung von Recht und Ordnung, Bildung, Familie und europäischer Integration durch die Verfechter eines sozialdemokratischen „Dritten Weges“.

Europas Sozialdemokraten (ich beschränke meine Bemerkungen auf die britischen, französischen und deutschen) haben vor allem ihre heutige „strategische Rolle“ gemeinsam. Sie haben erfolgreich den Gedanken im öffentlichen Diskurs verankert, daß sie

besser als ihre konservativen Vorgänger in der Regierungsverantwortung den politischen und sozialen Wandel moderieren und managen können. Dazu haben sie nur in den seltensten Fällen revolutionär Neues erdacht. Vielmehr betonen sie die größere Effizienz und die bessere Paßform ihrer Lösungen und wecken so Hoffnungen und Erwartungen in ihren jeweiligen Gesellschaften. Sozialdemokraten möchten als „moderne“ Alternative gelten, also nicht als ideologischer Gegenstrom und schon gar nicht als antikapitalistische Linke. Um als Alternative im jeweils nationalen Kontext anerkannt zu werden, ist es für die Sozialdemokraten geradezu zwingend, ihr Profil dem jeweiligen nationalen politischen Kontext an- und einzupassen. Da aber diese Kontexte mit der politisch-kulturellen Pluralität der europäischen Nationalstaaten stark variieren, müssen erfolgreiche sozialdemokratische Strategien von Land zu Land verschieden sein.

So ist es in Großbritannien mit seiner Tradition der Premierministerregierung naheliegend, die Handlungsfähigkeit und Entschlossenheit des Premierministers als eigenständigen politischen Vorzug hervorzuheben. Ebenso wie der wirtschaftspolitische Paradigmenwandel der achtziger Jahre es geboten erscheinen läßt zu betonen, daß der Staat vor allem die richtigen Rahmenbedingungen wirtschaftlichen Handelns ermöglichen muß. Im Kampf gegen Arbeitslosigkeit und soziale Ungleichheit kann die Rolle individueller Verantwortung betont werden. Der Staat ermöglicht in dieser Sichtweise Eintrittschancen für den Arbeitsmarkt. Aber Entscheidungen in der Wirtschaft treffen die Unternehmen, nicht der

Staat. Der Staat muß funktionierende Arbeits- und Kapitalmärkte garantieren und einen Steuersatz, der Investoren nicht abschreckt. Großbritanniens Sozialdemokraten betonen den Wert der Eigenverantwortung. Es gibt keine Sozialgeschenke, nur Hilfe zur Selbsthilfe. New Labour hört sich den Rat der Industrie (manchmal auch der Gewerkschaften an), aber niemand denkt in Großbritannien an die Rückkehr zu einer Form des Korporatismus.

In Frankreich wurde der Ruf nach einem Ende der sozialen Spaltung der Gesellschaft schon im Präsidentschaftswahlkampf 1995 laut, als Jacques Chirac sich diesen zu eigen machte. Er hatte aber das Problem, daß der Sparkurs seines Premierministers Alain Juppé zum Erreichen der Maastricht-Kriterien den französischen Konservativen nicht erlaubte, sich in ausreichendem Maße der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu widmen. Es sollte aber nicht vergessen werden, daß das Robien-Gesetz von 1996, benannt nach seinem konservativen „Erfinder“ Gilles de Robien, bereits einen Reformprozeß anstieß, der zur großen Reformidee des 1997 gewählten sozialistischen Premierministers Lionel Jospin wurde, nämlich die Verkürzung der Arbeitszeit. Wie in Großbritannien, wo wir unzweifelhaft eine wirtschaftspolitische Kontinuität nach dem Sieg New Labours beobachten konnten, gibt es eine solche Kontinuität auch in Frankreich.

Das Robien Gesetz erlaubt Firmen, ihre Sozialversicherungsbeiträge im ersten Jahr um 40% und vom zweiten bis siebten Jahr um 30% zu reduzieren, wenn sie ihre Arbeitszeit um mindestens 10% kürzen und Neueinstellun-

gen vornehmen oder zumindest auf Entlassungen verzichten. In Frankreich, und ähnliche Initiativen gibt es auch in Großbritannien und Deutschland, unternahmen die Sozialdemokraten zusätzliche Anstrengungen, um die Jugendarbeitslosigkeit zu verringern. Wichtiger für Frankreich ist aber, daß die Sozialisten die Grundidee des Robien Gesetzes weiterentwickelten. 1998 wurde entschieden, die 39-Stunden-Woche vom 1. Januar 2000 an (für kleine und mittlere Unternehmen ab 2002) durch die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich zu ersetzen. Die Verkürzung der Arbeitszeit soll durch Kombination von einer Reduktion der Sozialversicherungsbeiträge der Firmen, größerer Produktivität und moderaten Lohnabschlüssen finanziert werden.

Ein wichtiger Aspekt dieser Initiative, sowohl in ihrer Vorbereitung als auch in ihrer Durchführung und gesetzlichen Umsetzung, ist der Versuch der Regierung, korporatistische Strukturen zu nutzen und zu etablieren, oder wie sie es selbst ausdrückt, ein „soziales Bündnis für Arbeit“ schaffen. Der Grundgedanke dieses Bündnisses ist es, die Gewerkschaften und die Unternehmen in jeden einzelnen Reformschritt einzubinden. Das ist im französischen Fall viel komplizierter als im deutschen, wegen der Schwäche der Spitzenorganisationen der Unternehmer und Gewerkschaften. Weniger als 10% der französischen Arbeiterschaft ist gewerkschaftlich organisiert. Arbeitnehmer gehören keiner Industriegewerkschaft an, sondern einer Vielzahl im ideologischen Wettbewerb stehender Gewerkschaften. Die Unternehmen vertrauen eher auf ihre eigene Verhandlungsfähigkeit als auf die nationaler Unternehmerverbände.

Was die französischen Sozialdemokraten vorhaben, ist nicht nur etwas, was den britischen fern läge, sondern auch was die deutschen leichter können, nämlich den Korporatismus zu schaffen bzw. neu zu schaffen. Und Korporatismus ist nicht das einzige keynesianische Element der Wirtschaftsstrategie der französischen Sozialisten. Sie wollen auch die Nachfrage anregen, allerdings nicht, wie dies deutsche Sozialdemokraten fordern, primär durch Lohnerhöhungen. Sie fordern vielmehr eine Reduktion der Sozialversicherungsbeiträge, hoffen auf mehr Einkommen durch mehr Beschäftigung und haben den Mindestlohn um 4% erhöht (was allerdings nicht zu einer allgemeinen Runde von Lohnerhöhungen führte).

Als Oppositionspolitiker bezeichnete Gerhard Schröder nach Presseberichten die Einführung der 35-Stunden-Woche in Frankreich als sehr hilfreich für deutsche (!) Arbeitsplätze. Deutsche Sozialdemokraten sind heute weit weniger überzeugt von den wirtschaftlichen Vorzügen einer Verkürzung der Wochenarbeitszeit als französische. Sie zögern auch, das zu tun, was die französischen Sozialisten nun vorhaben, nämlich die Frühverrentung als arbeitsmarktpolitisches Instrument einzusetzen. Das Programm der französischen Sozialisten sieht ein Rentenalter von 56 Jahren nach 40 Beitragsjahren vor. Wenn eine Firma einen Frührentner durch eine Neueinstellung ersetzt, erhält sie 40.000 Francs vom Staat.

Wie die französischen Sozialisten befürworten die deutschen Sozialdemokraten einen neuen „Anlauf“ des Korporatismus. Das „Bündnis für Arbeit“

wird als „Allzweckwaffe“ betrachtet, die helfen soll, die Reformprobleme der Sozialversicherung, des Steuersystems und der Beschäftigungssicherung zu beheben. Im Unterschied zu den französischen Sozialisten sind die deutschen Sozialdemokraten weit schneller zu Steuererhöhungen zur Finanzierung ihrer Vorhaben bereit (z.B. Kindergeld, Renten). Die deutschen Gewerkschaften fordern höhere Löhne zur Verbesserung der Nachfrage. Öffentliche Beschäftigungsprogramme, die es in Frankreich vor allem für Jugendliche gibt, haben in Deutschland, und insbesondere in Ostdeutschland, weiterhin große Bedeutung.

Das mag als krude vergleichende tour d'horizon genügen. Betrachtet man nur die drei Länder Großbritannien, Frankreich und Deutschland und nur die Bereiche Sozial- und Wirtschaftspolitik, ist dies für Verallgemeinerungen zur Frage der Sozialdemokratisierung Europas sicherlich keine ausreichende Basis. Holzschnittartig könnte man eine Trennlinie zwischen zwei Spielarten der Sozialdemokratie in Europa ziehen: zwischen dem kontinentalen Neo-Keynesianismus und dem britischen Neo-Liberalismus. Aber diese Unterscheidung bleibt ungenügend.

Ich möchte als Anregung für die weitere Diskussion nur zwei bereits getroffene Feststellungen noch einmal hervorheben:

- In jedem der betrachteten Länder gibt es ein großes Maß an Kontinuität zwischen den sozialdemokratischen Regierungen und ihren konservativen Vorgängerregierungen. Und

- die Unterschiede der Politik der heutigen sozialdemokratischen Regierungen untereinander sind größer als die im nationalen Kontext zu beobachtenden Unterschiede zwischen den früheren konservativen und heutigen sozialdemokratischen Regierungen.
- Mir fällt es daher schwer, mit dem Gedanken der „Sozialdemokratisierung“ Europas in der Sozial- und Wirtschaftspolitik mehr zu verbinden als die symbolische Betonung der Bedeutung der Probleme der Arbeitslosigkeit und der Notwendigkeit, die soziale Spaltung moderner Gesellschaften zu überwinden.

### **Literatur**

**Dahrendorf, Ralf 1979:** Lebenschancen. Anläufe zur sozialen und politischen Theorie, Frankfurt am Main.

**Dahrendorf, Ralf 1983:** Die Chancen der Krise. Über die Zukunft des Liberalismus, Stuttgart.

**Dahrendorf, Ralf 1998:** Die neue Parteienlandschaft. Die Christdemokratie wankt, das sozialdemokratische Jahrhundert endet – und mit ihm die alte Demokratie?, in: Die Zeit, 25.6., S. 7 – 8.

# Das Trugbild der unbegrenzten Integration

Gustav Matschl

## 1. Das ist der Befund

Wir bekennen uns zu einem Europa, das einig zu sein hat und stark und das seine Rolle in der Welt zu spielen hat. Einen europäischen Staat wollen wir nicht, nein, das nicht, aber trotzdem fordern und beschließen wir alles, was zu diesem Staat führt. Darin liegt das ganze Dilemma der europäischen Integration beschlossen.

## 2. Integration gegen Offenheit und Bürgernähe

Die europäische Integration leidet am unausgesprochenen Widerspruch ihrer Ziele. Das zeigt schon die simple Analyse der Vertragstexte. Eingangs heißt es im Vertrag von Maastricht und neuerdings von Amsterdam (Art. 1 Abs. 2), daß eine immer engere Union der Völker verwirklicht werden soll, in der die Entscheidungen „möglichst offen und bürgernah“ getroffen werden. Das nährt die Vorstellung, daß mehr Integration auch mehr Bürgernähe bringt. Das Gegenteil ist aber der Fall. Mit der zunehmenden Integration entsteht nicht mehr Nähe zum Bürger, sondern größere Entfernung. Bürgernah und

offen, also transparent, sind Entscheidungen, wenn sie im eigenen Land, in der eigenen Gemeinde fallen. Bürgernah ist eine Politik, die dafür sorgt, daß Entscheidungen in nationaler Zuständigkeit bleiben, wo immer das möglich ist. Jede Kompetenz, die auf dem Wege der Integration nach Brüssel abwandert, ist ein Verlust an Bürgernähe. Und: Die Entscheidungen in Brüssel sind nicht gerade transparent, sie sind eher apokryph zu nennen.

Ein weiteres Mißverständnis, zu dem der Text verführt, besteht darin, die immer engere Union der Völker mit einer immer weitergehenden Integration gleichzusetzen. Integration tendiert zu supranationalen Institutionen, das Zusammenrücken der Völker nicht. Letzteres ist ein Prozeß der Verständigung auf der Ebene der Gleichheit. Die Völker können auch ohne Integration zusammenwachsen.

## 3. Das Menetekel einer europäischen Staatlichkeit

So lautet der Beschluß: Europa braucht eine Verfassung! Nur so wird der alte Kontinent „souverän“ (Paneuropa-



Union). Ein Europa nach dem Vorbild der Bundesrepublik Deutschland soll es werden! Über lange Strecken hinweg war das der Lieblingsgedanke der Europäischen Volkspartei im Europäischen Parlament. Hans-Gert Pöttering, immerhin ihr Stellvertretender Vorsitzender, wurde nicht müde, die Idee, als deren maßgeblicher Urheber er gelten kann, von allen Tribünen Europas zu verkünden. Die Kommission in Brüssel als Regierung, das Parlament in Straßburg als Gesetzgeber und der Ministerrat, notgedrungen, die Kammer für die Mitgliedstaaten – vergleichbar dem Bundesrat des Grundgesetzes. Das ist die Vorstellung von Europa, der viele anhängen. Ich spreche nicht von den europäischen Sozialisten! Für sie ist längst klar: „Europa ist eine linke Veranstaltung“ (Klaus Hänsch). Für sie ist schon der Gedanke einer föderalen Struktur nur mühsam faßbar. Ihre Vorstellung von Europa ist die eines zentralistisch verwalteten europäischen Einheitsstaates, administriert, effizient, uniform. Das ist das Wunschbild, das der schlichten Übertragung des nationalen Einheitsstaates auf die europäische Ebene entspringt.

Kann das auch das Wunschbild der Christlich-Sozialen Union sein? Soll es dahin kommen, daß die Menschen und Völker in Europa fortan einem einheitlichen, allenfalls durch Subsidiarität gemilderten Plan der Integration unterworfen sind, wonach schon in naher Zukunft alle wesentlichen Entscheidungen in der europäischen Hauptstadt fallen und die Mitgliedstaaten nur noch für Fragen minderen Ranges zuständig sein sollen? Ein zentralistisch durchgegliedertes Europa als Weltmacht und die Nationen und Regionen zunehmend als Stätten nostalgischer Idylle, Europa für die Welt und die Nation für den Heimatfilm? Ist das ein Wunschbild von Europa? Nein! Ein solches Europa ist ein Vexierbild! Es ist nur ein Europa annehmbar, das bei aller wünschenswerter Gemeinsamkeit die Grundstruktur souverän bleibender Mitgliedstaaten aufrecht erhält. Nicht ein „souveränes“ Europa, sondern ein Europa der prinzipiellen Staatensouveränität entspricht heute und noch für lange Zeit dem Selbstverständnis der Völker und Nationen in Europa.

Das ist nun mehr eine Behauptung als ein Beweis. Aber ist eine Frage wie die nach der Befindlichkeit von Menschen und Völkern überhaupt dem Beweis zugänglich? Sie ist es nicht. Aber nicht ein „Beweis“, sondern die Evidenz gibt Auskunft darüber, was Menschen und Völker denken und empfinden. Der Gang der Geschichte ist zwar nicht eindeutig, aber auch nicht beliebig. Das gilt allgemein und besonders für Europa. Es gibt glücklicherweise Dinge in Europa, die zum Allgemeinbesitz seiner Völker geworden sind und die so unbestritten sind, daß ihr Vorhandensein „evident“ ist. Dazu gehört die Überzeugung, zusammenzugehören und aufeinander angewiesen zu sein. Nach Jahrhunderten gegenseitiger Bedrohung hat zuletzt die gemeinsame Abwehr einer Jahrzehnte lang anhaltenden Bedrohung aus dem Osten den Zusammenhalt gefördert und gefestigt. Heute gilt, daß jegliche kriegerische Auseinandersetzung unter den Mitgliedstaaten der Europäischen Union ausgeschlossen ist. Das allein erhebt die europäische Einigung zu einem Ereignis von epochaler Bedeutung. Über die gemeinsame Verteidigung der Freiheit hinaus haben Handel und Verkehr zu größerer Gemeinsamkeit geführt.

Der freie Austausch von Gütern und der ungehinderte Umgang der Menschen haben Kräfte freigesetzt, die sich in den engeren nationalen Grenzen bis dahin nicht ausreichend entfalten konnten. Wohlstand und Wissenschaft erfahren Belebung und Auftrieb. Der einst zutiefst gespaltene und durch krieglerische Zerstörung zurückgeworfene Kontinent erlebte dank seiner Einigung eine unerwartete Renaissance seiner geistigen und materiellen Ressourcen, die ihn zu einer neuen Teilhabe am Weltgeschehen befähigten. Das sind Errungenschaften, zu denen die Völker in Europa durch den Prozeß der Einigung befähigt wurden.

Das ist fraglos eine großartige Bilanz. Verlangt sie nicht, so wird mancher fragen, nach weiterer Vertiefung, nach völliger europäischer Einheit? Ich glaube nicht. Die Vertiefung stößt erkennbar an ihre Grenzen. Das wird deutlich an der Zurückhaltung, die die Bevölkerung in einer Anzahl von Mitgliedstaaten, nicht nur in Dänemark und in Schweden, an den Tag legt. Ganz allgemein läßt sich sagen: Die Völker wollen in Europa ihre vitalen Interessen gewahrt sehen. Sie wollen Frieden und Wohlfahrt, Sicherheit nach innen und außen. Dafür stehen sie zusammen und dafür sind sie bereit, Opfer zu bringen. Sie betrachten die Europäische Union als hohes Gut, weil und soweit sie das Gemeinwohl aller, also auch das eigene, fördert. Sie sind aber nicht bereit, sich dabei selbst aufzugeben. Sie wollen ihre nationale Identität nicht einem Prozeß des „immer engeren Zusammenschlusses“ opfern, der, zu Ende gedacht, zur Aufhebung eben dieser Identität führen würde. Weder Franzosen noch Italiener noch gar Engländer sind dazu bereit. Was in

Sonderheit Deutschland angeht, so war der Ruf „Wir sind das Volk“ auch ein Ruf nach der nationalen Identität. Angesichts der von manchen betriebenen Öffnung gegenüber der ganzen Welt ist der Ruf in Gefahr, umzuschlagen in die Frage: „Sind wir noch ein Volk?“ Dahin darf es nicht kommen.

Die auf europäische Integration gerichtete Politik der Christlich-Sozialen Union muß dieser Gegebenheit Rechnung tragen. Die Bereitschaft zur Integration ist nicht unbegrenzt. Die Europapolitik der Christlich-Sozialen Union muß in jeder Lage die Frage stellen: Wo liegen die Grenzen der Integration? Die lineare Fortführung der bisherigen Integrationsdynamik wäre der sicherste Weg, Europa an die Wand zu fahren.

Überlegungen der vorstehenden Art beschreiben die Zurückhaltung, die viele Menschen gegenüber jeglicher Form europäischer Staatlichkeit empfinden. Diese Zurückhaltung muß eine Politik beachten, die sich darauf beruft, demokratisch legitimiert zu sein.

#### **4. Subsidiarität und Staatensouveränität**

Der Vertrag von Amsterdam ist, gemessen an seinen Vorgaben, ziemlich mißraten, aber eines ist geglückt: Das Prinzip der Subsidiarität hat eine Präzisierung erfahren, wie sie von deutscher Seite seit langer Zeit gefordert wurde. Insbesondere die Christlich-Soziale Union darf sich zugute halten, Subsidiarität als allgemein gesellschaftspolitisches, der katholischen Soziallehre entnommenes, Prinzip für die europäische Einigung eingefordert zu haben.

Dennoch will so recht keine Zufriedenheit aufkommen. Es hat nämlich nicht den Anschein, daß sich durch die verbesserte Definition an der Entscheidungspraxis der Europäischen Union etwas ändern würde.

Zwei Gründe scheinen mir dafür maßgeblich.

- Erstens wurde die erfreuliche Zustimmung, die das Prinzip der Subsidiarität gegen anfängliche Widerstände allmählich erfahren hat, unverkennbar aber weniger erfreulich mit einem Bedeutungswandel erkaufte. Subsidiarität kommt vom lateinischen *subsidium* und heißt Hilfe. Wenn eine Gemeinschaft nicht mehr weiter weiß, hat sie Anspruch auf Hilfe und die größere Gemeinschaft ist verpflichtet, diese Hilfe zu leisten. Das ist der Kern der Subsidiarität. Die Verantwortung für die eigenen Angelegenheiten liegt aber immer bei der originären Gemeinschaft selbst. Bei ihr liegt auch das Urteil, ob sie selbst zurecht kommt oder die Hilfe der größeren Gemeinschaft braucht. Immer sind die für eine Gemeinschaft wesentlichen Dinge und die Entscheidung darüber bei der originären sozialen Einheit angesiedelt und erst hilfsweise, subsidiär, bei der über diese Einheit hinausgehenden größeren Gemeinschaft. Dieses Verhältnis hat sich im öffentlichen Bewußtsein neuerdings umgekehrt. Nicht die ursprüngliche, historisch gewachsene Gemeinschaft wird für das Primäre gehalten, sondern die größere europäische Gemeinschaft hat im Bewußtsein der Öffentlichkeit Priorität. Eine Umfrage würde voraussichtlich ergeben: Was eu-

ropäisch ist, ist wichtig, was national oder regional ist, ist nur noch hilfsweise von Bedeutung, ist „subsidiär“.

- Dieser Bedeutungswandel stellt zweitens das Verhältnis von Mitgliedstaaten und Regionen (Ländern) zur Europäischen Union auf den Kopf. Während Subsidiarität ganz unbestreitbar eine Organisationsform von unten nach oben erfordert, organisiert sich die Union mehr und mehr von oben nach unten. Das ist aber nicht Subsidiarität sondern Dezentralisation. Verräterischerweise sprechen wir selbst gelegentlich davon, die Europäische Gemeinschaft müsse den Mitgliedstaaten und Regionen „den nötigen Freiraum lassen“, als ob es nicht gerade umgekehrt darum ginge, daß die Mitgliedstaaten den Organen der Gemeinschaft den Freiraum schaffen, den diese zur Erfüllung der Aufgaben brauchen. Die Souveränität der Mitgliedstaaten ist die originäre Macht. Die Macht der europäischen Institutionen ist abgeleitete Macht.

Im Falle der Dezentralisation entscheidet die höhere Ebene aus Erwägungen der Zweckmäßigkeit, was sie an die untere Ebene abgibt. Bei der Subsidiarität liegt es umgekehrt.

Es gibt kein europäisches Recht, das sich nicht von den Mitgliedstaaten herleitet. Der Geltungsgrund europäischen Rechts ist der Wille der Mitgliedstaaten. Einen anderen Geltungsgrund gibt es nicht.

Der Bedeutungswandel des Begriffs der Subsidiarität und im Gefolge davon die faktische Umkehrung des Verhältnisses von abgeleitetem Recht zu originärem

Recht, widerspricht dem Gesetz, nach dem die europäische Gemeinschaft angetreten ist: Einigkeit und Freiheit, Wohlstand und Fortschritt, Sicherheit vor innerer und äußerer Bedrohung – das alles soll durch gemeinschaftliches Handeln gesichert sein. Dazu tun sich sicher die Völker zusammen und dazu ist es gut, daß sie den Einsatz eigener Macht (Souveränität) zugunsten gemeinschaftlicher Macht zurücknehmen. Das ist die Philosophie der Europäischen Union und sie entsprach damals – und sie entspricht heute – dem Willen der Mitgliedstaaten.

Letztere haben bei allen Änderungen und Ergänzungen der Verträge an dem Prinzip der begrenzten Ermächtigung der Organe der Union festgehalten. Die Organe handeln „nach Maßgabe der Verträge“ (Art. 5 EU-Vertrag) und die Generalermächtigung des Art. 308 (früher 235) des EG-Vertrages hat nach allgemeiner Auffassung das Prinzip der begrenzten Ermächtigung nicht aufgehoben sondern bestätigt. Das verweist ein weiteres Mal darauf, daß nicht nur das primäre Vertragsrecht, sondern auch die sekundären Rechtsschöpfungen eine Emanation des gemeinschaftlichen Willens der Mitgliedstaaten sind.

Daraus folgt, daß das Prinzip der Subsidiarität der Ergänzung bedarf. Auch die im Vertrag von Amsterdam verbesserte Beschreibung seines Inhalts wird wegen der unvermeidlichen Unbestimmtheit der verwendeten Begriffe zu Auslegungs- und Anwendungsschwierigkeiten führen. In solchen Konfliktfällen entsteht regelmäßig die Frage, wer letztlich die Entscheidung trifft. Natürlich kann man sagen, die Gerichte haben das letzte Wort. Aber

nach welchen Auslegungsregeln entscheiden die Gerichte, wenn eine Frage zweifelhaft ist. In einem solchen Fall ist davon auszugehen, daß die Vertragsstaaten nur soviel von ihrer Rechtssetzungskompetenz zurücknehmen, als die Gemeinschaftsorgane zur Erfüllung ihrer Aufgaben benötigen. Im Zweifelsfall spricht also die Vermutung für die Souveränität der Mitgliedstaaten. Diese ist und bleibt, solange die Welt aus Staaten besteht, das grundlegende Ordnungsprinzip für die Völkerrechtsgemeinschaft. Auch für die Europäische Union, solange sie ein Verbund von Staaten, ein „Staatenverbund“ (Bundesverfassungsgericht) ist. Um es klar zu sagen: Das Prinzip der Subsidiarität bedarf zu seiner praktischen Anwendung der Ergänzung durch das Prinzip der Staatensouveränität. Das ist kein überflüssiger Prinzipienfetischismus, der mit „Pragmatismus“ (Ingo Friedrich) lösbar wäre. Die Abgrenzung von Gemeinschaftsrecht zum nationalen Rechtskreis ist von so entscheidender integrativer Bedeutung, daß begriffliche Klarheit unerlässlich ist.

### **5. Die Finalität der europäischen Einigung oder die Frage nach den Grenzen der europäischen Integration**

Jede selbstkritische Befassung mit der eigenen Position sieht sich dem Einwand ausgesetzt, in Frage zu stellen, was bis dahin für einen selbst und für andere außer Frage stand. Politische Parteien zumal neigen zur Perpetuierung einmal eingenommener Positionen. Das kann zur Gefahr werden, wenn sich die Welt verändert und die Veränderung nicht wahrgenommen

wird. Dann verliert, was bisher richtig war, seine Gültigkeit.

Die Christlich-Soziale Union hat sich zu allen Zeiten und bei vielen Gelegenheiten für die Einigung Europas ausgesprochen oder, im Deutsch der Parteitage, „zu Europa bekannt“. Diese Haltung ist nach wie vor richtig. Aber wie soll, wie wird das Europa der Zukunft aussehen und welchen Platz wird Bayern darin haben?

Lange Zeit hat die Diskussion über die einheitliche Währung den Blick darauf verstellt, daß das Ziel der europäischen Integration nach wie vor eine offene Frage ist. Was heißt und zu welchem Ende, ist man mit Schiller versucht zu fragen, betreiben wir Integrationspolitik? Integration um ihrer selbst willen? Ist der Weg der Integration auch schon das Ziel?

Die Antwort darauf lautet häufig: Europa als Einheit in der Vielfalt! Aber welche Einheit und welche Vielfalt? Der Hinweis auf die Vielfalt zerstreut zunächst die ungemütliche Vorstellung eines einheitlichen, uniformen und monotonen Gebildes, das an seiner Langeweile leidet. Aber geht es beim Europa der Vielfalt nur um geschichtlichen und kulturellen Reichtum, um die Unterschiedlichkeit von Sprachen und Gebräuchen? Diese Art von Diversität wäre auch möglich, wenn Europa sich zu einem Einheitsstaat fortentwickeln würde. Die Frage nach der Finalität der europäischen Einigung heißt also bei genauerem Hinsehen: Ist das Ziel der europäischen Einigung die staatliche Einheit Europas bei kultureller Verschiedenheit seiner Völker oder ist das Ziel die politische Einheit des Kontinents bei unverän-

derter Staatsqualität seiner Mitglieder? Die Formel von der Einheit in der Vielfalt hinterläßt unfreiwillig den Eindruck sprachlichen Notstandes. Vielfalt ist der Buntheit benachbart. Aber bloße Farbigkeit kann einem rechtlichen und politischen Verständnis von Europa nicht genügen. In diesem Verständnis ist ein Europa gemeint, das sich aus den Grundentscheidungen ergibt, die seine Völker aus freiem Entschluß gefaßt haben und die deshalb unterschiedlich sind. Diese Grundentscheidungen sind gewissermaßen die „Lebensentwürfe“ der einzelnen Gemeinwesen, deren europäische Gemeinsamkeit darin besteht, daß sie alle demokratisch und rechtsstaatlich verfaßt sind und zu sein haben. Alles andere, ob Königshaus oder Unterhaus oder beides, ob sozialistisch oder liberalistisch, entscheidet das Gemeinwesen, ob Kommune, Land oder Republik, für sich selbst und niemand kann diese Entscheidung an seiner Stelle treffen. Deshalb sollte ein Wort gefunden werden, daß dem Moment von freier Selbstbestimmung, das in der Vorstellung von europäischer Vielfalt mitschwingt, besser gerecht wird. Solange das nicht gefunden ist, wäre mir die Kurzformel „Europa in vielfältiger Freiheit“ lieber als „Europa in Vielfalt“.

Natürlich kann jetzt einer die Frage stellen, ob denn die Freiheit in Europa durch seine Einheit bedroht sei? Das wäre, um mit Fontane zu sprechen, „ein gar weites Feld“. Ich will den Gedanken nicht überdehnen, sondern nur darauf hinweisen, daß es auch eine Einheit ohne Freiheit gibt. Freiheit kann auch dadurch verloren gehen, daß das Eigene aufgegeben wird. Wer sich, wofür Europa Beispiele bietet, fremden Entscheidungen, weil sie Vor-

teile versprechen (Förderprogramme!), willfährig unterwirft, hat seine Freiheit schon verspielt. Freiheit ist ein zur Anstrengung mahnender Imperativ.

Die Formel von der Einheit in der Vielfalt ist so eingängig und verführerisch, daß sie ein Nachdenken darüber, was jeweils mit Einheit und Vielfalt gemeint ist, anscheinend nicht aufkommen lassen will. Der verantwortliche Politiker darf der Frage freilich nicht ausweichen: Ist mit der Einheit die staatliche Einheit gemeint bei kultureller Vielfalt oder läßt die Einheit Europas die staatliche Vielfalt seiner Gliederungen zu? Staatliche Einheit meint natürlich nicht nur Staat in engerem Sinn, sondern jeden Zusammenschluß von staatsrechtlicher Qualität.

Es ist ganz unverkennbar, daß sich in großen Teilen des Europäischen Parlaments die Auffassung breit macht, die europäische Integration werde und müsse zur Staatsqualität von Europa führen. Keine Überraschung ist die Tatsache, daß die Sozialisten im Europäischen Parlament von einem einheitlichen Europa träumen. Das entspricht ihrer unitaristischen und konformistischen Tradition.

Das darf aber nicht die Denkart einer Europäischen Volkspartei sein. Auf sie vertrauen Bevölkerungsschichten, die mit einer sozialistischen Vorstellung von Europa wenig anfangen können. Ich sehe die Gefahr, daß die Europa-gläubigkeit der Europäischen Volkspartei ihren Rückhalt in der Bevölkerung verliert. Was einst allgemeine Grundhaltung war, schwächt sich angesichts gravierender Fehlentwicklungen ab und beginnt sich in sein Gegenteil zu verkehren: Die Attitüde der unbe-

grenzten Integrationsbereitschaft geht erkennbar ihrem Ende entgegen.

## **6. Die integrative Rolle des Europäischen Parlaments**

Das Europäische Parlament versteht sich als Motor der europäischen Einigung. Es sieht seine Tätigkeit unter dem ausschließlichen Gesichtspunkt des „immer engeren Zusammenschlusses der Völker in Europa“. Es ist der einzige Ort, an dem die Finalität der europäischen Einigung keinem Zweifel unterworfen ist. Sie besteht im Untergang der Nationalstaaten, deren gemeinschaftsfeindliche Egoismen in einem durch Mehrheitswillen geeinten und dadurch supranational organisierten Europa ihre Auflösung finden werden. Diese Vorstellung gründet teils in der christlich verstandenen Universalität, aus der Europa hervorgegangen ist, teils in einem marxistischen Verständnis vom Gang der Geschichte, dem das Bild vom Absterben des Staates nicht fremd ist. Ganz unterschiedliche geistesgeschichtliche Wurzeln sind es also, die sich sonderbarerweise in dem Ziel vereinigen, die Mitgliedstaaten in der Europäischen Union zurückzudrängen und sie schließlich überflüssig zu machen.

Das Europäische Parlament ist seinem Wesen nach eine parlamentarische Versammlung. So stand es in den Römischen Verträgen des Jahres 1957 und daran hat sich auch durch die seit 1979 eingeführte Direktwahl seiner Abgeordneten nichts geändert. Die Mitglieder des Europäischen Parlaments sind die aus einer Volkswahl hervorgegangenen Abgeordneten ihres Landes für Europa. Sie vertreten nicht

ein europäisches Volk, das es nicht gibt, sondern die Bevölkerung des Staates, aus dem sie kommen. Sie vertreten Griechen, Italiener, Portugiesen, Deutsche in der Europäischen Union. Sie vertreten nicht eine (europäische) Nation.

Dieser Sachverhalt ist so klar, daß man nur verwundert sein kann, wenn der Hinweis darauf Unwillen erregt, so als wäre die Vertretung Bayerns und seiner Bürger im Europäischen Parlament eine Minderung von Wert und Würde des Mandats. Das ist aber nicht der Fall. Der Anspruch einer konkreten Interessenwahrnehmung in einem sich einigenden Europa ist verbindlicher und überdies deutlicher demokratisch legitimiert als die allgemeine Berufung auf das „Prinzip Europa“. Das Statut verpflichtet den Abgeordneten, seine nationalen Interessen zurückzustellen. Das Statut verpflichtet aber niemanden, ein Europa der Einheitlichkeit zu vertreten, und es hindert niemanden daran, jenes Europa für das beste zu halten, in dem seine Völker ihren Rang behalten.

Es gibt gute Gründe, die belegen, daß das Europäische Parlament kein Parlament ist, wenn unter Parlament der Ort verstanden werden soll, von dem alle Staatsgewalt ausgeht. Nichts macht diesen Sachverhalt deutlicher, als der immer wieder erhobene Ruf nach einer Stärkung der Rechte des Europäischen Parlaments. Einem Parlament werden keine Rechte verliehen, es hat seine Befugnisse aus eigenem Recht. Es wäre schon ein sonderbares Parlament, dem die Mitgliedstaaten erst Rechte einräumen müssen, damit es dann in der Lage ist, diese Mitgliedstaaten zu kontrollieren. „Man kann

einem Parlament keine Rechte geben, das Parlament gibt Rechte“ (Ralf Dahrendorf). Das Europäische Parlament ist ein Organ der Europäischen Union, wie die Kommission, wie der Ministerrat, wie der Europäische Gerichtshof. Alle diese Organe gründen im Vertragswillen der Mitgliedstaaten. Alle zusammen stellen ein ausgewogenes System von Zuständigkeiten und gegenseitiger Kontrolle dar. Das Parlament hat alle Zuständigkeiten, die nach dem Vertragswerk der Union insgesamt zustehen, aber nicht darüber hinaus. Es übt seine Kontrolle gegenüber Kommission und Ministerrat aus und wirkt an deren Entscheidungen nach Maßgabe der Verträge mit.

Daraus ergibt sich, daß das Europäische Parlament nicht über den Parlamenten der Mitgliedstaaten stehen kann. Es ist kein Superparlament, das, wie manche meinen, an die Stelle nationaler Parlamente tritt, wenn diese ihre Kompetenzen einbüßen.

Daran wurde das Europäische Parlament schmerzlich erinnert, als es im Jahre 1995 Frankreich wegen seiner Atomversuche im Pazifik heftig kritisierte. Das Parlament wollte es den Vereinten Nationen gleichtun, das Frankreich scharf verurteilt hatte. Das aber schlug gründlich fehl. Zwar verabschiedete das Parlament mit der Mehrheit der Sozialisten und der Grünen einen gemeinsamen Protest, aber der französische Staatspräsident Chirac und sein Außenminister Hervé de Charette zwangen die Kritiker in die Knie. Kleinlaut räumte der Kommissionspräsident Santer ein, die Kommission habe in dieser Sache keine Kompetenz. Daß auch das Europäische Parlament keine habe, bekam später der neu ge-

wählte spanische Präsident Gil-Robles in Paris zu hören. Das Europäische Parlament lenkte ein. Der Protest einer mächtigen Nation hatte Wirkung gezeigt. Die jüngste Auseinandersetzung um Haushaltsentlastung und Mißtrauensantrag hat das politische Gewicht des Parlaments gegenüber der Kommission allerdings deutlich gestärkt.

### **7. Das Trugbild einer Integration ohne Grenzen und das Leitbild einer engen Staaten-gemeinschaft**

Um es klar auszusprechen: Eine Staatengemeinschaft ist eine Gemeinschaft von Staaten. Im Zusammenhang mit Europa von einer Staatengemeinschaft zu sprechen, galt lange Zeit als ganz und gar uneuropäisch, wenn nicht europafeindlich. Hier hat erkennbar eine Rückbesinnung eingesetzt. Neuerdings ist sogar ein Jürgen Habermas für eine „Rhapsodie auf den Nationalstaat“ (Die Zeit Nr. 25/98) zu haben.

Diese Rückbesinnung kommt nicht von ungefähr. Wie soll das weltweite Ausgreifen von Wirtschaft und Technik, gemeinhin Globalisierung genannt, anders beherrscht werden als durch den auf dem Volkswillen beruhenden Nationalstaat, der schützt, ordnet, verwaltet, vorsorgt und letztlich die einzig verantwortliche Instanz bleibt, an die sich die Bürger halten können. Dies „Renationalisierung“ zu nennen und so mit einem Kampfbegriff der political correctness zu erschlagen, was die Menschen als dringend notwendige Orientierung brauchen, sollte eine Christlich-Soziale Union den Sprachverderbern von der anderen Seite überlassen. Es geht

nicht darum, die Einheit Europas auszuhebeln. Es geht darum, sie dauerhaft und „nach dem Maß des Menschen“ (Hermann Jahrreiß) zu gestalten. Die Wiederherstellung der Balance zwischen Nationalstaat und Union, zwischen nationalstaatlicher Kompetenz und europäischem Zusammenhalt ist die Aufgabe, der eine Christlich-Soziale Union verpflichtet ist. Mit „fortschreitender Integration“ allein ist sie nicht zu leisten.

Die Formel von der fortschreitenden Integration oder dem immer engeren Zusammenschluß der Völker in Europa erweist sich mehr und mehr als Flucht vor der eigentlichen Aufgabe. Einer dieser Fluchtversuche ist die beliebte Forderung des ausnahmslosen Übergangs vom Einstimmigkeitsprinzip zum Mehrheitsprinzip. Es gehört ein hohes Maß an politischer Naivität dazu, das Hin und Her um die Besetzung des Präsidenten der Europäischen Zentralbank auf das Erfordernis der Einstimmigkeit zurückzuführen (Elmar Brok). Einstimmigkeit fördert den Frieden. Es dient nicht dem inneren Frieden, Unterschiede in der Sache mit Verfahrenstechniken eibebnen zu wollen. Wer auf solche Weise unterliegt, vergißt seine Zurücksetzung nicht. Er wird bei anderer Gelegenheit nach Kompensation trachten oder dem Spiel den Rücken kehren. Es mag sein, daß Frankreich im Fall der Europäischen Zentralbank wegen seines überragenden Interesses an der Entmachtung der Deutschen Bundesbank eine Mehrheitsentscheidung hingenommen hätte, so wie es sich letztlich einem von der Mehrheit der Mitgliedstaaten erzwungenen Kompromiß bei notdürftiger Wahrung des eigenen Prestiges gebeugt hat. Ein zweites Mal aber, so



wäre zu befürchten, würde Frankreich die Währungsunion boykottieren, sei es durch eine Politik des leeren Stuhls oder auf andere Weise. Es gibt für ein Land von der Bedeutung Frankreichs immer Möglichkeiten, eine Politik, die wegen des Mehrheitsprinzips den vitalen Interessen der eigenen Nation zuwiderliefe, ins Leere stoßen zu lassen. Weder Frankreich noch gar England ist bereit, Mehrheitsentscheidungen gegen ihr eigenes Interesse, sofern dieses von einigem Gewicht ist, zu akzeptieren.

Was schließlich Deutschland angeht, brächten Mehrheitsentscheidungen überwiegend nur Nachteile. Nicht etwa, weil es dann die eigenen Interessen nicht mehr durchsetzen könnte. Das kann es ohnehin nicht. „Denn den Nachkriegsdeutschen ist es (Gott sei Dank) nicht gegeben, à la française aufzutreten: unter brutaler Voranstellung des nationalen Ichs, das alle anderen alsbald zugunsten des kollektiven Friedens resignieren läßt“ (Josef Joffe). Deutschland hat es politisch „nicht im Kreuz“, in einer wichtigen Frage sein Veto auszuspielen, die „französische Ausnahme“, im Wortschatz der Franzosen ein geläufiger Begriff, diese „Ausnahme“ kann Deutschland nicht für sich reklamieren. Also beugt es sich, wenn es eine Mehrheit gegen sich hat. Deutschland könnte rechtlich mehr, als es politisch vermag. Nachgeben, obwohl man dazu nicht gezwungen werden könnte, bringt andererseits Gewinn. „Sie hätten nein sagen können, die Deutschen, und sie haben es nicht getan. Das rechnen wir ihnen hoch an“, vermeldet dann immerhin die eine oder andere Stimme. Hat Deutschland erst gar nicht die Möglichkeit zum Nein, wird auch

das Nachgeben niemand mehr honorieren.

Was das Feld der Außen- und Sicherheitspolitik betrifft, wäre es gewiß absurd, für die Mitgliedstaaten volle außenpolitische Handlungsfreiheit zu reklamieren. Aber ist es über das Nordatlantische Bündnis hinaus richtig, für die Europäische Union zusätzlich die Vergemeinschaftung dieses Bereichs einzufordern? Es war bereits bei der Asyl- und Einwanderungspolitik zu sehen, wie die Dinge gegen deutsche und bayerische Interessen laufen können. Wir haben die Vergemeinschaftung gefordert und uns dabei vorgestellt, daß sich die Union solidarisch zeigt bei der Aufnahme von Bürgerkriegsflüchtlingen und Asylbewerbern aus fremden Ländern. Daraus wurde bekanntlich nichts. Im Vertrag von Amsterdam wurde die Asyl-, Einwanderungs- und Visapolitik im Sinne einer Liberalisierung „vergemeinschaftet“ mit der Folge, daß sich die Union noch weiter gegenüber Drittstaatenangehörigen öffnet, aber der Zustrom sich innerhalb der Union auf Deutschland konzentriert. Von einer Quotierung oder Kontingentierung war nach der „Vergemeinschaftung“ weit und breit keine Rede mehr. Der erste Teil wurde verwirklicht, der zweite blieb aus. Die mit der Vergemeinschaftung angestrebte gleichmäßige Lastenverteilung verlor rasch an Dringlichkeit.

Ähnlich könnte es Deutschland mit der Außen- und Sicherheitspolitik ergehen. Deutschland hat in der Welt keine Sonderinteressen, die mit der Europäischen Union in Widerspruch geraten könnten. Deutsche Interessen sind Frieden und Sicherheit und decken sich mit den Interessen der

Nordatlantischen Allianz. Weder in Bosnien oder im Kosovo verfolgen wir nationale Interessen. Aber schon gibt es bei der Osterweiterung der Union Stimmen, die den Verdacht streuen, daß sich in diesem Teil Europas deutsche Hegemonie ausbreiten könnte. Nicht nur, daß es allenthalben als billig und gerecht empfunden wird, daß Deutschland für die Osterweiterung zahlt, sondern die Union, so wird gedacht, müsse auch eine deutsche Dominanz verhindern. Die alte Formel für die *raison d'être* der Nato (to keep the Americans in, the Sowjets out and the Germans down) ist nicht ganz tot. Eine vergemeinschaftete Außen- und Sicherheitspolitik könnte auf den Gedanken kommen, es sei die Pflicht der Union, den deutschen Einfluß in diesen Ländern, ein natürliches Ergebnis von Geographie und Geschichte, mit den Mitteln der Politik und Diplomatie zu inhibieren. Finstere Gedanken? Wohl kaum. Schon jetzt zeichnet sich ab, daß in einer erweiterten Europäischen Union verschiedene Einflußsphären entstehen werden. Wer bei dieser Vorstellung verzweifelt die Hände über dem Kopf zusammenschlägt, dem sei entgegengehalten, daß die dann notwendige Bemühung um ein europäisches Gleichgewicht unter dem Dach einer nicht total integrierten Europäischen Union und unter dem Schutz des atlantischen Bündnisses bei weitem einem Europa vorzuziehen ist, das meint, um der Erweiterung willen seine Vertiefung zu einem „handlungsfähigen“ Europa, also notwendigerweise zu einer zentralistisch durchgegliederten, über den Einzelstaaten stehenden, also supranationalen Einheit vorantreiben zu sollen. Das letztere wird schon an den Beitrittsländern scheitern, die sich zwar für Europa ent-

scheiden, aber dort nicht aufgehen wollen, „wie ein Stück Zucker im Kaffee“ (Vaclav Klaus).

Es wird nicht ausbleiben, daß der Gedanke einer im Kern fortbestehenden Souveränität der Mitgliedstaaten eine Renaissance erfährt. Das ist nicht zu beklagen, sondern zu begrüßen. Souveränität ist ein notwendiges Ordnungsprinzip innerhalb einer Gemeinschaft von Staaten. Nur wenn es keine Staaten mehr gibt, ist das Souveränitätsprinzip entbehrlich. So wird es aber nicht kommen. Ein einiges Europa fordert den Interessenausgleich zwischen den Mitgliedstaaten, aber dieser Ausgleich wird nicht von oben dekretiert, sondern von den Mitgliedstaaten erkämpft. Jeder Staat wird dabei nach Bundesgenossen Ausschau halten. Der wird erfolgreich sein, dem es gelingt, sein eigenes Interesse mit dem Interesse anderer zu verbinden und eben darum werden Geographie, Geschichte und Tradition zu ganz natürlichen Konstellationen führen, die schon heute zu erkennen sind.

In diesem Zusammenhang lohnt sich ein Blick auf England, das seit den Tagen von Margret Thatcher einen bedeutsamen Wandel durchgemacht hat.

In seiner Ansprache vom 2. Juni 1997 in London erklärte Tony Blair: „The British government believes in a Europe of interdependent member states joining forces to achieve in partnership what they cannot achieve in isolation. We do not want a European super-state, but then nor do most of our European partners“. Und dies verdeutlichend fügt er wenig später hinzu: „But there is a widespread concern in Britain about the political integra-

tion of the European Union. However you describe this, political integration appears to people in Britain as giving more political power to centralised and distant institutions in Brussels and Strasbourg and taking it away from national institutions. This makes Europe more distant from the people. There are some areas which British people strongly believe are best left for action at the national level". Man kann es kaum klarer sagen. Der Glaube der Briten an ein Europa von aufeinander angewiesenen Staaten, die ihre Kräfte zusammenfassen, um gemeinsam zu erreichen, was sie allein nicht erreichen können, dieser Glaube ist auch unser Glaube. Auch wir wollen keinen europäischen Superstaat. Und auch wir glauben, daß es Bereiche gibt, die am besten in nationaler Verantwortung bleiben sollten. Ich frage also: Was ist an der englischen Position so unvereinbar mit der eigenen, daß es gerechtfertigt wäre, die Engländer von vornherein als „nicht konsensfähig“ zu betrachten und sie an den Verhandlungen eher nur der Form halber zu beteiligen.

Langsam beginnt die Einsicht zu wachsen, daß Integration, wenn Europa gelingen soll, der Begrenzung und Konsolidierung bedarf. Das Maximum an Integration ist keineswegs ihr Optimum.

Es sind der französische Staatspräsident und der deutsche Bundeskanzler, die aus dieser Einsicht den gemeinsamen Brief an den englischen Ratsvorsitzenden Tony Blair gerichtet haben, in welchem die Notwendigkeit einer Korrektur vorsichtig angedeutet wird. Vorsichtig und nur angedeutet, um die auf totale Integration eingeschwore-

nen, vorwiegend kleineren Mitgliedstaaten nicht zu verstören, was ohnehin vergeblich war.

Mit dem Brief ist die Frage nach der Finalität der europäischen Einigung erstmalig und unausweichlich gestellt. Sie wird auf der Tagesordnung bleiben, auch wenn sie dort unter den Stichworten „Bürgernähe“ und „finanzielle Leistungsfähigkeit“ mehr versteckt als offen angesprochen werden wird. Wieviel Integration braucht Europa, wieviel verträgt es? Von der Beantwortung dieser Fragen wird seine Zukunft abhängen.

Anfang und Ende der europäischen Einigung ist die Erhaltung des Friedens. Der Friede unter den Völkern ist nicht naturgegeben, er ist das Ergebnis gerechten Ausgleichs (*opus iustitiae pax*). Der Ausgleich fällt nicht vom Himmel, er muß erkämpft werden. Aber manche haben nicht den Willen oder nicht die Kraft, sich anzustrengen, sich zu behaupten. Sie wollen nicht Frieden, sondern Ruhe. Um der bequemen Ruhe willen nehmen manche, so scheint es, in Kauf, daß ein fernes Europa entscheidet. Das erklärt die zuweilen unerklärliche Passivität gegenüber europäischer Bevormundung.

Integration verlangt nach Institutionen, Selbstbehauptung nach eigener Staatlichkeit. Die Institutionen heben in letzter Konsequenz die Staaten auf. Eine Kommission als europäische Regierung und die Generaldirektionen als Ministerien degradieren die Mitgliedstaaten zu europäischen Regierungsbezirken. Wenn es dahin kommt, ist Europa souverän und die Mitgliedstaaten sind mediatisiert. Sie leben dann vermittelt des „Freiraums“, den ihnen

Europa läßt. Wem diese Vorstellung gefällt, der muß fortfahren, einer europäischen Integration ohne Grenzen das Wort zu reden.

Die Haltung der Christlich-Sozialen Union in Bayern kann das nicht sein. Es geht bei der europäischen Integration um nichts Geringeres, als um die Bewahrung der Staatlichkeit Bayerns

und um die Rettung eines Kernbestandes nationaler Souveränität der Bundesrepublik Deutschlands. Natürlich wird es Bayern, wird es Deutschland immer geben. Entscheidend ist aber, ob Bayern künftig noch Staatsqualität haben wird oder ob kommende Generationen über Bayern so sprechen wie wir heutigen über Burgund oder Piemont.

# Nord-Korea vor dem Scheideweg

Friedrich-Wilhelm Schlomann

## 1. Einführung

Während der zurückliegenden drei Jahre sind im Nordteil der koreanischen Halbinsel wahrscheinlich annähernd zwei Millionen Menschen verhungert, das wären knapp ein Zehntel der dortigen Bevölkerung. Verschiedenen Angaben ausländischer Hilfsorganisationen zufolge ernähren sich die notleidenden Menschen von Unkraut und Gräsern sowie von Getreidehalmen, die mit Sägemehl vermischt zu Nudeln oder Kuchen verarbeitet werden<sup>1</sup>. Besonders betroffen sind die Kinder: 60% von ihnen scheinen unter den Folgen von Unterernährung zu leiden, ein Drittel der bis zu Dreijährigen soll sogar lebensbedrohlich unterernährt sein. Ob diese jemals wieder völlig gesunden, scheint mehr als fraglich. Es besteht die große Gefahr, „in Nord-Korea eine ganze Generation zu verlieren“<sup>2</sup>. Allein 1997 dürften mehr als 60.000 Kinder unter fünf Jahren angesichts der Hungerkatastrophe gestorben sein. Die schweizerische Caritas-Mitarbeiterin Kathi Zellweger berichtete unlängst, sie habe Kinder gesehen, die vor Schwäche nicht hätten stehen können.

Betrag für die allgemeine Bevölkerung die Tagesration an Reis bzw. Getreide

noch im Januar 1998 300 gr., wurde diese bereits im Februar auf 200 gr. gesenkt. Vier Wochen später reduzierte Pjöngjang sie auf 100 gr. und die amtliche nord-koreanische Presseagentur mußte eingestehen, „die Vorräte (des Landes) sind Mitte des Monats verbraucht“! Nur dank ausländischer Hilfe belief sich die tägliche Ration im Herbst 1998 dann wieder auf 358 gr.. Beobachtungen von Mitarbeitern der Deutschen Welthungerhilfe haben ergeben, daß die Nahrungsmittelvorräte bei einer Versorgung mit 1.600 Kcal pro Tag und Person noch maximal bis März 1999 reichen werden. Ein erwachsener Mensch aber benötigt bei der derzeit herrschenden Versorgungslage zum Überleben mindestens 2.700 Kcal<sup>3</sup>.

Hinzu kommt ein offenbar vollständiger Zusammenbruch der medizinischen Versorgung: Die Krankenhäuser und Kliniken haben „den Patienten nichts zu bieten“, wie der Generaldirektor der Vereinigung „Ärzte ohne Grenzen“ erklärte. Eine Pressesprecherin fügte hinzu: „Schon jetzt wird ohne Handschuhe, ohne Desinfektions- und Betäubungsmittel operiert. Es gibt keine Antibiotika mehr. Für Abtreibungen, die 50% aller Eingriffe ausmachen, benutzen die Ärzte normale

Scheren...“<sup>4</sup>. Nicht zuletzt ist Heizmaterial für diesen Winter mit seinen Temperaturen bis zu 20° Kälte kaum noch verfügbar.

Als Ursache hierfür verweist das Regime einmal auf die großen Überschwemmungen bis zum 20. August 1995. Doch einen Tag danach verkündete die nord-koreanische Nachrichtenagentur damals noch, es gebe „durch die Flut keine Opfer oder Mangel“. Einen Monat später wurde der Schaden gegenüber der UNO mit 15 Milliarden US-Dollar angegeben, dann sogar mit 50 Milliarden.

Die in diesem Zusammenhang immer wieder erfolgende Behauptung, die Getreideernte Nord-Koreas hätte sich zuvor auf sieben Millionen Tonnen belaufen, entspricht allerdings nicht den Tatsachen: Bereits nach 1991 war sie von bisher fünf auf 3,4 Millionen Tonnen zurückgegangen, schon vor 1995 mußte das Land jährlich über eine Million Tonnen importieren. Für die Ernte von 1996, die sich wahrscheinlich auf sogar nur etwa drei Millionen Tonnen belief, macht Pjöngjang große Regenstürme verantwortlich – deren Existenz allerdings von der meteorologischen Weltorganisation bestritten wird<sup>5</sup>. Vor nunmehr zwei Jahren blieb die Ernte ebenfalls unter vier Millionen Tonnen, während sie für 1998 – nach allerdings ebenfalls umstrittenen Zahlenangaben – auf 3,89 bis 4,3 Millionen Tonnen geschätzt wird. Die Minimum-Grenze, eine weitere Hungersnot zu vermeiden, liegt heutzutage indes bei fünf Millionen Tonnen<sup>6</sup>. Der eindeutigen Ansicht von Beobachtern zufolge liegt die primäre Schuld an dem Desaster der Regierung Nord-Koreas und ihrem stalinistischen Re-

gime, speziell aber in den Fehlern ihrer Planwirtschaft. Gewiß hat Pjöngjang 1996/97 den Import von Kunstdünger vervierfacht, doch sind seinem Außenhandel engere Grenzen gesetzt. Kredite gibt es praktisch nicht mehr für das Land. Die fälligen Auslandsschulden beliefen sich bereits im Frühjahr 1998 auf über 11,8 Milliarden US-Dollar .

Die Wirtschaft Nord-Koreas ging von 1991 bis 1997 um 33,9% zurück. Heute funktioniert lediglich noch ein Drittel, wobei der überwiegende Teil für militärisch-industrielle Zwecke genützt wird. Die Exporte verringerten sich in derselben Zeitspanne um mehr als die Hälfte, für 1998 wird ein Rückgang um rund 30 v.H. im Vergleich zum vorangegangenen Jahr angenommen<sup>7</sup>.

## 2. Risikvolle Fluchtversuche

Die weitere Folge ist ein Anstieg der Fluchtbewegung: Angesichts der massiven Absperrungen am 38. Breitengrad war die Zahl der Geflohenen aus dem Land früher sehr gering. Bedingt durch die allgemeine Entwicklung hat sie in den letzten sieben Jahren deutlich zugenommen – wenn auch die Anzahl derjenigen, die tatsächlich Süd-Korea erreichen, bisher pro Jahr knapp unter 100 blieb. Prominentester Flüchtling war ausgerechnet der bisherige „Chefideologe“ der nordkoreanischen (kommunistischen) Partei der Arbeit, der 72-jährige Hwang Jang-yop, der in der Machtstruktur seines Regimes immerhin den 13. Platz einnahm und im Februar 1996 bei der Botschaft Seouls in Peking um politisches Asyl nachsuchte; sein Motiv dürfte ideologische Verzweigung über die politisch-wirtschaftliche Situation

in seinem Land gewesen sein. Desillusioniert erklärte er: „Was bedeutet Sozialismus, wenn er die Menschen vor Hunger sterben läßt? Das Volk hat seit langem alle Hoffnung verloren“. Ohnehin mehren sich die Fälle, daß auch Systemträger die Fronten wechseln – der nord-koreanische Spitzendiplomat Jang Sung Gil in Kairo floh mit seinem Bruder Jang Sung Ho, ein Handelsattaché an der Botschaft in Paris, im Sommer 1997; angeblich standen beide längere Zeit in engerem Kontakt zur CIA ... Mitte Januar 1999 benutzte der 54jährige Kim Kyong-pil, der im Rang eines zweiten Sekretärs bei dem Vertretungs-Büro Nord-Koreas in Berlin arbeitete, eine Dienstreise nach Frankfurt/M., um mit seiner Frau um politisches Asyl in den USA nachzusuchen.

Die meisten Fliehenden versuchen neuerdings, über die Grenzflüsse Tumen und Amnok den Weg zunächst in die Volksrepublik China zu nehmen; alle 50 Meter steht allerdings ein nord-koreanischer Armee-Posten und auch auf der anderen Seite sollen die Wachen bereits vor einiger Zeit verstärkt worden sein. Die meisten Flüchtlinge werden indes in China entdeckt und dann ausnahmslos – da sie nicht als politische Flüchtlinge angesehen werden, sondern als „Fremde, die Eßbares suchen“ – nach Nord-Korea abgeschoben, wo sie zumeist in ein „Erziehungslager“ kommen. Eine Flucht durch das Riesenreich dauert nicht selten bis zu vier-fünf Monate. Nur einem kleinen Bruchteil gelingt es, in Hongkong das süd-koreanische Generalkonsulat zu erreichen. Da nach der Verfassung Seouls auch die Menschen im Nordteil dieses „Landes der Morgenstille“ dieselbe (süd-koreanische) Staatsangehörigkeit besitzen, werden

sie dann ausgeflogen nach Süd-Korea. Andere Geflohene kamen über die Mandschurei und ebenfalls über Vietnam; in einem Fall war ein junger nord-koreanischer Wissenschaftler über ein Jahr auf der Flucht – alle Versuche scheiterten –, bis er endlich die Botschaft Seouls in Moskau betreten konnte<sup>8</sup>.

### 3. Internationale Hilfe

Ganz im Gegensatz zu der Staatsideologie „Juche“, alles nur aus eigener Kraft zu bewältigen, bat die Regierung in Pjöngjang während des vergangenen Jahres wiederholt um ausländische Hilfe, die „dringend bleibt“; noch kurz vor Weihnachten 1998 wurde die EU um weitere Hilfe ersucht und zum ersten Mal hieß es bei der amtlichen nord-koreanischen Nachrichtenagentur, man sei „dankbar“ gegenüber der UN und den verschiedenen internationalen Organisationen.

Die Frage, ob man dem Norden Koreas helfen sollte, war im Westen nicht unumstritten: Stärkt doch jede Reisspende letztlich das Regime und gewiß auch sein Militär – und damit vielleicht sogar dessen Aggressions-Ab-sichten gegen Süd-Korea. Doch auch nach einer in Seoul sehr verbreiteten Ansicht ist das Ernährungsproblem im Norden der Halbinsel „zuallererst ein moralisches und humanitäres. Menschliche Leben müssen Vorrang vor Politik und Ideologie haben.“ Auch das Internationale Rote Kreuz sah keine Alternative: „Wenn wir nicht helfen, sterben die Menschen“<sup>9</sup>.

Von 1995 bis Ende September 1998 erhielt Nord-Korea eine Hilfe des Aus-

landes von insgesamt 950,98 Millionen US-Dollar; davon kam etwa ein Drittel aus dem Süden der Halbinsel. Im neuen Jahr will das Ernährungsprogramm der Vereinten Nationen seine Lebensmittel-Lieferungen erneut aufstocken.

Diese Hilfs-Aktionen werden allerdings von vielen Schwierigkeiten begleitet: Nur widerwillig hat das kommunistische System Helfer ins Land gebeten, nur widerwillig nimmt es deren Unterstützung an. Vergangenen Oktober zog sich die Hilfs-Organisation „Ärzte ohne Grenzen“ nach zwei Jahren Tätigkeit aus Nord-Korea zurück mit dem Hinweis auf Schikanen gegen ihre Arbeit: Ihre Lebensmittel seien primär an dortige Partei-Mitglieder, die Armee sowie an Fabriken verteilt worden, welche Waffen produzieren oder für den Export arbeiten. Sie könne nicht garantieren, daß die Hilfs-Sendungen die Bedürftigen wirklich erreichen. Mitte Dezember letzten Jahres machte dann auch die EU ihre weitere Hilfe von mehr Transparenz bei der Lebensmittel-Verteilung abhängig. Kurz danach entschied das Internationale Rote Kreuz, welches seit Juli 1997 Nord-Korea mit Hilfsgütern im Werte von über 33 Millionen US-Dollar zur Seite gestanden hatte, seine Lebensmittel-Hilfen zu beenden; Pjöngjang habe diese nicht an die darbenende Bevölkerung verteilt, sondern für die Armee abgezweigt. Seine medizinische Hilfe, die direkt an die Krankenhäuser erfolgt, werde es hingegen in diesem Jahr mehr als verdoppeln<sup>10</sup>.

Sorgfältigen Berechnungen verschiedener Experten zufolge könnte das Ernährungsproblem Nord-Koreas leicht und schnell gelöst werden – wenn des-

sen Wehretat um nur zehn Prozent gekürzt werden würde. Doch auf einen solchen Schritt zu hoffen, wäre angesichts dortiger Verhältnisse wohl überaus weltfremd!

#### 4. Kim Jong-il

Uneingeschränkter Herrscher der „Demokratischen Volksrepublik Korea“ ist nach dem Tode Kim Il-sungs (Anfang Juli 1994) sein Sohn Kim Jong-il, den er schon zu seinen Lebzeiten systematisch zu seinem Nachfolger aufgebaut hatte. Die partei-offizielle Version behauptet, dieser sei am 16. Februar 1942 am heiligen Berg Paektu geboren, dort wo vor über 2000 Jahren das Reich Chosun (Korea) gegründet wurde und wo sein Vater am Ende des II. Weltkrieges die koreanischen Partisanen gegen die japanischen Armeen geführt hätte – in Wahrheit lebten die Eltern damals in dem kleinen sibirischen Dorf Watsukoye bei Chawarowsk (am Amur-Fluß). Auch sonst ist der Personenkult um ihn von nahezu den gleichen Formulierungen geprägt wie derjenige schon unter Kim Il-sung.

Symptomatisch für die alltägliche Propaganda in den nord-koreanischen Medien sind Sätze wie etwa „Alle Menschen bewundern uneingeschränkt den Genossen Kim Jong-il, der als anerkannter Führer der koreanischen und der Weltrevolution gut bekannt ist“. Noch Anfang Dezember 1998 hieß es in einer Rundfunksendung Pjöngjangs über die dortigen Streitkräfte: „Der respektierte und geliebte Oberste Kommandierende, Genosse Kim Jong-il, stellt den größten General der Welt dar. Er ist ein stets siegreicher Führer mit einmaliger militärischer



Weitsicht, Strategie und einer unbesiegbaren Kunst der Befehlsgebung, der niemand folgen kann. Mit Genossen Kim Jong-il sind wir nicht ängstlich, falls Tausende Feinde zu uns kommen, und wir werden stets gewinnen“<sup>11</sup>.

Sieht man von Einzelfällen innerhalb der Regierungspartei im Frühjahr 1996 ab, so gibt es heute keinerlei Anzeichen von einer Opposition oder gar einer Revolution im Norden der Halbinsel; zumindest von jetziger Sicht werden selbst Hunger-Aufstände als kaum denkbar angesehen. Man darf dabei nicht übersehen, daß die Bevölkerung nördlich des 38. Breitengrades niemals Freiheit und Demokratie erlebte, weder unter dem koreanischen Kaisertum, erst recht nicht in der Zeitspanne nach der japanischen Okkupation 1910, welche 1945 unmittelbar von der kommunistischen Diktatur abgelöst wurde<sup>12</sup>.

Im Gegensatz zu seinem Vater, der sich auf „seine“ kommunistische Partei stützte, setzt sein Sohn weitaus mehr auf das Militär. Es ist kein Zufall, wenn Kim Jong-il ständig bei Armee-Einheiten gesehen wird, sich hingegen um die PdA kaum kümmert. „Die höchste Position der Nation“ stellt heutzutage auch nicht der Generalsekretär der Partei dar, sondern der Vorsitzende der Nationalen Verteidigungskommission<sup>13</sup>. Der Einfluß des Militärs ist während der letzten Jahre dann auch sehr gewachsen.

## 5. Militärisches

Gegenwärtig zeigt sich im „Land der Morgenstille“ in militärischer Hinsicht folgendes Bild:

	Nord-Korea	Süd-Korea
Soldaten:	1,16 Mill.	690.000
Panzer:	3.800	2.200
Geschütze:	12.000	4.850
Kampf- flugzeuge:	850	550
Kampfschiffe:	990	227
davon U-Boote:	40	7

Dabei sollte nicht vergessen werden, daß allein in den letzten zwei Jahren Nord-Korea seine Streitkräfte um über 100.000 Soldaten verstärkte und auch die Anzahl seiner Geschütze sowie seiner Kampfschiffe nicht unwesentlich erhöhte. Jeder 20. Bewohner des Landes ist damit Soldat; rechnet man die Reserve sowie die semi-militärischen Einheiten hinzu, sind es vier Millionen militärisch Ausgebildeter, d. h. jeder fünfte Nord-Koreaner!

Bekanntlich verfügt Pjöngjang auch über die „Rondong“-Rakete mit einer Reichweite von 1.300 km und schoß Ende August 1998 die neue „Taepodong I“ (eine Kombination von einer „Rodong“ und einer „Scud“) mit einer Reichweite von 2.000 km ab, die östlich von Japan niederging; die Sorge Tokios vor einem etwaigen nord-koreanischen Raketenüberfall ist angesichts des dortigen Ausbaus von zehn Raketenstartplätzen sehr groß und führte Anfang 1999 zu einer engeren militärischen Zusammenarbeit mit Seoul und Washington. In nunmehr drei Jahren dürften die Nord-Koreaner mit ihrer „Taepodong II“ (Reichweite 4.000 km) auch einzelne Gebiete der USA heimsuchen können<sup>14</sup>.

Eine weitere Bedrohung stellen die Bund C-Waffen dar. Nord-Korea ist eines der wenigen Länder, das den Vertrag über das Verbot von chemischen

Kampfmittel bisher immer noch nicht unterzeichnete. Man glaubt, es besitzt heutzutage 1.000 Tonnen<sup>15</sup>.

## 6. Drei Möglichkeiten

Angesichts dieser Situation steht das Regime vor drei unterschiedlichen Möglichkeiten. Welchen Weg es einschlagen will, müßte es eigentlich bald entscheiden.

- Einmal könnte Pjöngjang seine bisherige Politik einfach fortsetzen. Doch alle Hilfen des Auslandes vermögen nicht die eigentlichen Ursachen der Hungerkatastrophe zu beseitigen und werden auch nicht ewig andauern können. Hohe Informationsbehörden der USA vertreten die Ansicht, daß es lediglich eine Frage der Zeit sei, bis dieses System zwangsläufig zusammenbreche. In Seoul hingegen wird eine solche Annahme deutlich verneint<sup>16</sup>. Ohnehin drängt sich die sehr folgenreiche Frage auf, wie und unter welchen Umständen ein derartiger Kollaps erfolgen würde.
- Dringend notwendig und nach Ansicht eigentlich aller Korea-Beobachter der wohl einzige Weg wäre eine wirtschaftliche Öffnung des Landes. Die bisher rigorose Isolation des größten Teils der nord-koreanischen Bevölkerung von wahrheitsgetreuen Informationen über die Außenwelt und gerade über den Süden Koreas – man glaubt, lediglich ein Fünftel besitze ein ungefähres Bild – indes macht Pjöngjang einen solchen Schritt unendlich schwer. Käme es zu plötzlichen und gar in größerem Maße erfolgenden zwischenmenschlichen Kontakten auf

der geteilten Halbinsel, „so wäre das sozialpsychologische Resultat vermutlich ein tiefgreifender Schock auf seiten der nord-koreanischen Bevölkerung“<sup>17</sup>, dessen Folgen für das Regime zumindest eine politische Instabilität hervorrufen könnte.

- Die dritte Möglichkeit wäre – wie bereits im Sommer 1950 – ein Kriegsüberfall auf Süd-Korea in dem verzweifelten Versuch, von der eigenen innenpolitischen Situation abzulenken. Es kommt hinzu, daß Kim Jong-il nach den Aussagen des geflüchteten Chefideologen geradezu besessen von der Idee einer solchen „Lösung der koreanischen Frage“ sein soll. Die Möglichkeit eines bewaffneten Konfliktes wurde von Seoul stets wachgehalten; gerade heutzutage wird ein solcher keineswegs als unmöglich erachtet, zumal mehrere Umstände zumindest für einen anfänglichen Erfolg eines solchen Krieges sprechen und Diktatoren bekanntlich ohnehin oftmals einen nur getrüben Blick für Realitäten besitzen.

Ein zweifellos entscheidender Punkt ist die atomare Aufrüstung des Nordens: Im September 1989 bewiesen Aufnahmen von US-Himmelssatelliten eindeutig die Existenz von Reaktoren in Yongbyon (90 km nördlich von Pjöngjang) und weitere Nuklear-Installationen bei Pyongsan und in Pyongyang sowie ähnliche Bauanlagen unterirdisch in den Bergen vier Kilometer östlich von Pakchon. Gewiß trat Nord-Korea Ende 1985 dem Atomsperrvertrag bei, doch ratifizierte es das Sicherheitsabkommen erst 1992 – womit es sämtliche Nukleareinrichtungen der Kontrolle der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) unterstellte und

deren Recht anerkannte, Sonderinspektionen durchzuführen – die ihr allerdings stets verweigert wurden. Wohl um den globalen Atomsperrvertrag zu retten, schlossen Washington und Pjöngjang Mitte Oktober 1994 einen Vertrag, in dem Nord-Korea versprach, sein Nuklearprogramm „einzufrieren“; als Gegenleistung ersetzten die USA die bisherigen Graphit- durch Leichtwasser-Reaktoren (bei denen nur wenig Plutonium für den Bau von Atomwaffen entsteht) und erhielten andererseits das Recht, jede verdächtige Anlage im Norden aufzusuchen. Doch auch dieses Entgegenkommen der Amerikaner brachte kein Licht in die bisherige Atom-Aufrüstung Pjöngjangs. Bis heute weiß niemand genau, wieviel Plutonium nördlich des 38. Breitengrades produziert wurde und über wieviel Atombomben das Regime heute verfügt<sup>18</sup>.

Erstmals im August vergangenen Jahres, dann besonders aber ab November verdichtete sich der Verdacht, daß Nord-Korea bei Kumchang-ri (40 km nordwestlich von Yongbyon) sowie in Tae-an-ri Plutonium herstellt; ab 2002 oder 2003 könne es, so befürchtet Washington, jährlich acht bis zehn Nuklearwaffen herstellen. Pjöngjang behauptet hingegen, es handle sich nur um zivile Strukturen und lehnte jede Kontrolle der IAEA scharf ab; später bot es den USA eine einmalige Inspektion gegen 300 Millionen US-Dollar an, was diese ablehnten<sup>19</sup>. Der wachsende Argwohn der USA wurde in Seoul mit dem Hinweis, es gebe keine Evidenz für diese unterirdischen Nuklearwaffen-Programme der Nord-Koreaner, stark abgeschwächt<sup>20</sup>. Auffällig ist die neuerdings sehr scharfe Diktion der nord-koreanischen Mas-

senmedien, die von einem „nuklearen Holocaust“ sprechen und drohen, die USA würden „zu Asche gemacht“ werden. Andererseits ist auch die Politik Washingtons gegenüber der „Demokratischen Volksrepublik Korea“ zusehendst härter geworden. Offiziös verlautete dort, man hätte vor fünf Jahren vor einem Luftangriff auf die Nuklearanlagen Pjöngjangs gestanden. Ob dies heute letztlich ein bloßes Pokerspiel darstellt, muß sich bald erweisen. Beobachter erachten eine mögliche militärische Eskalation durch einen US-Präventivschlag gegen jene verdächtigen Nuklearanlagen immerhin für nicht unmöglich!<sup>21</sup>

Verlockend für die Nord-Koreaner in einem Kriege wäre einmal die Nähe Seouls – nur 38 km von der Demarkationslinie entfernt, – zumal der Fall der Hauptstadt mit ihren über elf Millionen Einwohnern zugleich eine starke symbolische Bedeutung hätte. Ohnehin liegt die Stadt ständig im Bereich nord-koreanischer Artillerie und Raketen und könnte von der Luftwaffe Pjöngjangs innerhalb nur weniger Minuten angegriffen werden. Die Vorwarnzeit für die Süd-Koreaner in einem Kriegsfall wird allgemein mit knapp 24 Stunden angegeben! Einig sind sich alle Beobachter, daß es auf beiden Seiten ein äußerst verbissener und sehr blutiger Krieg gerade in diesem Abschnitt werden würde. Den süd-koreanischen Soldaten hat man bereits vor Jahren unüberhörbar gesagt, sie müßten in ihren Schütztlöchern nördlich von Seoul notfalls sterben, und es wird kaum Zufall sein, wenn in diesem 38-km-Streifen seit einiger Zeit nicht wenige Denkmäler stehen, die an die Verteidigung damals anno 1950 erinnern, wo Gruppen süd-

koreanischer Soldaten bis zur letzten Kugel gegen die nord-koreanische Aggression kämpften.

### 7. Der „Dunkle Krieg“

Eigentlich hat das geteilte Land auch nach dem Waffenstillstand (1953) niemals einen echten Frieden gekannt. Zu denken wäre einmal an die vielen Flugblätter – ihre Anzahl schätzen Souler Abwehrstellen auf 100 Millionen pro Jahr, auch wenn sie in jüngster Zeit zurückgegangen sein mag –, welche der Norden mit Hilfe riesengroßer Luftballons nachts über Südkorea abwirft, die ganz offen zum Sturz der „Verräter“ der dortigen Regierung aufrufen. Diese Subversions-Propaganda wird ergänzt durch den Geheimsender „Stimme der nationalen Rettung“, der im Süden des Landes zu stehen vortäuscht; tatsächlich hat er seinen Standort im nord-koreanischen Haeju.

Naturgemäß blüht ebenso die gegenseitige Spionage: Ende vergangenen September nahmen Souler Behörden drei Süd-Koreaner fest, die 1993 während einer Reise nach Wien von nord-koreanischen Agenten angeworben worden waren. Letzten Dezember wurden vier süd-koreanische Soldaten verhaftet, die im innerkoreanischen Grenzort Panmunjom für Nord-Koreaner spioniert hatten. Umgekehrt muß es äußerst schwer sein, in dem abgeschlossenen und sehr überwachten Norden nachrichtendienstlich zu arbeiten. Allerdings wurde in den letzten zwei Jahren der Vier-Sterne-General Li Bongson, der zum Politischen Büro der „Volksarmee“ gehörte, wegen langjähriger Spionage zugunsten Süd-

Koreas erschossen; gleiches soll für den Parteisekretär für Landwirtschaftsfragen, Kwan-hui, gelten – Seoul bestreitet beide Fälle.

Eine große Gefahr im Ernstfall wären die Tunnel, welche vom Norden Koreas aus tief unter der Erdoberfläche – oft mehr als 150 m – weit in den Süden gegraben wurden. Auf diese Weise könnten durch jeden Tunnel pro Stunde rund 15.000 nord-koreanische Soldaten hinter die erste süd-koreanische Verteidigungslinie eingeschleust werden – nach Aussagen von Überläufern würden diese Spezial-Einheiten zur Tarnung dann sogar süd-koreanische Armee-Uniformen tragen! Bisher konnten mit Hilfe von US-Satelliten vier solcher Infiltrationstunnel entdeckt werden, insgesamt aber sollen es rund 20 sein ...<sup>22</sup>

In den drei letzten Jahren setzte der Norden primär kleine Boote ein, deren Besatzungen im Südteil Koreas Spionage und Sabotage durchführen und dann ebenso wieder in ihr Land verschwinden. Es handelt sich um die „22. Kampfeinheit der Volksarmee“, die von drei nord-koreanischen Hafenstädten aus operiert, sowie um das „313. Verbindungsbüro zur PdA“ mit vier Basen. Auffällig erscheint, daß ihre Aktionen in jüngster Zeit vergleichsweise häufiger geworden sind: Mitte September 1996 lief ein derartiges 320-Tonnen-Unterseeboot, das 43 m lang und mit einer Anti-Radar-Plastikhülle überzogen war, vor der süd-koreanischen Küste auf Grund; elf Soldaten begingen nach üblicher japanischer „Kamikaze“-Art Selbstmord, neun weitere wurden in Gefechten mit süd-koreanischen Armee-Streifen getötet, ein Soldat konnte gefangen genom-

men werden – während fünf Besatzungsmitglieder entkamen. Für einige war es immerhin ihr dritter Einsatz gegen Seoul gewesen! Ende Juli 1998 konnte ein weiteres U-Boot entdeckt werden, weil es sich in süd-koreanischen Fischernetzen verfangen hatte; die neunköpfige Besatzung beging Selbstmord. Kurz danach wurde die Leiche eines Agenten an die Küste gespült, den ganz offensichtlich eine Herzattacke getötet hatte. Indizien deuteten auf zwei Begleiter, doch wurden sie nie entdeckt. Hat sie ein nord-koreanisches Unterseeboot wieder aufgenommen und zurückgebracht? Oder fanden sie irgendwo im Süden Koreas heimlichen Unterschlupf? Überhaupt: Wieviele solcher Landungen mögen bis heute erfolgt und den entsprechenden Behörden Seouls unbekannt geblieben sein? Hatte der Norden im September 1996 versprochen, solche Unternehmen würden sich nicht wiederholen, so leugnet er seitdem jegliche Verantwortung.

Ein weiterer Versuch wurde Ende November letzten Jahres rechtzeitig entdeckt, doch konnte das Schiff entkommen. Pjöngjang sprach von „einem Produkt einer gegen den Norden gerichteten Verleumdungskampagne“. Drei Wochen später stellten süd-koreanische Militär-Einheiten vor der Südküste ihres Landes ein nord-koreanisches Schnellboot mit vier Mann Besatzung und versenkten es nach einer Verfolgungsjagd von über 100 km; vermutlich sollte es im Süden operierende Agenten Pjöngjangs aufnehmen. Der Norden wiederum beschuldigte Seoul, den Vorfall inszeniert zu haben, „um einen Vorwand zu finden, einen Krieg gegen den Norden zu provozieren“<sup>23</sup>.

## 8. Internationale Folgen

Ein erneuter Krieg im „Land der Morgenstille“ bliebe allerdings nicht auf Korea beschränkt, sondern hätte sofort weitere Auswirkungen: Juli 1961 unterzeichneten sowohl Moskau als Peking einen Beistandspakt mit Pjöngjang, um im Falle eines Krieges „sofort mit allen Maßnahmen“ einzugreifen. Anfang Juni 1997 erklärte der stellvertretende russische Außenminister Gregori Karassin, der Vertrag „hat seine Gültigkeit verloren“, und ähnlich betonte Jelzin, ihn nicht in dieser Form zu verlängern. Da Moskau aber Nord-Korea zwar den Entwurf eines neuen Abkommens zuleitete, das alte jedoch nicht förmlich kündigte, hat sich dieses automatisch um fünf Jahre verlängert und zwar in der alten Form – also mit der militärischen Beistandsklausel. Andererseits sollen beide Länder bei ihren Besprechungen Anfang Dezember letzten Jahres in Moskau jenen Punkt fallen gelassen und stattdessen ein Einschalten der Vereinten Nationen befürwortet haben. Noch in diesem Jahr soll jedenfalls der neue Vertrag in Kraft treten.

Rätselhaft erscheint die Haltung der Volksrepublik China, die dem Inhalt nach das damalige Abkommen „als null und nichtig“ erachtet – es hätte nur dem Wortlaut nach weiterhin Bestand. In Seoul geht man indes davon aus, daß dieses nach wie vor Existenzkraft besitzt und Peking jedenfalls Pjöngjang nicht fallen lassen will<sup>24</sup>. Ob die Chinesen dabei die dortige atomare Aufrüstung wirklich befürworten, ist eine ganz andere Frage.

Die Vereinigten Staaten von Amerika mit ihren im Süden Koreas stationier-

ten 37.000 Soldaten wären aufgrund des Sicherheitspaktes zwischen Washington und Seoul sofort und direkt in einen Krieg verwickelt – also auch ohne eine Entscheidung des US-Parlaments. Die Worte auf ihren Unterkünften in Panmunjom „Fit to fight!“ sollten nicht als inhaltslose Übertreibung gewertet werden. Ende September vorigen Jahres hat Washington offiziell erklärt, im Falle eines Krieges würden sofort etwa 640.000 Soldaten der USA besonders von Hawaii und Japan den Süd-Koreanern zur Hilfe eilen. Die auf der Insel Guam stationierten B-52-Stratosphären-Festungen, so äußerte einmal der dortige Pressesprecher der US-Einheiten, würden in knapp drei Stunden nord-koreanisches Gebiet erreichen, und jedes Flugzeug könnte Atombomben von über 10.000 kg Gewicht mit sich führen<sup>25</sup>.

Seit längerer Zeit laufen zwischen den beiden Koreas, den USA und der VR China Verhandlungen in Genf mit dem Ziel, den Waffenstillstand von 1953 endlich in einen Friedensvertrag umzuwandeln. Wohl erkannte die „Demokratische Volksrepublik Korea“ das damalige Abkommen an, und gewiß konnte man sich auf Verhandlungen in jener schweizerischen Stadt einigen – jedoch schon nicht auf die Tagesordnung. Baldige Ergebnisse dürften ohnehin nicht zu erwarten sein, sind doch die Ziele der Teilnehmer zu unterschiedlich: Für Washington ist besonders die Beendigung der nord-koreanischen Raketen-Lieferungen an Syrien, Pakistan und an den Iran wichtig. Pjöngjang sieht als „Hauptaufgabe“ den Abzug der US-Truppen von der Halbinsel und möchte zugleich den Süden Koreas in eine Isolation treiben und die innerkoreanische Ver-

ständigung möglichst lange hinauszögern. Auf jene menschlichen Erleichterungen im geteilten Lande aber drängt gerade Seoul. Moskau wiederum brachte den Vorschlag ein, die US-Truppen durch Militär-Einheiten neutraler Staaten zu ersetzen, um sich so selber ins Spiel zu setzen und dabei möglichst seine gleichberechtigte Rolle mit den USA stark hervorzuheben – was indes in Peking kein positives Echo findet<sup>26</sup>.

### 9. Seouls „Sonnenschein“-Politik

Im Gegensatz zu der bisherigen nord-korea-feindlichen Haltung Seouls will die neue süd-koreanische Regierung unter Präsident Kim Dae-jung im Rahmen ihrer „Sonnenschein“-Politik als ersten Schritt das Mißtrauen zwischen Nord und Süd durch gegenseitigen Austausch und Kooperationen abbauen. Das heutige Süd-Korea habe nicht die Intention, Nord-Korea zu unterminieren oder aufzusaugen. Das Nahziel ist eine friedliche Koexistenz, „während das Erreichen einer demokratischen Wiedervereinigung der nächsten Administration oder politischen Generation überlassen wird“<sup>27</sup>. Angestrebt wird eine lose Konföderation zwischen beiden Staaten, bei der diese zunächst unabhängig sein sollen, aber über einige konföderale Organe verfügen, welche Entscheidungen nur einstimmig fällen können. Ob aber angesichts der bisherigen ablehnenden Haltung Pjöngjangs diese neue Politik Seouls von Erfolg sein wird, erscheint zumindest aus heutiger Sicht noch zweifelhaft<sup>28</sup>.

Immerhin konnte der bisherige Leiter der Hyundai (eine der größten Industrie-Gruppierungen Süd-Koreas), der 84

Jahre alte Chung Ju-yung, während des vergangenen Jahres zweimal mit einem Geschenk von jeweils 501 Rindern Nord-Korea besuchen – was früher zweifellos nicht möglich wäre. Bei seinem letzten Kommen wurde er auch von Kim Jong-il empfangen, der erste Süd-Koreaner nach seinem Amtsantritt. Die Gespräche beinhalteten verschiedene wirtschaftliche Kooperations-Projekte. Zweifellos hat der Patriot aus dem Süden, dessen Lebensziel die Wiedervereinigung seiner Heimat ist, aber ebenfalls politische Fragen erörtert und so – da Nord-Korea offiziell nicht mit Süd-Korea verhandelt – als „heimlicher Botschafter Seouls“ gewirkt.

Auch wurde Mitte November letzten Jahres 268 Süd-Koreanern die Möglichkeit eingeräumt, gegen überhöhte Preise das Gebiet um den nord-koreanischen Berg Kumgang zu besuchen. Allerdings verlangte Pjöngjang, dortige

Einwohner weder anzusprechen noch zu fotografieren; die Gehwege waren zudem mit neuem Stacheldraht versehen. War das Motiv die Not des Regimes an Devisen? Oder vielleicht doch auch ein erster Schritt zu einer schmalen Öffnung, wie Seoul erhofft?

Es wird sich bald zeigen angesichts der Forderung der süd-koreanischen Regierung, den vom Norden bereits im Jahre 1948 über den 38. Breitengrad eingestellten Postverkehr wieder aufzunehmen. Insbesondere drängt Seoul auf eine Zusammenführung der seit jenem Krieg in beiden Landesteilen getrennt lebenden Familienangehörigen, deren Zahl damals insgesamt etwa zehn Millionen Menschen betraf. Mitte Januar 1999 schien man bereit zu sein, dafür bis zu 50.000 Tonnen Kunstdünger an den Norden zu liefern, während Pjöngjang für ein solches Treffen pro Person einen Preis von 20.000 US-Dollar fordert ...<sup>28</sup>

## Anmerkungen

<sup>1</sup> AP, aus Peking, 19.8.1998 nach Eindrücken einer Delegation des US-Kongresses bei ihrem Besuch in Nord-Korea. „Die Welt“, Berlin, 12.5.1997 und 20.8.1998. „Frankfurter Rundschau“, Frankfurt/M., 12.11.1998. „Korea Focus“, Seoul, 1998, Nr. 6, S. 63.

<sup>2</sup> Hubertus Rüffer, Büroleiter der Deutschen Welthungerhilfe in Pjöngjang, auf der Pressekonferenz in Bonn am 14.12.1998 (vorliegender Text, S. 1).

<sup>3</sup> Wie 2). KCNA, Pjöngjang, 3.3.1998. Yonhap, Seoul, 14.10.1998. Die tägliche Mindestmenge, welche die UNO für Flüchtlinge veranschlagt, beträgt 1000 gr.

<sup>4</sup> AP, aus Hongkong, 8.12.1997. – „Die Welt“, ebenda, 1.10.1998. Wie 2).

<sup>5</sup> Zentrale Rundfunkstation, Pjöngjang, 26.9.1998. „Seoul Sinmun“, web-site, Seoul, 25.8.1998. Naewoe Press, „Vantage Point“, Seoul September-Heft 1998, S. 25. Vereinzelt macht Pjöngjang für die mangelnde Ernährungslage auch „die andau-

ernde Wirtschaftsblockade des Feindes“ (so KCNA, ebenda, 22.8.1998) und „die Bewegungen der Imperialisten, die Demokratische Volksrepublik Korea zu isolieren und zu ersticken“ (so KCNA, ebenda, 23.11.1998) verantwortlich.

<sup>6</sup> „The Korea Herald“, Seoul, 7.10. und 28.12.1998. Yonhap, ebenda, 26.11.1992. Indes hatte das System schon immer Schwierigkeiten mit einer zufriedenstellenden Ernährung; charakteristisch hierfür war die Neujahrsansprache Kim Il-sungs vom 1.1.1988 (s. bes. Jürgen Kleiner, „Korea – auf steinigem Pfad“, Berlin, 1992, S. 312).

<sup>7</sup> „The Korea Herald“, ebenda, 31.7.1998. „Sisa Journal“, Seoul, 18.3.1998, S. 58 – 62. „Newsweek“, New York, 8.9.1997, S.42. „The Korea Times“, Seoul, 13.2.1997 und 6.4.1998. „Korea Focus“, ebenda, 1997, Nr. 1, S. 102 ff und 133 sowie Nr. 3, S. 31 ff. Friedrich-Wilhelm Schломann, „Pjöngjang vor verstärkter Fluchtwelle?“

- Deutsche Welle, Feature-Redaktion, Köln, 15.4.1998.
- <sup>9</sup> KCNA, ebenda, 2.9. und 21.12.1998. „Korea Focus“, ebenda, 1997, Nr. 2, S. 137. – Margarete Wahlstrom vom internationalen Roten Kreuz in „Frankfurter Rundschau“, ebenda, 12.11.1998.
- <sup>10</sup> „Süddeutsche Zeitung“, München, 14.1.1998. „The Korea Herald“, ebenda, 14. und 26.12.1998.
- <sup>11</sup> Aus neuester Zeit s. „Newsreview“, Seoul, 12.9.1998, S. 7 und Zentrale Rundfunkstation, ebenda, 4. und 31.12.1998.
- <sup>12</sup> Einen Hinweis auf „Verschwörer“ gab erstmals das nord-koreanische parteiorgan „Rodong Sinmun“, Pjöngjang, 10.5.1996 zu; im gleichen Zusammenhang „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, Frankfurt/M., 19.2.1997. „Die Welt“, ebenda, 5.10.1998. – Anderer Ansicht ist Yonhap, ebenda, 12.1.1999.
- <sup>13</sup> Radio Rjöngjang, 5.9.1998. „Vantage Point“, Dezember-Heft 1998, S. 18.
- <sup>14</sup> Westliche Militärexperten glauben, das Land könne jährlich rund 100 „Rodong“-Raketen herstellen. – Daß Japan vom Abschluß der „Taepodong I“ erschreckt wurde, erscheint unverständlich, zumal die Entwicklung etliche Monate zuvor im Westen bekannt war. Vergl. Kyodo, Tokio, 20.10.1998.
- <sup>15</sup> „The Korea Herald“, ebenda, 30.11. und 4.12.1998.
- <sup>16</sup> „Korea Focus“, ebenda, 1998, Nr. 6, S. 60.
- <sup>17</sup> So besonders Gottfried-Karl Kindermann „Der Aufstieg Koreas in die Weltpolitik“, München, 1996, S. 152. – „The Korea Herald“, ebenda, 8.12.1998.
- <sup>18</sup> Friedrich-Wilhelm Schlomann, „die Geheimnisse von Yongbyon“, Deutsche Welle, Monitor-Dienst, Dokumentationen, Köln 25.5.1994. – „The Korea Times“, ebenda, 22. und 27.11., sowie 11.12.1998.
- <sup>19</sup> „The New York Times“, New York, 17.8.1998. zentrale Rundfunkstation, 11.11.1998. KCNA, ebenda, 24. und 27.11.1998. – „Press release“ der IAEA, Wien, 25.9.1998 sowie „IAEA News Briefs“, Wien, Oktober/November 1998, S. 2 – „Rodong Sinmun“, ebenda, 5.10.1998.
- <sup>20</sup> „Neue Zürcher Zeitung“, Zürich, 21./22.11.1998. – „The Korea Herald“, ebenda, 22. und 23.11. sowie 2.12.1998.
- <sup>21</sup> Zentrale Rundfunkstation, ebenda, 8.1.1999. „Die Welt“, ebenda, 14.1.1999. – „Korea Focus“, ebenda, 1998, Nr. 6, S. 73 und 105.
- <sup>22</sup> Erklärung des Sprechers des Verteidigungsministeriums (so Yonhap, 25.7.1998.
- <sup>23</sup> „The Korea Times“, ebenda, 20. und 22.9.1996 sowie 13. und 17.7.1998. – KCNA, ebenda, 23.11.1998. „Korea Focus“, ebenda, 1998, Nr. 4, S. 64 ff. (66) und 103 ff..
- <sup>24</sup> „Itar-Tass“, Moskau, 5.6.1997. „The Korea Herald“, ebenda, 23.12.1998 – Gespräche des Autors mit mehreren süd-koreanischen Diplomaten in Westeuropa im November und Dezember 1998.
- <sup>25</sup> „Newsweek“, ebenda, 14.9.1998, S. 45.
- <sup>26</sup> KCNA, ebenda, 26.10.1998. – Gottfried-Karl Kindermann, ebenda, S. 209.
- <sup>27</sup> „Korea Focus“, ebenda, 1998, Nr. 6, S. 48.
- <sup>28</sup> „The Korea Herald“, ebenda, 15.8.1998. – „Newsweek“, ebenda, 27.4.1998, S. 17. – Radio Pjöngjang, 20.8.1998, das die neue Politik Seouls als „dümmliches Manöver“ und „läppisch“ abtat.
- <sup>29</sup> „The Korea Herald“, ebenda, 15.12.1998, „Die Welt“, ebenda, 16.12.1998. „Newsreview“, ebenda, 2.1.1999, S. 5. Yonhap, ebenda, 14. und 16.1.1999.



# „Verstärkung des Angriffs auf die feindlichen Hauptobjekte“

## Der Arbeitsplan der Abteilung XV (Aufklärung der Bezirksverwaltung Berlin des Ministeriums für Staatssicherheit für das Jahr 1989)

Otto Wenzel

### 1. Einführung

Die Spionagetätigkeit der Hauptverwaltung Aufklärung (HV A) des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) der DDR war in den neun Jahren nach der Wiedervereinigung nur unzureichend darstellbar, weil die HV A im ersten Halbjahr 1990 mit Zustimmung der Arbeitsgruppe Sicherheit des Zentralen Runden Tisches sich selbst auflösen und ihre Akten – wie sie glaubte – fast vollständig vernichten konnte.<sup>1</sup> Am 23. Dezember 1998 gelang es einem Techniker des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (Gauck-Behörde), auf von der HV A hinterlassenen Magnetbändern, die man jahrelang für gelöscht oder zerstört hielt, die geheime Datenbank der DDR-Spionage für die Zeit von 1969 bis 1987, Kurzbeschreibungen der brisantesten Berichte von 4.500 HV A-Agenten, insgesamt 180.564 Datensätze, zu decodieren.<sup>2</sup>

Da die publizistische und wissenschaftliche Auswertung dieses Materials lange auf sich warten lassen dürfte – westliche Geheimdienste und der Generalbundesanwalt haben Priorität, in zweiter Linie die hauptamtlichen Mitarbeiter der Abteilung Bildung und Forschung der Gauck-Behörde, die eigene Publikationsreihen herausgibt – sind Publizistik und Wissenschaft nach wie vor darauf angewiesen, sich anhand von erhalten gebliebenen Aktenbeständen anderer zentraler Dienststeinheiten des MfS und der Abteilungen XV (Aufklärung) von MfS-Bezirksverwaltungen (BV) einen Überblick über die DDR-Spionage zu verschaffen. Dabei sind die Akten über die Arbeit der Abteilungen XV, die von der HV A angeleitet wurden und in den ihnen zugewiesenen Bundesländern in einigen Fällen Spitzenagenten führten (so die Abteilung XV der BV Karl-Marx-Stadt – jetzt wieder Chemnitz – die beim Bundesnachrichtendienst beschäftigte Regierungsdirektorin Dr.

Gabriele Gast) von besonderer Bedeutung.<sup>3</sup>

Die Abteilung XV der Bezirksverwaltung Berlin führte in den achtziger Jahren im „Operationsgebiet“ (in West-Berlin, in Ausnahmefällen in einem Land der Bundesrepublik) 65 Inoffizielle Mitarbeiter\* (IM)<sup>4</sup> und 32 abgeschöpfte<sup>5</sup> Kontaktpersonen\* (KP). Diese Listen enthielten den Decknamen des IM bzw. der KP, ihren Beruf, ihre Arbeitsstelle und den Klarnamen ihres MfS-Führungsoffiziers.<sup>6</sup> In den letzten Jahren wurden einige Decknamen entschlüsselt.<sup>7</sup> Der Arbeitsplan der Abteilung XV für das Jahr 1989 wurde am 16. Dezember 1988 vom Leiter der Bezirksverwaltung, Generalmajor Hähnel, und seinem Stellvertreter Aufklärung, Oberst Lange, unterzeichnet und vom Stellvertreter des Ministers und Leiter der HV A, Generalleutnant Großmann, „bestätigt“.<sup>8</sup> Als „operative“<sup>9</sup> Grundorientierung nannte dieser Arbeitsplan:

- Die „Verstärkung des Angriffs auf die feindlichen Hauptobjekte“ (Senatsverwaltung für Inneres und Landesamt für Verfassungsschutz, Senatskanzlei, Parteien in West-Berlin, Ostforschungseinrichtungen, Zentren der PID<sup>10</sup> und ihre Einwirkung auf die Steuerung der PUT<sup>11</sup>). Damit sollten durch den koordinierten Einsatz von Inoffiziellen Mitarbeitern, neue Anwerbungen und Einschleusungen<sup>12</sup> geschehen.
- Die Erweiterung der Informationsbeschaffung aus dem West-Berliner Wissenschaftsbereich, dem technisch-technologischen Potential der Institute und Konzerne. Damit sollte die Wirtschaftspolitik der SED unterstützt werden.

Insgesamt 68 West-Berlinern bzw. Westdeutschen wurden in diesem Arbeitsplan detaillierte Aufgaben zugewiesen. 20 waren Inoffizielle Mitarbeiter (davon 14 Quellen\*), 3 Perspektiv-IM\*, 4 Vorlauf-IM\*, 16 Kontaktpersonen, 8 Abschöpfungsvorgänge\* und 13 Hinweispersonen\* (HP). Bei 2 Personen war lediglich „Vorgang“ angegeben, einer war Werber\*, einer Werbungs-Kontaktperson. Alle führten einen Decknamen, für alle war ein Führungsoffizier zuständig, dessen Klarnamen angegeben war. Diese Aufstellung enthielt auch 3 DDR-Bürger: einen Historiker an der Ost-Berliner Humboldt-Universität, der als DDR-Werber „Günter“ geführt wurde und seinen sechsmonatigen Studienaufenthalt an einem USA-Ostforschungszentrum zur Aufklärung erkannter und vermuteter CIA-Positionen nutzen sollte, einen Studenten der Humboldt-Universität, der als IM-Vorlauf „Johannes Vater“ einen eigenen Gesprächskreis mit dem Ziel aufbauen sollte, gegen Kreise der Evangelischen Akademie und der Sektion Theologie der Humboldt-Universität zu arbeiten. Schließlich war da noch der IM-Vorlauf „Hans Ludwig“, ein der SED angehörender Rechtsanwalt, der unter Nutzung seiner Verbindungen „operativ relevante Personen des Operationsgebiets“, also West-Berlins und der Bundesrepublik, aufklären sollte.<sup>13</sup>

## 2. Treff mit der Quelle „Jutta“ in Wien

Offenbar ein größerer Fisch war die Quelle „Jutta“, die in der Senatsverwaltung für Finanzen beschäftigt war. Sie sollte auch weiterhin qualifizierte Informationen über das Bundesministerium der Finanzen, EG-Probleme

und die Wirtschaftspolitik sowie Fragen der Berlin-Politik (Finanzfragen, Widersprüche zur Bundespolitik, Hintergründe von Skandalen usw.) liefern. Die Zahl der Treffs mit dem Instrukteur\* „Nikolaus“ sollte erhöht, ein Treff in Wien vorbereitet werden. Dort sollte sie weiter „qualifiziert“ und „erzogen“ werden, insbesondere sollte verhindert werden, daß sie in die DDR übersiedelte. Führungsoffizier der Quelle „Jutta“ war Oberst Lange, der Stellvertreter Aufklärung des Leiters der Bezirksverwaltung Berlin, persönlich.<sup>14</sup>

Der Arbeitsplan erwähnt einen FDP-Bundestagsabgeordneten, die KP „Meister“, mit dem der IM „Fritz“ kontinuierlich Treffs in Ost-Berlin abhalten sollte. Außerdem sollte geprüft werden, ob die Treffs zum Ausbau der politischen Abschöpfung auf das Operationsgebiet ausgedehnt werden könnten. Der CDU-Fraktion des Berliner Abgeordnetenhauses gehörten die Kontaktpersonen „Nickel“ (die Abschöpfung sollte durch Vertiefung der persönlichen Beziehungen zum IM „Robert“ verbessert werden) und „Tai-fun“ an, ein Unternehmer, der bis jetzt vom IM „Gnida“ abgeschöpft worden war. Wegen dessen Verrentung sollte ein neuer IM eingeschleust werden, eventuell „Kästner“ oder „Thein“. Außerdem sollte geprüft werden, ob die Geschäftsbeziehung der KP „Tai-fun“ zu einem Betrieb in der DDR nutzbar gemacht werden konnten. Abgeordneter der AL<sup>15</sup> war die Quelle „Ludwig“, der verstärkt Informationen über die Gremien seiner Partei (Schwerpunkt Abgeordnetenhausfraktion und Geschäftsführender Ausschuß) und über Pläne der AL, Kontakte zum politischen Untergrund in der DDR herzustellen, liefern sollte.<sup>16</sup>

Keiner der Agenten der Abteilung XV saß damals in der SPD-Fraktion des Berliner Abgeordnetenhauses.<sup>17</sup> Sie plante jedoch, die SPD-Funktionärin IM „Purzel“ in das Abgeordnetenhaus einzuschleusen. Der Erfolg hing wegen ihres relativ ungünstigen Listenplatzes bei der Abgeordnetenhauswahl am 29. Januar 1989 von der Höhe des Wahlergebnisses für ihre Partei ab. Der SPD-Funktionär Quelle „Friedemann“ sollte in das Notaufnahmelager Marienfelde eingeschleust werden. Da er enge Beziehungen zur SPD-Führung unterhielt, sollte seine Informations-tätigkeit zielstrebig ausgebaut werden.<sup>18</sup>

Seine Kontakte zur Evangelischen Kirche (Evangelische Akademie und Vorbereitungsgremium für den Kirchentag 1989 in West-Berlin) nutzen sollte die Quelle „Zeit“, Professor an der Freien Universität und Funktionär der AL.

Außerdem sollte seine Teilnahme an der Bundesdelegiertenkonferenz der GRÜNEN sichergestellt und sein Kontakt zum deutschlandpolitischen Sprecher der Abgeordnetenhausfraktion ausgebaut werden.<sup>19</sup>

Die Quelle „Louis“, ein „CDU/CSU-Funktionär“, sollte seine Beziehungen zu Mitarbeitern westlicher Geheimdienste und Abwehrorgane ausbauen, um deren Stoßrichtung aufzuklären und Dossiers zu erarbeiten. Ferner sollte er aufklären:

- CSU-Aktivitäten zur Organisierung des rechten, konservativen Potentials in West-Berlin (CSU-Mitglieder, Hanns-Seidel-Stiftung, Vertriebenenverbände, Gemeinschaft „Junges Ostpreußen“),

- Ostforschungs-Kreise an der FU, insbesondere aus den Reihen der Jungen Union.
- Außerdem sollte er Kontakte zu Medienvertretern herstellen, um ihre Rolle bei der Organisierung der politischen Untergrundtätigkeit in der DDR aufzudecken (namentlich zur West-Berliner Spiegel-Redaktion).<sup>20</sup>

Die Quelle „Delphin“, ein Bauunternehmer und CDU-Funktionär, sollte seine Beziehungen zur West-Berliner Spitze der CDA (Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft) nutzen. Besonders benötigt wurden seine Informationen über die Vorbereitung und Auswertung der Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus, zur Deutschlandpolitik und zur Bundespolitik der CDU. Die Quelle „Franz Josef“, Versicherungsvertreter und gleichfalls CDU-Funktionär, sollte in den deutschlandpolitischen Arbeitskreis der CDU eingeschleust werden. Dazu sollten seine persönlichen Beziehungen zu Führungspersonlichkeiten ausgebaut und seine Aktivitäten im Landesverband und in der Bezirksverordnetenversammlung (der Bezirk war leider nicht angegeben) verstärkt werden. Die Quelle „Laubach“, ein der CDU angehörender Journalist, sollte als verantwortlicher Redakteur für Wirtschaft und Kirchenpolitik in die Berliner Pressekonferenz eingeschleust werden und gezielt „Abschöpfungs- und Förderkontakte in Führungsbereiche des Senats“ aufbauen.<sup>21</sup>

### 3. Aufklärung „grenzüberschreitender Kirchenkontakte“

Der Werber I „Feller“, ein wissenschaftlicher Assistent an der Techni-

schen Universität, sollte in Betreuungsobjekte des Senats für DDR-Bürger eindringen und grenzüberschreitende Kirchenkontakte aufklären. Außerdem sollte er die angebliche „Außensteuerung“ des politischen Untergrunds in der DDR durch West-Berliner Senats- und Kirchenkreise nachweisen.

Die KP „Ilja“ (seine Berufsbezeichnung ist von Mitarbeitern des BStU geschwärzt worden) sollte Informationen über den Senator für Soziales, Ulf Fink, erlangen, der in seiner Eigenschaft als CDA-Vorsitzender als „Zentralfigur der Außensteuerung des politischen Untergrunds“ bezeichnet wurde.

Zum Abschöpfungsvorgang „Heinz“, einem Professor am Osteuropa-Institut, sollte nach dessen einjährigem Studienaufenthalt in den USA der Kontakt wiederhergestellt werden. Wichtig waren Informationen über seine Beziehungen zu Experten in den USA, seine über Finnland laufenden Kontakte in die Sowjetunion und sein Interesse an der DDR. Der DDR-Werber „Inka“ sollte einen Kontakt zur HP „Wirbel“, einem Professor am Osteuropa-Institut, aufnehmen, über den Informationen aus dem Bereich der rechtskonservativen DDR-Forschung und deren Konzeption der politisch-ideologischen Diversion gegen die DDR beschafft werden sollte. Als Termin der Kontaktaufnahme war der 30. Juni 1989 angegeben.<sup>22</sup>

Die Kontakte des DDR-Werbers „Alexey“ zur KP „Tornado“, einem Rechtsprofessor an der Freien Universität und SPD-Mitglied, sollten zur Abschöpfung von Informationen über die SPD-nahe Ostforschung und die Analyse der Arbeitskonzeption dieser Krei-

se in die sozialistischen Länder und die gesteuerte Einflußnahme auf oppositionelle Kräfte in diesen Ländern genutzt werden. Der Abschöpfungsvorgang „Jacob“, ein Professor am Osteuropa-Institut, sollte durch Vertiefung seines Kontaktes zum DDR-Werber „Carlo“ zur Informationsgewinnung aus den Leitungsgremien der Gesellschaft für Deutschlandforschung führen. Der Abschöpfungskontakt des DDR-Werbers „Julius“ zur KP „Ball“, einem Professor (die Hochschule oder Universität war nicht angegeben) sollte stabilisiert werden. Über ihn wollte man Informationen aus dem internen Bereich der Evangelischen Kirche und über ihre Kontakte zu Ost-Berlin erhalten.<sup>23</sup>

Die KP „Dorn“ war Abteilungsleiter am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung. Durch den DDR-Werber „Gerhard“ wollte man an Informationen über die Vorstellungen der politischen und wirtschaftlichen Spitzenvertreter in Ministerien, Parteien, Senat und Wirtschaftskreisen zu den Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen gelangen.<sup>24</sup>

Vom Abschöpfungsvorgang „Nora“, einer RIAS-Redakteurin, sollten Informationen über in West-Berlin lebende ehemalige DDR-Künstler und ihre „gezielte feindliche Kontakttätigkeit in den Bereich der Kulturschaffenden der DDR“ gewonnen werden. Die Quelle „Stola“, ein RIAS-Mitarbeiter, sollte auch weiterhin Informationen über das Personal dieses Senders liefern und im DDR-Arbeitskreis der Evangelischen Akademie mitarbeiten, um dessen angebliche geheimdienstliche Aktivitäten auszukundschaften. Der private Sender „Radio 100“ war auf der Grundlage einer Ministeranweisung Gegenstand

einer Objektbearbeitungskonzeption, die aktualisiert werden sollte. Dazu sollten der Kontaktvorgang „Turmalin“ weitergeführt und die Hinweise „Messe“, „Margit“ und „Türkis“ konzentriert bearbeitet werden. Mit den Genannten waren eine Kontaktperson und drei Hinweispersonen gemeint.

#### **4. Informationen über gesetzgeberische Aktivitäten auf dem Gebiet der Genforschung**

Die Quelle „Bank“, ein Elektriker in der Bundesdruckerei, erhielt den Auftrag, die Produktionsvorgänge beim Druck des neuen Personalausweises und des neuen Reisepasses der Bundesrepublik Deutschland aufzuklären.<sup>25</sup>

Über die Quelle „Pedro“, einen Operateur bei der Firma MTU in München, sollte ein langfristig abgestimmter Informationsbeschaffungsplan über die Rüstungsproduktion, insbesondere den Jäger 90, erarbeitet werden. Die Quelle „Union“, ein selbständiger Unternehmer, der die Quelle „Pedro“ betreute und anleitete, hatte nicht näher beschriebene Software zu beschaffen. Die Quelle „Fichte“, ein Geschäftsführer, hatte zusätzlich zu seinen Informationen über den Bereich Elektrotechnik/Elektronik Muster aus dem Bereich Chemie zu beschaffen. Die Quelle „Fallada“, gleichfalls Geschäftsführer, hatte auf Anweisung des Sektors Wissenschaft und Technik der Hauptverwaltung Aufklärung Musterbaugruppen von Soft- und Hardware, die unter die Embargobestimmungen fielen, zu beschaffen. Die Quelle „Harry“ schließlich, ein Beschäftigter der Firma Schering, sollte interessante Dokumente zu deren Konzernstrategie,

zu gesetzgeberischen Aktivitäten auf dem Gebiet der Genforschung und -technologie und zur Außenhandelskonzeption dieser Firma beschaffen.<sup>26</sup>

Die Quelle „Katharina“, wissenschaftliche Mitarbeiterin an einem Max-Planck-Institut<sup>27</sup>, sollte Informationen über die internationale Aids-Forschung besorgen.<sup>28</sup>

Aufschlußreich sind die Angaben über die Perspektiv-IM (PIM). Der PIM „Rolf“, ein Senatsbeamter, sollte sich auf der Grundlage seiner gesicherten beruflichen Position in einer für das MfS offenbar uninteressanten Verwaltung unter Nutzung von Stellenausschreibungen gezielt um eine Stelle im „operativ relevanten“ Bereich, also der Senatskanzlei, der Senatsverwaltung für Inneres oder dem Landesamt für Verfassungsschutz, bewerben.

Die PIM „Tanja“, eine Doktorandin der Publizistik, sollte weiter versuchen, durch abgestimmte Bewerbungen in operativ relevanten Senatsbereichen Arbeit zu erhalten.

Für den Fall, daß diese Einschleusung nicht zu verwirklichen war, sollte eine Konzeption für ihren weiteren Einsatz erarbeitet werden. Der PIM „Pelz“, ein SPD- und Juso-Funktionär und Politologie-Student, sollte eine hauptamtliche Parteikarriere anstreben.

Die KP „Grün“, Angestellter und SPD-Mitglied, sollte als PIM geworben werden. Anschließend sollte er in einen Arbeitskreis der SPD eingeschleust werden. Auch für ihn sollten geeignete Förderverbindungen für eine Parteikarriere gesucht werden.

## **5. Einschleusung in das Landesamt für Verfassungsschutz**

Große Mühe machte sich die Abteilung XV um die KP „Turin“, einen Senatsangestellten. Die IM „Rolf“ und „Controletti“ sowie die KP „Frankfurt“ und „Sofia“ sollten Ansatzpunkte für seine Werbung ausarbeiten, da „Turin“ Voraussetzungen für die Einschleusung in das Landesamt für Verfassungsschutz habe. Zur HP „Hai“, einem Juristen, sollte der DDR-Werber „Hans“ mit dem Ziel Kontakt aufnehmen, Informationen über das Bundeskriminalamt und das Landesamt für Verfassungsschutz zu erhalten.<sup>29</sup>

Auch um die KP „Fürstenberg“, von Beruf Sekretärin, gab man sich große Mühe. Der FIM (Führungs-IM\*) „Heinemann“, ein Hauptamtlicher Inoffizieller Mitarbeiter\*, und der Werber I „Lichtenstein“ erhielten den Auftrag, sie nach erfolgreicher Einarbeitung im Ausland als Inoffizielle Mitarbeiterin zu werben (Termin: 30. Juni 1989) und in die Senatsverwaltung für Inneres einzuschleusen.<sup>30</sup>

Zur Unterstützung der illegalen Arbeit „im und nach dem Operationsgebiet“ wurden die DDR-Stützpunkte „Tintenfisch“ und „Reinhold“ unterhalten. „Tintenfisch“ nutzte legal abgedeckte Positionen in der Sektion Rechtswissenschaft an der Humboldt-Universität. Hier arbeiteten die IM „Alexey“, „Friedrich“ und „Hans“ sowie die KP „Inka“ und „Gerhard Frank“. Sie hatten die Aufgabe, die „geheimdienstlich gesteuerte Ostforschung“ über die KP „Tornado“, „Chanpin“ und „Orion“ abzuschöpfen und über die HP „Hai“ westliche Geheimdienste aufzuklären sowie legale Wissenschaftskontakte zur

Erarbeitung aussagefähiger Dossiers aus dem Fachbereich Jura der Freien Universität zu nutzen. Nach Vorgaben des Stabs der HV A sollten in West-Berlin die illegalen Residenturen „Heinemann“, „Controletti“ und „Friedemann“ ausgebaut werden.<sup>31</sup>

Da der Bestand an Werbern für die Intensivierung der Agententätigkeit in West-Berlin offenbar nicht ausreichte, wurden die Referatsleiter der Abteilung XV verpflichtet, 10 DDR-Werber I zu werben. Auch der Bestand an Werbern II war zu erweitern. Sie sollten aus dem mittleren Leitungsbereich der Ost-Berliner Wissenschaftseinrichtungen rekrutiert werden. In Aussicht genommen wurden ein Dr. phil., ein promovierter Orthopäde, ein der Ost-CDU angehörender Diplom-Kunstwissenschaftler und ein Dokumentarfilmregisseur<sup>32</sup>.

Eine „qualifizierte Werbung“ von neun Hinweispersonen war vorgesehen: fünf Studenten, die Funktionen bei den Jungsozialisten bekleideten („Kormoran“, „Heike“, „Prag“, „Claudia“ und „Karl“), einem Politologie-Studenten („Architekt“), einem Gerichtsreferendar („März“), einem der SPD angehörenden Diplom-Ingenieur („Körner“) und einem oder einer Beschäftigten (die Berufsbezeichnung ist von Mitarbeitern des BStU geschwärzt worden) der CDU-Landesgeschäftsstelle („Kassandra“). Geradezu eine Sprungbeförderung war für die beim Diakonischen Werk beschäftigte Kontaktperson „Axel“ vorgesehen, die als Werber I geworben werden sollte.<sup>33</sup>

Gegenstand des Arbeitsplans der Abteilung XV für das Jahr 1989 war auch die Übersiedlung eines Offiziers im be-

sonderen Einsatz (OIBE) oder Inoffiziellen Mitarbeiters in das Operationsgebiet. Sechs „vorläufige Materialien“ (hier ist von Menschen die Rede!), die IM „Meister“, „Karl Sieg“, „Peter Seffelt“, „Karl“, „Felix“ und „Arno“ standen zur Auswahl. Zur Erziehung und Befähigung des Kandidaten waren folgende Maßnahmen durchzuführen:

- „Ablegen eines psychodiagnostischen Tests,
- Nachweis einer abwehrorientierten Eignungsprüfung,
- Durchführen einer Überprüfungs-kombination“.

Der ausgewählte Kandidat war der Abteilung VI der Hauptverwaltung Aufklärung zu übergeben.<sup>34</sup>

Schließlich enthielt der Arbeitsplan eine Fülle von Maßnahmen zur „Qualifizierung der Führungs- und Leitungstätigkeit“. Dazu gehörten:

- die Einarbeitung und Qualifizierung der 11 neuen stellvertretenden Referatsleiter durch Einbeziehung in die Leitungsprozesse, die Übertragung eigenverantwortlicher Führungsaufgaben und die Einarbeitung junger Genossen,
- die Anleitung des Beauftragten des Leiters, Major Wolff, um seine Qualifizierung zum Leiter zu fördern, u. a. durch Vorbereitung, Durchführung und Kontrolle von Leitungsentscheidungen,
- die Zusammenarbeit mit den Abteilungen der Hauptverwaltung Aufklärung,
- die Orientierung der Informationsarbeit auf den 40. Jahrestag der DDR und des MfS, das Pfingsttreffen der FDJ und die Kommunalwahlen,

- die Überarbeitung des Plans der Überführung der Dienst Einheit vom Frieden in den Kriegszustand, der in der DDR-Tarnsprache als „Verteidigungszustand“ bezeichnet wurde.<sup>35</sup>

Akten der Abteilung XV einer Bezirksverwaltung geben einen wertvollen Einblick in die Arbeitsweise, das Denken und Handeln der MfS-„Aufklärer“. Es fällt übrigens auf, daß in dem hier abgehandelten Arbeitsplan der Abteilung XV Berlin für das Jahr 1989 an keiner Stelle Hinweise auf die Krise enthalten sind, in der sich das SED-Regime Ende 1988 befand – wenn man von der Furcht vor der „politischen Untergrundtätigkeit“ absieht, die jedoch aus ideologischen Gründen schon seit langem bestand.

## Anhang

Funktionstypen des MfS-Agentennetzes (aus Müller-Enbergs – Anm. 3 – nach IM-Richtlinien des MfS)

Von Abschöpfungsvorgängen sprach das MfS, wenn eine operativ interessante Person, die für die inoffizielle Mitarbeit im MfS geworben werden sollte, durch Abschöpfung allmählich in die operative Arbeit einbezogen wurde (S. 610).

Führungs-IM (FIM) waren Offiziere im besonderen Einsatz (OibE, Berufsoffiziere des MfS, die wie IM fungierten, wenn sie im Operationsgebiet oder in der DDR konspirativ arbeiteten) oder IM, die den Anforderungen an einen Offizier entsprechen mußten. Sie nahmen im Operationsgebiet eine berufliche oder gesellschaftliche Stellung ein, die ihnen eine ausreichende Bewegungsfreiheit für ihre operative Arbeit

ermöglichte, leiteten IM an und „erzogen“ sie zur „operativen Disziplin“. Sie repräsentierten die „Zentrale“ und strahlten Zuversicht und Vertrauen aus (S. 61 f., 90).

Hauptamtliche Inoffizielle Mitarbeiter (HIM) waren als Hauptamtliche in den Planstellen des MfS ausgewiesen, unterhielten jedoch nicht wie die OibE ein „Dienstrechtsverhältnis im Sinne des Wehrgesetzes und kein Arbeitsrechtsverhältnis im Sinne des Arbeitsgesetzes“ (S. 107).

Hinweispersonen (HP) waren operativ interessante Personen aus dem Operationsgebiet, zu denen durch einen IM oder einen Werber eine stabile Beziehung aufgebaut wurde (S. 595).

Inoffizielle Mitarbeiter (IM) waren der Normaltyp des MfS-Agenten. Sie hatten in der Regel eine Verpflichtungserklärung unterschrieben, führten einen Decknamen, mußten konspirativ arbeiten und hatten die Aufgabe, Informationen gezielt zu beschaffen. Für ihre Rekrutierung, Betreuung und Anleitung arbeitete das MfS mit Führungsoffizieren, deren Tätigkeit sich an umfangreichen Richtlinien zu orientieren hatte (S. 9).

IM-Vorlauf waren Personen, die als IM-Kandidaten ausgewählt waren und mit dem Ziel der Werbung bearbeitet wurden (S. 831).

Kontaktpersonen (KP) waren Bürger aus dem Operationsgebiet, die „über Zugang zu operativ bedeutsamen Informationen bzw. über Möglichkeiten zur aktiven politischen Einflußnahme“ verfügten und relativ beständig abgeschöpft wurden, ohne den nachrichtendienstlichen Charakter dieser Tätigkeit zu kennen. Ihre Werbung als IM war aus politischen, operativen oder anderen Gründen nicht möglich, zweckmäßig oder notwendig (S. 481).



Wie der hier beschriebene Arbeitsplan der Abteilung XV Berlin zeigt, waren die Kontaktpersonen jedoch gelegentlich in ihrem Einsatz von Inoffiziellen Mitarbeitern kaum zu unterscheiden. Instrukteure unterhielten im Auftrag des Führungsoffiziers die persönliche Verbindung zu im Operationsgebiet eingesetzten IM, instruierten sie und nahmen ihrer Berichte entgegen. In der Regel waren sie Hauptamtliche IM (S. 63). Perspektiv-IM (PIM) waren Inoffizielle Mitarbeiter, die die Voraussetzungen für eine künftige Tätigkeit als Quelle, IM für besondere Aufgaben, Werber, Führungs-IM u. a. erfüllten und durch „zielgerichtete Maßnahmen ...“, insbesondere zur Schaffung der erforderlichen gesellschaftlichen und beruflichen Positionen“, auf ihren Einsatz vorbereitet wurden (S. 484).

Quellen waren IM, die über „geheime feindliche Absichten, Pläne und Akti-

vitäten, über das feindliche Potential sowie über interne Lagebedingungen“ informierten. Sie mußten eine gesellschaftliche oder berufliche Position besitzen, die ihnen den Zugang zu geheimen Informationen bzw. den vertraulichen Kontakt zu Geheimnisträgern ermöglichten (S. 481).

Werber waren IM, die „planmäßig operativ interessante Personen“ mit dem Ziel bearbeiteten, ihre Einsatzmöglichkeiten festzustellen und sie für eine bewußte Zusammenarbeit zu gewinnen. Seit 1988 unterschied das MfS zwischen den Werbern I, die aufgrund ihrer nachgewiesenen Eignung für die Kontaktierung, Vorbereitung und Durchführung von Werbungen eingesetzt werden konnten, und den Werbern II, die in der Hinweis- und Dossierarbeit zur Aufklärung von Personen, Sachverhalten und Objekten eingesetzt wurden (483, 950).

### Anmerkungen

<sup>1</sup> Hubertus Knabe, Die „West-Arbeit“ des MfS und ihre Wirkungen. Bericht des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik an die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“, Berlin 1998 (MS), S. 132.

<sup>2</sup> Der Spiegel Nr. 3/1999, S. 32 ff.

<sup>3</sup> Helmut Müller-Enbergs (Hrsg.), Die Inoffiziellen Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit. Teil 2: Anleitungen für die Arbeit mit Agenten, Kundschaftern und Spionen in der Bundesrepublik Deutschland (künftig zitiert: Müller-Enbergs), Berlin 1998, S. 17 f., 249 ff.; Rita Sélitrenny/Thilo Weichert, Das unheimliche Erbe. Die Spionageabteilung der Stasi, Leipzig 1991.

<sup>4</sup> Das Agentennetz des Ministeriums für Staatssicherheit bestand aus einer Vielzahl von Funktionstypen. Die in diesem Aufsatz genannten sind bei ihrer ersten Erwähnung durch \* gekennzeichnet und im Anhang „Funktionstypen des MfS-Agentennetzes“ in alphabetischer Reihenfolge definiert.

<sup>5</sup> Unter Abschöpfung verstand das MfS eine „systematische Gesprächsführung zur gezielten Ausnutzung des Wissens, der Kenntnisse und Möglichkeiten anderer Personen zur Informationsgewinnung“. (Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik – Hrsg. –, Das Wörterbuch der Staatssicherheit – künftig zitiert: Wörterbuch –, Berlin 1993, S. 7).

<sup>6</sup> Kopien dieser Listen befinden sich im Besitz des Verfassers.

<sup>7</sup> Vgl. „IM Purzel“ stolperte über den KGB, in: Die Welt vom 25.2.94, S. B 1; Operation Sumpf, in: Der Spiegel Nr. 51/1996, S. 38.

<sup>8</sup> Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik, Außenstelle Berlin, XV 24 (künftig zitiert: BStU), Bl. 142 ff..

<sup>9</sup> Das Attribut operativ gehörte zu den meistgebrauchten und schwammigsten Vokabeln des MfS. Es bedeutete immer irgendeine „Handlung“ der MfS-Mitarbeiter zur „Sicherung“ von Einrichtungen der DDR

- und Bekämpfung wirklicher oder vermeintlicher innerer und äußerer „Feinde“ (Wörterbuch – Anm. 5 –, S. 277 bis 296).
- <sup>10</sup> Unter PID (politisch-ideologischer Diversion) verstand das MfS das vom „Feind“ verfolgte Ziel, „eine Atmosphäre des kalten Krieges zu schaffen, zwischen den sozialistischen Staaten zu differenzieren und einen Keil zwischen die Sowjetunion und ihre Verbündeten zu treiben, Widersprüche zwischen den sozialistischen Staaten zu erzeugen und sie gegeneinander auszuspielen, Gegensätze zwischen den Parteiführungen und der Bevölkerung herauszubilden sowie feindlich-negative Kräfte in den sozialistischen Staaten zu staatsfeindlichen und anderen kriminellen Handlungen zu aktivieren“ (Müller-Enbergs – Anm. 3 –, S. 521).
- <sup>11</sup> Unter PUT (politischer Untergrundtätigkeit) verstand das MfS jede Tätigkeit, „mit deren Hilfe der Gegner eine breite innere Opposition und einen politischen Untergrund in den sozialistischen Ländern organisieren will“ (Ebd., S. 521).
- <sup>12</sup> Unter Einschleusung verstand das MfS im Operationsgebiet das Eindringen eines IM in ein „feindliches Objekt“, was die notwendige berufliche Qualifikation, das Erfüllen der „Sicherheitsanforderungen“, die erwartete soziale und gesellschaftliche Stellung sowie politische Einstellung erforderte (Ebd., S. 43).
- <sup>13</sup> BStU (Anm. 8), Bl. 150, 158 f..
- <sup>14</sup> Ebd., Bl. 146.
- <sup>15</sup> AL (Alternative Liste für Demokratie und Umweltschutz) nannte sich in den achtziger Jahren der Berliner Landesverband der GRÜNEN.
- <sup>16</sup> BStU (Anm. 8), Bl. 144 ff..
- <sup>17</sup> Diese Aussage galt nicht für die Hauptverwaltung Aufklärung, die seit 1963 der SPD-Funktionär Bodo Thomas führte, der von 1971 bis 1989 Mitglied des Abgeordnetenhauses war. Ihm folgte als Abgeordnete seine Ehefrau Helga, die ihn spätestens seit 1983 zu den „Treffs“ begleitet hatte. Sie wurde Mitglied des Ausschusses für Bundesangelegenheiten und Gesamtberliner Fragen, der vertrauliche Informationen über die Verhandlungen des Senats von Berlin mit der Regierung der DDR erhielt. Zu den HV A-Agenten im Deutschen Bundestag zählte der FDP-Politiker William Borm, der 1960 Berliner Landesvorsitzender und 1969 Alterspräsident des Bundestages wurde (Friedrich W. Schlomann, Die Maulwürfe. Die Stasi-Helfer im Westen sind immer noch unter uns, Frankfurt/M 1994, S. 132, 113). Großmanns Vorgänger als Leiter der HV A, Generaloberst Markus Wolf, veröffentlichte in seinen Erinnerungen (Spionagechef im geheimen Krieg, Düsseldorf/München 1997) auf Seite 466 ein im Jahre 1983 aufgenommenes Foto, das ihn an der Seite von William Borm zeigt.
- <sup>18</sup> BStU (Anm. 8), Bl. 144.
- <sup>19</sup> Ebd., Bl. 145.
- <sup>20</sup> Ebd., Bl. 146 f..
- <sup>21</sup> Ebd., Bl. 143, 146.
- <sup>22</sup> Ebd., Bl. 149 f., 153.
- <sup>23</sup> Ebd., Bl. 150, 149.
- <sup>24</sup> Ebd., Bl. 150.
- <sup>25</sup> Ebd., Bl. 151, 147.
- <sup>26</sup> Ebd., Bl. 151 f..
- <sup>27</sup> Vermutlich am Max-Planck-Institut für Infektionsbiologie. In dem dem Verfasser vorliegenden Verzeichnis der von der Abteilung XV geführten IM (Anm. 6), die aus der Mitte der achtziger Jahre stammen dürfte, ist als Arbeitsstelle das Bundesgesundheitsamt angegeben.
- <sup>28</sup> BStU (Anm. 8), Bl. 162.
- <sup>29</sup> Ebd., Bl. 154, 156.
- <sup>30</sup> Ebd., Bl. 153.
- <sup>31</sup> Ebd., Bl. 160 ff..
- <sup>32</sup> Ebd., Bl. 156.
- <sup>33</sup> Ebd., Bl. 155 ff..
- <sup>34</sup> Ebd., Bl. 161.
- <sup>35</sup> Ebd., Bl. 162 ff.; vgl. Otto Wenzel, Kriegsbereit. Der Nationale Verteidigungsrat der DDR 1960 bis 1989, Köln 1995, S. 12.

# Im Dialog

## Zur Diskussion über den Kulturrelativismus von Werten – Eine Anregung von Werner Strombach

In einer interessanten Diskussion zwischen Karl Graf Ballestrem, Alois Glück und Wilhelm Vossenkuhl über „Eine neue Bürgerkultur? Zustand und Zukunft des Gemeinsinns“ (Politische Studien Nr. 356, S. 26 – 41) wurde von Graf Ballestrem darauf hingewiesen, daß in den USA in die Debatte um den Kommunitarismus vor allem von Alasdair McIntyre die Frage nach dem Kulturrelativismus aller Werte eingebracht worden sei: „Ist das Projekt der Aufklärung, eine rationale Begründung einer allgemeingültigen Moral zu leisten, gescheitert? Er findet ja, und das führe zu den großen Krisen pluralistischer Gesellschaften, die sich nicht mehr einig sind über ihre Grundwerte.“ Darüber hinaus spricht Ballestrem das Thema einer internationalen Gerechtigkeit an, zu der u. a. die Fragen nach Asylrecht, Migrationsfreiheit usw. gehören, und er zitiert Michael Walzer, der meint, „daß das erste und größte Gut, über das eine Gemeinschaft verfügt, die eigene Mitgliedschaft ist, also das Recht einer Gemeinschaft, darüber zu entscheiden, wer bei ihr Bürger wird und wer nicht, alles andere folgt daraus.“

Als Ergänzung zu den in der Diskussion vorgetragenen Argumenten und

auch aus aktuellem Anlaß (man vgl. den Beitrag von Reinhard C. Meier-Walser, Doppelte Staatsbürgerschaft – Ein Irrweg, a. a. O. S. 3 – 5) erscheint mir ein Gedankengang von Gerhard Pfreunds Schuh beachtenswert: Die kulturelle Umweltzerstörung in Politik und Wirtschaft – Analyse und Gegenstrategie; v. Hase & Koehler Verlag Mainz, 2. Aufl. 1993, aus dem hier als kurzer Hinweis einige Passagen der Einleitung referiert werden sollen:

Pfreunds Schuh, Jurist und Dr. rer. publ., Landrat in Baden, bestimmt als Kultur die vom Menschen und seinem Geist geschaffene Umwelt, so z. B. auch die geordnete Beziehung der Menschen untereinander, dies im Gegensatz zur Ökologie, der Beziehung zur physischen Umwelt (was vielleicht etwas zu eng gesehen ist. WS). Wenn Bäume sterben, ist die Ökologie in Gefahr, kulturelle Umweltzerstörung bringt zerfallene Städte und Slums, organisiertes Verbrechen und Mob, Alkohol und Drogen, Bindungslosigkeit und Proletarisierung, Vereinzelung und Vereinsamung, neue Armut, Asylanten- und Flüchtlingsströme. Ein Grundanliegen des Buches: Die Gemeinschaft der Menschen, ihr Zusammenhalt, ihre gemeinsame Zielfindung sind nicht

nur bedroht, sondern weithin ausgehebelt. Die beiden herrschenden Ideologien der letzten zweihundert Jahre, der Sozialismus und der Liberalismus einschließlich ihrer Radikalformen Kommunismus und Kapitalismus, haben die heute feststellbare kulturelle Umweltzerstörung ganz wesentlich zu vertreten. Nur die Überwindung beider Irrwege kann uns ans rettende Ufer bringen. Politik ist die geordnete Durchführung des zeitgemäßen, notwendigen Wandels. Dabei gilt: Reformation statt Revolution. Konservatismus im Sinne von Festhalten an überlebten Ideologien gibt es heute in allen politischen Parteien und Lagern. Spätestens seit der Französischen Revolution bestimmen die rechten und linken Ideologien die Politik. Es läßt sich zeigen, daß wesentliche Voraussetzungen ihrer Gedankengebäude, z. B. das Wissenschaftsverständnis des 19. Jahrhunderts, inzwischen weggefallen sind und daß damit ihre Modelle von Recht und Gerechtigkeit, von Ethik und Gewissen nicht mehr überzeugen. Ein Wertewandel ohne gleichen hat ihre Glaubwürdigkeit erschüttert. Das rüttelt auch an der darauf aufgebauten Verfassung.

‘Recht’ und ‘Gerechtigkeit’ an sich, ‘Freiheit’ und ‘Gleichheit’ an sich gibt es nicht. Diese wichtigen Fundamente einer menschlichen Gemeinschaft sind zeit- und raumabhängig. Sie sind die Erzeugnisse der jeweiligen Kultur. Mit dem Wandel der Kultur wandeln auch sie sich, mit der Zerstörung der Kultur werden auch sie zerstört. Die Geschichte geht weiter. Werte, Überzeugungen, Ideologien, Glaubensbekenntnisse, sind nicht absolut richtig und wahr, sie sind relativ, kulturbedingt richtig und wahr. Wir können auch

von einer politischen Relativitätstheorie sprechen, die nicht ausschließt, daß überholte und widerlegte Theorien, Modelle und Hypothesen als falsch erkannt werden (Das ist die Falsifikationstheorie Karl Poppers! WS).

Möglichst richtig, relativ wahr ist eine politische und kulturelle Ordnung dann, wenn sie die Aufgaben und Probleme, die Nöte und Bedürfnisse ihrer Zeit wenigstens aussichtsreich anpackt und Schritt für Schritt Lösungen näherbringt (Bekanntes Motto: Einmal einen Fehler machen ist besser als gar nichts tun! WS). Zunehmende Umweltzerstörung – im kulturellen wie im natürlichen Bereich – offenbart einen falschen Weg, ein fehlerhaftes Denken, ein nicht naturgemäßes, ein nicht zeit- und nicht kulturgerechtes System.

Dem politischen Zentralismus und der wirtschaftlichen Gigantomanie soll ein anderes Modell entgegengesetzt werden, ein Modell der Selbstverwaltung und der politischen Eigenverantwortlichkeit, der Organisation von unten nach oben, der Wahrung und Förderung der historisch gewachsenen Nationen und Gemeinschaften, die die jeweilige Kultur tragen. Denn zu einer Gemeinsamkeit findet die Gesellschaft nur dort, wo auch eine geistige Gemeinschaft vorhanden ist. Und das kann nur eine gemeinsame Kultur sein. Jede Kultur aber hat eine eigene Rechts- und Sittenordnung mit Werten und Ethik, mit Grundüberzeugungen und historischen Erfahrungen. Daraus werden die Grundentscheidungen entwickelt und getroffen. Und es ist ein Grundirrtum der alten Ideologien, daß sie meinen, ihre Prinzipien seien die einzig richtigen, die ewig gültigen, seien raum- und zeitunabhängig, seien

an keine Kultur und Geschichte gebunden. Das war eine Kernaussage von Rousseau und der europäischen Aufklärung. Sie führt zu Missionsdenken und geistigem Imperialismus. Ihr lag der Glaube zugrunde, daß es eine Welt-einheitsethik gäbe, die unabhängig von allen konfessionellen, traditionellen und nationalen Bindungen sei. Dieses Dogma ist falsch.

Auch auf die Fragen der Gerechtigkeit, der gesellschaftlichen, staatlichen und der wirtschaftlichen Ordnung gibt es nicht nur eine, sondern mehrere Antworten. Wer hier auf andere Kulturen und Nationen wahllos und selbstherrlich von außen einwirkt, der schafft oft nur Chaos. Die deutsche Nation war zweimal in der Geschichte der Neuzeit Schlachtfeld großer geistiger Auseinandersetzungen. Der erste Konflikt war der von Reformation und Gegenreformation als Auslöser des 30-jährigen Krieges, der zweite der Ost-West-Gegensatz, der Deutschland 40 Jahre geteilt hat. (Die Überwindung beider Konflikte hat viel Zeit und viele Opfer gefordert und wäre wohl nicht gelungen, wenn es nicht noch ein Verbindendes gegeben hätte, das nationale Bewußtsein. Vgl. dazu Kurt Hübner: Das Nationale – Verdrängtes Unvermeidliches Erstrebenswertes, Verlag Styria Graz Wien Köln 1991: Auch das vereinte Europa könne eine Nation sein, meint Hübner, wenn es durch eine gemeinsame Kulturidee die es konstituierenden Einzelnationen in der Art von Subsystemen überlagere, ohne diese „Elemente“ auszulöschen. Wie in einem Vielvölkerstaat die Komponente des Allgemeinen in der Doppelnatur jedes einzelnen seiner Bürger, einmal in dessen engerer Nationalzugehörigkeit, einmal in seiner weiteren

bestehe, so müsse in einem vereinigten Europa, das mehr sein will, und auch aus seinen nationalen Interessen mehr sein muß als nur ein Handels- und Bündnissystem, jeder Bürger sich sowohl mit seiner Nation als auch mit Europa identifizieren können. Ein solches Europa aber könne nie ein 'multikulturelles' sein, jedenfalls nicht in dem Sinne, wie es von jenen gemeint sei, die mit diesem Schlagwort Politik zu machen versuchen. WS)

Hierzu nun ein abschließendes Zitat Pfreundschuhs: „Derzeit spitzt sich die Frage zu, ob Deutschland durch eine bisher nicht gekannte Einwanderung aus anderen Kulturkreisen zu einer multikulturellen Gesellschaft werden soll. Sollte dies geschehen, dann würden wiederum die geistigen Fronten mitten durch unser Land verlaufen. Dann würde wiederum eine große Auseinandersetzung unsere Entwicklung bestimmen und den inneren Frieden auf lange Zeit unmöglich machen.

Denn so sehr eine äußere Friedensordnung den verschiedenen Kulturen und ihren Wertordnungen in gesicherten Grenzen eine Lebens- und Entfaltungschance gewähren soll, so unmöglich ist dies innerhalb eines Landes, also innerhalb der Grenzen einer Gemeinschaft. Die Gründe sind klar und einsichtig. Wertsysteme, die sich gegenseitig ausschließen, können eben keine Grundlage einer Gemeinschaft sein. Ich kann nicht gleichzeitig Reformator und Jesuit, nicht gleichzeitig Kapitalist und Kommunist sein, nicht gleichzeitig die europäische Werteordnung und jene des Islam vertreten. Selbst eine so alltägliche Frage wie die, ob die Frau gegenüber dem Mann gleichberechtigt ist oder sich diesem unterzuordnen

hat, führt zu vielfältigen, weitreichenden Auswirkungen im Rechtsleben, der Wirtschaft, dem gesellschaftlichen und familiären Zusammenleben. Das ist nur ein Beispiel. Eine Mehrfach-Kultur innerhalb einer Gesellschaft und staatlichen Gemeinschaft ist unmöglich.

Wo sie herrscht, kommt es zu gegenseitiger Lähmung, zu Zielkonflikten über den gemeinsamen Weg in die Zukunft.“(8) – Ein bemerkenswertes Buch zum Nachdenken.

*Prof. Dr. Werner Strombach*

# **Der Standort der Union – Neue Literatur zu Geschichte, Gegenwart und Zukunft von CSU und CDU**

**Gerhard Hirscher**

**Thomas Schlemmer, Aufbruch, Krise und Erneuerung. Die Christlich-Soziale Union 1945 – 1955. Oldenbourg-Verlag: München, 1998, 554 Seiten, DM 128,-.**

**Alf Mintzel, Die CSU-Hegemonie in Bayern. Strategie und Erfolg, Gewinner und Verlierer. Wissenschaftsverlag Richard Rothe: Passau 1998, 314 Seiten, DM 59,80.**

**Horst Poller, Rechts oder Links? Niedergang und Erneuerung der CDU. Olzog-Verlag: München, 150 Seiten, 1998, DM 16,80.**

**Tobias Dürr/Rüdiger Soldt (Hrsg.), Die CDU nach Kohl. Fischer-Taschenbuch-Verlag: Frankfurt/Main, 1998, 224 Seiten, DM 18,90.**

Nach der bayerischen Landtagswahl vom 13. September 1998 und der Bundestagswahl vom 27. September 1998 hat ein Prozeß des Nachdenkens darüber eingesetzt, wie und in welcher Konstellation die Unionsparteien künftig die Politik in Deutschland mitge-

stalten können. Der fulminante Sieg der CSU bei den Landtagswahlen und der Verlust der Regierungsmacht als Folge der Bundestagswahlen haben auch das Verhältnis von CDU und CSU in einen anderen Kontext gerückt. Haben sich die Gewichte innerhalb der Union für's erste zugunsten der CSU verschoben? Muß die CSU nun die Speerspitze der Opposition stellen? Bedeutet das Ende der Ära Kohl für die CDU nur eine kurze Übergangsperiode der Neuorientierung oder den Anfang eines langen Weges der Rückkehr zur Macht über Länder und Kommunen? Diese und andere Fragen, die zur Zeit in der Öffentlichkeit diskutiert werden, finden ihren Niederschlag bereits zum Teil in einer Reihe von Publikationen aus der Feder von Wissenschaftlern und politischen Publizisten. Einige dieser Texte sollen im folgenden kurz vorgestellt werden, um zu verdeutlichen, in welche Richtung die Debatte läuft.

Daß sich die Entwicklung von CSU und CDU unterscheidet, ist kein neues Phänomen. Ein neues Buch eines jungen Historikers beleuchtet die ersten

Jahre der CSU und macht darin deutlich, welcher mühsamer Weg der CSU bis zum Aufstieg als unangefochtene Regierungspartei in Bayern beschieden war. Dies kann gerade in der heutigen Zeit, in der Volksparteien als Selbstverständlichkeit oder sogar als mehr oder minder notwendiges Übel gesehen werden, nicht oft genug nachgezeichnet und betont werden. Wann immer als Zukunftsszenario ein Zerfall der Volksparteien prognostiziert wird, sollte nicht vergessen werden, daß ein solcher Zerfall (wenn er denn eintrete) sehr langsam vonstatten geht – der Neuaufbau einer Volkspartei aber mindestens ebenso langsam. Wie wird nun in diesem Werk die Frühgeschichte der CSU beschrieben und welche Lehren können daraus gezogen werden?

Seit einigen Jahren liefert das Münchner Institut für Zeitgeschichte immer wieder Beiträge zur wissenschaftlichen Aufarbeitung der Geschichte der CSU. Eines der wichtigsten Vorhaben in diesem Bereich war sicherlich die Edition der Vorstandsprotokolle und anderer Quellen zur Frühgeschichte der CSU (Die CSU 1945 – 1948. Protokolle und Materialien zur Frühgeschichte der Christlich-Sozialen Union, hrsg. von Barbara Fait und Alf Mintzel unter Mitarbeit von Thomas Schlemmer, München 1993). Alf Mintzel, Professor für Soziologie in Passau und Autor zahlreicher Publikationen über die CSU, hat diese Edition mitangestoßen und war auch an dieser beteiligt. Nachdem eine der Mitarbeiterinnen, Barbara Fait, schon vor längerer Zeit ein Buch über die CSU quasi als direktes Folgeprodukt dieser Edition vorgelegt hatte (Barbara Fait, Die Anfänge der CSU 1945 – 1948. Der holprige Weg zur Erfolgspartei, München 1995), legt

nun der zweite Mitarbeiter an diesem Projekt, Thomas Schlemmer, seine gedruckte Dissertation vor, die sich ebenfalls mit den ersten Jahren der CSU befaßt, aber zeitlich deutlich über die Edition und das Buch von Barbara Fait hinausgeht. Der Schwerpunkt der Studie liegt dabei auf der „innere(n) Entwicklung der CSU unter dem Landesvorsitz von Josef Müller und Hans Ehard“ (S. 4). Neben der Untersuchung der Programmatik, der Geschichte, der Parteiorganisation und des Apparates stehen die Analysen der Wahlergebnisse sowie des Führungspersonals der CSU in diesen Jahren im Vordergrund. Insofern kann man die Studie als einen Versuch einer immanenten Darstellung der Entwicklung der CSU in ihren ersten Jahren sehen, die für sie sowohl Jahre des Erfolgs als auch „Krisenjahre“ waren.

Nach der Einleitung behandelt das zweite Kapitel auf über 100 Seiten die Gründungs- und Entwicklungsphase der CSU 1945 und 1946. Darin werden zwar keine grundlegend neuen Erkenntnisse über die Gründung der CSU vermittelt, der Autor versteht es aber, in diesem Kapitel wie in der gesamten Darstellung wichtige Detailspektre ausführlich und verständlich darzustellen. Dies geschieht hauptsächlich dadurch, daß hier wie an anderen Stellen des Buches in voller Ausführlichkeit Archivmaterialien (nicht nur aus dem Institut für Zeitgeschichte, sondern vor allem aus dem Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung), die bisher nicht oder unter diesen Gesichtspunkten nur am Rande von der historiographischen und politikwissenschaftlichen Forschung beachtet worden waren, ausgewertet und in die Analyse mit



einbezogen werden. Schlemmer verdeutlicht erneut die Bedeutung regionaler Zentren für die Gründung der CSU sowie neben der bayerischen Frage und dem christlichen Sammlungsgedanken die prägende Kraft der totalitären Erfahrung großer Teile der neuen CSU-Eliten sowie (nicht zuletzt daraus resultierend) der Furcht vor neuem Sozialismus und Kommunismus als gemeinsamen Nenner der Führungsschicht der entstehenden CSU. Als wichtiger Beitrag zur Forschung kann mit Sicherheit (in diesem Kapitel wie in anderen Teilen des Buches) der Versuch der soziologischen Beschreibung des Führungspersonals der CSU in diesen Jahren gelten. So wird die Schicht der führenden Funktionäre der CSU unter verschiedenen Kriterien wie Parteizugehörigkeit vor 1933, Konfessionszugehörigkeit, Altersstruktur, Berufsgruppenschichtung und parteipolitische Aktivitäten aufgeschlüsselt (S. 41ff.). Dieses Vorgehen bietet die Möglichkeit, einige der innerparteilichen Konfliktsituationen, die ja aus der Forschung hinlänglich bekannt sind, neu und besser bewerten zu können. Aber auch die beteiligten Personen wie z. B. Josef Müller, Fritz Schäffer, Alois Hundhammer und Michael Horlacher werden in der Darstellung der innerparteilichen Debatten um die politische und strategische Orientierung der CSU ausführlich gewürdigt.

Das dritte Kapitel behandelt den Dualismus zwischen Partei und Fraktion 1946 – 1948. In diesen Jahren eskalierte der Konflikt zwischen der mächtigen Fraktion im bayerischen Landtag und dem immer weiter in die innerparteiliche Isolation geratenden Parteivorsitzenden Josef Müller. Auch nach

der Ablösung Müllers durch Hans Ehard im Amt des Parteivorsitzenden verschwand dieser Gegensatz nie ganz. Schon die CSU-Fraktion in der verfassunggebenden Landesversammlung konnte der Parteivorsitzende Müller nicht hinter sich bringen. Die bekannten inhaltlichen Spannungen innerhalb der CSU-Fraktion (wie z. B. in der Frage eines eigenen bayerischen Staatspräsidenten) verschärften diese Divergenzen noch weiter. Interessant ist das Ergebnis, das Schlemmer bei der Analyse der Berufsgruppenschichtung von Landtagsfraktion und Landesvorstand im Dezember 1946 präsentierte. Bei allen Unterschieden zwischen dem von Josef Müller dominierten Landesvorstand und der Landtagsfraktion ist in beiden Gremien die Dominanz der im Öffentlichen Dienst Beschäftigten sowie der Berufspolitiker auffällig – offensichtlich also kein neues Phänomen (S. 162). Desweiteren zeichnet der Autor überzeugend nach, wie Josef Müller, der im Landesvorstand noch einen nicht unerheblichen Einfluß hatte behalten können, samt der ihm nahestehenden Personen bei der Regierungsbildung in Bayern ausgeschaltet wurde. Ministerpräsident wurde bekanntlich im Dezember 1946 Hans Ehard, der schließlich Josef Müller auch als Parteivorsitzenden beerben sollte.

Auf der Basis solider Auswertung breiter Archivmaterialien zeichnet Schlemmer eindrucksvoll nach, wie nahe die CSU im Sommer 1947 sogar an einer Spaltung war. Auch nach dem Ausscheiden der SPD aus dieser Koalitionsregierung am 14. September 1947 änderte sich an der innerparteilichen Spannungssituation nicht viel. Insofern war es nur eine Frage der Zeit, bis

Josef Müller als Parteivorsitzender gestürzt werden würde. Der Sturz selbst und die Ereignisse, die dazu führten, werden im vierten Kapitel ebenfalls sehr ausführlich behandelt. Die Intensität dieser innerparteilichen Führungskämpfe vor dem Hintergrund der Wahl-niederlagen durch den Erfolg der neu aufgetretenen Bayernpartei macht deutlich, wie dramatisch die Lage in dieser Zeit wirklich war. Hinzu kam der Zusammenbruch des Parteiapparats nach der Währungsreform: Der Autor zeichnet im Detail nach, wie desolat es nicht nur um die Organisation der Partei in der Fläche, sondern auch um die Landesleitung in München stand. Angesichts des organisatorischen und finanziellen Chaos ist es mehr als erstaunlich, daß sich doch noch so viele engagierte Politiker und Mitarbeiter fanden, die diese Schwächen mit viel Einsatz und Idealismus wettmachen konnten. Auch der junge Franz Josef Strauß brauchte einige Monate, um das Amt des Generalsekretärs wirklich antreten zu können (S. 263).

Ausführlich und ebenfalls auf der Basis intensiver Quellenauswertung beschreibt Schlemmer schließlich den Sturz Müllers als Parteivorsitzender und seine Ablösung durch Hans Ehard. Dessen Amtszeit behandelt das fünfte Kapitel mit dem Titel „Befriedung und Stagnation“. Bald wurde jedoch deutlich, daß allein durch das Auswechseln des Parteivorsitzenden noch keineswegs die strukturellen Probleme gelöst waren, die die Partei plagten. So war es denn auch kaum überraschend, daß auch das Ergebnis der Bundestagswahl am 14. August 1949 zu einem „Desaster“ (S. 355) wurde. Die alten Konfliktlinien in Bayern blieben bestehen (vor allem die Konkurrenz durch die

Bayernpartei und die ungelöste Frage nach der Führungskraft im bürgerlich-konservativen Lager). Es verschärften sich darüber hinaus auch die Konflikte zwischen der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag und der bayerischen CSU. Schlemmer kommt zu dem zusammenfassenden Ergebnis, daß es bis 1954 „nicht zu einer effektiven Koordinierung von Bundes- und Landespolitik“ gekommen sei (S. 396). Auch mit der Neuorganisation der Partei ging es offenbar in der Ära Ehard, der sich stets mehr als Ministerpräsident denn als Parteivorsitzender sah, nicht recht voran. Der Autor konstatiert sogar einen weiteren „schleichenden Verfall der Parteiorganisation“ (S. 431). Im Detail wird dargelegt, wie nach wie vor die desolaten Parteifinanzen sowie die rückläufigen Mitgliederzahlen den Aufstieg der CSU behinderten, auch wenn die Arbeit gerade von Franz Josef Strauß und Fritz Zimmermann im organisatorischen Bereich erste Früchte zeigte. Schon kurz vor dem Amtsantritt Hanns Seidels als Parteivorsitzender im Januar 1955 hatte ein „beschleunigter innerparteilicher Elitenwechsel“ (S. 483) eingesetzt, der dann spätestens nach dem Ende der „Viererkoalition“ 1957 den Aufstieg der CSU zur dominierenden politischen Kraft in Bayern einläutete.

Der Band wird beschlossen mit einem Anhang, in dem sich zunächst eine ausführliche Zusammenstellung der Führungselite der CSU dieser Jahre findet. Es folgt ein Kapitel zum Forschungsstand und der Quellenlage zur Geschichte und Struktur der CSU sowie ein ausführliches Quellen- und Literaturverzeichnis, ein Abbildungsverzeichnis sowie ein Personen- und Ortsregister.

Schlemmers Buch hinterläßt insgesamt durchaus einen positiven Eindruck. Waren die wichtigen Entwicklungslinien der frühen Geschichte der CSU schon bekannt (vor allem auch durch in den letzten Jahren erschienene politische Biographien führender Politiker dieser Zeit), so gelingt es Schlemmer doch, die politische Geschichte der CSU quasi aus der Binnenperspektive heraus auf der Basis der Auswertung breitester Quellenbestände nachzuzeichnen. Dies hat zur Folge, daß einige der wesentlichen Entwicklungen durch die sehr detailgetreue Beschreibung umfassend gewürdigt werden. So kommen in der Tat einige interessante neue Perspektiven zustande. Dies gilt allerdings mit der Einschränkung, daß die ersten Jahre um einiges ausführlicher behandelt werden als der Zeitraum ab 1949 und vor allem nach 1951. Manche Binnenentwicklung, die für die ersten Jahre äußerst detailliert behandelt wurde, gerät gerade im fünften Kapitel über die Ära Ehard gelegentlich etwas summarisch. Dies soll aber keineswegs die Leistung des Autors schmälern, der mit diesem Buch gewiß einen bedeutenden Beitrag zur Erforschung der frühen Geschichte der CSU geleistet hat.

Dennoch bleibt die Frage der Perspektive: Eine derartige mikroperspektivisch-deskriptive Analyse der CSU-Geschichte aus den vorhandenen Quellen heraus, die sich derart auf die Binnenentwicklung der Partei konzentriert, muß natürlich zwangsläufig andere Bezugsrahmen etwas vernachlässigen. So kommen etwa die Interaktionen der CSU mit anderen Parteien (mit Ausnahme gelegentlich der Bayernpartei) fast nicht vor. Generell wird durch diese Perspektive die Einbettung

der CSU in das politische Geschehen dieser ereignisreichen Nachkriegsjahre sowohl in Bayern wie auch in den Ländern anderer Besatzungszonen sowie der überzonalen politischen Entwicklungen vernachlässigt. So überzeugend diese Vorgehensweise die innere Entwicklung der Partei nachzeichnet, so sehr bleiben insbesondere beim Nicht-Fachhistoriker als Leser Fragen, wie sich diese Befunde denn in das Gesamtbild der politischen Nachkriegsgeschichte Deutschlands einbauen lassen. Eigentlich wird nicht so recht klar, wieso eine solche Partei mit all den beschriebenen Binnenproblemen und strukturellen Schwächen in diesen Jahren dennoch so ein Erfolgsmodell werden konnte. Das Buch Schlemmers ist daher eher ein Beitrag struktureller Analyse der ersten Jahre des deutschen Parteiensystems als eine politische Geschichte der CSU dieser Jahre. Eine Darstellung, die auf der Basis detaillierter Quellen- und Literaturlauswertung für den heutigen Leser überzeugend beschreibt, wann und warum eine Partei wie die CSU mit welchem Angebot auf den politischen Markt kam und darin reüssierte, bleibt ein Desiderat. Nichts anderes also, als eine moderne politikwissenschaftliche und zeithistorische Analyse auch für die Parteien unserer Tage liefern müßte.

Die CSU der Gegenwart zu analysieren verspricht ein neues Buch von Alf Mintzel, dem „Ahn“ der politikwissenschaftlichen Erforschung der CSU. Unmittelbar nach der Bundestagswahl erschien er mit einem neuen Werk auf dem Markt, das verspricht, die Ursachen der CSU-Hegemonie in Bayern aufzudecken sowie über deren künftigen Bestand nachzudenken. Mintzel stellt klar, daß er unter CSU-Hegemo-

nie versteht „eine durch demokratische Wahlen legitimierte Dominanz, die sich während der letzten 33 Jahre der Alleinregierung zu einer politisch-kulturellen Hegemonie verfestigt hat.“ (S. 12) Er betont, daß die Wahlen vom September 1998 zu einer Zäsur auch in der Geschichte der CSU geführt haben. Angesichts des Endes der Ära Kohl bei den Bundestagswahlen und des triumphalen Ergebnisses der CSU bei den Landtagswahlen vom 13. September kommt Mintzel zu dem Schluß, daß die bayerisch-konservative „Korrekturfunktion“ in Bonn und später in Berlin vor allem an den bayerischen Ministerpräsidenten und neuen CSU-Vorsitzenden Edmund Stoiber falle. „Dies bedeutet nach der Bonner Wende einen doppelten Machtzuwachs bei der Person des bayerischen Ministerpräsidenten, durch den Landesvorsitz und durch seine Rolle als indirekter ‘Steuermann’ der CSU-Landesgruppe.“ (S. 15) Im folgenden bietet der Band allerdings weitgehend bekannte Ergebnisse der Forschungen des CSU-Kenners Alf Mintzel. Der Teil A mit dem Titel „Bayern und die CSU – Aufstieg zur Hegemonialpartei“ faßt im wesentlichen frühere Arbeiten Mintzels zusammen. Dort werden zunächst die regionalen politischen Traditionen und ihre Zusammenhänge mit der CSU-Hegemonie in Bayern untersucht. Es folgt ein kurzer Abschnitt über Symbolwelten und Sinnwelten der politisch kulturellen Hegemonie, wobei am Ende des 20. Jahrhunderts die Frage gestattet sein muß, ob der Autor nicht Phänomenen wie der Marienverehrung und dem Marienkult in diesem Zusammenhang etwas zu viel Bedeutung beimißt. Schließlich wird in diesem ersten Kapitel versucht, die institutionelle Doppelrolle der CSU anhand be-

stimmter Politikfelder der letzten 30 Jahre zu verdeutlichen, was naturgemäß etwas knapp und mit Sicherheit nicht vollständig ausfallen muß. Angesichts des Titels des Buches ist doch etwas überraschend, daß sich die folgenden Teile sehr ausführlich mit den Konkurrenzparteien der CSU in Bayern beschäftigen. So befaßt sich Teil B auf fast 100 Seiten mit den Schwächen und der Stagnation der SPD in Bayern, was Mintzel ebenfalls in anderen Publikationen bereits im wesentlichen genauso herausgearbeitet hatte. Teil C widmet sich auf immerhin noch 40 Seiten der FDP in Bayern und ihrem „Abstieg in die Bedeutungslosigkeit“. Der letzte Teil D behandelt dann auf allerdings wiederum nur 30 Seiten die Frage, ob ein Ende der CSU-Hegemonie in Sicht sei. Mintzel kommt dabei zu dem Schluß, daß auch nach der rot-grünen Regierungsübernahme auf Bundesebene ein Ende der CSU-Hegemonie in Bayern in absehbarer Zeit nicht zu erwarten sei. Die Hegemonialpartei CSU, so Mintzel, könne sich nur selbst gefährden. „Der CSU droht die Hauptgefahr paradoxerweise von ihren eigenen Erfolgen, die sie empfänglich für Gefälligkeiten und unempfindlich für Veränderungen im öffentlichen Bewußtsein gemacht haben.“ (S. 259) Die Stärke der CSU in Bayern sei auch die Schwäche der anderen Parteien in diesem Lande, was zur Aufrechterhaltung der Asymmetrie der politischen Stärkeverhältnisse in Bayern noch beiträgt. Nach 1990 habe die CSU ihre institutionelle Doppelrolle erfolgreich aufrechterhalten können, was ihr auch nach der Bundestagswahl vom September 1998 gelingen werde. Die CSU müsse die Speerspitze der Opposition sein, von einer Neuaufgabe einer „Sonthofener Konfrontationsstrategie“

(S. 267) rät Mintzel jedoch ab. Der „High-Tech-Modernisierungsschub unter Edmund Stoiber“ (S. 267) habe erheblich zum Triumph der bayerischen Landtagswahl 1998 beigetragen und werde auch künftig ein wesentlicher Faktor für die Erfolge der CSU in Bayern sein. Insbesondere unter den Vorzeichen eines von linken Regierungen geführten Europas werde das „Projekt Bayern“ ein interessantes Beispiel für ein technologisches Modernisierungskonzept unter konservativen Vorzeichen bleiben (S. 283). Den Band beschließt ein Literaturverzeichnis sowie verschiedene Register, u.a. auch ein knappes Personenregister.

Angesichts der Tatsache, daß sich Mintzel bei diesem Buch weitgehend auf bereits bekannte und publizierte Forschungsergebnisse stützt, ist es weniger für Politikwissenschaftler denn für ein breiteres Publikum oder Vertreter anderer wissenschaftlicher Richtungen interessant. Einerseits hat der Autor recht, wenn er unter dem Signet der „CSU-Hegemonie“ auch ausführlich auf die strukturellen Schwächen der Oppositionsparteien in Bayern eingeht. Andererseits ist insofern der Titel des Buches natürlich etwas irreführend, wenn sich nur etwa die Hälfte des Buches mit der CSU selber beschäftigt und insbesondere die jüngere und jüngste Phase ihrer Parteigeschichte sowie die prognostischen Elemente sehr knapp ausfallen. Dennoch ist es ein interessantes Buch für alle, die sich über den Tag hinaus mit den langfristigen strukturellen Rahmenbedingungen bayerischer Politik und der speziellen Sonderrolle der CSU im deutschen Parteiensystem beschäftigen wollen. Allerdings ist auch offensichtlich, daß insbesondere die jüngere Ge-

schichte der CSU nach dem Tod von Franz Josef Strauß bei weitem nicht mit derselben historischen und politikwissenschaftlichen Intensität untersucht wurde wie die Jahre zuvor. Auch dieses neue Buch von Alf Mintzel kann diese Lücke nicht wirklich füllen. Nicht nur für die Parteipolitiker selbst, sondern auch für die Wissenschaftler wird es höchst interessant sein zu sehen, wie es einer „Hegemonialpartei“ wie der CSU in Zukunft gelingen wird, angesichts immer rasanterer Veränderungen in der Gesellschaft, im Medienbereich, in den ökonomischen sowie den kulturellen Rahmenbedingungen bayerischer und deutscher Politik ihre einzigartige Politik aufrecht zu erhalten. Auch die Konflikte, die die institutionelle Doppelrolle der CSU mit sich bringt, werden in Zukunft angesichts der intensivierten europäischen Einigung möglicherweise sich noch einmal anders gestalten als bis Mitte oder Ende der 80er Jahre. Dies hat sich zum Teil schon in den letzten Legislaturperioden angedeutet, ist aber gerade von der politikwissenschaftlichen Forschung noch nicht im Detail aufgearbeitet worden. Schließlich ist auch der Begriff der Hegemonie ambivalent: Dies ist dem Autor bewußt und deswegen definiert er ihn auch in einer sinnvollen Art und Weise. Allerdings besteht schon die Gefahr, daß durch unkritische Übernahme dieses Begriffs, z.B. von Journalisten, ein Bild der Statik und Immobilität suggeriert wird, das der Realität nicht gerecht wird. Die CSU selbst wäre schlecht beraten, wenn sie sich darauf verlasse, zu glauben, daß sie hegemonial herrsche und bestenfalls durch extreme Fehler ihrerseits diese Herrschaft gefährden könne. Die enormen politischen, sozialen und ökonomischen Veränderungen in Bay-

ern wie in Deutschland machen es tendenziell schwieriger, aber – und da hat Mintzel absolut recht – mit Sicherheit nicht unmöglich, stets auf's Neue diese „Hegemonialstellung“ zu untermauern. Dies ist aber von Wahl zu Wahl in diesen Zeiten wohl eher das Ergebnis rationaler Sachpolitik denn der Ausfluß quasi gottgegebener struktureller Mehrheitsverhältnisse. Insofern sind die Rahmenbedingungen für die CSU heute und in den nächsten Jahren in der Tat nicht mehr dieselben, wie sie Mintzel für die 70er und teilweise auch noch die 80er Jahre so treffend analysiert hat. Dies wird in Mintzels Buch auch deutlich, sollte aber durch künftige Forschungen noch klarer umrissen und vertiefter analysiert werden. Alles in allem ist Mintzels Buch ein interessantes Werk, das eine gelungene Synopse seiner Forschungen über die CSU in den letzten Jahrzehnten bietet. Wenn sich der Verlag noch ein paar Wochen mehr Zeit gelassen hätte, dann hätten vielleicht auch einige Schaubilder besser reproduziert und manche Druckfehler ausgemerzt werden können.

Mit dem Partner der CSU im Unionslager befassen sich zwei weitere Bücher, die hier ebenfalls einbezogen werden sollen. Horst Poller, Verleger und Publizist, sieht sich nicht zuletzt durch seine 40jährige CDU-Mitgliedschaft quasi als teilnehmender Beobachter angesichts der Entwicklung der CDU vor allem im Wahljahr 1998 aufgerufen, eine zusammenfassende Bewertung der Entwicklung seiner Partei zu geben. Dabei stützt er sich auf vorhandene wissenschaftliche Literatur, wertet Berichte, vor allem der Printmedien, aus und liefert so im Ergebnis eine gut lesbare populärwissenschaft-

liche Zusammenfassung zahlreicher Entwicklungstendenzen der CDU in den letzten Jahren und Jahrzehnten. Man merkt dem Autor durchaus seine Verärgerung über einige der von ihm beschriebenen Entwicklungen an, was einer rein wissenschaftlichen objektiven Analyse gelegentlich im Wege stehen mag. Andererseits liefert er so eine sachkundige und vor allem durchaus verständliche Reaktion eines durch verschiedene interne Entwicklungen in der Partei seit längerer Zeit der CDU immer mehr entfremdeten Mitglieds bürgerlich-mittelständisch-unternehmerischer Provenienz. Insofern wäre es zu tief gegriffen, Pollers Buch als Einzelmeinung eines verärgerten Mitglieds abzutun, das noch dazu über kein Mandat in seiner Partei verfüge. In diesem Buch bricht sich der Unmut über diverse Entwicklungen Bahn, der sich in weiten Kreisen der Union seit längerem aufgestaut hatte. So rät Poller der CDU, als Reaktion auf das Wahlergebnis, durch das die CDU, gemessen an Wählerstimmen, um 50 Jahre zurückgeworfen worden sei (S. 20), die Mitte neu zu gewinnen. Das gehe aber nur mit einem überzeugenden Zukunftsprojekt, das auf dem konservativen Grundwert der Freiheit aufbaue. „Aber es ging der CDU in den letzten Jahren wohl nicht mehr sehr um konservative Überzeugungen, sondern mehr um den bloßen Machterhalt mit taktischen Mitteln“ (S. 34). Die CDU müsse zu einem überzeugenden, freiheitlichen Gesellschaftsentwurf zurückfinden und sich vor allem auf die Soziale Marktwirtschaft neu besinnen. Die CDU, so Poller, müsse sich entscheiden, ob sie konsequenter als bisher wieder dem Leitbild Ludwig Erhards zu Freiheit und Selbstverantwortung folgen wolle. Während ihrer

Regierungszeit habe sie die Chance, große Reformen zu konzipieren und durchzusetzen, im Grunde ungenutzt verstreichen lassen. Der Autor macht auch keinen Hehl daraus, daß er den langjährigen Vorsitzenden und Bundeskanzler Helmut Kohl für verantwortlich für verschiedene dieser negativen Entwicklungen hält. Bei allen historischen Verdiensten um die Erreichung der deutschen Einheit habe er, so Poller, bedauernswerterweise eine negative innenpolitische Bilanz hinterlassen. Unter dem Vorsitz Helmut Kohls vollzog sich in der CDU eine Sozialdemokratisierung, die, so der Autor, die Unterschiede zur SPD zunehmend ein ebnete und auf Grund dieser Linkverschiebung dem Wähler keine klare Alternative mehr bot. Die CDU sei zu einem Kanzlerwahlverein degeneriert. Die späte erneute Entscheidung von Helmut Kohl, nochmals als Bundeskanzler zu kandidieren und die fehlende innerparteiliche Debatte über die Spitzenkandidatur sieht er dabei als besonders problematisch an. Um von diesem Zustand wieder wegzukommen, empfiehlt Poller der CDU, sich zu öffnen – für die Mitglieder und für die Bürger. Die CDU müsse wieder diskutieren lernen und die Meinungsbildung von der Basis her betreiben und sie müsse vor allem das bestehende Defizit an innerparteilicher Demokratie überwinden. Die Basis müsse mehr Gewicht bekommen. Poller fordert auch, das Delegiertensystem durch eine Entscheidungsstruktur zu ersetzen, die die Mitglieder stärker einbezieht. Neben vielen bekannten Krisensymptomen, die der Autor beschreibt, ist die letzte Forderung vielleicht die interessanteste im Hinblick auf mögliche Umstrukturierungen innerhalb der Union. Es wird interessant sein zu se-

hen, inwieweit diese Forderung nach Ausweitung innerparteilicher Mitbestimmung durch die Basis und damit einer Entmachtung der Delegiertenstrukturen in Zukunft von Wissenschaft und Publizistik wieder aufgegriffen wird, nachdem die Debatten um innerparteiliche Urwahlen und Plebiszite in den letzten Jahren doch sehr stark zurückgegangen sind. Möglicherweise liegt darin ein überlegenswerter Ansatz, um der von anderen Autoren immer wieder beschriebenen Tendenz zur „Bonapartisierung“ der deutschen Parteien (d.h. der Herrschaft von oben unter Umgehung „gewachsener“ Parteistrukturen sowie teilweise auch der Basis mittels der Medien) zu entgegen und dieser entgegenwirken zu können.

Auch das letzte Buch befaßt sich mit der CDU nach Kohl: Ein insgesamt gelungenen und sehr aktueller Sammelband (er erschien unmittelbar nach der letzten Bundestagswahl) ist das von Tobias Dürr und Rüdiger Soldt herausgegebene Taschenbuch, das mit einer ganzen Reihe meist jüngerer Autoren einen durchaus lesenswerten Überblick über Zustand und mögliche Entwicklungsperspektiven der CDU liefert. Interessant ist dabei, daß die meisten Artikel nicht aus einer CDU-Perspektive, sondern eher aus einer gewissen kritischen Distanz heraus verfaßt wurden. Alle Artikel sind jedoch fair und zu meist voller Sachkenntnis geschrieben und bemühen sich um ein großes Maß an Objektivität. Die Zusammenstellung der Autoren bringt daneben eine Mischung aus wissenschaftlicher und journalistischer Perspektive mit sich, was in der Summe zur Lesbarkeit des Bandes sehr beiträgt. Auch wenn so keine wissenschaftlich abschließende Gesamtdarstellung der Situation der

CDU nach den Bundestagswahlen herauskommen konnte, ist das Vorhaben der Herausgeber sehr lobenswert. „Von der üblicherweise naserümpfend gewährten Distanz zwischen Politikwissenschaft und politischer Publizistik, zwischen Akademie und Journalismus halten wir nicht viel“ (S. 9). Da solch ein Anspruch in Deutschland nach wie vor eher selten ist, finden sich auch relativ wenige Publikationen solcher Art und daher füllt ein solches Buch durchaus eine Lücke.

Tanja Busses Aufsatz mit dem Titel „16 Jahre sind kein Leben“ bietet ein – allerdings durchaus interessantes – Stimmungsbild über junge Menschen, die in Junger Union und RCDS aktiv sind. Der folgende Aufsatz von Hans Monath mit dem Titel „Zeitgeistsurfing als Karrierestrategie“ versucht dagegen eine etwas systematischere Einordnung des politischen Werdeganges und der Karrierestrategien junger Nachwuchspolitiker der CDU. Auch bei diesen Nachwuchspolitikern und vor allem bei den sogenannten Jungen Wilden hält Hans Monath dabei die Frage auch künftig für angebracht: „Hält die Empfänglichkeit der Nachwuchspolitiker für Stimmungen und Entwicklungen der Gesellschaft an, wenn sie gefangen sind von der Notwendigkeit, ihre Aufmerksamkeit mehr Techniken der Machtsicherung zu widmen als der Kommunikation mit dem Neuen?“ (S. 9). Christoph Wagner zeichnet in seinem Aufsatz „Pizza-Connection“ die manchmal etwas verqueren Versuche junger CDU-Politiker zur Annäherung an die Grünen nach. Insgesamt sieht er diese Versuche wohl eher als vertane Chance an, die sich in Zukunft so schnell auch nicht wieder stellen werde, da die Grünen wohl nun auf

absehbare Zeit an die SPD als Koalitionspartner gebunden sein werden. Franz Walter und Frank Bösch geben in ihrem Aufsatz „Das Ende des christdemokratischen Zeitalters?“ einen gelungenen Überblick über die wesentlichen Faktoren, die dazu geführt haben, daß die Union über so viele Jahre in der deutschen Nachkriegsgeschichte bestimmende politische Kraft sein konnte. Sie sehen dabei die CDU insgesamt als Teil eines gesamt-europäischen Trends, der in anderen europäischen Ländern und nun auch in Deutschland ein Schrumpfen der Wahlergebnisse für christlich-demokratische Parteien gebracht hat. Die „Erosion des Katholizismus“ und vor allem die „Desintegration des Bürgertums“ sehen die Autoren als entscheidende Ursachen dafür an, daß die Integrationskraft der Christdemokraten in Europa und auch in Deutschland erkennbar geschwunden sei. Bernd Ulrich stellt in seinem Artikel Überlegungen darüber an, welche Rolle Christentum und Konservatismus künftig für die CDU spielen könnten. Mehr wissenschaftlich-systematisch ist wiederum Peter Lösches Beitrag mit dem Titel „Kanzlerwahlverein? Zur Organisationskultur der CDU“, in dem er davor warnt, Geschichte und Gegenwart der CDU auf die Rolle eines solchen Kanzlerwahlvereins zu reduzieren. Die CDU sei stets weit mehr gewesen, sonst hätte sie – wie jede andere Volkspartei auch – nicht über Jahrzehnte hinweg im Bund, in Ländern und in Kommunen regieren können. Daher kann es kaum überraschen, daß Lösche die CDU auch organisatorisch für die Zeit nach Kohl im Prinzip für gut vorbereitet hält. Gleichzeitig macht er aber auch deutlich, daß die Erosion zweier wichtiger Faktoren für



die politische Machtfähigkeit der CDU, nämlich das „C“ sowie der Antikommunismus der Nachkriegszeit, für die CDU durchaus ein Problem darstellen und sie vor die Notwendigkeit stellen, künftig neue integrierende Faktoren über die Macht hinaus zu formulieren. Es folgen zwei interessante Studien von Tobias Dürr über die Hamburger CDU sowie von Konrad Schuller über die Berliner CDU, die natürlich kein repräsentatives Gesamtbild für die gesamte CDU bilden können, aber jeweils gut lesbare und sehr informative Panoramen der Stärken und Schwächen der Partei in diesen beiden Großstädten bieten. Rüdiger Soldt liefert einen eher systematischen, ebenfalls wohlinformierten und gut geschriebenen Aufsatz über die Union in Ostdeutschland, während der nächste Beitrag von Nils Klawitter über die Christdemokraten im Eichsfeld ein journalistisches Stimmungsbild über eine katholische Enklave in den neuen Bundesländern bietet. Der einzige Aufsatz, der sich mit der CSU beschäftigt, ist der von Dominik Wichmann, einem Redakteur der Süddeutschen Zeitung. Er muß in einem Beitrag quasi das vollbringen, was der restliche Band in seiner Gesamtheit versucht, nämlich wissenschaftliche und journalistische Analyse zusammenzuführen.

Dies gelingt ihm insgesamt auch ganz gut, auch wenn in einem solchen, doch recht umfassend angelegten Sammelband zur gegenwärtigen und künftigen Lage der CDU die CSU vor allem unter systematischen Gesichtspunkten auch noch mit ein oder zwei Beiträgen mehr hätte behandelt werden können. Vor allem die delikatsten Wechselwirkungen zwischen CSU und CDU, die auch in den nächsten Jahren noch

beobachtenswert sein werden, wären eine vertiefte Analyse wert.

Die restlichen Aufsätze widmen sich der CDU und ihrer Handhabung einzelner Politikfelder. Der Beitrag von Jochen Thies mit dem Titel „Kein Nachwuchs in Sicht“ macht sehr kenntnisreich deutlich, welche Lücke nach Helmut Kohl in der CDU unter den Außenpolitikern entstanden ist und wie schwierig es sein wird, diese bald zu füllen. Der Beitrag von Robert Misik über die Europapolitik der CDU nach und ohne Helmut Kohl ist gut geschrieben, aber leider etwas knapp geraten. Jeweils gut fundiert und sehr kenntnisreich die beiden Beiträge von Mechthild Jansen über „Die CDU und die Frauenpolitik“ sowie Wolfgang Schroeder über den „Arbeitnehmerflügel nach der Ära Kohl“. Beide liefern eine gute Bestandsaufnahme und deuten realistische Szenarien für die weitere Entwicklung an. Mechthild Jansen kommt dabei zu der Schlußfolgerung, daß die CDU den Zenit ihrer Hegemoniefähigkeit bei den Frauen eher überschritten habe und Wolfgang Schroeder hält zwar das Bedeutungsloswerden des Arbeitnehmerflügels für unwahrscheinlich, hält aber sein langfristiges Überleben davon abhängig, daß es der CDU gelinge, in den Bereich der „neuen Dienstleistungs- und Industriearbeit einzudringen“ (S. 190). Severin Weiland gibt in seinem Beitrag einen lesenswerten Überblick über die Versuche der CDU in Berlin, türkischstämmige Mitbürger als Mitglieder zu gewinnen. Über den Berliner Fall hinaus (wo diese Frage allerdings sicher mit am virulentesten sein dürfte) wird die Frage der Integration neuer Mitglieder aus anderen Herkunftsländern in der Zukunft für die CDU ob mit

oder ohne doppelte Staatsbürgerschaft so oder so eine wichtige Frage darstellen. Der Beitrag zeigt, daß von beiden Seiten Bereitschaft da ist, aufeinander zuzugehen, daß aber noch eine große Wegstrecke zu gehen ist, bevor Türken mit deutschem Paß in größerer Zahl die CDU als ihre politische Repräsentation sehen werden. Der Band wird beendet durch einen eher feuilletonistischen Aufsatz von Susanne Gaschke über die Linke und die CDU.

Der Band von Tobias Dürr und Rüdiger Soldt ist in lobenswerter Schnelligkeit nach den Bundestagswahlen entstanden und daher von hoher Aktualität. Er ist natürlich kein abschließender wissenschaftlicher Sammelband zu Geschichte, Gegenwart und Zukunft der CDU, ist aber bei weitem mehr als eine Eintagsfliege. Die Konzeption des Bandes überzeugt ebenso wie die Auswahl der Autoren, die ihre Materie beherrschen und dazu flott und lesbar schreiben. Wenn zu grundsätzlich politisch bedeutenden wie tagespolitisch interessanten Themen solche Sammelbände so rasch und noch dazu zu einem so vertretbaren Preis herausgebracht werden, verdient dies auch deswegen Lob, weil diese Art wissenschaftlicher publizistischer Arbeit in Deutschland nach wie vor eher die Ausnahme als die Regel ist.

Viele der Beiträge aus diesen Büchern machen deutlich, wo in historischer

und politikwissenschaftlicher Perspektive die Stärken der Unionsparteien liegen. Die soziologischen, strukturellen und politischen Fundamente sind auch nach den Wahlen des Jahres 1998 nicht zusammengebrochen und können CDU und CSU noch lange tragen. Andererseits sind diese durch Erosionsprozesse gefährdet, die in ihren Kernwählerschaften leichtes, aber tendenziell kontinuierliches Abbröckeln des Wählerpotentials befürchten lassen. Die die Unionsparteien tragenden „Milieus“ verschwinden zwar nicht von heute auf morgen, reichen aber immer weniger dazu aus, um allein die Mehrheitsfähigkeit zu garantieren. Die Aufgabe, diese Erosionsprozesse so gut wie möglich zu begrenzen und gleichzeitig neue Wählerpotentiale zu mobilisieren, wird gelöst werden müssen, wenn die Unionsparteien wieder nach der Macht im Bund und in vielen Ländern greifen wollen. Die Mobilisierung wird künftig mehr von einzelnen Themen und darauf zugeschnittenen Aktionen ausgehen müssen, wie die Debatte um die Unterschriftenaktion gegen die doppelte Staatsbürgerschaft gezeigt hat. Dabei ist die Ausgangsposition der CSU in vielerlei Hinsicht günstiger als die der Schwesterpartei. Ob dies der CDU bei der Neuorientierung nach der Ära Kohl hilft, bleibt abzuwarten. Hinweise zur gemeinsamen strategischen Orientierung finden sich in diesen Büchern zuhauf.

# Das aktuelle Buch

**Roman Herzog: Zukunft bauen – Erziehung und Bildung für das 21. Jahrhundert, mit einem biographischen Essay herausgegeben von Michael Rutz, Deutsche Verlags-Anstalt Stuttgart, 1998, 255 S., 39,80 DM.**

Der Band gibt die Möglichkeit, vielbeachtete Reden von Roman Herzog, die er in seiner Amtszeit als Bundespräsident gehalten hat, nochmals in Ruhe nachzulesen. Die Publikation gliedert sich in einen Abschnitt über Erziehungsziele, in einen Teil zur Bedeutung der Bildung für unsere Zukunft und schließt mit Reden zur Forschungs-, Wissenschafts- und Hochschulpolitik ab, wobei er auch die internationalen Verflechtungen einbezieht. Der Herausgeber stellte dem Band eine Vita von Roman Herzog voran, in der neben seiner beruflichen Laufbahn sein Elternhaus und die dort vermittelten und gelebten Werte, die ihn prägten, beschrieben werden. Ein eigener Akzent wurde vom Herausgeber durch die Berücksichtigung von Ausführungen zum Kulturdialog gesetzt.

Roman Herzog behält in allen Reden die gesamte Bildungslandschaft im Blick und fordert, den Beitrag der Bildung zur Lösung der Zukunftsaufgaben, z. B. den Wandel zur Informationsgesellschaft, zur europäischen Einigung und zur Globalisierung ein. Deutlich spricht er die Defizite an, denn er sieht seine Rolle als Bundespräsident darin, auch unbequeme Fragen zu stellen, die zum Nachdenken über Lösungen anregen sollen. Seine Forderung nach Reformen, in die alle Bürger und Verantwortlichen einzubeziehen seien, fasst er zusammen: „Bildung ist mehr als die Grundausstattung für das Leben; sie ist persönlicher und gesellschaftlicher Dauerauftrag mit Anforderungen an jeden Bürger und an die Vermittler von Bildung gleichermaßen.“ (S. 145) Gleichzeitig mahnt er aber den Aufbruch an: „Wir haben kein Ideendefizit, sondern ein Handlungs- und Vollzugsdefizit.“ (S. 146) Er fordert gerade eine Abkehr von unserer Praxis, im Zuge eines Reformstaus die großen Verbesserungen zu entwerfen, anschließend aber im Stillstand zu verharren. Stattdessen erwartet er die ständige „Fortentwicklung des Bildungssystems (als) Daueraufgabe“. (S. 87)

Bildung hat für Roman Herzog nicht nur mit Wissen, sondern ebensoviel mit dem sozialen Zusammenleben zu tun. Diesen Zusammen-

hang läßt er in seinen Reden und Artikeln nie außer Acht.

In der in den Band aufgenommenen Rede am 5.11.1997 im Schauspielhaus am Gendarmenmarkt in Berlin fordert er den „Aufbruch in der Bildungspolitik“ (S. 67 bis 87) in einer **gesamtgesellschaftlichen Diskussion und für alle Bildungsbereiche**. „Wir müssen an die Inhalte unseres Bildungswesens herangehen! Ich rufe auf zu einem öffentlichen Diskurs über die Inhalte, die das 21. Jahrhundert bestimmen werden.“ (S. 71). Eingangs räumt er mit inhaltlichen wie strukturellen „Bildungs-Tabus“ auf, die eine umfassende Reform behinderten. Dazu zählt er den Mangel an Individualisierung und damit Förderung von Begabten und weniger Begabten ebenso wie die ungleiche Bewertung von praktischen und theoretischen Begabungen und die Lüge von der anstrengungsfreien Bildung ohne Notengebung. Die Schule müsse in zahlreichen Fächern Werte vermitteln und benötige dazu auch den Religionsunterricht, sei aber kein „Reparaturbetrieb für alle Defizite der Gesellschaft“ (S. 70), sondern benötige die Erziehung durch die Eltern. Er hält es für falsch, Bildungsinhalte einheitlich bürokratisch zu regeln und Bildung nur durch den Staat anzubieten.

Schließlich umreißt er sechs Bildungs-Ideale, die durch die Diskussion leiten könnten. Zum einen nennt er die Wertorientierung, die auch soziale Kompetenz wie etwa Toleranz und verantwortete Freiheit umfasse. Zum anderen zählt er den Praxisbezug dazu, der die Aufsplitterung in Spezialgebiete überwindet und fächerübergreifend mit breitem Grundwissen, mit flexiblen Ausbildungsgängen in der beruflichen Bildung und Berufsorientierung in den Hochschulen – auch durch mehr Career-Centers – auf die Lebens- und Berufswelt vorbereitet. Zum dritten Ziel der Internationalität gehört s.M.n. die Anerkennung der Hochschulabschlüsse, die Fremdsprachenvermittlung bereits in der Grundschule, der bilinguale Unterricht und der Auslandsaufenthalt, der in der Hochschule nicht durch verlängertes Studium bestraft werden dürfe. Um junge Forscher nicht ins Ausland abwandern zu lassen, müßten neue hierarchiefreie Arbeitsmöglichkeiten geschaffen werden.

Unter der von ihm gewünschten Vielgestaltigkeit versteht Roman Herzog für die Hochschu-



len eine Differenzierung und das Eingehen auf die Wünsche der Studierenden nach Berufsvorbereitung oder Persönlichkeitsbildung, nach gründlicher Vorbereitung auf eine Forschungstätigkeit oder nach Überblickkenntnissen. Eine Lösung sieht er in einem modularen Studienaufbau, der z. B. nicht jeden Juristen auf das Richteramt vorbereitet, sondern in einzelnen Abschnitten Abschlußprüfungen und/oder Spezialisierungen für den Beruf zuläßt. Allen Bildungseinrichtungen weist er die Pflicht zu, angesichts der Wissensexplosion den Weg zum lebenslangen Lernen zu vermitteln, auch den Hochschulen. Seinen fünften Wunsch nach Wettbewerb in der Bildung richtet er an die Schulen, die ihre unterschiedlichen Leistungen steigern könnten, wenn sie Mitsprache bei der Kollegenauswahl und im Mitteleinsatz hätten. Hochschulen sollten die bekannten Qualitätsunterschiede endlich zugeben und die Möglichkeiten der Effizienzsteigerung und Profilbildung durch mehr Autonomie erhalten. Die absichtlichen Lücken im neuen Hochschulrahmengesetz sollten von den Ländern nicht bürokratisch gefüllt werden. Vielmehr wären Chancen zu Experimenten und spezifischen Studiengängen zu nutzen, denn die „... Studenten werden mit ihren Füßen über die Qualität dieser Modelle abstimmen – und ihre Kriterien werden ihre eigenen sein, nicht die einer anonymen Verwaltung.“ (S. 85) Abschließend verlangt er vom gesamten Bildungssystem einen ökonomischeren Umgang mit der Zeit zur Abkürzung unserer Ausbildungsdauer in Schule wie Hochschule.

In den einzelnen Beiträgen der Publikation akzentuiert der Bundespräsident jeweils seine Reformvorstellungen.

Sein Anliegen, den aktuellen gesellschaftlichen Wandel zu bewältigen, formulierte er deutlich, als er zur „**Erziehung im Informationszeitalter**“ 1998 im Forum Nixdorf-Museum (S. 33ff.) sprach. Er fordert die Fortführung der begonnenen Bildungsreformen, wie er auch von der Politik erwartet, daß sie die Lebenschancen der Kinder durch Arbeitsplatzperspektiven verbessert. Die Vermittlung von „Lebenskompetenz“ verlangt er, zu der er die Eigenschaften zählt: „Selbständigkeit und Bindungsfähigkeit, Verantwortungsbereitschaft und Verlässlichkeit, Kreativität, Wahrnehmungsfähigkeit und Urteilskraft, Toleranz, Kultur- und Weltoffenheit“ sowie Gelassenheit, die unserer unsicheren Welt gewachsen zu sein habe. (S. 36) Den Umgang mit den neuen Medien hält er für eine wichtige Kompetenz, aber für ebenso wichtig hält er es, Ordnung in die Informationsflut zu bringen, was hohe Anforderungen an die Urteils- und Entscheidungsfähigkeit stelle. Gleichzeitig warnt er vor zuviel Mediennutzung der Kinder auf Kosten

des Spielens, des Lesens und der persönlichen Kommunikation. Die Bedeutung des sozialen Lernens betont er auch in diesem Zusammenhang, indem er vom Auftrag an die Schule sprach als „Ort ..., an dem Leidenschaft für die Demokratie und den Wert der Freiheit vermittelt wird.“ (S. 44) Er sieht eine Herausforderung der Bildungspolitik darin, den Begriff der Informationsgesellschaft inhaltlich zu füllen und nicht nur zu managen.

Herzog erwartet aber auch von der **Politik** allgemein und von der **Wirtschaft**, den **Wandel zu gestalten**. In einer Rede auf der BDI-Jahrestagung 1996 (S. 159ff.) forderte er sie auf, Perspektiven für unseren Sozialstaat zu entwickeln. Der Verlust von Arbeitsplätzen durch die Kommunikationstechnologien und die Altersstruktur unserer Gesellschaft erzwingt eine Reform des Sozialversicherungssystems vom Umlage- zum Kapitaldeckungssystem. Eine Beibehaltung des bisherigen Systems hält er nur für möglich, wenn die Lebensarbeitszeit verlängert, mehr Frauen Arbeitsverhältnisse erhalten, Einwanderungspolitik betrieben und die Wirtschaft Arbeitsplätze schaffen würde. Auch an die Teilnehmenden auf dem 13. Welt-Computer-Kongreß 1994 (S. 192ff.) richtete er die Forderung einer Kompensation des Arbeitsplätzeabbaus. Hier kam es ihm aber auch darauf an, im Blick auf das Verhältnis von Technologie und Ökologie die Umweltromantiker daran zu erinnern, daß die ökologischen Schäden aus der industriellen Revolution nur durch technologischen Fortschritt kompensierbar seien. Zum politischen Aspekt des Themas erinnerte er an die „emanzipatorische Qualität der Informatik“ (S. 196), die der weltweiten Demokratie diene, wenn sie auch immer durch Fundamentalisten – auch westliche – bedroht sei.

In den Band wurde auch ein Artikel zu Roman Herzogs Amtsantritt als Kultusminister von Baden-Württemberg (1978) aufgenommen, in dem er damals gegen den Zeitgeist euphorischer ideologischer Bildungsreformen Hessens und Nordrhein-Westfalens an „**Tugenden als Erziehungsziel**“ erinnerte (S. 53ff.). Er forderte ein Bekenntnis zur Vermittlung der Freiheit als eigenen Wert, die der Indoktrination entgegenzuhalten sei. Die Gefahr der pluralistischen modernen Gesellschaft auseinanderzudriften, benannte er sehr deutlich. Den „Zentrifugalkräften“ (S. 56) müsse mit zentripetalen Kräften begegnet werden, die von der Erziehung einzusetzen seien. Dazu zählte er die Förderung des Geschichtsbewußtseins, der friedlichen Konfliktbewältigung, aber auch die Erziehung zu den Tugenden der Liebe und Freundschaft, des Vertrauens und der Treue sowie zu Pflichterfüllung und Leistungsbereitschaft.

In einer Rede anlässlich des Jubiläums des 50jährigen Bestehens der Kultusministerkonferenz im Februar 1998 appellierte er u. a. an die **Schulaufsicht**, den Lehrern einen größeren Handlungsrahmen einzuräumen und ihrer Kompetenz zu vertrauen, Bildungsinhalte zu überprüfen und neue Lernmethoden zu erproben. Die im Jubiläumsjahr der KMK aufgekommene Diskussion über die Reformierbarkeit der KMK nahm der Bundespräsident auf. Er betonte in seiner Rede – auch als überzeugter Föderalist – die Gefahr, durch „zuviel regulierte Einheitlichkeit die Vielfalt (zu) verlieren“ (S. 102) und plädierte für ein Selbstverständnis der KMK als „Informationsdrehscheibe“ (S. 99) für viele kleine Experimente, die von ihr ausgewertet und weitergedacht werden sollten.

In seinen Reden, die unter das Stichwort „**Erziehen** – wozu?“ gestellt sind, forderte Roman Herzog Lehrer und Lehrerinnen auf, sich auf die Ziele der Schule zu besinnen, die zum einen Allgemeinbildung, Gemeinschaftserfahrungen auch mit ausländischen Jugendlichen wie auch neben der Theorie praktische Erfahrungen vermitteln solle. („Allgemeinbildung und Toleranz“, 1996, S. 47ff.). In vielen Reden betont er aber auch, daß die Eltern keinesfalls aus ihrer Erziehungsverpflichtung entlassen werden dürften.

Anlässlich des Festaktes zum 40jährigen Jubiläum der Friedrich-Naumann-Stiftung am 1. Juli 1998 ging er auf die **Rolle der politischen Bildung** in unserer Zeit ein und betonte ihre Bedeutung als Mittlerin zwischen Staat und Bürger mit dem Auftrag, den Konsens über die wechselseitigen Verpflichtungen zu befördern. Die sich wandelnde Beziehung zwischen Staat und Bürger auf stabilen Fundamenten unserer Demokratie zu bewahren (S. 90) und dennoch immer wieder neu zu klären und zu vermitteln, bleibe „Grundlage der Arbeit aller politischen Stiftungen“ (S. 89). Es erfreut eine Stiftungsangehörige, wenn sie liest, daß der Bundespräsident die Stiftungen nicht den leeren öffentlichen Kassen geopfert sehen will: „Sie verkümmern zu lassen, wäre Ausdruck einer fatalen politischen Kurzsichtigkeit, die uns noch einmal sehr teuer zu stehen kommen könnte. Wir brauchen genau das Gegenteil: Wir brauchen eine große politische Bildungsoffensive!“ (ebd.) Dies begründet er mit den wachsenden radikalen Parteien, deren Klientel nicht einfach als Protestwähler zu vernachlässigen sei, sondern vielmehr von der politischen Bildung erreicht werden müßte, um nicht „dauerhafte Subkulturen entstehen (zu lassen), deren Mitglieder (sich) aus dem gesellschaftlichen und demokratischen Konsens ausklinken.“ (ebd.) Roman Herzog erwartet von der politischen Bildung, daß sie Sprachfähigkeit fördert, Geschichtsbewußtsein

vermittelt und für die Demokratie wirbt. Differenzierte Sprachfähigkeit, die Inhalte transportiert und zum Dialog befähigt, hält er für eine der Voraussetzungen für Mündigkeit und auf der Seite der Vermittler für eine Voraussetzung für Überzeugungskraft. Aus dem Geschichtsbewußtsein leitet er die Fähigkeit ab, die Demokratie historisch und gestaltbar zu begreifen und daraus Zuversicht und Gelassenheit zu schöpfen. Unter dem Werben für Demokratie versteht er die Aufgabe der politischen Stiftungen, jenseits einseitiger Propaganda“... die ethischen Grundlagen (zu) vermitteln ... (und) ... Schulen demokratischen Denkens und Handelns, Übungsfelder für Zivilcourage und Gemeinsinn“ zu sein. (S. 92)

Auf die **Auslandsarbeit der Stiftungen** eingehend, bezieht der Bundespräsident ihre Bedeutung auf die, die internationale Arbeitsteilung begleitenden weltweiten Diskussionen über den Rechtsstaat, die Freiheit und die Menschenwürde. Demokratisches Bewußtsein an die Bevölkerung zu vermitteln, ermögliche die Projektarbeit. Er sieht die politischen Stiftungen aber auch als Mittler in der internationalen Diskussion über Wirtschaftsbeziehungen, Umweltfragen und Finanzmärkte. In Rückwirkung dieser Diskussion auf uns werde „Provinzialismus“ verhindert. (S. 93)

Auch in der Aufgabe der **Begabtenförderung** weist er den politischen Stiftungen einen wichtigen Rang zu. Anlässlich des Jubiläums des Cusanuswerks begründet er die Bedeutung von Begabtenförderung als eine wichtige Aufgabe des Staates im eigenen Interesse zur Lösung von Zukunftsaufgaben durch Spitzenleistungen auf vielen Ebenen, nicht nur auf Chefesseln. Begabtenförderung erstreckte sich nicht nur auf finanzielle Förderung, sondern ebenso auf die ideelle. Gerade Ferienakademien, internationale Begegnungen und Symposien trügen wesentlich zum interdisziplinären Austausch bei, einer in der Massenuniversität gefährdeten „akademischen Tugend“ (S. 175), aber einer Voraussetzung für Problemlösungskompetenz. Er begrüßt die Einbeziehung der Förderung von Sozialkompetenz und ethischer Rückbindung neben der Fachkompetenz durch die Förderungswerke und erinnert daran, daß die deutsche Erfahrung zeige, wie barbarisch Funktionseliten sein könnten. Gerade deshalb sei bei uns eine Elitediskussion nötig, in die demokratische und historische Erfahrungen einzubeziehen seien.

Zur **Erwachsenenbildung** sind mehrere Beiträge aufgenommen. Zu den Teilnehmern des Deutschen Volkshochschultages im November 1996 (S. 121ff.) sprach Roman Herzog ange-

sichts der „Halbwertzeit des Wissens“ über die Bedeutung von Selbstlernprozessen, die in Schulen wie Erwachsenenbildungseinrichtungen zu unterstützen seien. Er nennt aber auch die Ziele der Persönlichkeitsbildung „... Mitmenschlichkeit, die Fähigkeit zum sozialen Dialog und die Bereitschaft zur Mitverantwortung im privaten und öffentlichen Leben ...“ (S. 125). Auch an den Evangelischen Heimvolkshochschulen (S. 11ff.) schätzt er besonders die Verbindung von Möglichkeiten der Berufsqualifizierung und der Persönlichkeitsbildung, aber auch das Angebot, den Schulabschluss nachzuholen. Für die ethische Bildung sieht er bei den Kirchen den besonderen Auftrag, „... daß sie durch ihre Botschaft klarmachen, daß nicht der Mensch das Maß der Dinge ist, daß nicht der Markt der oberste Gesetzgeber der Welt sein darf und daß nicht das Gewinnstreben das letzte Ziel des Lebens ist.“ (S. 115)

Ein in den Band aufgenommener Aufsatz in der „ZEIT“ vom Januar 1998 (S. 104ff.) umreißt die **Misere der Universitäten**, denen es nach R. Herzog nicht nur an Geld mangle, sondern v. a. an Reformen. Hier nennt er die Studienzzeitverkürzung, etwa durch „Freischußregelungen“ und modulare Studienabschnitte mit anschließenden Teilprüfungen. Eine Reduzierung des vermittelten Stoffs sei unumgänglich – was für unser gesamtes Bildungssystem gelte. Eine Einteilung in „Basiswissen“ und in „Überblickswissen“ sei dafür Voraussetzung (S. 110). In vier Semestern könnte s.M.n. das nötige Basiswissen vermittelt werden, während zum Überblickswissen v.a. das selbständige Lernen gehöre.

Von seinem Anspruch, die Probleme unverstellt zu benennen, machte er besonders in seiner Rede über die Universitäten an die Teilnehmer der Hochschulrektorenkonferenz in Berlin 1996 (S. 144ff.) Gebrauch und zählte die Schwächen auf: Daß es an Beratung der Studierenden ebenso mangle wie an Strukturangeboten, an der Anleitung zum rechtzeitigen Examen wie an der Orientierung der Inhalte am Arbeitsmarkt. Die Verbesserung der Lehre und die Einführung von Zwischenabschlüssen hält er auch als Motivationsinstrument der Studierenden für geeignet. Die Frage nach dem Bedarf an Akademikern beantwortet R. Herzog differenziert, weil es keine objektiven Beurteilungskriterien gebe. Die Bewertungshierarchie des Öffentlichen Dienstes sei jedenfalls veraltet. In diesem Zusammenhang nennt er auch die **Elitebildung** als ebenso wichtige Aufgabe der Hochschulen wie die Breitenausbildung. Die Charakteristik von Eliten bindet er grundsätzlich an Leistung und Verantwortung, nicht aber ausschließlich an die theoretische Ausbildung. Zur Verbesserung der Forschung, deren Einheit mit der Lehre er für not-

wendig hält, forderte er die Einrichtung von Forschungskollegs, die von der HRK bereits 1993 beschlossen wurden. Spitzenleistungen in der Forschung zum Erhalt einer Spitzenposition unter den Industrienationen seien nicht nur in den Natur- und Technikwissenschaften, sondern auch in den Kulturwissenschaften zu erbringen. Er drückt auch hier seine Sorge aus, daß die Attraktivität deutscher Hochschulen für ausländische Studierende und für deutsche sinken könnte. Im internationalen Vergleich könnten deutsche Hochschulen nur bestehen, wenn sie staatlich möglichst wenig gegängelt und für eine nötige Flexibilität und Profilbildung auch über ausreichende Autonomie verfügen. Daß er private Universitäten für eine nützliche Ergänzung der staatlichen Einrichtungen hält, erwähnt er nebenbei. (S. 156)

Da Wissenschaft an sich grenzüberschreitend sei, hält Roman Herzog die Hochschulen auch für wichtige Träger des vertrauensbildenden **Kulturdialogs**, den er dem vielbesprochenen „Clash of Civilisation“ (S. Huntington) entgegenhält. (S. 116ff.) Auf den vielzitierten Kulturkonflikt geht er nochmals in einer Rede anläßlich einer Inter Nationes-Tagung ein. Den Kulturdialog bezeichnet er pointiert als „sicherheitspolitischen Imperativ“ (S. 131) und erwartet in seinem Fortgang von unserer Seite mehr Offenheit und Aufmerksamkeit. Zu den Trägern der von ihm so genannten „kulturellen Außenpolitik“ zählt er sowohl die staatliche auswärtige Kulturpolitik des Bundes und der Länder wie auch die Kulturvermittler wie Inter Nationes, die Humboldt-Stiftung, die Goethe-Institute, aber ebenso die im Ausland tätigen Unternehmer, Wissenschaftler und Techniker, ja selbst die Touristen. Die dezentrale, weil föderale Struktur ermögliche Flexibilität, die er in höherem Maße einfordert, ebenso wie bei gebotener Vielfalt eine intensivere und unaufgeregtere inhaltliche Diskussion. Die europäischen kulturellen Verflechtungen hält er für zu stark an den Staatsgrenzen orientiert, die ja letztlich die Kultur nie eingrenzen konnten und fordert stattdessen „europäische Kulturhäuser“, die der Realität mehr entsprächen (S. 139). Die deutsche Sprache hält er als „Verständigungskanal“ (S. 142) für eine bleibend wichtige Vermittlungsaufgabe, deren Attraktivität von ihren lebendigen Inhalten aus Wirtschaft, Wissenschaft, Politik und Kultur lebe.

Den Band, der noch weitere Anregungen, etwa zur Forschungspolitik, zur beruflichen Bildung oder zum Verhältnis von Wissenschaft und Politik enthält, zeichnet aus, daß man im Nachlesen der Reden unseres Bundespräsidenten seine differenzierte Sicht der Bildungsdinge erkennt und sie in angenehm unaufgeregter Ausführung

---

*und verständlicher Sprache bedenken kann. So ist der Band nicht nur Bildungsbefähten sehr zu empfehlen, die die Reformen umzusetzen haben, sondern allen Bürgern, die an der Analyse un-*

*serer Situation und an der Lösung künftiger Herausforderungen interessiert sind.*

*Gisela Schmirber*

# Buchbesprechungen

**Bayerische Bibliographie 1996, hg. v. Generaldirektion der Bayerischen Staatlichen Bibliotheken, Verlag C.H. Beck München 1998, 975 Seiten, DM 190,-.**

Die Bayerische Bibliographie, ein bereits im Jahr 1927 begonnenes Unternehmen, erschien bis 1977 unter wechselnden Bezeichnungen regelmäßig in der Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte. 1978 ging die Generaldirektion der Bayerischen Staatlichen Bibliotheken dazu über, die bibliographischen Nachweise als eigenständige Publikationen herauszugeben. Für den Berichtszeitraum 1971 – 1987 erschienen insgesamt zehn Bände, der letzte für den Berichtszeitraum 1987 im Frühjahr 1998. Ausgewertet werden regionale, überregionale und internationale Veröffentlichungen mit inhaltlichem Bezug auf Bayern aus den Bereichen Landeskunde, Natur und Umwelt, Geowissenschaften, Biowissenschaften, Volkskunde, Geschichtswissenschaft, Geschichte, Staat und Politik, Recht, Verwaltung, Gesellschaft, Wirtschaft und Technik, Kultur, Bildung, Schulwesen, Wissenschaften, Sprache und Literatur, Kunst, Buch- und Informationswesen, Kirchen sowie Literatur über Persönlichkeiten, die in Bayern – wenn auch nur zeitweise – lebten und wirkten.

Um die großen Rückstände von zehn Jahren im Berichtszeitraum aufzuholen, war eine Umstrukturierung des bisher konventionell durchgeführten Unternehmens erforderlich. Der neueste Band wurde erstmals in Zusammenarbeit mit verschiedenen bayerischen staatlichen Bibliotheken und einigen Universitätsbibliotheken online über die zentrale Datenbank des Bayerischen Bibliothekverbunds erstellt. Die dezentrale Erfassung der Titel ermöglicht eine zügige Aufarbeitung der Rückstände im Berichtszeitraum sowie die Einarbeitung älterer Bestände. So enthält die Datenbank zum Beispiel aufgrund der regionalen Beteiligung der beiden Regensburger Bibliotheken bereits die oberpfälzischen Bestände bis zur Jahrhundertwende. Entstanden ist eine Bayerische Bibliographie mit derzeit etwa 50.000 Titeln, deren einschlägige bibliographische Daten nun in der Verbunddatenbank nachgewiesen sind. Gleichzeitig bietet die Datenbank vielfältige kostenlose Recherchemöglichkeiten via Internet (World Wide Web OPAC des Bibliothekverbunds Bayern, Adresse: <http://www.opac.bib-bvb.de>). Die Internet-Recherche in der Bayerischen Bibliographie erfolgt derzeit noch über die homepage der Generaldirektion. Um bei der Recherche innerhalb der Verbunddatenbank die gewünschte Qualitätsauslese,

nämlich alles zu Bayern, zu erreichen, ist es jedoch notwendig, sich einer etwas komplizierten Recherchemaske zu bedienen.

Die herkömmliche gedruckte Fassung, die auch weiterhin hergestellt werden wird, ist ein Produkt, das aus der Datenbank hervorgegangen ist. Ihr Umfang konnte gegenüber den Vorgängerbänden wesentlich erweitert werden. So sind im jetzt vorgelegten Band mehr als 10.000 Titel für den Berichtszeitraum 1996 nachgewiesen.

Der systematische Hauptteil der gedruckten Bibliographie gliedert sich in 19 Hauptgruppen, die hierarchisch untergliedert sind. Erschlossen wird der knapp 1.000 Seiten umfassende Band durch ein Verfasser- und Titelregister sowie durch ein Orts-, Personen- und Sachregister.

Der große Wert dieser Bibliographie besteht vor allem darin, daß nicht nur selbständige Publikationen aufgenommen werden, sondern die häufig nur umständlich und mit großem Aufwand zu recherchierenden Aufsätze aus Zeitschriften, Jahrbüchern, Festschriften, Sammelwerken und Heimatbeilagen der bayerischen Tageszeitungen, Privatdrucke, Dissertationen, ausgewählte Rundfunkmanuskripte sowie Diplom-, Magister- und Zulassungsarbeiten in Auswahl.

Besonders verdienstvoll ist die Aufnahme der sog. grauen Literatur, die häufig nur lokal oder regional erfaßt werden kann und die über herkömmliche Hilfsmittel kaum recherchierbar ist. Ein weiterer entscheidender Vorteil dieses Hilfsmittels ist sicherlich seine Aktualität. So werden tagesaktuell allein 1.500 Zeitschriften ausgewertet. Sofort nach Erfassung der Aufsatztitel stehen diese für die Recherche zur Verfügung.

Mit der Datenbank-Version wie mit dem gedruckten vorgelegten Band für 1996 bestätigt die Bayerische Bibliographie ihren Anspruch, die bedeutendste Landes- und Regionalbibliographie im deutschsprachigen Raum zu sein. Es bleibt zu wünschen, daß es gelingt, die bestehenden Lücken zügig zu schließen und die Neuerscheinungen kontinuierlich zu erfassen.

Mit dem Angebot aktueller Informationen können die Bayerische Bibliographie nicht nur ein unentbehrliches Hilfsmittel für die historische Forschung, sondern auch für zahlreiche Informations- und Dokumentationsstellen werden.

Renate Höpfinger



**Maximilian Lanzinner: Zwischen Sternbanner und Bundesadler. Bayern im Wiederaufbau 1945 – 1958.** Verlag Friedrich Pustet, Regensburg, 1996. Geb., 439 S., 68,- DM.

Im Vorwort seines Buches über die Geschichte Bayerns nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges stellt Maximilian Lanzinner fest, die Geschichtsschreibung habe „die Bundesländer geradezu vergessen, was zumal bei der Staatstradition Bayerns verwunderte“ (S. 11). In der Tat ist dieser Befund, auch im Hinblick etwa auf Baden-Württemberg, zutreffend. Sicherlich existieren Monographien über die Nachkriegszeit in den einzelnen deutschen Ländern und Regionen, doch oftmals beschränken sie sich auf die Beleuchtung der Jahre 1945 bis 1949, vom Kriegsende bis zur Konstituierung der Bundesrepublik Deutschland. Gerade die politische Geschichte der 50er Jahre in den bundesdeutschen Ländern ist vielfach nicht einmal in Ansätzen untersucht.

Der Verfasser, Professor an der Universität Passau, hat sich der Herausforderung gestellt, für Bayern diese Forschungslücke auszufüllen. Im Vorwort wird mitgeteilt, Lanzinner habe den Bogen bis 1978 spannen wollen, also bis zum Beginn der Ministerpräsidentenschaft von Franz Josef Strauß. Es werde deshalb einen zweiten Band geben, weil sich in einem Band „nur die Zeit bis 1958 (habe) behandeln“ lassen. Aus welchem Grund 1958 hier als Einschnitt oder gar als Epochenjahr gesehen wird, ist nicht erkennbar. Erst S. 407 erklärt sich der Verfasser und spricht davon, daß in der 1958 endenden dritten Legislaturperiode des Bayerischen Landtags „noch manche Entscheidung zum Wiederaufbau“ gefallen sei. „Insofern läßt sich mit diesem Jahr auch die Darstellung über den ersten großen Abschnitt der bayerischen Nachkriegszeit schließen.“ Richtig, aber auch nur insofern. Es gab zwar eine Landtagswahl (am 23. November 1958), bei der CSU und SPD besser abschnitten als 1954, aber der seit 1957 als Nachfolger Hoegners (SPD) im Amt befindliche Ministerpräsident Hams Seidel blieb Chef einer Regierung, an der nach wie vor CSU, FDP und GB/BHE beteiligt waren. Die spät nachgelieferte Begründung für das Jahr 1958 als Schlußstein der Darstellung vermag nicht zu überzeugen. Ebensowenig wird ersichtlich, warum Lanzinner zweimal betont, er habe es „vor allem“ für Nichthistoriker geschrieben, denen der Ertrag der Forschung mitgeteilt werden müsse, sonst sei sie „überflüssig“. Die Merkwürdigkeit des Vorworts findet ihren Höhepunkt allerdings in der Feststellung des Verfassers, er habe „mehr als bloße Fakten sammeln“ wollen. Dies dürfen sowohl Historiker als auch Nichthistoriker von einem Autor wie Lanzinner ohnehin erwarten.

Im ersten des in vier Kapitel untergliederten Buches („Die Begründung der Demokratie in der Trümmerzeit“) lenkt Lanzinner den Blick zurück auf das Kriegsende in Bayern, das er in gut lesbarem Stil unter Aufbereitung der bekannten Fakten schildert. Diese ersten Seiten bestimmen den Charakter des ganzen Buches. Lanzinner informiert ohne Fehler und vermag dem Leser durchaus ein Bild des politischen Neuanfangs im Nachkriegs-Bayern zu vermitteln. Daß auch sehr wichtige Aspekte wie die Entnazifizierung (auf kaum zehn Seiten), die ersten Wahlen 1946 (auf vier Seiten) oder die Verfassungsgebung und die Einrichtung der Verfassungsorgane (auf 22 Seiten) nur auf knappem Raum behandelt werden, ist einerseits angesichts der zu bewältigenden Stofffülle erklärlich, führt aber in einigen Fällen zu nicht akzeptablen Verkürzungen und unzutreffenden Wertungen. Nur zwei Beispiele: Im Hinblick auf die Wahlen zur Landesversammlung und zum Ersten Landtag 1946 gibt der Verfasser die Prozentzahlen der Parteien an und stellt die hohe Wahlbeteiligung heraus. Mit keinem Wort wird erwähnt, daß damals aus verschiedenen Gründen große Teile der Wohnbevölkerung Bayerns kein Wahlrecht besaßen und daher die Wahlergebnisse auf allen Ebenen zwangsläufig nur sehr bedingt als politische Willensbekundung „der Bevölkerung“ gewertet werden können. Im Zusammenhang mit dem Abschneiden der KPD bei der Landtagswahl von 1946 (sie erhielt 6,1% der Stimmen) konstatiert Lanzinner, die „Erfahrungen der letzten Kriegsjahre hatten die Bevölkerung gegenüber Ideologien immunisiert“ (S.58). So pauschal kann es für Bayern jedoch nicht gelten: Die KPD hatte im März 1933 bei den letzten halbwegs freien Wahlen in Bayern 6,55% der Stimmen erhalten und im Vergleich zu 1946 kaum einen halben Prozentpunkt verloren. Nur aufgrund der in Bayern bestehenden 10-Prozent-Hürde war den Kommunisten der Einzug in den Landtag verwehrt, wie auch Lanzinner festhält.

Im zweiten Kapitel („Alltag, Not und Politik 1945 – 1949“) widmet sich der Autor den Themenfeldern Flüchtlinge und Vertriebene, Landwirtschaft und Ernährung, der Schulpolitik, dem ersten Kabinett Ehard sowie „Bayerns schwierigem Weg in die Bundesrepublik“, hier schon in der Überschrift sich an die nach wie vor maßgebliche Studie von Peter Jakob Kock anlehend. Besonders auffällig wird in diesem zweiten Kapitel der leider sehr bayernzentrierte Blickwinkel Lanzinners, der zwar in gewissen Grenzen verständlich ist, in allen Bereichen jedoch, die Bayern im Kontext der Bizone, des Länderrats, des Wirtschaftsrats und die CSU im Kontext der westdeutschen Union („Arbeitsgemeinschaft“, „Ellwanger Kreis“ etc.) zum Gegenstand haben, zu kurz greift. Wie sich etwa Bayern und Würt-

temberg-Baden bemühten, durch gemeinsame Aktionen die Lebensmittelversorgung sicherzustellen und bei den Besatzungsbehörden mit einer Stimme zu sprechen, wird hier nicht angesprochen. Wie Ehard den „Ellwanger Kreis“ als Instrument bayerischer Föderalismuskonzepte zu nutzen suchte, auf welcher Grundlage der „Verfassungskonvent von Herrenchiemsee“ stand und wie es auch hier verstanden wurde, eigene Vorstellungen den Vertretern anderer Länderregierungen „schmackhaft“ zu machen, wird zwar kurz angesprochen, aber nicht vertieft.

Das nach Ansicht des Rezensenten beste Kapitel des Buches ist „Wirtschaft und Gesellschaft im Wiederaufbau“. Es ist mit über 140 Seiten das mit Abstand umfangreichste Kapitel und bietet einen umfassenden, detaillierten Überblick. Die Anfänge der Wirtschaftspolitik und deren schlechte Grundbedingungen, die Demontagen der Besatzungsmacht, die Neuformierung der Gewerkschaften, Kammern und Verbände (vor allem des Bauernverbands und der Arbeitgeberverbände), das Werden einer neuen Presselandschaft und des Rundfunks werden im Zusammenhang mit ausgewogenem Urteil geschildert. Wirtschaft und Wirtschaftspolitik in den 50er Jahren, „Wirtschaftswunder“ und der Umbruch in der Landwirtschaft sowie die gelungene, aber schwierige Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen sind weitere Themen in diesem starken, wohlgelungenen Teil des Buches.

Im vierten und letzten Kapitel nimmt Lanzinner viele Fäden aus dem ersten Kapitel wieder auf. Dies gilt vor allem für die Ausführungen zur Geschichte der Parteien Bayerns in den 50er Jahren. Auf der Grundlage einer gerade in den letzten Jahren erfreulichen Forschungsentwicklung zur Parteiengeschichte (Thomas Schlemmers hervorragendes Opus magnum zur Geschichte der CSU erschien leider erst 1998) beschreibt Lanzinner die Entwicklung der CSU, SPD, FDP, des Bundes der Heimatvertriebenen und Entrechteten und der Bayernpartei, also nur der im Landtag vertretenen Parteien. Von der bayerischen KPD hören wir leider nichts mehr, obwohl sie bis zum Verbot 1956 noch existierte, wenn auch an politischer Bedeutung stetig einbüßte. Bei der ersten Bundestagswahl 1949 erhielt sie 4,1%, bei der Landtagswahl 1950 1,9%, bei der zweiten Bundestagswahl 1,6%, bei der Landtagswahl 1954 2,1%.

Die Leistungen der Großen Koalition nach 1950 unter Ministerpräsident Ehard vor allem auf administrativem Gebiet– Gemeinde-, Landkreis- und Bezirksordnung vor allem – werden gewürdigt, der Metallarbeiterstreik von 1954 wird in Erinnerung gerufen, das Zustandekommen, die

Arbeit und das Scheitern der Staatsregierung unter Ministerpräsident Hoegner, der nach der Landtagswahl von 1954 eine Viererkoalition aus SPD, Bayernpartei, FDP und GB/BHE führte. Ob diese nur ein „Intermezzo“ war, sei dahingestellt – aus CSU-Sicht sicherlich. 1957 begann die Amtszeit Hanns Seidels (CSU) an der Spitze einer bürgerlichen Koalition und die seither ununterbrochene Majorität der CSU in den bayerischen Staatsregierungen.

Viel zu summarisch werden territoriale Fragen hinsichtlich der Pfalz und des „Landkreisstaates Lindau“ abgehandelt. Im letzteren Falle erfahren wir, daß Lindau nach 1945 zur französischen Besatzungszone gehörte und 1955 wieder zu Bayern zurückkehrte. Daß es verwaltungsmäßig an das Land Württemberg-Hohenzollern angeschlossen war, daß es Abgeordnete in den württemberg-hohenzollerischen Landtag entsandte (bis 1950) und daß es große Schwierigkeiten bei der Rückführung Lindaus gab, die vor allem dank des Einsatzes von Staats- bzw. Ministerpräsident Gebhard Müller (CDU) überwunden wurden, der vor allem dafür 1977 den bayerischen Verdienstorden erhielt – dies findet beim Autor weniger Beachtung. Mit einer kurzen Bestandsaufnahme zu „Dynamik und Einbebnung der föderativen Politik Bayerns 1950-1958“ beschließt der Verfasser ein Werk, das gewiß von Nutzen ist für einen ersten Überblick hinsichtlich des ersten Jahrzehnts bayerischer Nachkriegspolitik.

Frank Raberg

**Hubert Markl, Wissenschaft gegen Zukunftsangst**, Carl Hanser Verlag München, 1998, 361 Seiten, DM 45,-.

Die insgesamt sechzehn Einzelbeiträge gehen auf Vorträge zu verschiedenen Anlässen zurück und sind vier Kapiteln zugeordnet. In drei Beiträgen beschäftigt sich der bekannte Autor und Wissenschaftsmanager mit dem Platz des Menschen in der Natur, in weiteren vier Vorträgen steht der Mensch und die Umwelt im Zentrum. In den beiden nachfolgenden Abschnitten setzt sich der Autor mit dem technischen und geistigen Fortschritt, den sieben Versuchungen der Wissenschaft sowie mit dem komplexen Beziehungszusammenhang zwischen Wissen-Macht-Politik auseinander. Der Spannungsbogen reicht also thematisch von der fortwirkenden Naturgeschichte des Menschen über die ökologische Perspektive der Überbevölkerung und die Verantwortung der wissenschaftlichen Eliten in der industriellen Massengesellschaft bis hin zur Zukunft der Bildung und unserer Situation in der

globalen Informationsnetz-Mediengesellschaft. Das Werk kann somit aus verschiedenen Blickwinkeln gesehen und gewürdigt werden. Hier sollen einige pädagogische Aussagen im Mittelpunkt stehen. Bildung und Erziehung sind zwei Schlüsselbegriffe. Der Mensch ist von seiner Naturgeschichte her ein Kulturwesen, intelligent, lernfähig, sprachbegabt, wertbewußt, selbstverantwortlich. Er ist genetisch bedingt kulturfähig und zu freiem, selbstverantwortlichem Verhalten fähig. Bildung wird als der durch Erziehung unterstützte Entwicklungsprozeß gesehen, der junge Menschen zu selbstverantwortlichen und zugleich zur Verantwortung für ihre Mitmenschen bereiten Mitgliedern einer Lebensgemeinschaft macht, die sich ihrer kulturellen Herkunft bewußt, aber dennoch weltoffen lernbereit sind und die ihrem Leben und Handeln auf der Grundlage verbindlicher Werte Sinn zu geben vermögen. Erziehung ist dann die Vermittlung der Fähigkeit, sich weder indoktrinieren noch dressieren zu lassen, sondern nach eigenem begründeten Urteil zwischen richtig und falsch, wert und unwert, wahr und unwahr, gut und schlecht unterscheiden zu lernen und danach zu handeln.

Wie kann man die Position des Menschen in der Natur bestimmen? Er rückt als Sprößling der Mutter Natur dieser nicht nur auf den Leib, er frißt sie nachgerade mit Haut und Haaren auf. Er sitzt im Nest, das ihm die Evolution bereitet hat, nicht wie ein bescheidener Kostgänger wie die anderen, sondern wie ein monströser Super-Gauch, der größte anzunehmende Kuckuck, der seinen Brüdern und Schwestern immer weniger Luft zum Atmen, geschweige denn Raum zur Entfaltung läßt. Und immer mehr von ihnen wirft er rücksichtslos aus dem gemeinsamen Brutnest, so daß sie jämmerlich verenden müssen. H. Markl kommt zu dem Schluß: „Unser Platz in der Natur: ein Gemeinplatz besonderer Art, denn wohin auch immer der Mensch gelangt ist, macht er sich gemein, nimmt anderen den Platz weg und verhält sich dabei nicht gemeinschaftlich und gemeinnützig, sondern allenfalls gemeingefährlich oder schlicht hunds-gemein“. Die Natur macht den Menschen eroberungswillig, seine Kultur hat ihn eroberungsfähig gemacht.

Abschließend soll noch in der erforderlichen Kürze einerseits auf die „acht Todsünden der zivilisierten Menschheit“ bei Konrad Lorenz und andererseits auf die „sieben Versuchungen der Wissenschaft“ bei Hubert Markl eingegangen werden. Zu den acht Todsünden gehören folgende Vorgänge in unserer Kultur: Die Übervölkerung der Erde, die Verwüstung des natürlichen Lebensraumes, der Wettlauf der Menschheit mit sich selbst, der Schwund aller starken Gefühle

und Affekte, der genetische Verfall, das Abreißen der Tradition, die Zunahme der Indoktrinierbarkeit der Menschheit und die Aufrüstung der Menschheit mit Kernwaffen.

Es gibt sieben Versuchungen, die Wissenschaftler immer wieder dazu verleitet haben, ungläubwürdig zu erscheinen. Die ersten vier sind die kognitiven, die letzten drei die moralischen Versuchungen des Wissenschaftlers, die reduktionistische Versuchung, die objektivistische Versuchung, die experimentalistische Versuchung, die manipulative Versuchung, die advokatische Versuchung, die ideologische Versuchung und die rhetorische Versuchung. Zu jeder Versuchung wird ein ausführlicher Kommentar gegeben. Abschließend ist noch folgende Feststellung für die Positionsbeschreibung des Menschen in der Welt besonders wichtig, zumal damit die Verpflichtung zur Übernahme von Verantwortung deutlich wird: „Natur kann und wird – solange es Menschen geben wird – niemals mehr als etwas existieren, was seine Existenzbedingungen allein aus sich heraus erhält und erneuert. Natur wird fortan jener Teil der irdischen Lebenswirklichkeit sein, den der Mensch gestattet und vor allem gestaltet“. Die Frage lautet: Reicht die Erkenntnis- und Einsichtsfähigkeit des Menschen aus, um diese weitreichende Zukunftsverantwortung für sich und die Erde zu übernehmen? Hier beginnt die Aufgabe der „Wissenschaft gegen Zukunftsangst“.

Gottfried Kleinschmidt

**Manfred Hildermeier, Geschichte der Sowjetunion 1917-1991. Entstehung und Niedergang des ersten sozialistischen Staates,** Verlag C.H. Beck, München 1998, 1206 Seiten, DM 98,-.

Das umfangreiche Werk konnte in dieser Fülle nur entstehen, weil sein Autor weitgehend von den Alltagsgeschäften entbunden wurde. Das Historische Kolleg in München und die VW-Stiftung haben dem Göttinger Osteuropahistoriker die Forschungsfreiräume und die Voraussetzungen ermöglicht. Das Projekt darf man als hervorragend gelungen bezeichnen.

Hildermeier hatte zur rechten Zeit mit seiner Geschichte der Sowjetunion begonnen, nämlich, als dem Historiker eine abgeschlossene Epoche vorlag. Man kann jetzt in der Osteuropaforschung auf ein Standardwerk zurückgreifen und ohne Wehmut die alten Osteuropa-Handbücher, Sowjetunion, beiseite legen.

Hildermeier hat minuziös die Geschichte des Sozialismus in Rußland bis zur Staatswerdung

aufgefächert und am Ende des Buches dazu passend den Zerfall der Sowjetunion nachgezeichnet. Geburt und Ende eines Staatwesens lassen sich hier gut vergleichen. Trotz seines Volumens kann man das Buch leicht lesen, denn der Autor schreibt in bestechender Klarheit, so daß das Buch falls, es seine Übersetzer findet, un schwer den Zugang zu einer internationalen Leserschaft findet.

Die Epoche der Geschichte der Sowjetunion wurde in fünf Phasen gegliedert. Dies könnte zumindest richtungsweisend sein, da die frühere Literatur schon alleine die Ära Stalin in nicht einheitlich gebrauchte Phasen unterteilt hat. Die Politikwissenschaft, die Geschichte und die Wirtschaftshistoriker hatten in der Vergangenheit die Stalinära je nach ihren Schwerpunkten uneinheitlich gegliedert. Nun liegt ein Schema vor, dem man gerne folgen mag. Man vermißt allerdings etwas die sowjetische Literatur aus dieser Zeit, besonders aber aus der Ära Chruscev und Breznev. Hier hat sich der Autor auf die anglo-amerikanische Forschung gestützt, was nicht unbedingt ein Mangel ist, weil diese Literatur doch weitgehend als ideologiefrei gilt. Dafür wird aber der Leser belohnt, wenn er die soziologischen Analysen der Alltagsgeschichte der Kultur, der Bildung und des Geisteslebens allgemein betrachtet. Was an diesem Buch besticht, ist die Herausarbeitung der Wendepunkte, der Reformversuche oder jeweilige Paradigmawechsel der Ideologie und ihrer realen Umsetzung. Hier zeigt der Autor den bewundernswerten Umgang mit den Nachbarwissenschaften seines Faches, indem er denkend und nicht nur narrativ mit den Fakten umgeht. So wurde z.B. für die Ära Breznevs (1964 – 1982) eine grundlegende Wirtschaftsanalyse vorgenommen, die die ökonomischen Probleme und das Ende des Wachstums auffächert. Damit hat der Autor eine Grundlinie gelegt, die sich für spätere Zeiten zu einer Grundströmung entwickeln wird. Hier spürt man den Hauch des Münchener Osteuropainstituts in der Scheinerstraße, das sich seit Jahrzehnten mit wirtschaftlichen Entwicklungen Osteuropas beschäftigt. Hildermeier hat diesen Fundus weidlich genutzt und die Zuarbeit des Instituts gut in sein Gesamtwerk integriert. Der Autor meistert auch die Schwierigkeit der qualitativen Systemveränderungen, die sich wie ein weiterer

Faden seit der Ära Chruscev und Breznevs bis zum Untergang des Systems durchziehen. Er bezeichnet diese Veränderungen als „Mangel an gesellschaftlicher Eigentätigkeit“ (S.1085), den er als den Grund dafür erkennt, daß es zu einem Auseinanderklaffen von Gesellschaft und Staat kam. Dieser Mangel sei durch das Verschwinden von liberalen Eliten entstanden, die als Katalysator zwischen Partei und Volk als ein sogenanntes kleines Beispiel für die Orientierung der unteren Schichten an einer mittleren hätten dienen können. Diese Orientierung hätte den Unterdrückten mehr den Willen zur Freiheit aufgezeigt, da die liberale Elite für ein demokratisches Potential angesehen worden wäre zwischen Partei und Proletariern. Dies hätte zur Hoffnung auf eine geistige Verbesserung der Arbeiter geführt und hätte dem Marxschen Ziel eher entsprochen, was dann letztlich eine Garantie für die spätere Perestrojka gewesen wäre. Hildermeier unternahm eine geistreiche Untersuchung der Perestrojka, jener obrigkeitlichen Reform, die ihre Wurzeln im alten Stalinismus hatte und sich deshalb schon selbst im Wege stand.

Doch weitergehend im Ursachenknäuel des Zerfalls berücksichtigt das Buch die äußeren Einwirkungen auf das System mit dem parallel laufenden Defizit-Schema des wachsenden Widerspruchs zwischen der „Gesamtordnung als Fundamentalstruktur“ und ihrer realen Ausprägung. Es wird der Mangel gezeigt in den Institutionen, Regelungen, Verfahren und der ihnen entsprechenden Verhaltensweisen auf der einen Seite und sich wandelnden Anforderungen der administrativen und technisch-wirtschaftlichen Organisation auf der anderen Seite (S. 1090).

Es gelang dem Autor, letztlich dann sogar den Bogen einzuschlagen, auf die Urzelle aller Geschichte, dem Menschen, der sich weigert an den Determinismus von Staaten zu glauben, besonders aber überrascht ist, wenn er das Leben und Ableben eines Systems vor Augen geführt bekommt. Heute wissen wir, daß theoretisch begründete Pläne für eine Gesellschaftsreform alles andere sind als eine Verletzung einer von Gott geordneten Geschichte des gesellschaftlichen Wachstums (Burke).

Gerd Wehner

# Autorenverzeichnis

**Gerhard Hirscher, Dr.,**

Referent für Grundsatzfragen der Politik, Parteien und Politische Theorien in der Akademie für Politik und Zeitgeschehen der Hanns-Seidel-Stiftung, München

**Gerd Langguth, Prof., Dr.,**

Staatssekretär a.D., Honorarprofessor für Politische Wissenschaften an der Universität Köln, Königswinter – Oberdollendorf

**Werner Link, Prof., Dr.,**

Forschungsinstitut für Politische Wissenschaft und Europäische Fragen der Universität Köln

**Gustav Matschl, Dr.,**

Rechtsanwalt, München

**Friedrich-Wilhelm**

**Schlomann, Dr.,**

Publizist, Königswinter

**Peter M. Schmidhuber,**

Mitglied des Direktoriums der

Deutschen Bundesbank, Frankfurt am Main

**Johannes Michael Schnarrer, Prof., Dr.,**

Gastprofessor an der Kath.-Theol. Hochschule Karlsburg, Mitarbeiter am Institut für Ethik und Sozialwissenschaften der Universität Wien

**Roland Sturm, Prof., Dr.,**

Lehrstuhl Politische Wissenschaft der Universität Erlangen-Nürnberg

**Wilfried Weber, Prof., Dr.,**

Professor für Sozialethik an der Universidad Catolica del Oriente, Rionegro, Kolumbien

**Otto Wenzel, Dr., OStDir. a.D.,**

Lehrbeauftragter für Politik an der Technischen Fachhochschule Berlin

**Joachim Wuermeling, Dr.,**

Ministerialrat, Leiter des Grundsatzreferates der Europaabteilung, Bayerische Staatskanzlei, München